

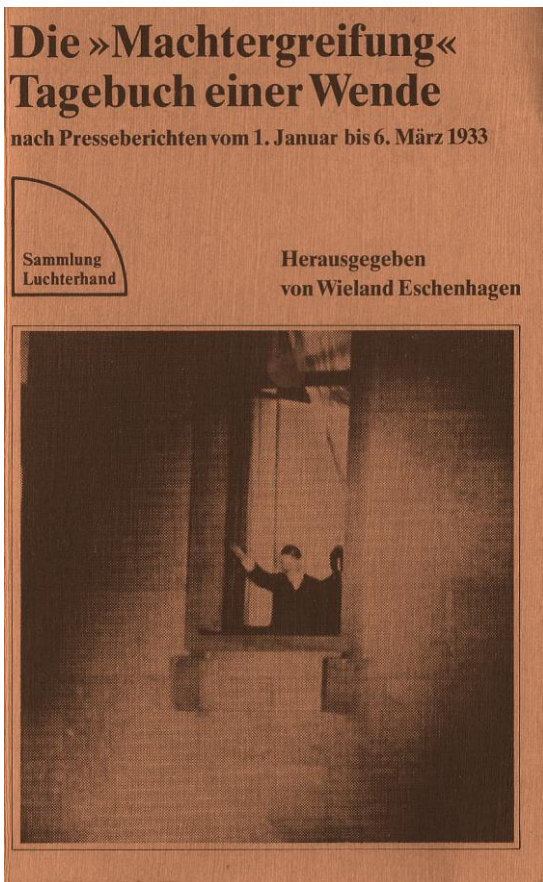
Die «Machtergreifung»

Tagebuch einer Wende

nach Presseberichten

vom 1. Januar bis 6. März 1933

Herausgegeben von Wieland Eschenhagen



Luchterhand

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Die Machtergreifung: Tagebuch e. Wende nach Presseberichten vom 1. Januar bis 6. März 1933 / hrsg. von Wieland Eschenhagen. – Orig.-Ausg. – Darmstadt; Neuwied: Luchterhand, 1982.

(Sammlung Luchterhand; 432)

ISBN 3-472-61432-3

NE: Eschenhagen, Wieland [Hrsg.]; GT

Originalausgabe

Sammlung Luchterhand, Dezember 1982

© 1982 by Hermann Luchterhand Verlag GmbH & Co KG,

Darmstadt und Neuwied

Redaktionelle Mitarbeit: Bernd Burkhardt

Umschlaggestaltung: Kalle Giese

Herstellung: Martin Faust

Alle Rechte vorbehalten

Gesamtherstellung bei der

Druck- und Verlags-Gesellschaft mbH, Darmstadt

Eingescannt mit OCR-Software ABBYY Fine Reader

»Eins nur läßt sich sicher sagen, und das freut uns ringsherum: Hitlern geht es an den Kragen, dieses ›Führers‹ Zeit ist um!«

So lautet der Neujahrsgruß des linken »Simplicissimus« vom 8. Januar 1933. Drei Wochen später war Hitler Reichskanzler und nicht nur dem Redakteur des »Simpl« ging es an den Kragen.

Realistischer war der rechtskonservative General a. D. Ludendorff, der noch neun Jahre zuvor mit Hitler zusammen einen blutigen Putschversuch unternommen hatte. Er schreibt am 31. Januar 1933 an Reichspräsident von Hindenburg: »Ich prophezeie Ihnen feierlich, daß dieser unselige Mann unser Reich in den Abgrund stürzen und unsere Nation in unfaßbares Elend bringen wird.«

Die Einsetzung Hitlers als Reichskanzler, die »Machtergreifung«, jährt sich zum 50. Mal, und noch immer herrscht Unklarheit: Wie und warum kam es dazu, daß es dazu kam?

Dieser Band dokumentiert die Spannung und die Stimmung in den Tagen vor und nach dem »legalen Putsch« der Nationalsozialisten. Presseberichte, Leitartikel, die Chronik des Alltags, der Bürgerkrieg im Feuilleton, Geschäftsanzeigen und Börsenspiegel ergeben ein authentisches Bild der zersplitterten öffentlichen Meinung: der absurden Fehleinschätzung, des schnellen Rückzugs in die Unverbindlichkeit, des euphorischen Jubels und der bestürzten und richtigen Vision von einem fürchterlichen Ende. Die lokale Berichterstattung aus der Provinz wird hier so wichtig genommen wie der Leitartikel der Frankfurter Zeitung.

Die Dokumentation aus 70 Zeitungen und Zeitschriften wird ergänzt durch eine genaue synoptische Zeittafel vom Ende der Weimarer Republik, durch eine Einleitung von Hermann Glaser über die Ursachen der »Machtergreifung« und durch eine Erläuterung zur Presselandschaft am Ende der Weimarer Republik von Norbert Frei.

Der Herausgeber, Jahrgang 1944, ist Verlagslektor in Darmstadt.

«Geschichte ist langweilig. Und was hat sie uns schon zu sagen, denn sie wiederholt sich nicht, wer hat schon jemals aus der Geschichte gelernt.»

Vom Schulunterricht bis in die «hohe» Politik ist die Verweigerung geläufig, die sozialen Ereignisse und Verläufe auch nur zur Kenntnis zu nehmen, die sich unserem eigenen Leben voraussetzen. Dies muss etwas damit zu tun haben, dass die gegenwärtige tägliche Geschichte fatal und zerhackt erscheint, daher langweilig und unverständlich ist. Liegt hierin eine Ursache für das bislang noch offene Problem, Geschichtsunterricht didaktisch so anzulegen, dass er Interesse an der Vergangenheit weckt und zugleich die Auseinandersetzung mit der Umwelt fördert (ohne, wie beliebt, zum Abitur den Offenbarungseid leisten zu müssen: «Geschichte» hört 1918 auf)? Von gar gemeinsamer Entdeckerfreude und Abenteuern beim Zug durch unbekanntes historisches Gelände hören wir von Lehrern und Schülern wenig. Unterrichtsdekrete, Lehrpläne, Stoffmasse verschütten den kreativen Umgang mit Geschichte und Politik. Je stärker der Gegenwartsbezug, je «politischer» es wird, desto strengere ergebnisplanende Vorarbeit empfiehlt sich, schon aus Gründen der Berufssicherung – für Referendare allemal.

Wieviel Literatur zur Geschichte gibt es, die Authentisches vermittelt und dabei nicht mit Aktenstaub den Blick für die Fragen von heute vernebelt, die (u. a. deshalb) einfach Spass macht und zum Weiterstöbern anregt? Fast jede Stadtbibliothek archiviert die Regionalzeitungen der Gegend seit Beginn dieses Jahrhunderts.

Aber welcher Lehrer will (und kann) Geschichte aus den unerschöpflichen Quellen vor Ort vorführen?

Dieses Buch ist ein Produkt der Neugierde, zugleich ein Experiment.

Was zum 50. Jahrestag der «Machtergreifung» an Literatur erscheinen wird, ist abzusehen. Mich interessierte: Was lasen die Menschen eigentlich über die politischen Ereignisse, die ihr Leben tiefgreifend bestimmten? Wie waren sie in ihrem Alltag über die Zeitung an ihnen beteiligt? Wie wurden sie Opfer (in doppelter Weise: um ihre Zustimmung wurde gebuhlt und über ihre Köpfe [hinweg] wurde

entschieden)? Nichts liegt näher, als eine Entdeckungsreise zu unternehmen: die Zeitungen der Zeit zu studieren. Von 150 ganz unsystematisch ausgewählten, gelesenen oder durchgesehenen Titeln von Ende 1932 und aus dem Frühjahr 1933 sind Auszüge aus 70 Zeitungen und Zeitschriften in diesem Buch enthalten.

Die Presse der heißen Phase der «Machtergreifung» zu einem Tagebuch zusammenzupressen, ist sicher ein waghalsiges Unterfangen und wird die professionellen Historiker und Wissenschaftler der Politik und Publizistik nicht befriedigen können (vielleicht freuen sie sich über die eine oder andere Fundstelle). Die Auswahl der Zeitungen, die Beschränkung auf einen ausgestochenen Zeitraum, die Repräsentativität der Zitate, das Kürzungsverfahren und die Collage, die Ausgrenzung einiger Themenbereiche («Ausland»/«Aussenpolitik» z.B.), die Gewichtung der Ereignisse und ihre Darstellung, die bürgerlichen Zeitungen nachgemachte Aufteilung der Ressorts (Politische Nachrichten/politische Meinung/Chronik des Alltags usw.), die sparsame Kommentierung und deren Unausgewogenheit (die sich auch sonst überall nachweisen lässt), die Auswahl und Funktion von Fotos und Anzeigen – jede Entscheidung, die diesem Buch Gestalt und Inhalt gegeben hat, öffnet der Kritik Tür und Tor. Ihr sei nur die Gegenfrage gestattet: Wie anders als extrem subjektiv lässt sich ein solches Unternehmen überhaupt durchführen (stellt man noch die durch Umfang, Preis und Ausstattung bedingten Eingrenzungen mit in Rechnung), beginnt dieserart nicht jede Expedition in die eigene Geschichte, wenn sie zum Erlebnis werden soll?

Wenn dieses Buch für manchen Leser ein Ausgangspunkt eigener Erfahrungen mit seiner Geschichte ist, hat es seinen Sinn.

30. September 1982

Wieland Eschenhagen

Inhalt

Vorwort	7
Hermann Glaser Wie kam es dazu, dass es dazu kam? Stichworte zu den Ursachen der «Machtergreifung»	9
Jahreswende 1932/1933	27
Donnerstag, 26. Januar	41
Freitag, 27. Januar	53
Sonnabend, 28. Januar	63
Sonntag, 29. Januar	75
Montag, 30. Januar	85
Dienstag, 31. Januar	109
Mittwoch, 1. Februar	135
Donnerstag, 2. Februar	149
Freitag/Sonnabend, 3./4. Februar	161
Februar/März	175
Dokumente:	
1. Amtliche Verlautbarungen über die Zusammensetzung des Reichskabinetts, 30. 1. 1933	196
2. Aufruf der KPD, 30. 1. 1933	196
3. An die Mitglieder der Gewerkschaften, 30. 1. 1933	197
4. Aufruf des Parteivorstandes der SPD, 31. 1. 1933	198
5. Aufruf der Reichsregierung an das deutsche Volk, 1. 2. 1933	198
Norbert Frei Die Presse am Ende der Weimarer Republik	203
Zeittafel zur Machtergreifung	
1. Die Folgen der Krise und die Politik in der Krise der Weimarer Republik	212

2. Terror und Gleichschaltung	223
Verzeichnis der zitierten Presse	228
Fotonachweise und Illustrationen	231

Der Herausgeber rezitiert auf Seite 10 die offiziösen, aber ungeprüften Zahlen zu angeblich 5-6 Mio. ermordeten Juden.

Dabei gingen ihm die rund 1 Mio. deutschen Wehrmachtssoldaten unter, die von den Amerikanern auf den Rheinwiesenlagern zwischen Remagen und Sinzig ausgelöscht, durch Aushungern gemeuchelt wurden – nota bene bei prall gefüllten Lebensmitteldepots.

Zahlen zu den Verhungerten auf den Rheinwiesenlagern vgl. hier <https://equapio.com/geschichte/rheinwiesenlager-1945-millionen-deutsche-in-die-rheinwiesen-gekippt/> , sie sind als Ergänzung zu den Ausführungen im hier vorliegenden Buch gedacht.

Hermann Glaser

Wie kam es dazu, dass es dazu kam?

Stichworte zu den Ursachen der «Machtergreifung»

I.
Kein Tag wie jeder andere: Man hat den Eindruck, dass die Begeisterung über das politische Hoch, das die Nationalsozialisten mit der Berufung Hitlers zum Reichskanzler am Montag, dem 30. Januar 1933, erlebten, am darauffolgenden Tag selbst noch die Formulierung des Wetterberichtes bestimmte. Da heisst es im NSDAP-Blatt *Westdeutscher Beobachter*, dass die winterliche Wetterlage völlig zusammengebrochen sei und die Frostperiode ihr Ende erreicht habe; damit wären die Befürchtungen, «dass uns in diesem Jahre ein ebenso später wie strenger Winter wie im Jahre 1929 beschieden sei, unbegründet». Jedenfalls – metaphorisch gesprochen – die Mehrheit der Bevölkerung glaubte an den Anbruch eines völkischen Frühlings. «Ich hege felsenfest die Überzeugung», rief Hitler bei der Eröffnung des Wahlkampfes am 10. 2. 1933 im Berliner Sportpalast aus (die Wahl, die am 5. März stattfand, brachte den Nationalsozialisten 43,9% aller Stimmen, womit sie freilich, trotz Terror, die erstrebte absolute Mehrheit verfehlten) – «ich hege felsenfest die Überzeugung, dass eben doch dann einmal die Stunde kommt, in der die Millionen, die uns heute verfluchen, hinter uns stehen und mit uns begrüsst werden dann das gemeinsam geschaffene, wieder erkämpfte, bitter erworbene deutsche Reich der Grösse und der Ehre und der Kraft und der Herrlichkeit und der Gerechtigkeit. Amen!»

Kein Tag wie jeder andere – in einem wunderschönen Mai. Ich weiss nicht, ob es fürs Deutsche Reich am 9. Mai 1945 einen Wetterbericht gab; wenn ja – so werden ihn nicht viele beachtet haben. Auch ein Tag «danach». Am 8. Mai war Deutschlands bedingungslose Kapitulation vollzogen worden. Ursula von Kardorff berichtet aus Berlin: «Als ich heute einigen Leuten von Hitlers Tod erzählte, sahen sie mich gleichgültig an: ‚So? Endlich! Leider zu spät!« Dann gingen sie zu ihrem Tagesprogramm über. . . Den Menschen hier ist es völlig gleichgültig, ob Hitler, der einst so vergötterte, geliebte Führer, noch lebt oder schon tot ist. Er hat seine Rolle ausgespielt. Millionen starben durch ihn – nun wird sein Tod von Millionen nicht

betrauert.» In New York notiert der emigrierte Alfred Kantorowicz: «Das also liegt hinter uns . . . Zwölf Jahre, die die Verbrechen von tausend Jahren angehäuft haben . . . Von irgendwo wird Beethovens Fünfte gesendet. Die Hymne des Sieges! Es gibt keinen Sieg. Es gibt am Ende dieses Krieges nur Besiegte.»

Die deutsche Lebensform sei für das nächste Jahrtausend endgültig bestimmt, tönte Hitler auf dem Reichsparteitag der NSDAP in Nürnberg, September 1934; zwölf Jahre danach eine furchtbare Bilanz: in Europa rund 20 Millionen gefallene oder vermisste Soldaten, darunter 3,7 Millionen Deutsche; getötete Zivilisten 14-15 Millionen, davon 2 Millionen, die bei den Vertreibungen ums Leben kamen; Ermordete in den Konzentrations- und Vernichtungslagern etwa 9 Millionen, davon 5-6 Millionen Juden; 9-10 Millionen nach Deutschland verschleppte Personen, etwa 12 Millionen Heimatvertriebene; 6-7 Millionen in Kriegsgefangenschaft; **in Deutschland etwa 2,25 Millionen Wohnungen zerstört**. So sah die Welt am 8. Mai 1945 aus, die man am 30. Januar 1933 zu «bauen» begann.

Unser Denken und Gedenken umspannt eine Ära, die letztlich kaum verstehbar ist – wenn man unter geschichtlichem Verstehen ein Einfühlen in menschliche Motivationen und Intentionen meint. So haben nach 1945 auch viele, unter dem Eindruck von Auschwitz, den «Abschied von der Geschichte» gefordert. Was einst Friedrich Schiller vom Studium der Universalgeschichte erwartet hatte, dass es den Verstand erhellte und eine wohltätige Begeisterung im Herzen entzündete, war längst von der Realität ad absurdum geführt worden. Der Idealismus verkündete, sie, die Geschichte, werde den Geist von der «gemeinen und kleinlichen Ansicht moralischer Dinge entwöhnen», und, indem sie das grosse Gemälde der Zeiten und Völker auseinanderbreite, die «vorschnellen Entscheidungen des Augenblicks und die beschränkten Urteile der Selbstsucht verbessern». Die Wirklichkeit gerade des 19. und 20. Jahrhunderts machte statt dessen deutlich, um mit den Worten des Kulturphilosophen Theodor Lessing zu sprechen – er hatte in einem im Ersten Weltkrieg entstandenen Buch Geschichte als «Sinnggebung des Sinnlosen» bezeichnet (1933 war er im Auftrag des nationalsozialistischen Sicherheitsdienstes im tschechoslowakischen Marienbad ermordet worden) –:

«Ihr lehrt: ‚Der Mensch ist Leben.‘ Nein, sag’ ich: Mensch ist Tod. Ihr lehrt: ‚Das Recht ist Liebe.‘ Nein, sag’ ich: Recht ist Hass. Ihr lehrt: ‚Die Welt ist Gottes.‘ Nein, sag’ ich: Gottes Wunde.» Und

doch hat Schiller nicht unrecht: Wenn man das «Gemälde» einer Zeit ausbreitet, wie hier das vom Dezember 1932 bis zum März 1933 – werden wir da nicht nachdenklich und im Nachdenken dazu gebracht, die «vorschnellen Entscheidungen des Augenblicks und die beschränkten Urteile der Selbstsucht» zu verbessern? Freilich, was hier in Presseauszügen vorgestellt wird, ist kein «grosses» Gemälde, es ist ein solches voller Banalitäten, die meist augenblickliche Eindrücke und Stimmungen transportieren. Deutlich wird wieder einmal: Wahrheit ist «Redaktionsschluss»; was folgt, ist schon wieder die neue Wahrheit. Aber es ist ein Unterschied, auf welcher Seite des Spektrums augenblicklicher Bestandsaufnahme man steht: ob man stumpf, ohne Sensibilität lediglich das Geschehene «abbildet», oder sich antizipatorische Gedanken macht – vorausschauende, die zugleich Vergangenes analytisch im Gesichtsfeld behalten.

Am 21. Februar heisst es in der *Weltbühne*: «In Deutschland herrscht jetzt die Ruhe, die die autoritären Regierungen lieben. Die Opposition ist zum Schweigen verurteilt, denn wer kann ermassen, ob nicht ein unbedachtes Wort als Verunglimpfung von Persönlichkeiten, Verächtlichmachung von Einrichtungen, Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze oder gar als Aufreizung zum Generalstreik angesehen und bestraft werden wird? Selbst die schüchternsten Liberalen müssen das Maul halten und auf den Ablauf des doppelten Vierjahresplans warten, nach dem alles besser werden soll. Die Marxisten aber haben sogar zehn Jahre, nämlich bis zu ihrer völligen Vernichtung, zu warten. Mit Neid blicken Journalisten jetzt auf so gefahrlose Berufe, wie sie Seiltänzer oder Dachdecker ausüben.» Rund einen Monat später verkündete der Generalsuperintendent der Kurmark, Otto Dibelius, in der Predigt während der Eröffnung des Deutschen Reichstags in der Garnisonkirche von Potsdam am 21. März: «Das ist heute unser Gebet: dass Gottes Gnadenhand über den Bau des Deutschen Reiches die Kuppel wölbe, die einem deutschen, einem geheiligten, einem freien Volk den Blick für immer nach oben zieht. Deutschland wieder für immer: ein Reich, ein Volk, ein Gott!» So unterschiedlich können also die «vorschnellen Entscheidungen des Augenblicks» und die «beschränkten Urteile der Selbstsucht» sein!

Fünfzig Jahre nach der Machtergreifung müssen wir, wenn wir die vielen zeitgenössischen Urteile an uns vorüberziehen lassen, in Trauerarbeit feststellen: Viele waren es jedenfalls nicht, die scharfsinnig und weitblickend das Unheil, das hier seinem ersten Höhe-

punkt zustrebte, erkannten. Dass es immerhin einige waren, lässt uns Rückblick auch in «Stolzarbeit» halten.

Als Hitler am 23. März 1933 im neuen Reichstag in der Krolloper (der alte war einer, wahrscheinlich von den Nationalsozialisten selbst veranlassten, Brandstiftung am 27. Februar zum Opfer gefallen, was die Nationalsozialisten zum Anlass genommen hatten, durch eine vom Reichspräsidenten unterzeichnete «Verordnung zum Schutz von Volk und Staat» die wichtigsten Grundrechte ausser Kraft zu setzen) – als Hitler an diesem Tag das «Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Staat» (Ermächtigungsgesetz) einbrachte, womit er sich weitestgehende gesetzgeberische Unabhängigkeit vom Parlament mit Zweidrittelmehrheit genehmigen liess, hielt der Fraktionsvorsitzende der SPD, die das Gesetz als einzige Partei ablehnte (die KPD war aus dem Reichstag schon entfernt), die letzte Oppositionsrede im Deutschen Reichstag: «Wir stehen zu den Grundsätzen des Rechtsstaats, der Gleichberechtigung, des sozialen Rechts, die in ihr (der Verfassung) festgelegt sind. Wir deutschen Sozialdemokraten bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus. Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen die Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten . . . Wir grüssen die Verfolgten und Bedrängten. Wir grüssen unsere Freunde im Reich. Ihre Standhaftigkeit und Treue verdienen Bewunderung. Ihr Bekennermut, ihre ungebrochene Zuversicht verbürgen eine hellere Zukunft.» Hitler bedachte in seiner Entgegnung solche Tapferkeit nur mit Spott und Hohn: «. . . Die schönen Theorien, die Sie, Herr Abgeordneter, soeben hier verkündeten, sind der Weltgeschichte etwas zu spät mitgeteilt worden. Sie sind wehleidig, meine Herren, und nicht für die heutige Zeit bestimmt, wenn Sie jetzt schon von Verfolgungen sprechen. Verwechseln Sie uns nicht mit einer bürgerlichen Welt. Was im Völkerleben morsch, alt und zerbrechlich wird, das vergeht und kommt nicht wieder. Auch Ihre Stunde hat geschlagen.»

Es war die Tragik der deutschen Geschichte, dass die Worte der Menschlichkeit, Freiheit und Brüderlichkeit seit den Tagen der Französischen Revolution in diesem Lande – wenn überhaupt – nicht zu spät, sondern von wenigen verfrüht gesprochen wurden. Die Masse folgte ihnen nicht; diese «verspätete Nation» verfehlte lange Zeit den Anschluss an die Ideen der Aufklärung; so musste sie den langen Weg des Niedergangs gehen, der, wie es Grillparzer visionär

voraussah, von der Humanität über die Nationalität zur Bestialität führte. Es war ein Weg, der in seiner letzten und schlimmsten Etappe über die Euphorie der Machtergreifung, den «totalen Krieg» und die totale Niederlage bei der Stunde Null endete – also erst in der tiefsten Tiefe die Chance einer republikanischen Selbstverwirklichung eröffnete.

30. Januar 1933-8. Mai 1945: Der eine Tag sollte ein Denk-Tag sein, der andere ein «National-Feiertag». Während die Nation 1933 freiwillig, durch mehrheitliche Wahlentscheidung und parlamentarische Zustimmung, sich selbst entmündigte und damit das «Reich der niederen Dämonen» ermöglichte, bietet die im Mai 1945 anhebende Geschichte der Bundesrepublik die Chance, nun endlich eine Zukunft beginnen zu lassen, die sich den menschlichen Grundwerten verpflichtet weiss. In einem Dialog «über Deutschland» (in Richard Matthias Müllers gleichnamigem Buch, 1965) sagt der Sohn zum Vater:

«In einem Brief an die Frankfurter Allgemeine Zeitung hat ein Leser vorgeschlagen, wir sollten den 8. Mai zum Nationalfeiertag machen.

Vater: Also den Tag, an dem wir von der Hitler-Regierung befreit wurden. Eine vernünftige Idee.

Sohn: Aber begreifst du denn nicht! Das ist der Tag der bedingungslosen Kapitulation.

Vater: Ich begreife sehr gut. Es ist der Tag der bedingungslosen Kapitulation.

Sohn: Unsere eigene Kapitulation sollten wir feiern?

Vater: Wir können es auch bleiben lassen.

Sohn: Ich bin für bleiben lassen.

Vater: Es macht mich aber nachdenklich.

Sohn: Was macht dich nachdenklich?

Vater: Dass du das Ende von etwas Schlechtem und den Anfang von etwas Besserem nicht feiern willst.»

Hoffen wir nur, dass die «Väter», die den Anfang des Schlechten teilweise mit zu verantworten haben, wirklich so vernünftig sind, es als ein solches zu erkennen – und ihre Kinder so gut informieren, dass diese begreifen, wie es zum Schlechten kommen konnte. Und dass die Söhne daraus lernen und begreifen, dass man den Anfang des Besseren nicht nur feiern sollte, sondern aktiv dafür zu sorgen hat, dass diese Republik nicht wieder in die Gefahr gerät, wie die von Weimar den Anfang von etwas Schlechtem zu bewirken.

II.

Die Texte, die hier als «Tagebuch einer Wende» vorgelegt werden, sind vielfach banal; «grosse» Ereignisse sind oft in Alltäglichkeit eingebettet; die Banalität des Alltags gebiert die Banalität des Bösen; wer die in der Banalität des Alltags verborgenen Gefahren nicht rechtzeitig entdeckt, ist der Banalität des Bösen schon anheimgegeben. Wehret den Anfängen . . . Und wenn schlimme Anfänge ein furchtbares Ende gefunden haben, muss man im Sinne von Bert Brechts «Kriegsfibel» sagen: «. . . Ich wollte, dass ihr nicht schon triumphiert:/der Schoss ist fruchtbar noch, aus dem das kroch.»

Wie kam es, dass aus dem Schoss der Weimarer Republik «das» kroch? Wie kam es dazu, dass es *dazu* kam? – Waren die fatalen Ereignisse, die sich als Folge des Jahres 1933 einstellten, voraussehbar? Wie kam es, dass die Gegenkräfte, die den Ausbruch des Dritten Reiches zu verhindern suchten, nicht genügend Resonanz fanden? Warum konnte republikanische Gesinnung und Gesittung, wie sie der Weimarer Verfassung zugrunde lagen, so wenig sich durchsetzen? Warum gerieten so viele Menschen von persönlicher Integrität und privater Bedachtsamkeit in die Sogkraft einer Weltanschauung, die von Anfang an mit grösster Offenheit Ziele der Inhumanität verfocht?

Auf solche und viele anderen Fragen lassen sich keine eindeutigen Antworten geben. Geschichte ist ein breiter Strom, der sich aus unendlich vielen Zuläufen speist. Welche Richtung er nimmt und ob sich seine Fluten zähmen lassen, ist schwerlich vorauszusehen. Aber unsere Mutmassungen, warum das Jahr 1933 stattfinden konnte, sind deshalb nicht ungesichert; es können freilich – im Rahmen dieser kurzen Einleitung – nur einige Stichworte geliefert werden, die die Deutung der «Ursachen des Anlasses» erleichtern helfen.

Entnommen werden diese Stichworte einem «psychotopographischen» Erinnerungsbericht. In seinem autobiographischen Buch *Das zerbrochene Haus. Eine Jugend in Deutschland* träumt sich Horst Krüger ins Haus seiner Eltern und in seinen Heimatort Eichkamp, an der Peripherie Berlins gelegen, zurück. «Eichkamp war einfach meine Jugend unter Hitler, und ich möchte es wiedersehen und möchte endlich begreifen, wie das damals war unter Hitler.» Ein kleines, zweistöckiges Reihenhauses, billig und rasch in den zwanziger Jahren errichtet. «Im Herrenzimmer sitzt meine Mutter und liest meinem Vater aus einem Buch vor. Der Raum ist klein,

niedrig und auf jene unbeschreiblich dissonante Weise möbliert, die man damals bürgerlich nannte: Warenhausramsch mit Erbstücken aus der guten alten Zeit angereichert. Runder Pilztisch, billiger Kiefernreibtisch, kantig und mit Messingnägeln beschlagen. Ein viel zu grosser Kronleuchter hängt mit langen Kristallbändern tief in den Raum: Erbstück aus Buckow. Ein riesiger Eichenschrank füllt fast ein Drittel des Zimmers: Erbstück aus Stralau; ‚unser Barockschrank hiess es zu Hause. Mein Vater sitzt teilnahmslos an seinem schwarzlackierten Schreibtisch. Er hat wie immer Akten vor sich, er kratzt sich wie immer am Kopf, an seiner ‚Wunde‘: Verdun 1916. Meine Mutter versinkt hinter dem runden Pilztisch in einem stoffbezogenen, fleckigen Sessel: ‚unser Klubsessel hiess es. Das Licht der Lampe fällt mild über das Buch. Ihre Hände sind schmal, die Finger lang und feingliedrig und huschen nervös über die Zeilen. Sie hat katholische Augen: dunkel, gläubig, basedowstark. Etwas Verkündigendes liegt in ihrer Stimme. Sie liest aus einem Buch vor, das den Titel trägt: *Mein Kampf*. Es ist Spätsommer 1933.»

Da ist der Vater, Kriegsteilnehmer und Kriegsheimkehrer: Es geht um die Perspektive des verlorenen Krieges und des Vertrages von Versailles. Die Frontkämpfer-Generation verblieb nach dem verlorenen Krieg und dem als Unrecht empfundenen Friedensvertrag meist in Distanz zum demokratischen Staat; sie fühlte sich in ihren Vorstellungen von Pflichterfüllung missachtet oder zumindest nicht genügend geachtet. Das Kriegserlebnis wurde dementsprechend als Gegenposition zum Geiste von Weimar aufgewertet und zentraler Fixierpunkt des antidemokratischen Denkens. Zwar gab es auch eine pazifistische Strömung, aber die überwiegende Mehrheit der Angehörigen der Kriegsgeneration neigte einer Auffassung zu, die den Krieg glorifizierte oder die furchtbaren Erfahrungen in den Stahlgewittern mit der Aura vaterländischer Sinnhaftigkeit versah. «Indem man das Kriegserlebnis zum Ausgangspunkt einer neuen Welt- und Lebensanschauung erhob, verband man die von der vulgär-philosophischen Strömung zu Ehren gebrachte Kategorie des Erlebens mit einem politischen Willen. Von der Kraft des Kriegserlebnisses her wurde eine neue Politik projiziert. Sie wollte es nicht mehr mit abstrakten Begriffen und theoretischen Einsichten zu tun haben, sondern aus dem Reichtum ihrer kriegerischen Lebenserfahrung schöpfen. Gerade weil die Antriebe dieser Politik aus dem Kriegserlebnis gewonnen waren, aus blutvoller und harter Lebenserfahrung, schien sie die Wirklichkeit für sich gewinnen zu können.»

(Kurt Sontheimer) Der Krieg ist unser Vater – meinte Ernst Jünger; «er hat uns gezeugt im glühenden Schosse der Kampfgräben als ein neues Geschlecht und wir erkennen mit Stolz unsere Herkunft an. Daher sollen unsere Wertungen auch heroische, auch Wertungen von Kriegern und nicht solche von Krämern sein, die die Welt mit ihrer Elle messen möchten.»

Der Frontkämpfer Adolf Hitler wurde in ganz besonderem Masse Symbolfigur des antidemokratischen, nationalistischen Denkens, zumal er schon frühzeitig in seinem 1925 erschienenen Buch *Mein Kampf* das Bekenntnis zum Heroismus in den Mittelpunkt seiner Weltanschauung gestellt hatte. «Der Kampf des Jahres 1914 wurde den Massen, wahrhaftiger Gott, nicht aufgezwungen, sondern von dem gesamten Volk selbst begehrt . . . Mir selber kamen die damaligen Stunden wie eine Erlösung aus den ärgerlichen Empfindungen der Jugend vor. Ich schäme mich auch heute nicht, es zu sagen, dass ich, überwältigt von stürmischer Begeisterung, in die Knie gezwungen war und dem Himmel aus übervollem Herzen dankte, dass er mir das Glück geschenkt, in dieser Zeit leben zu dürfen.» Indem sich Hitler in einer nicht geliebten Republik, die dem Frieden und dem Geiste der Humanität dienen wollte, mit allem weltanschaulichem und propagandistischem Nachdruck zur «Regression» bekannte, zum «Rückfall» auf die vorzivilisatorische Stufe des Kampfes und darwinistischer Ausleseverfahren, gewann er die Zustimmung weiter Kreise, die zumindest in ihrem archaischen Unterbewusstsein mit ihm übereinstimmten.

Da ist, in Horst Krügers Erinnerungen, die Mutter: gläubig, voller Idealismus. Es geht um die Perspektive der Rolle der Frau beim Aufkommen des Nationalsozialismus. Es ergab sich die paradoxe Situation, dass die Mehrzahl der Frauen gerade deshalb fürs Dritte Reich votierten, weil ihnen in ihm keine eigentliche Rolle zugeordnet war: Der Mangel an Emanzipation wurde zur eigentlichen Tugend erklärt, die Einschränkung aufs «Frauliche», Mütterliche, Passive, Dienende, Sich-Aufopfernde durch mystifizierende Beweihräucherung kompensiert. Die lange Tradition des patriarchalischen Männlichkeitswahnnes hatte dafür gesorgt, dass viele Frauen die ihnen zugeordnete Rolle der Unterwerfung verinnerlicht und masochistisch genossen. Aus permanenter Unterdrückung heraus entwickelten sie eine hysterische Erlösungssehnsucht, die in Hitler ihr Ziel fand. Der Führer als der grosse Einsame, als die der alltäglichen Misere entthobene, geheimnisvolle Lichtgestalt, band viele der unbe-

friedigten weiblichen Gefühle an sich. «Man muss von oben, von der Rednerbühne aus», schrieb einer der engeren Gefolgsleute Hitlers, «diese von Entzückung gebrochenen, feuchten und verschleierte Augen der Hörerinnen gesehen haben, um über den Charakter dieser Begeisterung nicht mehr im Zweifel zu sein.» Hitler hat selbst bekundet, dass er sich in seinen Reden systematisch auf den Geschmack der Frauen einstellte – er wusste, dass das neurotische Kleinbürgertum (ein Kleinbürgertum, dessen kulturelle und wirtschaftliche Sehnsüchte ständig vereitelt worden waren) gerade über das Glaubenspotential der Frau der nationalistischen Bewegung zugeführt werden konnte.

Die gönnerhafte Herablassung, mit der innerhalb des nationalsozialistischen Patriarchalismus, als Spiegelbild der insgesamt männlich ausgerichteten Gesellschaftsstruktur, die Frau für bestimmte Aktivitäten zugelassen wurde, bewirkte bei dieser oft genug die Illusion, als Kamerad des Mannes anerkannt und ihm damit ebenbürtig zu werden. Indem man sich mit der nationalsozialistischen Bewegung identifizierte, glaubte man, seiner engen, oft genug bigotten Welt – bestimmt durch die drei K's Küche, Kinder, Kirche – entfliehen und sich an etwas binden zu können, das gross und wesentlich war. Man sah nicht, dass man in Wirklichkeit lediglich als «Gebärmaschine» Menschenmaterial für imperialistische Kriege produzieren sollte, wobei romantische Floskeln wie «Glaube und Schönheit» die erbarungslose Rassenideologie zu kaschieren hatten.

Da ist, in Horst Krügers Eichkamp, die bürgerliche Wohnung, Ausdruck des Bemühens um Solidarität; in diesen gemütlichen Häusern wohnten lauter «brave, biedere Leute, die ihr Handwerk, ihr Geschäft, ihre Amtsstube gut verwalteten». Fleissige Bürgerfamilien, «ein wenig beschränkt und borniert, mit den Schrecken des Krieges und den Ängsten der Inflation im Rücken». Es geht um die Perspektive des Kleinbürgertums mit seinem «sekundären Tugendssystem».

Der Begriff «Kleinbürger» beschreibt, soziologisch und ökonomisch gesprochen, eine Bevölkerungsgruppierung, die im Zeitalter der Industrialisierung kaum oder nur wenig vom wirtschaftlichen Fortschritt profitierte, der Enge ihres Milieus nicht entfliehen konnte und im Bewusstsein solcher Benachteiligung Neidgefühle und Resentiments entwickelte, die ein besonderes Reservoir für populistische Strömungen abgaben. Der Mittelstand war schon im Zweiten Reich als «gesunde Mitte» hofiert worden: als Bündnispartner gegen

die proletarische Herausforderung wurde er von den regierenden und industriellen Führungsschichten als systemstabilisierende Kraft anerkannt, allerdings nicht in dem Masse gefördert, wie die Angehörigen des Kleinbürgertums es, in Belohnung ihrer Staatstreue, erwartet hatten. Sie, die sich zu Besserem berufen fühlten und durch Untertanengesinnung den Anschluss an die herrschende Schicht zu gewinnen trachteten, wurden in der Weimarer Republik durch Inflation und Weltwirtschaftskrise besonders stark getroffen; hatte man schon nicht reüssiert, trotz grösster Opfer und äusserster Sparsamkeit, so zerrann nun auch noch das wenige; hinzu kamen der Abstieg vieler Angehöriger des ehemals gehobenen Bürgertums und die desolante Situation der kleinen Angestellten, deren Anzahl mit dem Wachsen des Tertiärsektors explosionsartig zugenommen hatte.

Die Nationalsozialisten spielten geschickt auf der Klaviatur enttäuschter Sehnsüchte; sie suggerierten den depravierten Schichten, dass sie, wenn sie sich der «Bewegung» anschliessen, die Chance hätten, die verdiente «Beförderung» zu erhalten – auf Kosten derer, die als «zivilisatorisches Gelichter» im demokratischen System den Rahm abschöpften. In der «Schwätzervereinigung» des Parlaments sah Hitler den besonderen Ursprung des Übels, das so viele «gradlinige Menschen» daran hinderte, die ihnen gemässe Verwirklichung zu erfahren. «Diese Einrichtung kann nur den allerverlogenen und zugleich besonders das Tageslicht scheuenden Schliefern lieb und wert sein, während sie jedem ehrlichen, gradlinigen, zur persönlichen Verantwortung bereiten Kerl verhasst sein muss.

Daher ist diese Art von Demokratie auch das Instrument derjenigen Rasse geworden, die ihren inneren Zielen nach die Sonne zu scheuen hat, jetzt und in allen Zeiten der Zukunft. Nur der Jude kann eine Einrichtung preisen, die schmutzig und unwahr ist wie er selber.» Der Nationalsozialismus verhies die Erlösung von weit verbreiteten Existenzängsten, indem er sie auf Sündenböcke abwälzte. Tief befangen in einer «Überwältigungspsychose» sah Hitler Deutschland als Objekt einer Weltveränderung, «bedrängt von allen Seiten durch Bolschewisten, Freimaurer, Kapitalisten, Jesuiten, sie alle verklammert und im Vernichtungswerk strategisch kommandiert durch den ‚blut- und geldgierigen jüdischen Völkertyrannen‘. Er verfügte über fünfundsiebzig Prozent des Weltkapitals, beherrschte die Börsen und den Marxismus, die Goldene und die Rote Internationale, er war der Träger der Geburtenbeschränkung und des Auswanderungsgedankens, er hohlte die Staaten aus, bastardisierte die Rassen, verherr-

lichte den Brudermord, organisierte den Bürgerkrieg, rechtfertigte das Gemeine und beschmutzte das Edle: ‚der Drahtzieher der Geschicke der Menschheit.‘ Die ganze Welt sei in Gefahr, rief Hitler beschwörend aus, ‚in die Umstrickung dieses Polypen‘ zu geraten.› (Joachim C. Fest)

So wichtig der Mittelstand als Resonanzboden für die nationalsozialistische Bewegung auch war – spricht man vom «Kleinbürgerlichen» als Humus der nationalsozialistischen Weltanschauung, so ist dieses vor allem als schichtenunabhängiges Mentalitätsmuster zu begreifen. Das deutsche kulturelle Schicksal im 19. und 20. Jahrhundert bestand nicht zuletzt darin, dass alle Stände der Perversion des deutschen Geistes, die sich als Spiesser-Ideologie manifestierte, anheimfielen. Daran anknüpfend, verbanden die Nationalsozialisten Kultur und Politik und betrieben mit Hilfe einer geschickten Propaganda die Ästhetisierung der Barbarei. Der «Schöngutheit» wurde der gute Geist ausgetrieben, die verbleibenden Bildungshülsen mit dem Geist der Unmenschlichkeit gefüllt. Der im NS-Staat dominante Kleinbürger hatte kein Kulturbewusstsein; aber er fühlte sich als der eigentliche Kulturträger der Nation. Krieg und Kunst, Gemeinheit und Schönheit wurden zu auswechselbaren Begriffen.

Geschichte, Kultur, Kunst, Moral, alles, was den «höheren Menschen» ausmachte, wurde dazu verwendet, den «unteren Menschen», den Un-Menschen zu kaschieren. Auf der einen Seite war das Dritte Reich ein Reich der niederen Dämonen, auf der anderen Seite verstanden es die nationalsozialistischen Führer und Verführer, Opfern wie Mitläufern, Jüngern wie Mittätern das Reich als einen Kulturtempel zu präsentieren und zu suggerieren, in dem die heiligsten und reinsten, die schönsten und erhabensten, die nationalsten und opferwilligsten Gedanken ihre Heimstatt hätten, was einen ungeheueren Identitätsschub auslöste. Solche Doppelgesichtigkeit war keineswegs Heuchelei im üblichen Sinne; die Fassade war bereits die Substanz, die Verpackung die Botschaft.

Gottfried Benn, zu Beginn des Dritten Reiches mit dem Nationalsozialismus sympathisierend, sagte später: «Ein Volk in der Masse ohne bestimmte Form des Geschmacks, im ganzen unberührt von der moralischen und ästhetischen Verfeinerung benachbarter Kulturländer, philosophisch von konfuser idealistischer Begrifflichkeit, prosaisch dumpf und unpointiert, ein Volk der Praxis mit dem – wie seine Entwicklung lehrt – alleinigen biologischen Ausweg zur Vergeistigung durch das Mittel der Romantisierung oder der Uni-

versalierung, lässt eine antisemitische Bewegung hoch, die ihm seine niedrigsten Ideale phraseologisch verzaubert, nämlich Kleinbausiedlungen, darin subventionierten, durch Steuergesetze vergünstigten Geschlechtsverkehr; in der Küche selbstgezogenes Rapsöl, selbstbebrütete Eierkuchen, Eigengraupen; am Leibe Heimatkürkeln, Graufanell und als Kunst und Innenleben funkisch gegrölte Sturmbannlieder. Darin erkennt sich ein Volk. Ein Turnreck im Garten und auf den Höhen Johannisfeuer – das ist der Vollgermane. Ein Schützenplatz und der zinnerne Humpen voll Bock, das sei sein Element. Und nun blicken sie fragend die gebildeten Nationen an und erwarten mit einer kindlich anmutenden Naivität deren bewunderndes Erstaunen.»

III.

Die Mutter, erzählt Horst Krüger, habe «gläubig» aus «Mein Kampf» vorgelesen. – Es geht um die Perspektive des grossen Erfolgs dieses weltanschaulichen Pamphlets; warum seine brutale Offenheit nicht als eine solche verstanden wurde, und warum so viele Gutwillige die Abgründigkeit, die hier zutage trat, nicht erkannten. Da das Buch wie ein Brennspiegel alle Aspekte des Nationalsozialismus einfängt, ist eine etwas längere Analyse zugleich ein Resümee der zur Deutung des Phänomens «Machtergreifung» hier herangezogenen Stichworte. Der erste Band von Adolf Hitlers *Mein Kampf* erschien 1925, der zweite 1927 (1934 war bereits eine Gesamtauflage von 1'300'000 Exemplaren erreicht). Der Nationalsozialismus bekam durch dieses Buch seine weltanschauliche Fundierung; was der «Führer» niedergeschrieben hatte, wurde als Offenbarung genommen; die Worte Hitlers erhielten einen gleichsam sakralen Stellenwert.

Das Buch war freilich in kaum einem Gedanken originell; es erwies sich als Sammelbecken von trüben Strömungen, die im 19. Jahrhundert ihren Ursprung hatten und denen – etwa als Rassismus, Nationalismus, völkischer Sendungsglaube, patriarchalischer Autoritarismus – vielfach die «Agenturen» wie die «Stützen und Spitzen» der Gesellschaft Bahn gebrochen hatten.

Man hat die Meinung vertreten, Bedeutung und Einfluss von Hitlers *Mein Kampf* dürften nicht so hoch eingeschätzt werden, da das Buch zwar weit verbreitet, aber kaum gelesen wurde (so erhielt man nach 1933 bei der standesamtlichen Trauung ein Exemplar geschenkt, was Hitlers Autoren-Tantiemen sprunghaft ansteigen liess). Man sollte

daraus jedoch eine zunächst paradox klingende Folgerung ziehen: das Buch war gerade deshalb so erfolgreich, weil es überhaupt gar nicht mehr gelesen werden musste! Lebensgefühl und Weltanschauung eines Grossteils der deutschen Bevölkerung stimmten mit dem überein, was in *Mein Kampf* dargeboten und propagiert wurde.

Es enthielt alles, was aus des «Spiessers Wunderhorn» (der Pandora-büchse kleinbürgerlicher Traktätchenverfasser) seit Jahrzehnten übernommen und verinnerlicht worden war: abgründige Stamm-tisch-Vorurteile, breitgetretenen Wortquark, in schiefe Metaphern geschlagene Ressentiments, endlose Tiraden und rhetorisch aufgeschminkte Plati-tüden. Ein Kommentar zu Hitlers *Mein Kampf* ergibt somit einen «Spiesserspiegel» par excellence. Hitler besass die Genialität des Mittelmässigen: seine Durchschnittlichkeit war überdurchschnittlich; so wurde seine Mediokrität zum Schicksal eines Volkes, das sich Schritt um Schritt von aufgeklärter Humanität hatte abbringen lassen.

In der Schilderung des Elternhauses werden die zentralen Mythen der nationalsozialistischen Weltanschauung, vor allem der «Blut-Gedanke», gewissermassen topographisch fixiert. Der Geburtsort Braunau erscheint zugleich als Symbol der «geschichtlichen Schmach», die als kleindeutsche Lösung dem Reichsgedanken ange-tan worden sei. So wird gleich zu Beginn nationalistisches Pathos aktiviert und der Leser auf patriotische Identität eingeschworen:

«Als glückliche Bestimmung gilt es mir heute, dass das Schicksal mir zum Geburtsort gerade Braunau am Inn zuwies. Liegt doch dieses Städtchen an der Grenze jener zwei deutschen Staaten, deren Wiedervereinigung mindestens uns Jüngeren als eine mit allen Mitteln durchzuführende Lebensaufgabe erscheint!

Deutschösterreich muss wieder zurück zum grossen deutschen Mutterlande, und zwar nicht aus Gründen irgendwelcher wirtschaftlichen Erwägungen heraus. Nein, nein: auch wenn diese Vereinigung, wirtschaftlich gedacht, gleichgültig, ja selbst wenn sie schädlich wäre, sie müsste dennoch stattfinden. Gleiches Blut gehört in ein gemeinsames Reich. Das deutsche Volk besitzt solange kein moralisches Recht zu kolonialpolitischer Tätigkeit, solange es nicht einmal seine eigenen Söhne in einen gemeinsamen Staat zu fassen vermag. Erst wenn des Reiches Grenze auch den letzten Deutschen umschliesst, ohne mehr die Sicherheit seiner Ernährung bieten zu können, ersteht aus der Not des eigenen Volkes das moralische Recht zur Erwerbung fremden Grund und Bodens. Der Pflug ist dann das Schwert, und aus den Tränen des Krieges erwächst für die Nachwelt das tägliche Brot. So scheint mir dieses kleine Grenzstädtchen das Symbol einer grossen Aufgabe zu sein. Allein auch noch in einer anderen Hinsicht

ragt es mahnend in unsere heutige Zeit. Vor mehr als hundert Jahren hatte dieses unscheinbare Nest, als Schauplatz eines die ganze Nation ergreifenden tragischen Unglücks, den Vorzug, für immer in den Annalen wenigstens der deutschen Geschichte verewigt zu werden. In der Zeit der tiefsten Erniedrigung unseres Vaterlandes fiel dort für sein auch im Unglück heissgeliebtes Deutschland der Nürnberger Johannes Palm, bürgerlicher Buchhändler, verstockter ‚Nationalist‘ und Franzosenfeind. Hartnäckig hatte er sich geweigert, seine Mit-, besser Hauptschuldigen anzugeben. Also wie Leo Schlageter. Er wurde allerdings auch, genau wie dieser, durch einen Regierungsvertreter an Frankreich denunziert. Ein Augsburger Polizeidirektor erwarb sich diesen traurigen Ruhm und gab so das Vorbild neudeutscher Behörden im Reiche des Herrn Severing.»

In nuce werden in diesen einleitenden Zeilen wichtige Inhalte des Buches vorweggenommen: «Leitmotive», die dann, systemlos, ohne logische Stringenz, in Form «freier Assoziation», immer wieder aufgegriffen und abgewandelt werden:

- die Sehnsucht nach einem «grossdeutschen Reich», welches das «gemeinsame Blut», «auch den letzten Deutschen» innerhalb seiner Grenzen umschliesst;
- das daraus abgeleitete «moralische Recht», «fremden Grund und Boden» zu erwerben: also die Rechtfertigung aggressiver Grossraumpolitik, einer Politik, die dem «Volk ohne Raum» auf Kosten seiner Nachbarn Expansion verschafft;
- die darwinistisch unterlegte Überzeugung, dass der Pflug gleichzeitig Schwert zu sein hat und dass «aus den Tränen des Krieges» für die Nachwelt das «tägliche Brot» erwachse: Wehrbauerntum, nicht von «Humanitätsduselei» angekränkt;
- ein historisch abgeleiteter Franzosenhass, der im «welschen» Nachbarland zugleich den Hort aufgeklärter Gleichmacherei und antiautoritärer «Bruderschaftsgesinnung» bekämpft;
- die Diffamierung «neudeutscher Behörden», d.h. des demokratischen Weimarer «Systems», das als korrupt und antideutsch mit besonderem Hass bedacht wird; «Parlamentswanzen» nennt Hitler im Buch seine Feinde.

Besonders signifikant ist die an den zitierten Abschnitt sich anschliessende biographische Reminiszenz. In souveräner Missachtung der wirklichen (und zwar zerrütteten) Familienverhältnisse werden diese ins Licht biedermeierlicher Verklärung versetzt. Hier ist bereits alles «drin», was einem in der Enge seiner Verhältnisse verkümmerten Spiesser ans Herz gehen musste: die in breiten Sentenzen heranrollende wehmütige Erinnerung an die gute alte Zeit, die

patriarchalische Ordnung des Familienlebens, die sentimentale, die Frau freilich abwertende Mutterliebe, das Vaterglück, der Sohnesdank, der Anklang patriotischer Feierlichkeit. Das Ganze ist im Stil schief, voller verquollener Metaphern und Klischees-einschliesslich äusserlich wirkungsvoller Partizipien:

«In diesem von den Strahlen deutschen Märtyrertums vergoldeten Innstädtchen, bayerisch dem Blute, österreichisch dem Staate nach, wohnten am Ende der achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts meine Eltern; der Vater als pflichtgetreuer Staatsbeamter, die Mutter im Haushalt aufgehend und vor allem uns Kindern in ewig gleicher liebevoller Sorge zugetan.»

Das Hitlerische Menschenbild ist polar angelegt: der Rassenhass hat zum Pendant den Rassenstolz; der Sozialdemokrat, der Jude, der Marxist sind «Unrat», sind eigentlich keine Menschen – «So wenig eine Hyäne vom Aase lässt, so wenig ein Marxist vom Vaterlandsverrat!» der Arier dagegen, der blutmässig «reine» Deutsche, der Nationalsozialist vor allem: das sind die eigentlichen Menschen.

«Jedes Tier paart sich nur mit einem Genossen der gleichen Art. Meise geht zu Meise, Fink zu Fink, der Storch zur Störchin, Feldmaus zu Feldmaus, Hausmaus zu Hausmaus, der Wolf zur Wölfin usw. . . . Die Folge dieses in der Natur allgemein gültigen Triebes zur Rassenreinheit ist nicht nur die scharfe Abgrenzung der einzelnen Rassen nach aussen, sondern auch ihre gleichmässige Wesensart in sich selber. Der Fuchs ist immer ein Fuchs, die Gans immer eine Gans, der Tiger ein Tiger usw. und der Unterschied kann höchstens im verschiedenen Masse der Kraft, der Stärke, der Klugheit, Gewandtheit, Ausdauer usw. der einzelnen Exemplare liegen. Es wird aber nie ein Fuchs zu finden sein, der seiner inneren Gesinnung nach etwa humane Anwendungen Gänsen gegenüber haben könnte, wie es ebenso keine Katze gibt mit freundlicher Zuneigung zu Mäusen. Daher entsteht auch hier der Kampf untereinander weniger infolge innerer Abneigung etwa als vielmehr aus Hunger und Liebe. In beiden Fällen sieht die Natur ruhig, ja befriedigt zu. Der Kampf um das tägliche Brot lässt alles Schwache und Kränkliche, weniger Entschlossene unterliegen, während der Kampf der Männchen um das Weibchen nur dem Gesundesten das Zeugungsrecht oder doch die Möglichkeit hierzu gewährt. Immer aber ist der Kampf ein Mittel zur Förderung der Gesundheit und Widerstandskraft der Art und mithin eine Ursache zur Höherentwicklung derselben . . .

Hier freilich kommt der echt judenhaft freche, aber ebenso dumme Einwand des modernen Pazifisten: ‚Der Mensch überwindet eben die Natur!‘

Millionen plappern diesen jüdischen Unsinn gedankenlos nach und bilden sich am Ende wirklich ein, selbst eine Art von Naturüberwindern darzu-

stellen; wobei ihnen jedoch als Waffe nichts weiter als eine Idee zur Verfügung steht, noch dazu aber eine so miserable, dass sich nach ihr wirklich keine Welt vorstellen liesse . . .»

Die «morphologische Rassenbetrachtung» Hitlers greift bestimmte Merkmale des Menschen heraus und dekretiert, sie seien besonders rasseprägend; diese Merkmale werden zu Typen zusammengeordnet und als «die» Rasse ausgegeben. Abgesehen von der Unwissenschaftlichkeit des Verfahrens, wird damit der Willkür und dem Ressentiment Tür und Tor geöffnet. Genau solche «schrecklichen Vereinfachungen» aber verhalfen den durch Wirtschaftsnot, politischen Terror und parlamentarische Selbstzerfleischung verunsicherten Massen dazu, wieder einen, wenn auch trügerischen, ideologischen Halt zu finden.

IV.

Tagebuch einer Wende – ein grosser Teil der deutschen Bevölkerung erhoffte sich damals vom Nationalsozialismus eine Lösung der politischen wie wirtschaftlichen Probleme. Ein kleinerer, aber durchaus gewichtiger Teil, vor allem Wähler der Linksparteien, befürchtete, dass die schlimmsten Ahnungen Wirklichkeit würden und eine lange Zeit der Verfolgung anhebe. Das ganze Ausmass der bevorstehenden menschenverachtenden Barbarei dürften die wenigsten vorausgesehen haben. Während die «Agenturen der Gesellschaft», wie Universitäten, Kirchen, Justiz, Verwaltung, in überwältigendem Masse zum «nationalen Aufbruch» sich bekannten, formierten sich auch die Kräfte, die kritisch sich verhielten, inneren Widerstand leisteten oder in die Emigration gingen. Einer der Mahner, die klarsichtig und weitblickend erkannten, dass die Machtergreifung den Weg ins Verderben vorzeichnete, war Wilhelm Röpke, damals Ordinarius für Nationalökonomie in Marburg.

Eine Woche nach der Machtergreifung hielt er in Frankfurt einen Vortrag, der zusammenfasste, warum der Nationalsozialismus hatte siegen können, und warum die Widerstandskräfte gegen ihn als zu schwach sich erwiesen hatten. Drei Grundelemente seien für den Sieg der Barbarei massgebend gewesen:

- An die Stelle der Freiheitsidee sei das Verlangen nach neuer Persönlichkeitsknechtung getreten: Servilismus habe sich ausgebreitet; eine neue Sehnsucht nach Bevormundung und Kommando, die fast schon an Masochismus grenze. Ein beispielloser

Götzendienst am Staate werde betrieben; die Maschinerie der Verwaltung und der Polizei sei so vollkommen ausgebildet worden, dass als Grenzen der Staatsallmacht fast nur noch diejenigen übrigblieben, die er sich selbst setze; aber der illiberale Staat setze sich kaum mehr welche. Der mit dem Servilismus verknüpfte Nationalismus wolle sich aus abendländischer Tradition lösen; mit blindwütigem Hass verfolge er alles Fremde und beseitige so die Scheidewände, die die Menschen vom «nackten Kannibalismus» trennten.

- Der Idee der Vernunft werde der Irrationalismus entgegengesetzt. Die Offensive gegen die Aufklärung speise sich aus einer Weltanschauung, in der «Mythos», «Stimme des Volkes», «Urseele», «Blut», «Reich» zentrale Topoi ausmachten. Statt des Klaren bevorzuge man das Wirre, statt des Hellen das Dunkle, statt der Logik und des Beweises Stimmungsmache und Gefühlserregung. Verdummung und Verdampfung liessen für die Zukunft der davon ergriffenen Gesellschaft das Schlimmste befürchten.
- Nicht der Humanitätsgedanke gelte mehr, sondern der Brutalismus werde gepriesen und propagiert. Man feiere das Raubtier im Menschen mit beispiellosem Zynismus und rechtfertige jede Immoral durch die Heiligkeit des politischen Zweckes. Nicht mehr «Leben und Lebenlassen» gelte, sondern «Sterben und Sterbenlassen». Humanität als Schwäche – die blonde Bestie probe den Aufstand.

Was in den Zeitungsberichten der Monate von Dezember 1932 bis März 1933 in vielem und bei vielen noch als Wende mit offenem, unvoraussehbarem Ausgang erscheint, war Einsichtigen längst klar geworden: der Versuch der Demokratie war zunächst gescheitert; die Republik an ihrem Ende angekommen. Am 19. 2. veröffentlichte der «Sonntag» ein «Bekenntnis» von Thomas Mann, das er für eine Massenkundgebung in Berlin, die dann verboten wurde, vorbereitet hatte. Darin heisst es: «Das soziale und demokratische Deutschland, ich bin tief überzeugt davon, darf vertrauen, dass die gegenwärtige Konstellation vorübergehend ist, und dass die Zukunft, trotz allem, ihm gehört.» Fünfzig Jahre nach der Machtergreifung können wir mit Genugtuung feststellen, dass Thomas Mann recht behalten hat. «Menschenopfer unerhört» aber waren notwendig, ehe eine neue deutsche Republik wieder erstand. Mit geschärf-

Wie kam es dazu?

tem geschichtlichem Sinn wird man darüber wachen müssen, dass ihr Gefährdungen, wie sie das Ende des Weimarer Staates besiegelten, erspart bleiben.

JAHRESWENDE 1932/1933

Neues Jahr – neuer Kampf

*Vorwärts (SPD) 1.1.,
Morgen-Ausgabe*

Unser ist der Sieg

Kapitalistischer Verfall – revolutionärer
Aufschwung

*Sozialistische Republik
(KPD), 1./2.1.*

Die Kurve der Nazis sinkt. . .

*Jüdisches Wochenblatt,
16. 12. 1932*

Prognose für das Jahr 1933:

Vom Jahr der Wende zum Jahr der Arbeit

*Tägliche Rundschau,
1. 1.*

Jahresende! Zeiten wende

Mit Adolf Hitler ins neue Jahr!

*Hessen-Post (NSDAP),
Dezember/Julmond 1932*

Adolf Hitlers Kampf- botschaft für 1933:

«Ich bin aufs äusserste entschlossen, das
Recht der Erstgeburt unserer Bewegung
nicht für das Linsengericht der Beteili-
gung an einer Regierung ohne Macht zu
verkaufen.»

*Völkischer Beobachter
(NSDAP), 1. 1.*

Was wird geschehen? 1933!

Deutschland am Vorabend der Wende

*Neues Deutschland
(astrologische Wochen-
zeitung), Nr. 2, 15. 1.*

Jüdische Weltdiktatur

Der Jude Herriot schliesst mit dem
Juden Azana Verträge ab.
Prost Neujahr!

*Der Stürmer, Deutsches
Wochenblatt zum
Kampfe um die Wahr-
heit, Nr. 52, Dez. 1932*

Die Wende: Noch eine Chance für Hitler?

Die deutsche Presse benützt den Jahreswechsel 1932/33 zu grundsätzlichen Analysen, Spekulationen und Hoffnungen. An der Schwelle des neuen Jahres scheint der Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise überwunden. Nach den spektakulären Erfolgen der NSDAP bei den Wahlen im Frühjahr und im Sommer 1932 stürzt die Partei Hitlers nach dem Verlust von Millionen Wählern bei den Reichstagswahlen im November in eine Krise. Das geschwächte republikanische Lager atmet auf: die braune Gefahr scheint gebannt. Die liberale *Frankfurter Zeitung*, ein Blatt des gehobenen Bürgertums, blickt voller Optimismus in das neue Jahr 1933.

Auf allen Gebieten, in der Wirtschaft, in der Innenpolitik, in der Aussenpolitik, und vor allem auch in der geistigen Gesamtlage der Nation lassen sich zum erstenmal gleichzeitig deutliche Symptome einer beginnenden Konsolidierung . . . beobachten. Eine Chance liegt also vor uns . . . Wir wissen heute: der Karren ist nicht unbeweglich festgefahren . . . Heraus mit ihm, mit allen verfügbaren Kräften. (. . .) Die politische Grundtendenz wird durch die Tatsache der Entzauberung der NSDAP und durch die grosse staatspolitische Erkenntnis dieses Jahres bestimmt bleiben, dass es in Deutschland kein Diktieren gegen die öffentliche Meinung geben kann. Das Leben selbst hat uns gezwungen, zu dem zurückzukehren, was viele so leichten Herzens über Bord zu werfen bereit waren: zur Vernunft.

Frankfurter Zeitung, 1. 1., Morgen-Ausgabe

Auch das *Jüdische Wochenblatt* ist der Auffassung, dass die Erfolgsserie der Nationalsozialisten ausgelaufen ist:

Geht es aber der Wirtschaft besser, so entfällt eine grosse Zahl von Gründen, die den Radikalismus der NSDAP – auch der Kommunisten übrigens – bisher nährte. Alle diese Dinge stehen seit langem in erkennbarem Zusammenhang und man muss sich zu der Hoffnung bekennen, dass diese Zeiten und die aus ihnen gewonnenen Erkenntnisse Vorläufer einer normaleren und ruhigeren Epoche sind, auch für uns Juden.

Jüdisches Wochenblatt, Köln, 16. 12. 1932

Leopold Schwarzschild, Herausgeber des Intellektuellen-Magazins *Das Tagebuch* spekuliert darüber, was aus der Konkursmasse der ehemaligen NSDAP-Wähler werden könnte:

Je näher die Möglichkeit einer nochmaligen Reichstagswahl rückt, um so interessanter und wichtiger wird die Frage, was nun eigentlich mit den Millionen neuerdings abfallender Hitler-Wähler werden soll. (. . .) Landläufig ist die Meinung, dass ein grosser Teil der Hitler-Schmelze ins Reservoir der Kommunisten abströmen werde. Das ist sicher ein Irrtum. Aus den Ziffern der letzten Wahlgänge, die immer wieder ziemlich gleichbleibende Ergebnisse für Sozialdemokraten plus Kommunisten brachten, sollte endlich doch die Gewissheit entnommen worden sein, dass das proletarische Element niemals eine grosse Rolle im Anhang der Nationalsozialisten gespielt hat. Für den Übergang vom Hakenkreuz zum Sowjetstern kommen in der Hauptsache aber doch wohl nur proletarische Elemente in Betracht. (. . .) Darüber sollte sich die kommunistische Führung selbst im klaren sein und trotz aller areligiösen Überzeugungen den lieben Gott Tag und Nacht anflehen, sie nicht allzusehr zu segnen, besonders nicht mit allzuviel Abfall aus der Hitler-Küche.

Das Tagebuch, München, 7. 1. 1933

Carl von Ossietzky, Schriftleiter der linksintellektuellen *Weltbühne*, kommentiert voller Ironie die Parteikrise der NSDAP:

Am Anfang des Jahres zweiunddreissig stand die Nazidiktatur vor der Tür, war die Luft voll Blutgeruch ... An seinem Ende wird die Hitler-Partei von einer heftigen Krise geschüttelt, sind die langen Messer still ins Futteral zurückgesteckt und öffentlich sichtbar nur die langen Ohren des Führers. Die deutsche Entwicklung geht nicht glatt, aber rapid.

Die Weltbühne, Berlin, 3. 1. 1933

Die der katholischen Zentrumspartei nahestehende *Kölnische Volkszeitung* sieht in der Wiedewahl Hindenburgs eine dem Allmächtigen zu verdankende Garantie gegen politische Katastrophen:

Allerdings hat das deutsche Volk auch Anlass, einem Höheren dankbar zu sein, der ihm weiterhin den Mann erhalten hat, der als wiedererwählter Reichspräsident den auseinanderstrebenden Kräf-

ten gegenüber in sich eine bereits geschichtlich gewordene Autorität verkörpert, wie sie kein zweiter Deutscher besitzt. Die Wiederwahl Hindenburgs war das Ereignis, das sich als ein gewaltiger Akt innerer Selbstbehauptung des deutschen Volkes über den wilden Strudeln des Jahres 1932 erhebt!

Kölnische Volkszeitung, 5. 1. 1933

Im selbstbewussten Ausblick auf das neue Jahr, definiert Otto Wels, Fraktionsvorsitzender der SPD im Reichstag, die Aufgaben seiner Partei:

Wir führen den Kampf gegen die Schleicher-Regierung in sachlicher Opposition mit dem Ziel, den Einfluss der Arbeiterklasse zu stärken. Sie muss *zurück, zur Macht!* Nicht Generäle und nicht Barone, nicht Industriekapitäne und nicht Junker können die Interessen der Arbeiter und Angestellten, der Kleinbauern und Gewerbetreibenden, der Arbeitslosen und Rentner und der ganzen Millionarmee der Mühseligen, Beladenen, Hungernden und Darbenden vertreten. Nur in ihrer eigenen Hand sind ihre Interessen gewahrt und gesichert (...)

Nichts liegt uns ferner, als die traditionelle Diskussionsfreiheit der Partei einzuschränken.

Aber wer kämpfen will – und das wollen wir – der breitet seine Pläne nicht auf offenem Markte aus. Disziplin und Kampfbereitschaft waren stets die besten Waffen der Sozialdemokratie. Wir wollen sie auch 1933 scharf und geschliffen halten.

Vorwärts (SPD), Berlin, 1. 1. 1933

Voller Hoffnung auf eine revolutionäre Situation als Folge der Krise des Kapitalismus kommentiert das Kölner KPD-Organ *Sozialistische Republik* den Jahreswechsel.

Unser ist der Sieg

Wir stehen an der Jahreswende 1932/33. Ein Jahr ist ein kurzer Zeitabschnitt im Weltgeschehen ... – aber unter den Bedingungen der verschärften kapitalistischen Krise, des sich schnell vollziehenden kapitalistischen Zusammenbruchs, unter den Bedingungen des gigantischen sozialistischen Aufbaus in der Sowjet-Union und des Anwachsens der revolutionären Welle, der ungeheuren Zuspitzung der Klassengegensätze, kommt schon einem Jahr der Entwicklung eine gewaltige geschichtliche Bedeutung zu. In den Thesen des

12. Plenums der Kommunistischen Internationale wird die Bedeutung der gegenwärtigen Situation folgendermassen charakterisiert: «Im gegenwärtigen Augenblick vollzieht sich gerade der Übergang zu einem neuen Turnus von Revolutionen und Kriegen. In Deutschland – eine ausserordentliche Verschärfung der Klassenantagonismen: Einerseits Wachstum des Faschismus, andererseits Wachstum des revolutionären Massenkampfes. Beschleunigtes Ansteigen der Voraussetzungen der revolutionären Krise.»

In aller Klarheit breitet die KPD zugleich aus, wer in der revolutionären Krise ihr eigentliches Hemmnis für den eiligen Sieg ist. Sie wiederholt das seit 1927 bestehende Dogma vom Sozialfaschismus:

In allen kapitalistischen Ländern zeigt sich, dass die II. (sozialdemokratische, d. H.) Internationale den faschistischen Regierungsmethoden den Weg bereitet und aktiv an der Durchführung der faschistischen Diktatur beteiligt ist. Vor allem das Jahr 1932 zeigte die deutsche Sozialdemokratie als soziale Hauptstütze der Bourgeoisie in allen Formen (. . .) Die sozialdemokratischen ADGB-Führer betreiben offen den Streikbruch und die Eingliederung der Gewerkschaften in den Faschismus.

Sozialistische Republik, Köln, 1./2. 1. 1933

Adolf Hitler hat zum Neujahrstag für die Probleme der Zeit für Hunderttausende die schlüssigste Erklärung:

Denn dies ist das Bild unserer Zeit:

Die religiös und weltanschaulich wurzellos gewordene liberalistische Menschheit steht am Ende ihres Zeitalters. Riesengross erhebt sich die bolschewistische Gefahr. Technik, Handel und Verkehr haben nicht nur die Völker räumlich einander näher gebracht, sondern leider auch den Instinkt für niedere gemeinsame Erbveranlagungen aus Jahrtausenden neu erweckt. Der Ruf: «Proletarier aller Länder vereinigt euch!» ist zur Parole eines Untermenschentums geworden, das über fast alle Weltteile hinweg aus gleichen Veranlagungen heraus gemeinsame Interessen wittert. Der internationale Jude als intellektueller Inspirator führt in fast allen Staaten der Welt diesen Kampf wenig befähigter, primitiver Unterrassen gegen die Kultur – und damit menschliches Leben schaffende und sichernde Fähigkeit

eines höheren Menschentums, dessen Widerstandskraft im Liberalismus erschlaffte (. . .)

Wir wollen bereit sein, zu opfern und zu kämpfen und lieber selbst zu vergehen, als vergehen zu lassen die Bewegung, die Deutschlands letzte Kraft, letzte Hoffnung und letzte Zukunft ist.

Wir grüssen die nationalsozialistische Bewegung, ihre Toten, Märtyrer und lebenden Kämpfer. Es lebe Deutschland, das Volk und das Reich.

Völkischer Beobachter (NSDAP), Berlin, 1. 1. 1933

Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Börger deutet im Glauben an den Führer die Zeichen der Zeit nicht weniger banal, wenn auch unter antikapitalistischen Vorzeichen:

Wer Augen hat zu sehen und Ohren hat zu hören, der wird wissen: In diesen Tagen ist das Lebenswerk unseres Führers Adolf Hitler meilenweit vorangekommen.

Sie wissen es, die weissen und farbigen Juden! Alles versuchen sie, um die Herrschaft des Kapitalismus zu erhalten. Umsonst, ihr Herren! Die Todesstunde des Kapitalismus hat geschlagen! Die Herrschaft des Geldes über die Arbeit ist vorbei! Ihr bestes Werkzeug, sich an der Macht zu erhalten, ist stumpf geworden! Der Klassenkampf hat seinen Sinn verloren! Sie kommen alle zum Volk zurück, zur Heimat. Von der Klasse zum Stand, vom Stand zum Volk, vom Volk zur Rasse.

Hessen-Post (NSDAP), Darmstadt, Dezember/Januar 1932

Handfest klingt der Neujahrsappell des SA-Stabchefs Ernst Röhm:

Die Zeichen stehen auf Sturm. Der Endkampf steht bevor.

Hie Bolschewismus – hie Nationalsozialismus, das sind heute die Lager, in denen um Deutschland gerungen wird. 1933 muss die Entscheidung bringen. Das Kampfziel des Jahres 1933 ist eindeutig gestellt: Tod dem Bolschewismus (. . .)

Und in dieser eisernen Entschlossenheit, dem Bewusstsein des Rechtes und der Bestimmung treten wir in das Kampfjahr 1933.

Als die Soldaten Adolf Hitlers, die Soldaten des jungen stolzen und freien Deutschlands, das wir nicht ersehnen und erlehnen, sondern erkämpfen wollen.

Völkischer Beobachter (NSDAP), Berlin, 1. 1. 1933

Vergangenheit – Gegenwart – Zukunft**Ein Bekenntnis aus der jungen Generation – Von Konrad Studentkowski**

«Wir wollen die Vergangenheit nicht mehr,
wir hassen die Gegenwart, wir streben für die
Zukunft des deutschen Volkes.»

Alfred Rosenberg

Wir wollen die Vergangenheit nicht mehr! Das heisst nicht, dass wir junge deutsche Revolutionäre nichts mehr wissen wollten von der ruhmreichen Vergangenheit unseres Volkes, von seiner zweitausendjährigen grossen Geschichte, von deutscher und preussischer Tradition, wie Nihilisten und Bolschewisten etwa wollen. Nein! Wenn wir bekennen: Wir wollen die Vergangenheit nicht mehr, so wollen wir damit zum Ausdruck bringen, dass wir nichts mehr wissen wollen von der Weltanschauung und Geisteshaltung der letzten Vergangenheit, des vorigen Jahrhunderts: von bürgerlichem Liberalismus und proletarischem Marxismus (...)

Wir hassen die Gegenwart! Diese Gegenwart, die uns in so grauenvoller Weise die Auswirkungen der Weltanschauung und Geisteshaltung der Vergangenheit zum Bewusstsein bringt. Wir hassen die fried- und freudlose Gegenwart mit ihrer dreifachen Not, die uns bedrängt. Da ist die entsetzliche wirtschaftliche Not unseres Volkes, des «Volkes ohne Raum», das für seine Jugend keinen Lebensraum hat. Und neben dieser wirtschaftlichen Daseinsnot steht die grosse völkisch-soziale Not eines in sich uneinigen, eines in Parteien und Klassen zerfallenen Volkes, das seine Ehre und damit sein Lebensrecht preisgab und zum Proletariat der Welt herabsank. Dazu gesellt sich als dritte die seelisch-kulturelle Not. Überall um uns her: Verseuchung, Zersetzung und Fäulnis. Planmässige Entsittlichung und Entseelung durch volksfremde Brunnenvergifter (...)

Wir streben für die Zukunft des deutschen Volkes! Wir sind die Zukunft; denn wir sind die Jugend! Wir stehen im Lager der Zukunft; denn wir stehen hinter Hitlers Fahnen! (. . .)

Wir bauen den Staat der nationalen Ehre und Freiheit und der sozialistischen Gerechtigkeit, der Arbeit und Brot für das Volk schafft, der parteiloser Volksstaat ist unter der Führung der besten und bewährtesten Volksgenossen, der das deutsche Volkstum und die deutsche Kultur schützt, erhält und fördert: Das Dritte Reich

Hessen-Post (NSDAP), Beilage der nationalsozialistischen Jugendbewegung in Hessen, 3. Ausgabe Januar 1933

Krisenwende?

Das Jahr 1932 hat die Weltwirtschaftskrise auf den Höhepunkt getrieben. Allerdings ist in der zweiten Jahreshälfte der Umbruch erfolgt. Die Vertrauenskrise, die zu einer Übersteigerung der Wirtschafts-Schrumpfung allenthalben beigetragen hat, ist, wie es scheint, überwunden. Die Entwicklung an den Weltmärkten lässt vermuten, dass die Sohle des Krisentales bereits erreicht ist. In Deutschland ist erstmalig seit vier Jahren eine gewisse Besserung in der Beschäftigungslage zu verzeichnen.

Berliner Tageblatt, 1.1. 1933

Werbung: Das Gebot der Stunde!

Der Deutsche Reklameverband e. V. erlässt zur Jahreswende folgenden Aufruf: Über jahrelangem unablässigem Niedergang der Wirtschaft kündigen sich erste Anzeichen an, die zur berechtigten Hoffnung Anlass geben, die Krise weiche neuer Arbeits- und Geschäftsbelegung! Gewiss wäre es verkehrt, darüber in hellen Jubel auszubrechen. Zerfall und Not nagten zu furchtbar, zu unerbittlich am deutschen Volk, als dass der Wandel zur Gesundung von heute auf morgen sich durchsetzen könnte.

Diese Erkenntnis sich vor Augen halten, kann und darf aber nicht bedeuten, dass wir uns weiterhin Verdrossenheit und Zweifelsucht überlassen, von denen wir allzu lange beherrscht wurden. Nein – mehr denn je gilt jetzt die Parole:

Weg mit Unentschlossenheit und Kleinmut!

Weg insbesondere auch mit allem Getuschel und

Geraune vom angeblichen Verdammtein

der deutschen Wirtschaft zum Untergang!

Entscheidende Aufgaben hat in diesem Augenblick die Reklame zu erfüllen. Reklame half in den trübsten Zeiten, dass die Räder nicht völlig zum Stillstand kamen! Reklame muss und wird jetzt erst recht ihre Fähigkeiten erproben (. . .)

Wer Möglichkeiten, Reklame zu treiben, heute nicht ausnützt, der schädigt sich selbst (. . .) Darum sei allen zugerufen, die sich von den Ergebnissen der Ankurbelung, von den neuen Anfängen im Erwerbsleben nicht ausgeschlossen sehen möchten:

Werben! Werben! Und noch einmal: Werben!

Das Jahr 1933 muss die lang ersehnte Wende zum Bessern bringen! In diesem Glauben mögen alle werblichen Kräfte das Ihre zum Gelingen des neuen Aufbaues beitragen!

Nürnberger Zeitung, 31. 12. 1932



Große Zeiten

wahren ist die wertvolle Aufgabe unserer
Uniformbilder. In ihrer schönen Farbenpracht
und historisch wahren Darstellung behandelt
die jetzt neu erschienene Reihe das ruhmreiche

Zeitalter der Deutschen Freiheitskriege

Weiter sind wir im überzeugten Kampf gegen
Trust und Konzern unablässig bestrebt, die
anerkannte Güte unserer Zigarettenmarken
bis an die Grenze des Möglichen zu steigern.
Deutscher Raucher, bleibe wach und wähle:

Trommler 3½ Alarm 4
Sturm 5 Neue Front 6

In allen Packungen liegen wertvolle Gutscheine.
Sturm-Zigaretten G. m. b. H., Dresden

Unsere Bilder-Tausch-Zentrale,
Dresden - N., Schloßstraße 9, tauscht ab
1. Okt. die Uniformbilder der ersten Reihe:
Zeitalter Friedrichs des Großen

Wieder Friedhofsschändungen

Auf dem jüdischen Friedhof in Osthofen (Rheinhessen) wurden von unbekanntem Tätern zwei schwere Grabsteine umgestürzt, am Eingang des Friedhofes wurde eine Ruhebänk herausgerissen und umgeworfen.

Die Gendarmerie hat die erforderlichen Ermittlungen aufgenommen. Die Israelitische Religionsgemeinde Osthofen hat auf die Ergreifung der Täter eine namhafte Belohnung ausgesetzt.

In Frenz bei Düren im Rheinland wurden auf dem jüdischen Friedhof zwei Grabsteine zerstört und mehrere Gräber beschädigt. Die eiserne Eingangstür zum Friedhof wurde zertrümmert. Da an dem Ort nur noch wenige jüdische Familien wohnen und der Friedhof selten aufgesucht wird, wurden die Zerstörungen, die schon im Oktober begangen sein dürften, erst jetzt bemerkt.

CV-Zeitung, Blätter für Deutschtum und Judentum, Berlin, 30. 12. 1933

Der Möbeljude Abraham schändet eine Fünfzehnjährige

Im Talmud, dem jüdischen Geheimgesetzbuch, steht geschrieben: «Wenn ein nichtjüdisches Mädchen drei Jahre und einen Tag alt ist, so ist es für den Juden zum Beischlaf geeignet.» (Aboda sarah 37a). Nach diesem Talmudsatze handelte der Möbeljude Abraham in Kaiserslautern. Die Nichtjüdinnen, die sich ihm feilboten, waren ihm zu alt. Darum bot er einer 24jährigen Strassendirne einen Betrag von 50 Mk., wenn sie ihm eine 15jährige Schülerin zuführe. Die Kupplerin tat es. Der Jude schändete das Mädchen, das noch in die Fortbildungsschule ging.

In der am 9. November 1932 in Ludwigshafen stattgefundenen Gerichtsverhandlung wurde die Dirne wegen Kuppelei zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Der Jude ging leer aus. Im kommenden Hitlerdeutschland wird der Jude Abraham (er ist der Bruder des Möbeljuden Abraham in Frankental und der Schwager des jüdischen Stadtrates L. Strauss in Bad Dürkheim) legal aufgehängt werden.

Der Stürmer, Nürnberg, Nr. 52, Dezember 1932

Bonner Rotsportler verunglückt

Düsseldorf, 1. Jan. Gestern Abend, gegen 3% Uhr, ereignete sich auf der Kölner Strasse ein schweres Autounglück. Ein mit roten Sportlern von «Normannia», Bonn-Süd, besetztes Auto, dessen Insassen in Oberkassel ein Spiel austragen wollten, stiess mit einem Ferntransportwagen zusammen . . .

Sozialistische Republik (KPD), Köln, 12. 1. 1933

Ein heiliges Jahr

Zum Weihnachtsfest 1932 hat das Haupt der römisch-katholischen Kirche ein «Heiliges Jahr» verkündet. Diese Verkündung ist geeignet, die unbehaglichen Empfindungen, mit denen wir sowieso schon dem Jahr 1933 entgegensehen, nur noch zu steigern.

Die Tat, Unabhängige Monatsschrift zur Gestaltung neuer Wirklichkeit, Jena, Nr. 1, 1933

Kampfjahr 1933!

Neues Jahr sieht uns bereit,
Fester schliessen sich die Reihen,
Stärker noch als Not und Leid
Ist der Geist, dem wir uns weihen!
Hitlers Landsknechtschar zerfällt,
Der Faschismus ist geschlagen,
Lasst den Aufbau dieser Welt
Uns entschlossen weitertragen!

Arbeit! den Feiernden –
Brot! den Hungernden –
Freiheit! den Unterdrückten –
Es lebe der Sozialismus!
So begrüßen wir dich!
Kampfjahr 1933!

Fränkische Tagespost (SPD), Nürnberg, 31. 12. 1932

Neujahrsgross

Karl Kinndt

Geht mit euren Horoskopem,
denn ihr prophezeitet schlecht.
Pessimisten,
haben leider meistens recht.
Eins nur lässt sich sicher sagen,
und das freut uns ringsherum:
Hitlern geht es an den Kragen,
dieses ‚Führers‘ Zeit ist um!

Misanthropen

Simplizissimus, München, Nr. 1, 1933

Zum neuen Jahr 1933

Pg. Prof. Carl Langhorst, SA-München

Schaut hin, es dämmt schon der Morgen,
Ein neues Frührot steigt bereits,
Am Himmel auf, es bannt die Sorgen
Das Zeichen mit dem Hakenkreuz.
Die Hämmer dröhnen, Essen rauchen,
Es winkt der Arbeit goldner Schein,
Der weist den Weg und was wir brauchen,
Ein Land der Arbeit soll es sein.

Ein neues Deutschland, das wir lieben,
Ein neues Deutschland, gross und frei,
Noch ist uns eines ja geblieben:
Die deutsche Kraft und Mut und Treu'.
Ins neue Jahr mit Gottvertrauen!
Und allen reichen wir die Hand,
Die mit uns kämpfen, mit uns bauen
Ein neues, freies Vaterland!

*Das Neue Deutschland, Monatschrift für die deutsche
Freiheitsbewegung und nationalsozialistische
Weltanschauung, Nr. 1, 1933*

Hitler-Jugend

Fest schreiten sie und anders als die andern:
Hier geht Gewalt!
(Von solcher Art liegt viel im fernen Flandern)
Ein Wille wuchs und wurde stolz Gestalt.

Und ihre Herzen, ihre Hände weisen
Das Hohe auf.
Nein, keine Macht, nicht Feuer und nicht Eisen
Hält dieses Leben ein in seinem Lauf!

*Baldur v. Schirach [Führer der Hitler-Jugend, d. H.J
Hessen-Post (NSDAP), Beilage der nationalsozialistischen
Jugendbewegung in Hessen, 3. Ausg., Januar 1933*

Das Horoskop: Blick in das neue Jahr*Harald Kevin v. Hoogerwoerd*

Nach der Meinung unserer bedeutendsten Astrologen untersteht Deutschland dem Widder. Diese Annahme ist empirisch meiner Ansicht nach durchaus gerechtfertigt (. . .)

Von welcher Seite aus Deutschland im nächsten Jahre regiert wird, lässt sich sehr schwer sagen. Man muss dazu die Horoskope der massgebenden Politiker berücksichtigen. Und hierbei muss festgestellt werden – dass diese Politiker mitunter den an sie herantretenden astrologischen Tendenzen krass zuwiderhandeln. So hat zum Beispiel Adolf Hitler die günstige Tendenz seiner Jupiter-Trigonal-Stellung Mitte August, die sich in dem Angebot des Vizekanzlerpostens und zweier nationalsozialistischer Ministersitze äusserte, abgelehnt . . . Wenn er astrologisch beraten gewesen wäre, hätte er unbedingt annehmen müssen – die Folgen wären für ihn und seine Partei günstig gewesen. (...)

Jedenfalls kann festgestellt werden, dass Deutschland mit Ende dieses Jahres in eine bedeutend günstigere Zeit kommt – hoffentlich gelingt es einer Regierung, in dieser Zeit den neuen und dauernden Aufstieg des Landes zu begründen!

Artur Schumacher

Die politische Astrologie ist in der Praxis noch längst nicht fundamentiert. Sie wird noch auf Jahre hinaus ein Gebiet des Studiums und der Forschung sein müssen. Bis dahin ist derartigen Prognosen nur Wahrscheinlichkeitswert beizumessen (...) Laufend ungünstig sind die Jahreinflüsse wieder für Hitler. Interessant ist, dass sich ebenfalls für ihn in den Monaten Mai-Juni stärkere disharmonische Saturn-Einflüsse zeigen. Die Kombinationsmöglichkeiten daraus sind gross und lassen sich an dieser Stelle nicht erschöpfen. Es liegt nahe, den Gedanken zu erwägen, ob Hitler mit diesen Konstellationen nicht durch Umstände, die stärker sind als er, in Situationen gebracht wird, denen er nicht gewachsen ist. Jedenfalls ist mit einer starken Schwächung seiner gesamten Machtposition zu rechnen, von der er sich kaum wieder erholen dürfte. Und wenn die Frage gestellt würde, wie es um die Aussichten Hitlers auf eine Reichskanzlerschaft bestellt ist, so könnte man nur erwidern, dass Hitlers «Sterne» so ungünstig sind für 1933, dass ihm eine Kanzlerschaft keineswegs zu wünschen ist.

*Querschnitt, Berlin, Dezember 1932***Das Schicksal der deutschen Führer 1933: Hitler**

Im Vordergrund steht zunächst noch Adolf Hitler und seine Bewegung. Aber die von mir schon früher vorausgesagten Katastrophen, die Hitlers Person und Stellung betreffen, scheint vor der Tür zu stehen. Die letzten, nicht unbedeutlichen Chancen Hitlers liegen im Januar 1933. Werden diese Chancen nicht genutzt, so folgt bereits Anfang Februar eine niederschmetternde Katastrophe (. . .) Auf alle Fälle ist die zweite Hälfte des Januar der schwerwiegendste Wendepunkt der Hitlerbewegung.

Der Seher, Erfurt, Nr. 2, Januar 1933



DONNERSTAG, 26. JANUAR 1933

Warnung vor Staatsstreich

*Berliner Tageblatt,
Morgen-Ausgabe*

Das Spiel hinter den Kulissen

Hugenberg verhandelt mit Frick –
Kommt es zur Auflösung?

*Vossische Zeitung,
Morgen-Ausgabe*

Schleichers letzter Rettungsversuch:

Neue Notverordnung!

32 Grad Kälte in Schlesien

Der Angriff (NSDAP)

Das rote Berlin zeigt Schleicher, Goebbels seine Massenkraft!

*Sozialistische Republik
(KPD)*

Gegen reaktionäre Staatsstreichpläne! Sonntag,

14½ Uhr Lustgarten!

Berlin bleibt rot!

Vorwärts (SPD)

Frage an Stalin

Die russischen Kommunisten schliessen Nichtangriffspakte mit kapitalistischen Regierungen – Warum sollte nicht ein Nichtangriffspakt zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten möglich sein?

*Rheinische Zeitung
(SPD)*

Neun Tote in Dresden

Mörder KPD: Acht Tote in Dresden –

Ausgeschleichert!

*Vossische Zeitung,
Abend-Ausgabe*

*Westdeutscher Beobachter
(NSDAP)*

Der Stein kommt ins Rollen

Am 6. Januar wurde der Optimismus der Republikaner durch die Nachricht, dass sich Exkanzler v. Papen mit Hitler zwei Tage zuvor im Haus des Kölner Bankiers Schröder getroffen habe, gedämpft. Hinter dem Rücken Schleichers konspirierte Papen für eine Neuauflage der Harzburger Front. Mitte Januar führte die NSDAP im winzigen Ländchen Lippe einen Wahlkampf mit ungeheurem propagandistischen Aufwand. Den so erzielten Stimmenzuwachs schlachtete sie propagandistisch aus, um ihr angeschlagenes Prestige wiederherzustellen.

Der Reichslandbund, die Interessenvertretung der Grossagrarien, richtete am 22. Januar massive Angriffe gegen Schleicher. Der Reichskanzler hatte die Enthüllung des Osthilfeskandals nicht verhindert: Millionenbeträge, für kleinere und mittlere Landwirte bestimmt, waren in die Taschen von ostelbischen Grossgrundbesitzern geflossen. Unter ihnen waren führende Deutschnationale, die enge Kontakte zum Reichspräsidenten Hindenburg und seiner Umgebung hatten.

Nachdem am 25. Januar auch der Vorsitzende der Deutschnationalen und Kopf des mächtigen Pressekonzerns, Alfred Hugenberg, Schleicher angegriffen hatte, zeichnete sich ab, dass die Basis von Reichskanzler Schleicher immer schmaler wurde.

Auf dem Hintergrund immer blutigerer Unruhen tauchen diffuse Gerüchte über einen Staatsstreich auf.

Das Intrigenspiel allerdings, das schliesslich zur Neuauflage der «Harzburger Front» und zur Inthronisierung Hitlers als Reichskanzler führte, wird von grossen Teilen der republikanisch gesinnten öffentlichen Meinung unterschätzt.

Am 26. Januar schreibt die *Frankfurter Zeitung*:

Es steht endgültig fest:

1. dass die Harzburger Idee (samt Präsidialkabinett ohne Schleicher) gescheitert ist,
2. dass die wieder restlos uneinigen Harzburger gar nicht daran denken, die Bildung eines Mehrheitskabinetts mit Hilfe des Zentrums zu betreiben.

Frankfurter Zeitung, 2. Morgenblatt

Die *Vossische Zeitung* sieht dagegen in einem detaillierten Bericht über Gespräche Hugenbergs mit dem Vorsitzenden der NSDAP-Reichstagfraktion Frick eher die Möglichkeit einer Koalition Hitlers mit Hugenberg. Sie hofft aber, dass diese Koalition an der mangelnden Kompromissbereitschaft Hitlers scheitern wird:

Adolf Hitler besteht heute wie gestern und vor einem halben Jahr darauf, dass seine Partei sich an keiner Regierung beteiligen könne und dürfe, die nicht seinen Namen trägt, und da der Reichspräsident heute über ein Diktaturregime Adolf Hitler nicht um ein Jota anders denkt als früher, sind alle Mitteilungen, die . . . dahin gehen, dass eine Regierung der Harzburger Front in nächster Zeit das Kabinett Schleicher ablösen werde, lediglich als Stimmungsmache zu werten.

Vossische Zeitung, Morgen-Ausgabe, Berlin

Gerüchte über reaktionäre Staatsstreichpläne der «Harzburger» nimmt der SPD-Vorstand zum Anlass, für Sonntag, den 29., im Berliner Lustgarten zu einer Massendemonstration aufzurufen:

[Die Proklamierung des Staatsnotstands] würde auf einen Staatsstreich hinauslaufen, der dem Volk seine verfassungsmässigen Rechte raubte und jenen Cliques zugute käme, die ohne Rücksicht auf die Gesamtheit und vor allem auf die Arbeiterklasse ihre Sonderinteressen vertreten und dabei die Kritik des Parlaments zu scheuen allen Grund haben. Ein solcher Staatsstreich würde einen rechtlosen Zustand schaffen, gegen den jeder Widerstand erlaubt und geboten ist.

Vorwärts, Morgen-Ausgabe, Berlin

Auch die KPD mobilisiert die Kampfbereitschaft ihrer Mitglieder. In dem drohenden Bündnis zwischen NSDAP und Deutschnationalen sieht sie jedoch nur eine «Steigerung der faschistischen Diktatur», weil sie bereits die bestehende Regierung als «faschistisch» bezeichnet:

Die ganze erbärmliche Verworfenheit der bürgerlichen Gesellschaft, die wachsende Krise und die zunehmenden Auseinandersetzungen innerhalb der Bourgeoisie selbst kommen am treffendsten zum Ausdruck in dem Wust der Intrigen der kapitalistischen Partei-

en untereinander, in den wilden Kuhhandeleien, zu denen ein Parteiführer nach dem anderen gejagt wird . . .

Die Deutschnationalen wollen ganz offensichtlich zusammen mit den Nationalsozialisten den sogenannten «Staatsnotstand» erzwingen, das heisst, die Aufrichtung des zivilen Belagerungszustandes . . . durch die Beseitigung des letzten Restes der Weimarer Verfassung, durch die gänzliche Ausschaltung des Reichstages (. . .)

Die Situation ist also überaus ernst. Notwendiger denn je zuvor ist es, dass die werktätigen Massen die Worte des Genossen Thälmann beachten:

«Da wir täglich mit Überraschungen rechnen müssen, mit plötzlich einsetzenden grossen Angriffen unserer Gegner usw., ist ein schnelles, sofortiges Reagieren eine Lebensnotwendigkeit unserer revolutionären Politik.»

Benutzt die Steigerung unserer antifaschistischen Offensive, um allen Arbeitermassen in Stadt und Land vor den drohenden faschistischen Überraschungen zu informieren und sie auf die notwendigen politischen Kampfhandlungen einzustellen. Jeder Versuch der Steigerung der faschistischen Diktatur . . . muss ihre aktive Gegenwehr in der Vorbereitung und der Durchführung der politischen Massenstreiks der Arbeiter finden.

Sozialistische Republik (KPD), Köln

Die Mittags- und Abendausgaben berichten über acht bzw. neun Tote bei der Auflösung einer kommunistischen Versammlung in Dresden durch die Polizei.

Im Keglerheim auf der Friedrichstrasse fand Mittwochabend eine Versammlung des Kampfbundes gegen den Faschismus mit dem Oberleutnant a. d. Fraedrich als Redner statt. Da Fraedrich auch in dieser Versammlung in ausserordentlich gemeingefährlicher Weise zu Gewalttätigkeiten aufforderte, wurde die Versammlung von dem überwachenden Beamten der Politischen Abteilung für aufgelöst erklärt. Da der polizeilichen Aufforderung zum Verlassen des Saales nicht nachgekommen wurde, wurde von vorsorglich bereitgehaltener uniformierter Polizei vor dem Podium eine Sperrkette gebildet, die mit der Räumung des Saales zunächst ohne Anwendung des Gummiknüppels begann. Im gleichen Augenblick setzten, insbesondere auf den Galerien, Sprechchöre ein: «Wir bleiben da! Sitzenbleiben!» usw. Auch wurde von den Galerien herab mit Biergläsern,

Aschenbechern, Stühlen usw. nach den den Saal räumenden Beamten, die teilweise auch dadurch getroffen wurden, und denen im Saal jetzt starker Widerstand entgegengesetzt wurde, geworfen. Gleichzeitig wurde von Versammlungsbesuchern auf den Galerien auf die Beamten scharf geschossen. In der Notwehr machten die Beamten nun ebenfalls von der Schusswaffe Gebrauch. Diese Gegenwehr hatte neun Todesopfer und, soweit sich bisher hat feststellen lassen, elf Verletzte zur Folge gehabt.

Die Kommunisten behaupten, dass die Polizei mit dem Schiessen begonnen hätte und dass die amtliche polizeiliche Mitteilung, dass zuerst von der Galerie geschossen wurde, ebenso unrichtig wäre wie die Behauptung, dass von der Galerie mit Biergläsern geworfen worden sei. Die Kommunisten behaupten, dass sich auf der Galerie überhaupt keine Biergläser befunden hätten. Ferner behaupten sie, dass sie die Sprechchöre zur Aufforderung zum Sitzenbleiben erst dann hätten in Aktion treten lassen, als sich auf den Treppenausgängen Stauungen gebildet hätten und Menschen hingestürzt seien, über die die Nachfolgenden hinweggetreten wären. Um zu verhüten, dass infolge der Panik Menschen totgetreten würden, hätten die Sprechchöre aufgefordert, im Saale zu bleiben. Das steht ebenfalls im Widerspruch zu den amtlichen Angaben.

Rheinische Zeitung (SPD), Köln

Unter der Schlagzeile «Mörder KPD» stellt der *Westdeutsche Beobachter (NSDAP)* die Tatsachen auf den Kopf.

Die von der Regierung Schleicher noch immer geduldete blutige Hetze der Sowjet-Juden hat in Dresden zu einem neuen, grauenhaften Blutbad geführt (. . .)

Wieder hat also die blutige Hetzarbeit Moskaus acht deutsche Arbeiterleben auf dem Gewissen! Sonntag vier Tote in Köln, gestern acht Tote in Dresden! Wie lange noch wird die Regierung Schleicher diesem roten Terror noch tatenlos zusehen?

Westdeutscher Beobachter (NSDAP), Köln

Über den Auftritt und das Vorleben des Redners kann die *Vossische Zeitung* Einzelheiten mitteilen:

Der Hauptredner war ein früherer Offizier a. D. Herbert Fraedrich, der übrigens nach seinem Ausscheiden aus der alten Wehrmacht in

die Reichswehr nicht übernommen worden war. Fraedrich stammt aus Remscheid, lebt seit einiger Zeit in Bautzen und war dort früher Musikführer der Musikkapelle der Ortsgruppe Bautzen der N.S.D.A.P. Nachdem er von dieser Partei zu den Kommunisten übergetreten war, zeigten ihn seine früheren Parteigenossen wegen Unterschlagung an, weil er eine Armeepistole im Juli 1931 aus Parteimitteln gekauft, den Betrag von 13,- RM jedoch für den Ankauf einer Flöte verbucht hatte (. . .)

Fraedrich gebärdet sich besonders radikal. So hat er am Sonntag in einer Versammlung sehr scharf gegen die Kirche gesprochen. In der gestrigen Versammlung verwies er unter deutlicher Anspielung auf Deutschland darauf, dass in Polen Soldaten sich geweigert hätten, auf Streikende zu schießen. Dann erklärte er: «Ich sage euch von hier aus, was ich bei der Beerdigung eines Kommunisten in Plauen gesagt habe: Wenn man euch schlägt, so schlägt wieder, wenn man euch sticht, so stecht wieder, und wenn man auf euch schießt, so schießt wieder.» Diese offenkundige Aufreizung zur Gewalttätigkeit nahm der überwachende Beamte zum Anlass, die Versammlung aufzulösen.

Vossische Zeitung, Abend-Ausgabe, Berlin

Unter der Überschrift «Hugenberg drängt auf Verfassungsbruch» hat die Berichterstattung der Abendausgabe der *Vossischen Zeitung* einen anderen Akzent als die Morgenausgabe: Konkretere Einzelheiten eines möglichen Bündnisses zwischen den Deutschnationalen und der NSDAP werden erwähnt, zum erstenmal ist von Hitler als möglichem Reichskanzler die Rede.

Alle Anstrengungen Hugengeb's sind darauf gerichtet, den Reichspräsidenten für die Erteilung von Vollmachten zu gewinnen, die auf eine Ausserkraftsetzung wichtiger Artikel der Verfassung und Beseitigung des Reichstages hinauslaufen. Aber diese Vollmachten soll unter keinen Umständen eine Regierung erhalten, die von Schleicher geführt wird, sondern ein Diktaturkabinett der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten. Man glaubt, den Reichspräsidenten durch immer mehr sich verschärfenden Druck in die Zwangslage bringen zu können, sogar Hitler als Führer eines solchen antikapitalistischen Kabinetts zu berufen.

Vossische Zeitung, Abend-Ausgabe, Berlin



SA-Aufmarsch am 22. Januar 1933 auf dem Bülowplatz vor dem Karl-Liebknecht-Haus, dem Sitz der KPD, vor einer Feier auf dem Nicolaifriedhof zum Gedenken an Horst Wessel. Drei Tage später findet auf diesem Platz eine grosse Gegen-demonstration der KPD statt.



Der Chefredakteur des sozialdemokratischen *Vorwärts*, Friedrich Stampfer, kommentiert eine Demonstration, die vor der KPD-Zentrale am Berliner Bülowplatz stattfand.

Wieder Bülowplatz

Auch das schärfste Urteil über die Politik der kommunistischen Führung kann nichts ändern an der Hochachtung, die diese Massen verdienen. Durch klingenden Frost und schneidenden Wind zogen sie in abgeschabten Mänteln, in dünnen Jacken, in zerrissenen Schuhen stundenlang. Zehntausende blasser Gesichter, aus denen die Not sprach, aus denen aber auch der Opfermut sprach für die Sache, die sie für die richtige halten. Aus ihren rauhen Stimmen klang der Hass, der tausendmalberechtigte Hass gegen eine Gesellschaftsordnung, die sie zu Not und Elend verdammt, der Protest, der tausendmal berechtigte Protest gegen den grotesken Wahnsinn, die schreiende Ungerechtigkeit unserer sozialen Zustände. Der wäre kein Sozialist, der diesen Hass, diesen Protest nicht mitempfände.

Man merkte, dass sie hier zu Hause waren, Menschen der Not in den Quartieren der Not. Am letzten Sonntag war es die Invasion einer feindlichen Macht, die von zehntausend Bewaffneten geschützt war. Gestern war es ein Bild eines freien Volkslebens. Bei fast völliger Abwesenheit von Schutzpolizei herrschte mustergültige Ordnung und Disziplin (. . .)

Im grossen Berlin laufen ein paar tausend Messerstecher herum, die jeder Partei, der sie sich anschliessen, zur Unehre gereichen. Der grösste Teil dieser wenig respektablen Sorte läuft heute mit den Nazis, während ein kleinerer sich den Kommunisten zugesellt. Aber die Zehntausende, die gestern über den Bülowplatz marschierten, waren bestimmt keine «Untermenschen» und keine «rote Mordbestie» – es waren Arbeiter, genau ebenso wie die Arbeiter, die in der Sozialdemokratischen Partei organisiert sind (. . .)

Manche, die ich gestern vorbeimarschieren sah, sind Söhne jener sozialdemokratischen Arbeiter, mit denen wir vor 25 Jahren für das gleiche Wahlrecht auf die Strasse gingen. Von den Alten sind sicherlich viele damals mit uns gewesen. Gestern erfreuten sie sich, hungrig und durchgefroren, eines Restes der von der Sozialdemokratie erkämpften und verteidigten demokratischen Freiheit, ohne zu ahnen, dass ihre Führer drauf und dran sind, auch ihn zu verspielen.

Vorwärts, Morgen-Ausgabe, Berlin

Wie Osthilfe-Mittel missbraucht wurden

Abschluss der Aussprache mit Haushalts-Ausschuss

Die beiden Grafen von Kayserling im Kreise Striegau haben in zwei Jahren fast 700'000 Mark Schulden gemacht, ziehen ihre Gläubiger hin und verhindern Zwangsversteigerungen. Ihr ansehnliches Vermögen befindet sich in der Schweiz. Die Umschuldung des Herrn von Quast-Radensleben erfolgte auf besondere Anweisung des Reichskommissars. Der Leiter des Finanzamtes Ruppin äusserte bei der Weiterreichung des Antrages über den Antragsteller, seine Schulden seien entstanden, weil er sein Vermögen verjeut, verhurt und versoffen habe. Trotz dieser schwerwiegenden Beschuldigungen entschied das Reichskommissariat, dass er umgeschuldet werde, da der Besitz seit mehreren Jahrhunderten der Familie gehöre. Die Umschuldung erfolgte derart, dass die gesamte Amerika-Anleihe von der Ritterschaft abgelöst wurde. Ausserdem wurde ihm eine Umschuldungshypothek von 250'000,- Mark und ausserdem ein Darlehen aus dem Betriebsversicherungsfonds von 31'000,- Mark gewährt. Der Herr von Schoenermark-Harnekkopp ist auf besondere Veranlassung des jetzigen Ministers von Braun umgeschuldet worden. Die Landstelle war gegen die Umschuldung, weil es sich um betriebsfremde Schulden handele. Herr von Braun aber verfügte, dass die Umschuldung nach den hohen Werten eines anderen Guthabens zu erfolgen habe. Besonders skandalös liegt der Fall des Rittergutsbesitzers Willy Kroeck im Kreise Wehlau. Um den Antrag auf Osthilfe zu begründen, wurden eheliche Differenzen konstruiert. Der Frau wurde der Viehbestand übereignet. Bei einer späteren Schätzung führte der Rittergutsbesitzer den prächtigen Viehbestand vor, verschwieg aber, dass er ihm nicht gehört. Daraufhin wurden 154'000,- Mark aus Mitteln der Osthilfe ausgezahlt. Trotzdem ging Kroeck in Konkurs. Vor der Versteigerung verschleuderte Frau Kroeck den Viehbestand für 36'000,- Mark und stellte das Geld ihrer zwanzigjährigen Tochter als Bietungskautions zur Verfügung. Die Tochter versteigerte das Gut, die Familiensanierung war geglückt, die ehelichen Differenzen hatten aufgehört. Der Herr Rittergutsbesitzer lebt jetzt mit seiner Frau in Köslin von den Erträgen des von der Tochter verwalteten Gutes. In einem Strafverfahren wegen Betrugs wurde er zu 400,- Mark Geldstrafe verurteilt.

Vossische Zeitung, Morgen-Ausgabe, Berlin

Weltkrieg, Vaterland, deutsches Judentum

Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, Ortsgruppe Darmstadt, hatte für gestern abend in den Städtischen Saalbau zu einem Vortragsabend über «Weltkrieg, Vaterland, Deutsches Judentum» eingeladen (. . .)

Die Bühne, auf der das Bild des Herrn Reichspräsidenten und Generalfeldmarschalls v. Hindenburg und ein eisernes Kreuz stand, war mit frischem Grün geschmückt. Nach einem einleitenden Musikstück der Kapelle Geiss sprach herzliche Begrüßungsworte der 1. Vorsitzende der Ortsgruppe des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten, Rechtsanwalt Dr. Reiss, der namentlich die Ehrengäste und alten Kameraden willkommen hiess.

Zunächst verbreitete sich dann der Vorsitzende des Reichsbundes, Dr. Steffen-Kann, über Zweck und Ziel des Bundes. Er wies die Angriffe zurück, in denen behauptet wird, dass die jüdischen Soldaten im Krieg nicht voll ihre Pflicht getan hätten. Der Bund, ein neutrales Organ, trete nur für die Gleichberechtigung der jüdischen Kameraden mit den übrigen ein. Keine Scheidewand soll aufgerichtet werden, keine Verhetzung Platz greifen. 12'000 jüdische Soldaten haben ihr Leben für ihr Vaterland gelassen, und mit dem Gedanken an die 2 Millionen Gefallenen verband er das Gelöbnis treuen Festhaltens an das deutsche Vaterland. – Leise begleiteten die letzten Worte die Melodie des Liedes vom guten Kameraden.

Darmstädter Tagblatt

Am Selbstmord gestorben

Die Witwe Emma S. wollte in ihrer Wohnung in Rathenow Selbstmord verüben. Sie öffnete einen Gashahn, wollte sich schlafen legen, erlitt aber vor Aufregung über die beabsichtigte Tat einen Herzschlag.

Vossische Zeitung, Morgen-Ausgabe, Berlin

Parteifahnen auf Rathhäusern

Die Nationalsozialisten haben das Beispiel gegeben. Jetzt haben die Gemeinderäte in Oldtsleber (Landkr. Sondershausen), in Fehrenbach (Landkr. Hildburghausen) und in Köpelsdorf bei Sonneberg, wo Linksmehrheiten bestehen, beschlossen, rote oder Sowjet-Fahnen auszuhängen.

Vossische Zeitung, Morgen-Ausgabe, Berlin

Grippe wütet

Die Grippe-Epidemie im Ruhrgebiet hat in den letzten Tagen stark zugenommen. In einigen Städten sind sämtliche Schulen geschlossen worden; in Wanne-Eickel, Herne, Dortmund und in den Vororten von Bochum sind nur die höheren Schulen geöffnet. In Dortmund schlossen auch die kaufmännischen Lehranstalten. In Bielefeld musste die Post die Postzustellung einschränken.

In Hattingen müssen drei Volksschulen aus Koksmangel feiern. Auch das Rathaus wird nur zum Teil geheizt. In unmittelbarer Nähe liegen Millionen Tonnen auf der Halde; die Stadt ist aber aus Geldmangel nicht in der Lage, Brennstoff zu kaufen.

Rheinische Zeitung (SPD), Köln

Erlebnis und Besinnung

Ein Wort zu Hanns Johsts Novellen/Von Rudolf Paulsen

Den Festtag kann schliesslich jeder irgendwie feiern, aber am nüchternen Arbeitstag Wunder zu finden, aus den Dingen etwas Geheimnisvolles, Beziehungsreiches herauszuhorchen, die für andere stumm sind, das macht den Dichter.

Hanns Johst legt uns diesmal (im Verlag A. Langen/Georg Müller) zwei solche «Kleinigkeiten» vor, zwei kurze Novellen, die bei äusserer Kürze und fast völliger Handlungsarmut dennoch die Fülle des Lebens bergen. Denn diese ruht ja nirgends als in der Seele, zumal des «Poeten», der seinem Wortbegriff nach hervorbringt, was zuvor nicht da war, indem er es «macht».

In der Geschichte «Mutter» kehrt der Sohn nach dem Tode der Mutter in die Heimat zurück und erlebt, vom Vater an der Bahn abgeholt, auf den Etappen zur Wohnung des Verwitweten, von der Begrüssung an bis zum Kaffeetisch noch einmal alle Liebheiten mütterlicher Fürsorge von einst im Geiste. Das ist alles; aber Johst gibt das so feinfühlig und kräftig zugleich wieder, so gar nicht sentimental, dass die doch nur indirekt geschilderte Mutter als plastische Gestalt vor uns steht und nun keineswegs als diese eine bestimmte Frau, vielmehr als hochzuehrende Stellvertreterin aller deutschen Mütter. Wir sehen sie als des Mannes Halt und Hälfte, als des Sohnes Hut und Hege, als den ewigen, lebensspendenden Hort – und wir sehen ihr Leiden und Sterben und spüren den Schmerz der Zurückbleibenden. Sehr schön sagt Johst, als der Sohn den vereinsamen Vater wiedersieht: «Wie klein er geworden war! Er war um die Mutter kleiner geworden, denn sonst stand immer Mutter neben ihm.» Wir erleben dann aber auch, wie die Mutter zum Mythos wird, zu einer dauernden Gegenwart, die als Schoss des Erinnerns (Johst schreibt Er-Innern) nicht ablässt, zu hüten und zu schenken (. . .)

So klingt die kleine Erzählung in allem Ernste trostreich und kraftvoll aus und stützt unseren Glauben an die höheren Ordnungen. Ähnliche Haltung zeigt die andere Novelle: «Die Begegnung» (. . .)

Mit diesen beiden Novellen der Seele hat uns Hanns Johst Bezirke aufgetan, die lange verschlossen schienen, oder nur von neugierig-unberufenen Händen geöffnet wurden. Die künstlerische Diskretion, die menschliche Güte, die hier ganz zart erzählen, stempeln das schmale Büchlein zum Wertgut.

Völkischer Beobachter (NSDAP), Berlin

Verlegenheit vor der Nationalhymne

Nationalhymnen sind privilegierte Schlager. Sie sterben nicht wie ihre unbändigen Vetter, die Weltschlager, den ehrlichen Tod des Vergessenwerdens, sondern sie fassen Fuss: die Nation beschliesst, bei Absingen der Hymne an sich zu denken.

Ohne Grund wird eine Komposition so wenig Nationalhymne, wie das, was Gott auf der Zunge schwebte, Erde wurde. Die Notwendigkeit ihres Bestehens erweist sich zum Beispiel daran, dass andere Nationen auch so etwas haben. Die Hymne der Nation – das letzte Wort ihrer Bürger.

Greifen wir aus der Fülle der Hymnen wahllos eine heraus: das Deutschlandlied. In ihm oder durch es erfährt man, dass Deutschland dann «über alles» sei, wenn es gewisse Bedingungen erfülle, also etwa zu Schutz und Truhutze brüderlich Zusammenhalte. Aus diesem sich selbst erzählten grossen «wenn» spricht die ganze klugselige Art des deutschen bürgerlichen Menschen.

Erreicht auch die Wiederholung eines Textes, und gar eines psychologisch so ausgezeichneten, wie es der des August Heinrich Hoffmann von Fallersleben ist, eine starke Wirkung auf das Gedächtnis, so fehlt doch der hauptsächliche Effekt: Deutschland zu einigen, zu brüderlichem Zusammenhalten zu erziehen. Die Reklame ist da, aber wo ist die Ware? – Die Käufer sind ratlos und bleiben uneinig. Die heutige Wirklichkeit verlangt andere Worte, andere Töne. So wenig noch ein Pazifist in den Krieg ziehen kann, so wenig kann ein heutiger Mensch aufstehen und das Deutschlandlied singen, ohne in eine grosse Verlegenheit zu geraten. Dieses Lied klingt durch unsere Tage wie Geisterlaut, die Takte klappern, wir denken intensiv an etwas anderes, um über die peinlichen Momente hinwegzukommen.

Heinz Heidebach, Die literarische Welt

Kommunistische Propaganda auf der Bühne

«Nach einem Bericht des «Darmstädter Tagblatt» vom 25. Januar 1933 wird der Vermutung Ausdruck gegeben, dass die Leitung des Hessischen Landestheaters das Stück «Die heilige Johanna der Schlachthöfe» von Bert Brecht zur Uraufführung angenommen hätte.

1. Hatte das Hessische Landestheater die Absicht, das Stück von Bert Brecht «Die heilige Johanna der Schlachthöfe» zur Uraufführung anzunehmen?
2. Ist heute noch beabsichtigt, dieses Stück aufzuführen?
3. Wenn ja, was gedenkt die Regierung dagegen zu tun?

Wesp und Fraktion [des Zentrums im Hessischen Landtag, d. H.]

Darmstädter Tagblatt

FREITAG, 27. JANUAR 1933

Schleicher, der wahre Schuldige an der
Dresdner Blutnacht

Fort mit diesem Schrittmacher des Bolschewismus!

*Völkischer Beobachter
(NSDAP)*

Verstärkte Intrigen

*Frankfurter Zeitung,
Zweites Morgenblatt*

Nervosität in Berlin

Allerlei Gerüchte und Mutmassungen

*Danziger Neueste
Nachrichten*

Hugenberg am Werke

Er will Hindenburg ein neues Kabinett
aufdrängen

*Berliner Tageblatt,
Morgen-Ausgabe*

Wieder Kanzlersturz?

Papen ante portas – Der Druck der
«Harzburger» – Was tut Hitler?

*Vossische Zeitung,
Morgen-Ausgabe*

Papen mit Hitler?

Zum Regierungssturz vereint

*Vossische Zeitung,
Abend-Ausgabe*

Schleichers Kopf beginnt zu rollen

Das Dresdner Blutbad als letzter Rettungsanker des bankrotten Generals

Westdeutscher Beobachter (NSDAP)

Massenproteste gegen das Blutbad in
Betrieb und Stempelstelle!

Kommunistische Abrechnung im Landtag

Verstärkt die antifaschistische Einheitsfrontaktion gegen den faschistischen Terror!

Der Kämpfer (KPD)

Intrigen

Das Dresdner Blutbad ist das beherrschende Thema. Eine Sitzung des sächsischen Landtags wird nach Tumulten dreimal unterbrochen. Die SPD fordert die sofortige Suspendierung der beteiligten Polizeibeamten. Die KPD redet von einem planmässigen Angriff der «faschistischen» Dresdner Polizei gegen die kommunistische Arbeiterschaft. In den Augen der Nationalsozialisten dient das Ereignis «in letzter Minute noch als Rettungsanker» für Schleicher, der nun eine Schubladen-Notverordnung gegen den politischen Terror erlassen wolle.

Wohlgermerkt, soll sich diese Notverordnung nicht etwa gegen die Moskowiter Fremdenlegion wenden, die für die Bürgerkriegspsychose allen verantwortlich ist, sondern diese Verordnung stellt die deutschen Freiheitskämpfer der nationalsozialistischen Bewegung auf eine Stufe mit dem vertierten Mordgesindel der Moskauer Verbrechervereine . . . Dass ein Reichskanzler, der zugleich Wehrminister ist, es fertig bringt, den bürgerlichen Objektivitätsfimmel nicht nur nachzuahmen, sondern noch zu übertrumpfen, ist Grund genug, um im Interesse des deutschen Volkes und der deutschen Zukunft den sofortigen Rücktritt dieses Mannes zu fordern.

Bremer Nationalsozialistische Zeitung

Immer deutlicher zeichnet sich indessen der Sturz des Reichskanzlers Schleicher ab:

Zwei neue Regierungskombinationen sind gestern als Ergebnis dieser Verhandlungen aufgetaucht.

Die eine ein Kabinett Hitler mit parlamentarischer Untermauerung, Hitler Reichskanzler, Hugenberg Krisenminister, dazu Goering, Frick, Schacht und der «Börsenzeitungs»-Stülpnagel als Wehrminister. Dem Zentrum wird dabei die Rolle der nicht beteiligten, aber tolerierenden Partei zugewiesen. Die andere ein Kabinett von Papen mit Hugenberg, Goering, Frick, Schacht und Stülpnagel, mit der Zustimmung Hitlers. Entweder also der Faschingskanzler Hitler oder die Wiederkehr des Herrenreiters von Papen, dessen Kurs im Volke Stürme der Empörung und der Entrüstung hervorgerufen hat! Das eine würde ebenso auf eine Provokation und auf ein schauerliches Fiasko hinauslaufen wie das andere!

Vorwärts (SPD), Berlin

Das von Goebbels redigierte Berliner NS-Abendblatt *Der Angriff* erklärt die Spekulationen um ein neues Kabinett Papen als Zweckpropaganda, die eine mögliche Regierung Hitler torpedieren solle:

Die Angst, dass der Sturz Schleichers Adolf Hitler und damit einer wahren Volksregierung die Bahn freimachen könnte, hat die Judenpresse schon halb wahnsinnig gemacht.

Der Angriff (NSDAP), Berlin

Die liberale Presse verurteilt die Methoden, mit denen Schleicher abgekanzelt wird und setzt ihre inzwischen gedämpfte Hoffnung immer noch auf die Standfestigkeit des Reichspräsidenten.

Ein solches Mass von Intrige, wie wir es nun erleben, hat es selbst in den düstersten Tagen des Parlamentarismus nicht gegeben . . . dieses wüste Getriebe anonymer Kräfte, die aus den verschiedensten Ecken losbrechen (. . .)

Noch darf man hoffen, dass der Reichspräsident stutzig geworden ist durch das vorzeitig den Deutschnationalen entschlüpfte Wort vom «staatlichen Notstand», das doch nichts anderes heisst, als Staatsstreich. Noch darf man hoffen, es werde der Reichspräsident abzuschätzen wissen, was es bedeutet, nach einem Jahr schlimmsten innerpolitischen Kampfes, eines Kampfes, der die Hoffnungslosigkeit der nationalsozialistischen Utopie kenntlich gemacht hat, nach einem solchen Jahr dem Volk eine Regierung zu präsentieren, der nahezu die gesamte organisierte Arbeiterschaft in schärfster Abwehr gegenüberstehen würde.

Frankfurter Zeitung, Reichsausgabe

Wer dem Reichspräsidenten rät, das Staatsschiff Händen anzuvertrauen, die sich nicht an die Pflichten des Staatsgrundgesetzes binden wollen, gefährdet Gegenwart und Zukunft der Nation, zerstört das Fundament der Wirtschaft, setzt alles auf's Spiel, was in Jahren voll Sorge und Mühsal den Mächten der Zerstörung von aussen und innen abgerungen wurde.

Das weiss Hindenburg und alle Erwartung richtet sich darauf, dass er danach handelt.

Vossische Zeitung, Morgen-Ausgabe, Berlin

Ideologische Offensive zur Gewinnung der Naziarbeiter

Die Kommunistische Partei wendet sich auch an die breiten Massen der nationalsozialistischen Anhängerschaft. Es ist ein gewaltiger Unterschied zwischen jenen SA- und SS-Kolonnen, die provokatorisch in die Arbeiterviertel einzubrechen versuchen oder Überfälle auf Arbeiterhäuser und Arbeiterlokale unternehmen, und zwischen der breiten Masse jener vom Elend der Krise gepeinigten Arbeiter, Angestellten, Mittelständler, Handwerker und Kleingewerbetreibenden oder gar der werktätigen Bauern auf dem Dorf, die dem Nationalsozialismus Gefolgschaft leisteten oder leisten, weil sie dem demagogischen Geschrei und den betrügerischen Versprechungen der Hitler, Goebbels und Strasser Glauben schenkten (. . .)

Hier gilt es für die Kommunistische Partei und die revolutionäre Arbeiterschaft, mit allen falschen und schädlichen Hemmungen zu brechen und entsprechend den Beschlüssen der Partei in grosszügigster Weise, neben dem aktiven Massenkampf gegen den Mordterror zur ideologischen Offensive, zur Massenarbeit unter diesen Schichten überzugehen. Wir müssen diesen Massen in geduldiger Aufklärungsarbeit die wirkliche Rolle der Hitlerpartei im Dienste des Finanzkapitals, der Trustkönige, Grossagrarien, der Offiziere und Fürsten aufzeigen.

Aber nicht nur den Anhängern Hitlers, sondern auch den aktiven Soldaten der SA und SS muss die revolutionäre Arbeiterschaft zum Bewusstsein bringen, für wen und für was sie aufmarschiert. Wussten alle SA-Leute, die Mitglieder der Hitler-Jugend, die am Sonntag hinter Polizeikarabinern geschützt «demonstrieren» durften, dass sie es taten als Soldaten des Finanzkapitals, als Schutztruppe des Geldsacks, als Hilfspolizei zur Sicherung des Kapitalismus? Wussten sie, dass zwei Tage zuvor der Leiter der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion, Herr Frick, den Zusammentritt des Reichstages und das Misstrauensvotum gegen die Schleicher-Bracht-Regierung verhindert hatte, wussten sie, dass die Nazi-Fraktion des Reichstages durch Fricks Mund angeboten hatte, die Schleicher-Bracht-Regierung stillschweigend bis zum März und darüber hinaus zu tolerieren? Wir müssen es ihnen sagen. Wir, die Kommunisten und klassenbewussten Arbeiter, müssen in Stadt und Land unter den Massen der Nationalsozialisten und ihre Mitläufer Aufklärung schaffen und die Sturmtrummel des Massenkampfes, des Massenstreiks und Generalstreiks gegen die faschistische Diktatur rühren.

Ernst Thälmann in: Sozialistische Republik (KPD), Köln



Festnahme eines Demonstranten durch die Polizei.

Arbeitslose in Hamburg. Für einige Pfennig können sie für wenige Stunden «an der Leine» schlafen und sich so wenigstens gegen Kälte und Nässe schützen.



Hungermarsch!

Darmstadt, 26. Jan. In Darmstadt ist der kommunistische Hungermarsch auch heute noch, das Tagesgespräch. Die Elendsbilder, die der Zug der durchgefrorenen und mangelhaft bekleideten Teilnehmer entrollte, haben auch bei denen einen starken Eindruck hinterlassen, die keinen Sinn in dieser Aktion sehen und die der Meinung sind, dass es ein frevelhaftes Spiel ist, das die Veranstalter mit den zweifellos Notleidenden getrieben haben. Unsere Beobachtung, dass die Demonstranten selber mit der Art, wie man sie zu dem Marsch in der Kälte veranlasste, nicht einverstanden waren, findet ihre Bestätigung in den Angaben des «Volksfreundes», von denen wir wissen, dass sie auf einer genauen Kenntnis dessen beruhen, was den Teilnehmern vor dem Marsch nach Darmstadt mitgeteilt worden ist. Der «Volksfreund» berichtet von einer grossen Empörung bei den Auswärtigen, denen vorgespieit worden sei, dass jedem Erwerbslosen in Darmstadt eine grössere Geldsumme ausbezahlt würde, und dass ihnen der weite Weg mit einer guten warmen Verpflegung gelohnt würde. Den Teilnehmern aber sei nur eine Tasse Kaffee und ein durchgefrorenes Stück Brot gegeben worden. Die Mitteilungen des Blattes finden eine gewisse Bestätigung in der «Kommunistischen Arbeiterzeitung», die von sich aus Fehler in der Organisation der Verpflegung zugibt. Auf dem Rückmarsch seien Hunderte vor Entkräftung liegengeblieben.

Frankfurter Zeitung, 2. Morgenblatt

Margarine-Pfuscher

Dem Volk verteuern sie ein wichtiges Lebensmittel – Der Landwirtschaft nützt es nichts

Debatte im Haushaltsausschuss

Seitdem die Nazis den Reichstag lahmgelegt und den autoritären Regierungen Papen und Schleicher zur Macht verholfen haben, wird die gesamte Wirtschafts- und Sozialpolitik auf dem Rücken der breiten Massen durchgeführt. Löhne, Gehälter und Unterstützungen sind bis zur Unerträglichkeit gekürzt worden. Jetzt will man sogar notwendige Nahrungsmittel, so die Margarine erheblich verteuern. Ende Dezember ist durch eine Notverordnung die Beimischung von Butter zur Margarine zugelassen worden. Die Aufhebung dieser Notverordnung verlangte ein Antrag der Sozialdemokraten...

Hilferding stellte fest, das Schlimmste sei, dass die Führer des Bundes der Landwirte nicht den Mut hätten, den Landwirten zu sagen, dass die ihnen propagierten Mittel der Landwirtschaft keine Hilfe bringen könnten...

Der Beimischungszwang von Butter zu den besseren Margarinesorten werde den Verbrauch von Margarine nicht einschränken, sondern steigern. Die Verdienstspanne der Margarinefabrikanten könne von der Regierung ohne Beimischungszwang besser hcrabgedrückt werden, als mit ihm. Im Interesse der Verbraucher, aber auch der Landwirtschaft verlange die Sozialdemokratie, dass der Unfug des Beimischungszwanges unterlassen werde.

Bremer Volkszeitung (SPD)

Nationalsozialismus und Lehrerschaft

Im Danziger Hof sprach vor Vertretern der Lehrerschaft und geladenen Gästen der Reichsführer des Nationalsozialistischen Lehrerbundes M. d. R. Hans Schemm-Beyreuth über das Schulprogramm des Nationalsozialismus. Vor der zahlreichen Hörschaft führte der Redner etwa folgendes aus:

Wir kommen nicht als Vernichter des Bestehenden. Alles Gute, d. h. alles organisch Gewachsene soll weiterbestehen. Nur ein neuer Grundgedanke, ein neues Motto kommt über alles, ein neuer Imperativ, unter dem die Schule marschieren soll. Dieses Motto heisst «das Wesen des Begriffes Volk». Seine Begeisterung, seine Trübsal, seine Höhen, seine Tiefen sollen durch des Lehrers Mund zur Jugend, der Zukunft des Volkes sprechen (. . .) Vier Wege weist diese Parole «Volk»: 1. den zur verantwortungsvollen Persönlichkeit (nicht zur Demokratie), 2. den zum Rassedanken (nicht zur Internationale), 3. den zur Wehr (nicht zum Pazifismus), und 4. den zur Religion (nicht zum Atheismus). Der Redner wandte sich dann gegen den Einfluss des Judentums auch auf die Erziehung des Volkes, der im neuen Staat beseitigt werden müsse

Selbst bei Rasse und Blut können wir nicht Halt machen. Wir müssen im Rein-Geistigen endigen. Hitler sagt es mit den Worten: «Wir Nationalsozialisten kämpfen einen Kampf auf deutschem Boden für die ganze Welt.» Alle anderen Parteien haben das Vertrauen der Massen verloren

und verspielt. Es bleibt nur der Nationalsozialismus und der Bolschewismus. Und der Bolschewismus hat seinen Vernichtungswillen am furchtbarsten in einem Berliner «Mahnruf an junge Leute» bekannt: «Wenn du die Liebe suchst, gehe nicht zur Familie; die Tochter hat bürgerliche Vorurteile, hat Sitte, Scham und Keuschheit; sondern gehe zum Zukunftstyp der Frau, zur Dirne. Sie hat die Gewalt und die Präzision der Maschine.» (. . .) Nach Beantwortung einiger aus der Zuhörerschaft gestellter organisatorischer und technischer Schulfragen schloss der Redner unter grossem Beifall der Anwesenden mit dreifachem Heil Hitler und dem Deutschlandlied die Versammlung.

Danziger Neueste Nachrichten

Proteststreik gegen das Blutbad

Im Zusammenhang mit den Vorgängen im Dresdner Keglerheim ist die über 800 Mann betragende Belegschaft des Sachsenwerks in Niedersiedlitz heute mittag in den Demonstrationsstreik getreten.

Der Kämpfer (KPD), Chemnitz

«Wir kommen vom Wohlfahrtsamt»

In eine Butterhandlung in der Gräfestrasse drangen kurz vor Geschäftsschluss sechs Kommunisten mit dem Ruf ein «Wir kommen vom Wohlfahrtsamt!» Sie packten für 100 Mark Wurstwaren und andere Lebensmittel zusammen und flohen dann unerkannt mit ihrer Beute.

Der Angriff (NSDAP), Berlin

Der neue nationale Mythos

Von Ernst Robert Curtius

. . . Von dem Mythos der neuen Nation erfahren wir nichts weiter, als «dass das Volk, nachdem die letzten Organisationen zusammengebrochen sein werden, nur noch Bewegung und nichts als das sein wird». Nichts kann für einen substanzlosen Intellektualismus bezeichnender sein, als eine solche Formel. Wenn man alles Konkrete mit grossem Aufwand weganalysiert hat, kann logischerweise nichts mehr übrigbleiben, als das gehalt- und gestaltlose Schema der leeren Bewegung: ein begriffliches Abstraktum, das nur verwegenste Dialektik mit der Synthese von «national» und «sozial», von «rechts» und «links» gleichsetzen und als «Mythos» ausgeben kann (. . .) Der neue nationale Mythos trägt, mag er es nun wissen oder nicht, einen nihilistischen Zug im Gesicht. Denn ehe alles pure Bewegung geworden ist, muss allerdings noch recht viel zerstört werden: «Traditionen, Programme, Weltanschauungen und Bindungen, Fiktionen und Vorbehalte, das alles wird im Strudel der Entwicklung untergegangen sein.» Hier entlarvt sich das strenge Zelotentum der destruierenden Analytiker! Man meint in solchen Weltbrandphantasien fast den Unterton einer gewissen verzehrenden Genugtuung mitzuvernehmen (. . .)

Nicht nur Vernunft und Tradition lehnt dieser Nationalismus mit der Gebärde der Überlegenheit ab; er scheint im «Strudel der Entwicklung» auch den Zeitsinn verloren zu haben. Damit findet er sich freilich in zahlreicher Gesellschaft. Im Bewusstsein des heutigen Menschen ist ja eine Flucht vor der Vergangenheit zu beobachten, eine «Tempo»-Besessenheit, die zweifellos ein neurotisches System ist und allerhand Ausfallerscheinungen zur Folge hat. Die seelische Revolution der Söhne gegen die Väter, aber auch die falsche Fixierung auf eine illusorische «Jugend»; die Unfähigkeit, die naturgesetzten Stufen der Lebensalter mit dem ihnen zukommenden Sinn zu erfüllen; das Ausweichen vor den seelischen Anforderungen der Reife und des Alters; die verkrampte Einengung des Blicks auf die flüchtige Sekunde; die Überbewertung der Gegenwart mit gleichzeitiger Entwertung von Vergangenheit und Zukunft (denn auch für die Zukunft kann nur bauen, wer an Dauer glaubt) – das sind Symptome dieser Verwirrung des Zeitgefühls, die wir im allgemeinen und im individuellen Bewusstsein heute überall antreffen (. . .)

Jüdisches Wochenblatt

Heinz Rühmanns Garderobe ausgeraubt

Einbruch im Stresemann-Theater

Das Theater in der Stresemannstrasse, in letzter Zeit von allerlei Pech verfolgt, ist im Laufe des gestrigen Nachmittags von einer Einbrecherbande heimgesucht worden, die sämtliche Garderoben der Schauspieler aufbrach und plünderte. Die Darsteller des Stücks «Terzett», das zur Zeit in dem Theater aufgeführt wird, mussten am Abend in ihren Strassenkleidern auftreten, da die Diebe die gesamten Kostüme mitgenommen hatten.

Der Einbruch wurde erst kurz vor Beginn der Vorstellung entdeckt, als die Darsteller im Theater eintrafen und ihre Garderoben aufsuchten. Es stellte sich heraus, dass eine Bande vom Nebenhaus, Stresemannstrasse 28, durch eine eisenbeschlagene Tür in das Theater gelangt war und von hier aus durch einen schmalen Gang in die anschliessenden Garderoben eingedrungen war. In der Garderobe des Hauptdarstellers Heinz Rühmann, der schon einmal im Stresemann-Theater empfindlich bestohlen wurde, erbeuteten sie mehrere Anzüge, Hosen, Seidenhemden und ein Paar platingefasste Manschettenknöpfe. Ausserdem nahmen sie unverständlicherweise einen Brief mit, den der Schwager Rühmanns an einen ihm bekannten Autor geschrieben hatte und der gestern unzustellbar zurückgekommen war.

Vossische Zeitung, Morgen-Ausgabe, Berlin

Die Kommune kneift

Die nationalsozialistische Leitung des Bezirks Wedding hatte eine Versammlung in den Pharus-Sälen einberufen, zu der auch die Kommunistische Partei für eine politische Auseinandersetzung Einladungen erhalten hatte. Es kam aber nicht zu der geplanten Diskussion zwischen Angehörigen der beiden Parteien, da sich kein kommunistischer Redner zu Worte meldete. Von den Nationalsozialisten sprachen Reichstagsabgeordneter Börger und Landtagsabgeordneter Engel. Die Kundgebung verlief ohne Störungen.

Völkischer Beobachter (NSDAP), Berlin

Wetteraussichten für Berlin

Übergang zu trübem Wetter mit geringerem Frost, schwache westliche Winde. Allgemeine Wetteraussichten

Im Süden und Westen des Reiches Fortdauer des Frostwetters, in Nord- und Nordostdeutschland fortschreitende Eintrübung und Milderung.

Der Angriff (NSDAP), Berlin

5000 Heiratslustige gesucht

Alle, die heiraten wollen und sich ein behagliches, schönes Heim wünschen, sollten unbedingt einmal zu uns kommen. Nur keine Sorge um den Geldbeutel! Wir liefern Ihnen prachtvolle Zimmereinrichtungen, sowie Einzeilmöbel erstaunlich preiswert u. gewähren Ihnen Kredit bis zu 24 Monaten Selbst wenn Sie sich nur ganz kleine Raten leisten können, erfüllen wir Ihre Wünsche. Besichtigen Sie bitte unverbindlich unsere interessante Ausstellung! Möbelfabrik Heinrich Georg, Lindwurmstraße 5 am Sendlingertorplatz.

2510

Heiraten

34 J. fast ohne An-
hang, gr. schl., mit
Koch- u. Bad, 2
Einkommen, sehr pass. u. Grd., arbeitf.,
Verehelichbar, mein rah über. Malde-
r, 24. 11. 1924, mit 2 Kindern u. 1 Tochter

Bin 37 Jahre! Gedig. Präzision

25 J. m. nett. Grim.
wünscht mit Herrn in
erhöht. Befähigung

Je schwerer die Zeiten, desto mehr braucht Deine Familie den Schutz Deiner Lebensversicherung! Wenn es Dir schon schwer fällt, bei den jetzigen Zeiten Deine Familie zu ernähren – was sollte dann Deine Familie ohne Dich tun?

Halte Deine Lebensversicherung in Kraft!

SONNABEND, 28. JANUAR 1933

Papen will Zeit gewinnen

Schleicher stellt heute Kabinettsfrage

Reichstag am 31. Januar

Schleichers Chancen sinken

Parole: Es wird weiter gekuhhandelt

Reichstagsauflösung oder Rücktritt der Regierung?

Beim Reichspräsidenten liegt die Entscheidung

Schleicher vor dem Sturz?

Spekulation auf Papen – oder Hitler!

Wollt ihr den Staatsstreich?

Wollt ihr Hitler?

Nein! Dann morgen in den Lustgarten Massen heraus!

*Höchste Alarmbereitschaft für alle
Werk tätigen Deutschlands!*

Faschistische Überrumpelung droht!

Macht Schluss mit den Halbheiten

Adolf Hitler soll unser Führer sein!

Schleicher gestürzt!

Hindenburg verweigerte ihm die Vollmacht

Schleicher zurückgetreten!

Papen wieder da!

Alarmruf der Gewerkschaften

*Vossische Zeitung,
Morgen-Ausgabe*

*Bremer Volkszeitung
(SPD)*

Bremer Nachrichten

*Frankfurter Zeitung,
2. Morgenblatt*

*Vorwärts (SPD),
Morgen-Ausgabe*

*Sozialistische Republik
(KPD)*

Hessen-Post (NSDAP)

Der Angriff (NSDAP)

*Vorwärts (SPD),
Abend-Ausgabe*

Rücktritt

Reichskanzler Schleicher bittet den Reichspräsidenten Hindenburg vergeblich, den Reichstag aufzulösen, denn bei der auf den 31. Januar einberufenen Sitzung ist mit einem Misstrauensvotum zu rechnen. Eine Notverordnung zur Abwehr neuer Terrorakte, die Schleicher auf dem Hintergrund des Dresdner Blutbades fordert, lehnt Hindenburg ebenfalls ab. Schleicher zieht daraus die Konsequenzen und tritt zurück. Nach nur 57 Tagen Amtszeit scheiterte damit das zwanzigste und letzte Kabinett der Weimarer Republik.

Die liberale Presse, die noch vor wenigen Tagen die Situation völlig falsch einschätzte, empfindet nun Sympathien für Schleicher und verfällt gleichzeitig in Pessimismus.

Der Reichspräsident ist enttäuscht von seinem Kanzler, er bedauert ohnehin heute noch, dass man ihm den Herrn von Papen weggenommen hat, erst recht, nachdem sich herausstellte, dass Herr Schleicher sich weder die Freundschaft der Deutschnationalen, Alldeutschen und Grossagrarien, noch die Sympathie oder gar Mitwirkung der Nationalsozialisten erwerben oder erhalten konnte ... Es müsste in der Tat ein Wunder geschehen, wenn Herr von Hindenburg im letzten Augenblick anderen Sinnes würde. Allerdings wäre es nicht das erste deutsche Wunder. Der ausserordentliche Ernst im Falle des Rücktritts bedarf keiner Erklärung . . . Beharrt Herr Hitler darauf, dass er selbst Kanzler werden müsse, dann könnte die zweite Tendenz, die wir bemerken, plötzlich aktuelle Bedeutung gewinnen, dann können wir plötzlich doch ein Kabinett Hitler erleben! . . . Wird Herr von Hindenburg die Geister auf die Dauer zu leiten oder gar zu bannen vermögen, die hier gerufen werden sollen?

Frankfurter Zeitung, 2. Morgenblatt

Die Formalitäten des Rücktritts sind schnell abgewickelt.

Der Vortrag des Reichskanzlers bei Hindenburg begann 12V4 Uhr und war um 12% schon beendet (. . .) Unmittelbar, nachdem Schleicher das Arbeitszimmer des Reichspräsidenten verlassen hatte, wurde Herr von Papen empfangen. Papen hat noch nicht den formellen Auftrag zur Kabinettsbildung erhalten, ist aber vom Reichspräsidenten ersucht worden, durch Verhandlungen mit den Parteien die politische Lage zu klären, um die vorhandenen Mög-

lichkeiten festzustellen. Damit ist aber Herr von Papen, wie man weiss, schon seit mehreren Wochen eifrigst beschäftigt.

Vossische Zeitung, Abend-Ausgabe, Berlin

Unmittelbar nach dem Rücktritt Schleichers appellieren alle Zentralverbände der freien und christlichen Gewerkschaften an den Reichspräsidenten:

Hochverehrter Herr Reichspräsident!

In tiefer Sorge über die unser Volk beunruhigenden und bedrohlichen politischen Gefahren sind die Gewerkschaften aller Richtungen zur Beratung der überaus ernsten Lage zusammengetreten.

Sie halten sich in dieser Stunde für verpflichtet, darauf hinzuweisen, dass die Berufung einer sozialreaktionären und arbeiterfeindlichen Regierung von der gesamten deutschen Arbeitnehmerschaft als eine Herausforderung empfunden würde. Die Gewerkschaften erwarten, dass Sie Herr Reichspräsident, allen unterirdischen Bestrebungen, die auf einen Staatsstreich hinzielen, ihren entschiedenen Widerstand entgegensetzen und auf einer verfassungsmässigen Lösung der Krise bestehen.

Vorwärts, Abend-Ausgabe, Berlin

Nachdem die SPD für den morgigen Sonntag zu Demonstrationen gegen Staatsstreichabsichten der Reaktion aufgerufen hat, verhängt die *Sozialistische Republik (KPD)* angesichts der «drohenden faschistischen Überrumpelung» die «höchste Alarmbereitschaft für alle Werktätigen Deutschlands». Die KPD kündigt für Dienstag, den 31. Januar, dem Tag der Reichstagseröffnung, «grandiose Massenkundgebungen» an:

Gegen die Blutprovokationen der Nazis! Gegen die sozialfaschistischen Spalter der antifaschistischen Einheitsfront! Für Arbeit und Brot, für Winterhilfe, für Wärmehallen für die Erwerbslosen! Gegen jeden Lohnabbau! Für Zurückeroberung der geraubten Löhne! Gegen Zoll-, Steuer- und Mietwucher! Gegen die faschistische Diktatur! Für die Freiheit, für die Arbeitermacht! Für die Arbeiter- und Bauernrepublik, für den Sozialismus!

Der Kämpfer (KPD), Chemnitz

Auf vage Anzeichen einer Aktionseinheit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten reagiert der in Köln erscheinende nationalsozialistische *Westdeutsche Beobachter*.

Die sicherlich berechtigte Todesangst vor dem Nationalsozialismus peitscht den Gesamtmarxismus zu einem letzten Aufbäumen der Verzweiflung hoch . . . Die KPD hält, wenigstens nach aussen hin, an ihrer Zerschlagungstaktik gegenüber der SPD fest. Aber das Echo aus dem SPD-Lager heisst nicht «Krieg dem Bolschewismus!», sondern «Frieden mit Moskau!» Die Wels, Severing und Lobe bieten in ihrer Presse Stalin einen sogenannten «Nichtangriffspakt» an, und der «Vorwärts» machte nach der Bülowplatz-Blamage der KPD ein offenes Bündnisangebot.

Wie weit diese Aussöhnungstendenzen zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus unter der Decke bereits gediehen sind, ist schwer zu sagen. Jedenfalls bahnen sich hier Entwicklungen an, die, wenn man sie keimen lässt, sich zu einer gefährlichen Bedrohung der deutschen Zukunft auswachsen müssen.

Westdeutscher Beobachter (NSDAP), Köln

Nach dem Rücktritt Schleichers werden die im Hintergrund geführten Gespräche nun offizielle Koalitionsverhandlungen. Hitler sagt eine ursprünglich zu einem Sportfest nach Weimar geplante Fahrt ab, um, nun im Vorhof der Macht, selbst in die Gespräche einzugreifen. *Der Angriff*. «Das Volk fordert Hitlers Führung!»

Das Zentrum spielt nun eine Schlüsselrolle; auf die Katholische Volkspartei sind die Nationalsozialisten und Deutschnationalen angewiesen, wenn sie sich im Reichstag auf eine Mehrheit stützen wollen. Die noch unklare Haltung des Zentrums ist Gegenstand von Spekulationen:

Papen soll versuchen, eine Regierung der Harzburger Front zustande zu bringen mit Hitler als Reichskanzler. Er soll sich bemühen, für ein solches Kabinett die Tolerierung durch das Zentrum zu gewinnen.

Nazis, «feine Leute» und «schwarze Jesuitenpest» ist die neue Konstellation. An der grundsätzlichen Bereitschaft Hitlers zu ihr besteht nicht der geringste Zweifel. Aber da einer dem anderen nicht über den Weg traut, ist es nicht sicher, dass das Geschäft zustande kommt. Und wenn nicht, was dann?

Eine Harzburger Regierung ohne parlamentarische Mehrheit bedeutet Staatsstreich und Bürgerkrieg. Ihre Ernennung wäre ein Anschlag auf die Sicherheit des Staates.

Vorwärts, Abend-Ausgabe, Berlin

Welche anonymen Kräfte?

Die Frage muss jetzt mit aller Deutlichkeit zur öffentlichen Diskussion gestellt werden, von welchen anonymen Kräften das grosse deutsche Volk eigentlich regiert wird. Reichskanzler und Minister wechseln mit einer Schnelligkeit, wie sie im parlamentarischen System unbekannt war. Es scheint unser Schicksal zu sein, dass wir das autoritäre Missverhältnis bis zur Neige auskosten müssen. Der bisherige Anschauungsunterricht reicht offenbar nicht aus. Aber die Zeit kommt immer näher, wo die Gegenkräfte gegen den ostelbischen Rückschritt sich endlich aufraffen müssen.

Deutschland kommt nicht eher wieder zur Ruhe, als bis das deutsche Volk sich auf seine demokratische Mission besinnt und endlich einen Reichstag einberuft, gestützt auf die Erfahrungen des letzten Jahrzehnts, der die Vorbedingungen für eine stabile Politik schafft. Der Wille eines einzelnen Menschen, mag er noch so gross und noch so häufig erprobt sein, reicht schwerlich aus, die ungeheure Last der Verantwortung für das deutsche Schicksal zu tragen. Sie muss auf die Vertretung des Volkes, die Regierung und den Reichspräsidenten in angemessener Weise verteilt werden. Das ist das alte Ziel des Zentrums, das es auch nicht in den kommenden Tagen ausser acht lassen wird. Die nächste Zeit wird uns als sehr aufmerksame und sehr misstrauische Beobachter finden. Alle schwerwiegenden Bedenken, die wir gegen ein Kabinett des Staatsnotrechts haben, sind dem Reichskanzler und dem Reichspräsidenten noch einmal schriftlich unterbreitet worden. Das Staatsnotrecht gerät von selbst in verdächtige Nähe des Staatsstreiches.

Kölnische Volkszeitung (zentrumstern)

Nach dem Scheitern der Verhandlungen im November war an dieser Stelle zu lesen, dass wir weder Freude noch Genugtuung empfinden über das Scheitern der Bemühungen um eine Mehrheitskoalition, die von den Nationalsozialisten bis zum Zentrum reicht. Das gilt heute wie damals. Jede parlamentarische Lösung müsste unter den gegebenen Verhältnissen hingenommen werden und keine könnte von vornherein abgelehnt werden, die die strenge Aufrechterhaltung des verfassungsmässigen Zustandes gewährleistet. Denn durch jede Krise wird dem deutschen Volk nur noch eindringlicher vor Augen geführt, welch wertvolles und unersetzliches Palladium es in der Verfassung und in seiner staatlichen Rechtsordnung besitzt.

Vossische Zeitung, Abend-Ausgabe, Berlin

Die KPD versucht bei den beginnenden Betriebsratswahlen ihre Position zu stärken. Ihre Kandidaten der «Revolutionären Gewerkschafts-Opportunisten» treten in «Einheitslisten» an. Ihre schärfste Konkurrenz sind die sozialdemokratisch orientierten «reformistischen» freien Gewerkschaften des ADGB. Obwohl die KPD einen stärkeren Rückhalt bei den Arbeitslosen als in den Betrieben hat, erhalten die kommunistischen Listen oft mehr Stimmen als die ADGB-Gewerkschaften.

Sieg der Einheitsliste bei Blohm & Voss!

Wir marschieren! – Mehrheit erobert!

Auf der grossen Hamburger Werft Blohm & Voss fand am 26. Januar die Betriebsrätewahl statt. Seit 1931, wo die letzte Wahl stattfand, ist die Belegschaftszahl von 4'400 auf 2'519 gesunken. An der jetzigen Wahl beteiligten sich 1'944 Mann, also 70% der Belegschaft. Das Resultat ist folgendes (in Klammern die Ziffern von 1931):

Einheitsliste	995 Stimmen (1932),	7 (8) Sitze
Reformistische Listen	775 Stimmen (1593),	5 (9) Sitze
Stahlhelm-Nazi-Liste	164 Stimmen (258),	1 (1) Sitz

Auch der prozentuale Stimmanteil der Faschisten ist gesunken, wenn es auch eine Schwäche ist, dass die vereinigten Nazis und Stahlhelmer noch 164 Stimmen erhalten haben.

Der Kämpfer (KPD), Chemnitz

Einheitsliste erobert Mehrheit der Arbeiter des Tietz-Konzerns

Gestern fanden die Betriebsratswahlen im Tietz-Konzern statt. Die Einheitsliste der Arbeiter errang einen glänzenden Sieg. Sie erhielt die Mehrheit aller Stimmen.

Von 1'382 Wahlberechtigten wurden 1'193 Stimmen abgegeben, wovon 77 ungültig waren. So erhielten:

	1933	1932
Einheitsliste	578	689
Reformisten	538	731

(•••)

Besonders gross ist der Sieg der Einheitsliste im Hause Alexanderplatz. Die Stimmzahl der Reformisten ging von 185 auf 120 zurück, während die Einheitsliste trotz Belegschaftsverminderung ihre Stimmen von 148 auf 153 steigerte.

Der Kämpfer (KPD), Chemnitz

Das Handwerk geschlossen gegen Schleicher

Am gestrigen Tage veranstaltete der Reichsverband des deutschen Handwerks im Hervathaus eine öffentliche Kundgebung (. . .) Der letzte Absatz der Entschliessung lautet:

«Den Führern im Handwerk ist es nicht möglich, den Unmut ihrer Schutzbefohlenen länger niederzuhalten und Ausbrüchen der Verzweiflung vorzubeugen. Wir warnen deshalb in letzter Stunde vor den Folgen einer weiteren Vernachlässigung des Handwerkerstandes.

Wir verlangen Arbeit zu erträglichen Preisen und würdigen Bedingungen, damit die selbständigen Handwerker ihre Pflichten gegenüber ihren Familien, ihren Mitarbeitern und gegenüber dem Staate erfüllen können.» Herr von Schleicher hat ja in seiner bekannten Rundfunkrede bei der Übernahme des Reichskanzlerpostens so stark betont, dass man auf die Dauer nicht gegen das Vertrauen der Massen regieren könne (. . .) Wenn Schleicher seine eigenen Worte nur ein wenig ernst nehmen würde, so hätte er noch gestern abend abdanken müssen.

Der Angriff (NSDAP), Berlin

Versammlung der Obleute des Kampfbundes für Deutsche Kultur

Der Saal im «Askanischen Hof» ist überfüllt. Dichtgedrängt stehen die Kampfbundleute der Abteilungen Bühne, Filme, Musik, bildende Kunst, Literatur: Schauspieler, Sänger, Komponisten, Maler, Architekten, Bildhauer, Schriftsteller und Dichter

(. . .)

Der Abteilung bildende Kunst verspricht Pg. Hinkel, dass der einmal begonnene Kampf gegen Professor Kaehler, Hübner und Poelzig unerbittlich weitergeführt wird und dass der Kampfbund nicht eher ruhen werde, als bis diese «Kulturvertreter» aus der Verantwortung ausgeschaltet seien, die zu tragen sie nicht imstande seien (. . .)

Alles in allem bot die Obleuteversammlung das Bild einer geschlossenen, einsatzbereiten Kampfgemeinschaft, die ihren kulturellen Zielen im kommenden Reich einmal Sinn und Gestalt geben wird.

Der Angriff, Berlin

Der deutsche Hopfenbau

(. . .) Die Anbaufläche hat sich gegenüber der Vorkriegszeit mehr als halbiert. Der Gesamtbetrag ist aber durch die Verbesserung der Anbaumethoden trotz des ausserordentlichen Preissturzes für Hopfen in den letzten Jahren und durch günstige Witterung nur um ein geringes niedriger als in der Vorkriegszeit.

Diese hohen Ernten trotz der starken Einschränkung der Anbauflächen im letzten Jahre hat eine ausserordentlich starke Absatzkrise im deutschen Hopfenbau hervorgerufen. So sind im Jahre 1931 fast 16'000 Doppelzentner Hopfen ungepflückt geblieben. Der ausserordentlich starke Rückgang des Bierkonsums, der gleichzeitig eine starke Einschränkung der Abnahme von Hopfen und Malz durch die Brauereien zur Folge hat, ist die Hauptursache.

Uffenheimer Wochenblatt

Das Kleintier in Front

Die Grüne Sport- und Tierzucht-Woche eröffnet

11'000 Tiere sind es, die die Grüne Woche ihren Besuchern vorführt

Nur ein einziges Grosstier ist diesmal vertreten: das Pferd, dieses allerdings in einer besonders reichhaltigen und anziehenden Vorführung von Prachtexemplaren.

Von dieser einen Ausnahme abgesehen, ist die Grüne Woche 1933 eine Fundgrube von Freuden und Anregungen für den Liebhaber der Haustiere, die als Lebensgenossen das Heim mit uns teilen und für den Siedler am Stadtrand, der den bescheidenen Raum seines Anwesens mit Federvieh und Kaninchen bevölkert. Stadt und Land erscheinen hier nicht, wie so oft, im Gegensatz zueinander, sondern in freundschaftlicher Verbindung.

Was sich aus dem in Deutschland noch viel zu wenig beachteten «Karnickel» durch richtige Zuchtwahl für stattliche Geschöpfe mit nahrhaftem Fleisch und wärmendem Pelzwerk entwickeln lassen, das demonstriert die Kaninchen-Schau in überzeugender Weise. Und ebenso offenbart die Ausstellung den wirtschaftlichen und sportlichen Wert einer guten und rationellen Zucht bei allen übrigen Tiergruppen: bei Rasse-Hühnern, Rasse-Katzen, Rasse-Hunden und zuletzt bei den edel geformten Turnierpferden, die in dem Glanzstück der Grünen Woche, dem «Internationalen Reit- und Fahrturnier» gezeigt werden (...)

Vossische Zeitung, Morgen-Ausgabe, Berlin

Einen wichtigen Teil der Ausstellung bilden in Halle III die Historische Schau der Deutschen Schützengilden und die von der Deutschen Versuchsanstalt für Handfeuerwaffen ausgestellten

Modelle von Schiessständen und von Erzeugnissen der deutschen Waffen- und Munitionsindustrie.

Der Angriff (NSDAP), Berlin

Bisheriger SA-Standartenführer kommt zur KPD

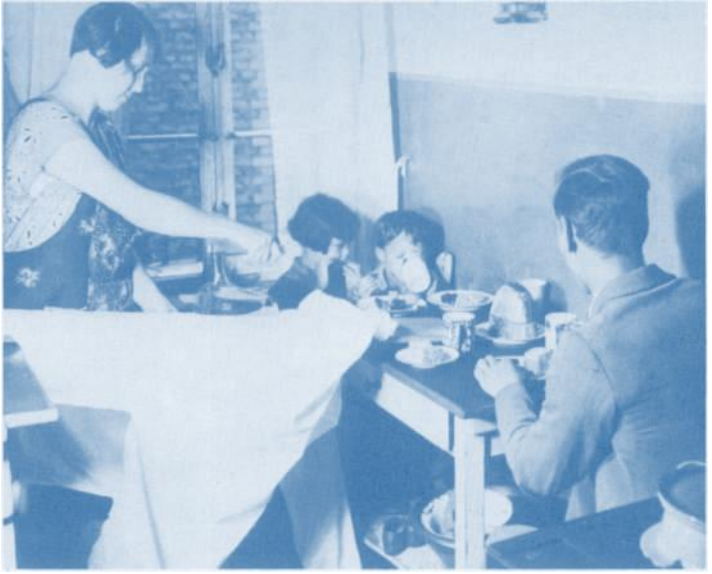
Wernigerode, 27. Januar. Nach einer vorhergehenden starken Demonstration sprach hier in einer gut besuchten Kampfbundversammlung im Auftrage der Bezirksverbandsleitung des Kampfbundes gegen den Faschismus die Genossin Hanna Ludewig. In der sich anschliessenden Diskussion gaben der Standartenführer der NSDAP und der Betriebszellen-Obmann der NSBO die schriftliche Erklärung ab, dass sie jetzt genug haben vom Hitlerladen und hiermit ihren Beitritt zum Kampfbund gegen den Faschismus erklären. Sie appellierten gleichzeitig an alle anderen SA-Leute, ihrem Schritt zu folgen und sich in die kämpfende rote Einheitsfront einzureihen.

Der Kämpfer (KPD), Chemnitz

Der tägliche Lebensmittelraub

Am Freitag stürmten acht junge Burschen in die Butterhandlung «Hansa» in der Sanderstrasse in Neukölln. Sie verpackten für 100 Mark Lebensmittel in Säcke und entkamen unerkannt mit ihrer Beute.

Der Angriff (NSDAP), Berlin



Proletarisches Familienleben – Küchenwohnung und Kinder.



Uraufführung des Films «Blutendes Deutschland»

Die Meldung über das Verbot des Tonfilms «Blutendes Deutschland», in dem Adolf Hitler und Dr. Goebbels sprechen, trifft nur teilweise zu. Der Film ist nur für allgemeine öffentliche Vorführungen verboten, jedoch ist er für alle Parteiveranstaltungen zugelassen, an denen auch Gäste teilnehmen können. Der Film wird demnächst, voraussichtlich am Sonntag, 5. Februar, in München seine Uraufführung erleben.

Völkischer Beobachter, Berlin

Nationalsozialismus und Universität

Die Ergebnisse der in den jüngsten Monaten an den deutschen Hochschulen stattgefundenen Astawahlen (Allgemeiner Studentenausschuss) zeigen deutlich, dass unter den jungen Akademikern die Idee des Nationalsozialismus fest verankert ist und immer mehr Anhänger gewinnt. Während die Stimmen der nationalsozialistischen Studenten in München und Würzburg im letzten Jahr ziemlich gleichblieben, zeigt sich bei anderen Universitäten eine weitere bedeutende Zunahme der nationalsozialistischen Stimmen, z. B. in Erlangen. Auch bei der am 20. Januar 1933 stattgefundenen Studentenwahl an der Universität Heidelberg zeigte sich das weitere Anwachsen der nationalsozialistischen Stimmen, wie folgende Zahlen beweisen: Liste 1 Nationalsozialisten 19 Sitze (früher 17), Liste 2 Nationaler Block (DNBP, DBP, Stahlhelm, Korporationen) 7 Sitze (früher 12), Liste 3 Katholische Studenten (Zentrum) 6 Sitze (früher 6), Liste 4 Republikaner 4 Sitze (früher 10), Liste 5 Rote Studenten 1 Sitz (früher 1). So konnten die nationalsozialistischen Studenten jetzt bei dieser Wahl die absolute Mehrheit gewinnen. Es ist von grosser Bedeutung, dass die jungen Akademiker sich zu der Idee des Nationalsozialismus bekennen; denn sie werden in wenigen Jahren als Richter, Pfarrer, Lehrer, Ärzte, Ingenieure usw. die geistigen Führer des deutschen Volkes.

Uffenheimer Wochenblatt

Ludwig Renn haftentlassen

In der Voruntersuchung gegen den Schriftsteller Ludwig Renn hat der Untersuchungsrichter des Reichsgerichts auf Antrag des Oberreichsanwalts den Haftbefehl aufgehoben. Renn ist heute aus der Untersuchungshaft entlassen worden.

Vossische Zeitung, Morgen-Ausgabe, Berlin

Die Tanzbären verschwinden

Berlin, 27. Januar. Das Reichswirtschaftsministerium hat die Länder angewiesen, vom Jahre 1933 ab keine Wandergewerbescheine mehr für Bärenführer auszugeben. Damit verschwinden die Tanzbären, die mannigfachen Tierquälereien ausgesetzt waren, endgültig in Deutschland.

Bremer Nachrichten

Jugendliche wählen ungern

Wahlunlust scheint eine richtige Kinderkrankheit und Alterserscheinung zu sein. Während in dem wahlfreudigen Jahr 1932 die übersteigerte Werbung der Parteien die Müdigkeit der Wähler immer wieder überwand, die Zahlen der Daheimgebliebenen immer recht klein waren, reichte die Agitation doch nicht an die Greise heran – das ist verständlich – aber auch nicht an die begeisterungsfähige Jugend. Das wissen wir durch besondere Zählungen in der Stadt Köln, die dort an den Wählern, getrennt nach Alter und Geschlecht, vorgenommen wurden. Recht merkwürdige Ergebnisse sind dabei herausgekommen: 12'221 Wähler zählte bei den Reichstagswahlen am 6. November das «billige Köllen», die im 21. Lebensjahr standen. 5'930 blieben der Urne fern, das sind 48,6 v. H., also fast die Hälfte. Die Mädchen sind noch wahlfauler als die Jungens. Von den Mädchen gingen gar 54,4 v. H. nicht wählen. Wahlfreudiger ist schon die nächste Gruppe, die jungen Leute im Alter von 21 bis 25 Jahren. 43,3 v. H. der jungen Mädchen, 36,6 v. H. der jungen Männer übten ihr Wahlrecht nicht aus. Zwischen beide Gruppen schieben sich nur die über 70 Jahre alten Frauen, von denen sich 48,5 v. H. der Wahl enthielten.

Diese Ergebnisse sind eine bittere Lehre für die Leute, die das Wahlrecht der ganz Jungen mit einem solchen Feuereifer verteidigen. Die Zwanzigjährigen achten das Geschenk des Wahlrechts gar nicht so hoch, wie jene Eiferer es uns glauben machen wollen. Gerade diese Jungen sind das Ziel der Werbung der Parteien, weil die einmal gewählte Partei immer näher bleibt als fremde, weil die einmalige Stimmabgabe an die Fahne bindet. Die Jugendlichen aber zeigen den Agitatoren die kalte Schulter. Wir können es ihnen so sehr nicht Übelnehmen. Ihr Verhalten lehrt, dass sie von den Segnungen der Revolution, genau wie es bei den wahlberechtigten Frauen ist, viel weniger halten, als die selbstgefälligen Bringer des Heils!

Bremer Nachrichten

Das ist die Salem-Fabrik

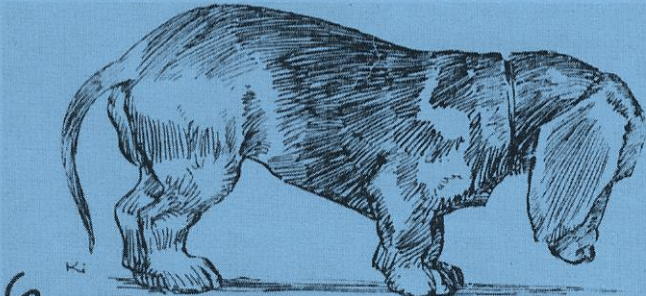
Verlangen

soll der Raucher nur das Beste. Begnügt er sich mit Minderwertigem, so darf er sich nicht wundern, wenn schlechte Ware sich verbreitet.

Besteht er aber auf Qualität, so erhält er

die milde
SALEM 3 $\frac{1}{3}$ M

mit Gold-Filmbildern in natürlicher Farbwiedergabe.



Eine feine Nase hat mein Herr. Jetzt hat er eine Zigarette aufgestöbert, die nur 4 Pf \ddot{u} kostet, aber ein Aroma hat, wie man es sonst nur bei sogenannten Luxus-Zigaretten findet.

Blau Punkt

Die preiswerte Zigarette für den Festtag.



SONNTAG, 29. JANUAR 1933

Auf gefährlichem Wege

Kabinett Hitler oder Kabinett Papen?

Berliner Tageblatt

Verhandlungen mit Hitler

Dienstag-Sitzung des Reichstags fällt aus

*Vossische Zeitung,
Morgen-Ausgabe*

Hitlers Regierungschance

*Frankfurter Zeitung,
2. Morgenblatt*

Unsere Forderung nach Schleichers
Sturz:

Kanzlerschaft Hitler

*Völkischer Beobachter,
(NSDAP)*

Das rote Berlin marschiert!

*Vorwärts (SPD),
Morgen-Ausgabe*

Massenstreik!

Verhindert im geschlossenen Einheits-
kampf die faschistische Hunger- und
Blutdiktatur der Papen-Hitler-Hugen-
berg

*Sozialistische Republik
(KPD)*

Hitlers Regierungschance

Im Laufe des Tages hat sich unsere Auffassung verstärkt, dass der nächste Kanzler Hitler heissen wird – es sei denn, dass er sich auch diesmal der Verantwortung entziehen und deshalb unerfüllbare Bedingungen stellen will. Bisher ist das jedoch nicht geschehen, soviel wir hören. Er verlangt für sich den Kanzlerposten und für einen Parteifreund den Posten des Reichsinnenministeriums – am liebsten verbunden mit der preussischen Ministerpräsidentenschaft.

Die Verhandlungen, die heute fortgesetzt wurden, sollen den Plan wesentlich gefördert haben. Am Nachmittag hat sich Herr von Papen mit Hitler und Hugenberg unterhalten. Auch zum Zentrum hin soll die Verbindung hergestellt worden sein. Zunächst ist in Aussicht genommen, dass in das «nationale» Kabinett Hitlers Herr Hugenberg als Krisenminister (vereinigtes Rechtswirtschafts- und Ernährungsministerium) eintritt, während Herr von Papen der Posten eines Vizekanzlers übertragen werden soll. Man denkt daran, ihm auch das preussische Kommissariat zu übergeben. Die Führung des Reichswehrministeriums soll ein General übernehmen . . . Die Verhandlungen sollen so weit fortgeschritten sein, dass das Kabinett bereits Anfang der nächsten Woche ernannt werden kann (•••)

Um Zeit zu gewinnen, ist die Reichstagssitzung vom 31. Januar abgesagt worden. Der Ältestenrat wird statt dessen am Dienstag nachmittag erneut beraten (. . .)

Wenn der Plan gelingt, soll eine Regierungsbildung in Preussen nach den gleichen parteipolitischen Grundsätzen vorgenommen werden.

Frankfurter Zeitung, 2. Morgenblatt

Verbot aller kommunistischen Demonstrationen für Sonntag in Berlin

Der Polizeipräsident hat folgende Erklärung erlassen: «In einem heute abend verbreiteten kommunistischen Flugblatt wird zum politischen Massenstreik und zum Generalstreik und zu Kundgebungen für Sonntag, den 29. 1. 1933 auf mehreren Plätzen innerhalb des Stadtbezirks aufgefordert. Gemäss Art. 123 Abs. 2 der Reichsverfassung verbiete ich wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit alle Aufzüge und Versammlungen unter freiem Himmel der KPD sowie ihrer Hilfs- und Nebenorganisationen für Sonntag, 29. Januar 1933.»

Frankfurter Zeitung, 2. Morgenblatt

Massenstreik!

Kommunisten, Antifaschisten, jetzt alle auf Alarmposten! Nicht eine Minute geruht in der Organisation der Massen- und Streikaktionen der sozialdemokratischen, christlichen und kommunistischen Arbeiter gegen die faschistischen Hungerdiktatoren und Staatsstreichler!

Grossalarm! Massenmobilisierung im ganzen Land, in allen Betrieben, Werkstätten, Schächten, an allen Stempelstellen, in allen Büros, Warenhäusern und auf dem Dorfe!

Verschärfte faschistische Diktatur droht!

Die konterrevolutionären Staatsstreichler rüsten zu einem neuen unerhörten Attentat gegen das gesamte werktätige Volk!

Sozialistische Republik (KPD), Köln

Polizei versiegelt unsere Druckerei

Düsseldorf, 29. Januar (Eig. Meld.) Der verschärfte faschistische Unterdrückungsfeldzug gegen unsere Presse hat bereits begonnen. In der Nacht zum Samstag besetzte ein Aufgebot von Kriminal- und Schutzpolizei die Druckerei der «Freiheit», verhinderte den Druck der Samstag-Ausgabe und versiegelte die grosse Rotationsmaschine mit der fadenscheinigen Begründung: dass in Zeitungsartikeln des Vorjahres (!), die in der auf der gleichen Maschine gedruckten Kölner «Sozialistischen Republik» und ihren Kopfblättern erschienen, «Vorbereitung zum Hochverrat» begangen worden sei (. . .) Dieser Schlag der faschistischen Diktatur gegen die Millionepartei des werktätigen Volkes am Nieder- und Mittelrhein, muss sofort die stärkste und umfassendste Gegenaktion aller Werktätigen in Stadt und Land auslösen (. . .)

Zerreisst durch euren Massenkampf die eurem Sprachrohr angelegten Fesseln und zerbrecht damit gleichzeitig das Joch der faschistischen Hungerknechtschaft!

Sozialistische Republik (KPD), Köln

Der verpönte Name

Das nationalsozialistische Parteiheim in Dresden, das vor Jahresfrist als «Gregor-Strasser-Haus» feierlich eingeweiht worden ist, hat seit einigen Tagen stillschweigend die Überschrift «Gregor-Strasser-Haus» entfernt.

Frankfurter Zeitung, 2. Morgenblatt

Die hungrigen Raben

[Von Theodor Wolf, Herausgeber des linksliberalen Berliner Tageblatts] T. W. In diesen Wochen umkreisten die Raben immer heftiger und enger den alten Turm. Hugenberg und Papen, die ostpreussischen Grossagrarien und ihre Verbindungs-offiziere, hoher Adel und höheres Militär etwas abseits von der Reichswehr, die Matadore der Reaktion und die Spieler mit der Staatsstreichkarte, all' das umlagerte den fünfundachtzigjährigen Hindenburg. Einige verbargen vor kurzem noch ihre Abneigung gegen Schleicher und ihre Strebersehnsucht hinter Beteuerungen der Loyalität. Nun haben sie die Masken abgelegt. So sah man sie beieinander hocken, die Köpfe zusammenstecken und beraten, wie Schleicher am besten zu stürzen sei. Dieses erste Ziel haben sie erreicht (. . .)

Hindenburg hat Herrn von Papen beauftragt, «die Lage zu klären und festzustellen, unter welchen Voraussetzungen eine Regierungsbildung möglich sei». Bei den engen Freundschaftsbeziehungen zwischen Palais und Papen war dieser einleitende Auftrag zu erwarten, er ist gewissermassen eine Familienangelegenheit. Die Lage ist übrigens im voraus ziemlich geklärt, Herr von Papen brauchte sich gar nicht erst zu bemühen. Eine Möglichkeit zu parlamentarischer Regierungsbildung, bei der nicht nur der Nationalsozialismus, sondern auch das Zentrum mithelfen müsste, gibt es für ihn nicht. Hitler persönlich? – siehe oben, bedenket das Ende, schon der Anfang wäre schicksalsschwer (. . .)

Einstweilen werden jetzt die hungrigen Raben, nach dem Triumphgekrächz des ersten Augenblicks, wieder beieinanderhocken, und sich um die Beute streiten, sie hin und her zerren, um die besten Stücke ringen.

Berliner Tageblatt

Hintergründe

Man möge sich in Deutschland nicht darüber beschweren, dass die entscheidenden politischen Vorgänge sich im Dunklen des Hintergründigen abspielen. Wenn das Forum der deutschen Öffentlichkeit, das Parlament, nun seit Jahresfrist sich selber zur Ohnmacht verdammt hat, muss notwendigerweise der Kampf um die Macht mit abgeblendeten Scheinwerfern weitergehen. Seine Heftigkeit wächst, je weniger er kontrolliert ist. Es kommt sehr auf den Charakter der Kämpfer an, um auch im Dunklen sich noch an das Gebot der Ritterlichkeit zu halten (. . .) Der Reichskanzler

v. Schleicher verhielt sich bei alledem passiv, zum mindesten war seine Skepsis gegenüber der verfehlten Landbundpolitik unverkennbar. Schon wurde er zum Feind dieser reinen Interessenpolitik, schon wurde ihm die unverschämte Erklärung des Landbundes überreicht, und schon sprang die Deutschnationale Partei mit ihrem Geheimrat an der Spitze hinterher. Denn wo es kriselt, hofft Herr Hugenberg immer, zu ernten. Dass die Nationalsozialisten im Landbund den Konflikt, wie immer, wo einer auftaucht, zu schüren verstanden, nimmt den nicht wunder, der weiss, wie wenig die Nationalsozialistische Partei eine sachliche Kritik ihrer Anhänger zu fürchten hat.

Das ist die erste Sappe [Laufgraben, d. H.], die man gegen die Stellung Schleichers vorgetrieben hat und die die Herren Grossgrundbesitzer mit nationalsozialistischem Volk zu besetzen gedenken. Die zweite Sappe? Sie kommt aus der entgegengesetzten Ecke. Man steigt zu ihr im Bankhaus Schröder ein und folgt ihr auch dann, wenn der Vordermann zu soviel Improvisationen fähig ist wie Herr von Papen. Diese Sappe zielt auf die Bastion des «sozialen Generals» . . . Dieser ungeheure Wirtschaftsbezirk (die Schwerindustrie) ... ist ohne den Schutz des Staates aufs schwerste bedroht. Woraus ohne weiteres zu erkennen ist, dass man von dort aus immer, wenn nicht die Führung, so doch die Assistenz bei den Kommandohöhen des Staates für sich beansprucht. Es ist hier ein ganz klares Machtinteresse vorhanden, . . . das deutliche Gefühl, dass man bei jeder Veränderung der politischen Konstellation im fruchtbaren Moment und an der zentralen Stelle zugegen sein muss.

Frankfurter Zeitung, 2. Morgenblatt

Kanzlersturz – und dann?

Am Wendepunkt der Krise, «hundert Meter vor dem Ziel», wurde der strenge Doktor weggeschickt* und der Patient Händen anvertraut, denen niemand den Mut zu Experimenten auf Leben und Tod absprechen kann (. . .)

* [Anspielung auf die Entlassung des Reichskanzlers Brüning durch Hindenburg im Mai 1932: Kurz zuvor hatte Brüning in einer Rede den Begriff «wir sind hundert Meter vor dem Ziel» geprägt. Er verstand darunter die ersten Anzeichen einer wirtschaftlichen Konsolidierung und das bevorstehende Lausanner Abkommen (9. 7. 32), das kurz nach seinem Rücktritt die deutschen Reparationen annullierte. – d. H.]

Die Kreise, die Schleichers Sturz herbeiführten, glauben einen Hemmschuh beseitigt zu haben. Sie haben Eile und Furcht, den Anschluss zu verlieren, sie drängen und treiben. Aber noch steht Hindenburg am Steuer, noch hat er sich nicht von dem Weg abdrängen lassen, der dem Sachwalter der Nation durch Eid und Pflicht gewiesen ist (. . .)

Notlösung hin – Notlösung her! Falls es jetzt gelingt, allzu Schlimmes und das Allerschlimmste zu vermeiden – und daran soll man, solange es irgend geht, nicht verzweifeln – dann darf es keine falsche Beruhigung geben, sondern den festen Entschluss, die wirtschaftliche mit der politischen Gesundung nicht dem Zufall und der Willkür von Cliquen und Interessenten zu überlassen. Mit Brüning ist auch der Reichstag verschwunden, der durch verantwortungsvolle Tolerierung die Möglichkeit gab, mit ausserordentlichen Mitteln den ausserordentlichen Notwendigkeiten einer ausserordentlichen Zeit gerecht zu werden. Die beiden Papen-Reichstage zeigen, wohin die Beseitigung des Parlaments von 1930, das noch bis 1934 legitimiert gewesen wäre, geführt hat.

Vossische Zeitung, Morgen-Ausgabe, Berlin

Das Ende vom Niedergang

Die Vorfreude auf den nahe bevorstehenden Zerfall der NSDAP ist wieder mal in Essig verwandelt worden. Es war nicht allein der Ausgang der Wahlen in Lippe allein, der die harmlosen Gemüter desillusionierte. Die Papen, Schröder, Schacht und Thyssen haben den Beweis geliefert, dass die herrschende Klasse nicht daran denkt, sich ihre mit so vielen materiellen und ideellen Opfern (Konzessionen an den Plebs) aufgebaute Bürgerkriegsagentur selber zu zer schlagen. Regieren soll Adolf Hitler nicht, aber seine Funktion gegen das Proletariat soll er gut und gründlich erfüllen und reichlich dazu instand gesetzt werden. Zu dieser Ausrüstung gehört das Massenblendwerk. Hitler darf nicht zuviel Wähler verlieren; der Niedergang der NSDAP musste an dem psychologischen Punkt aufgehalten werden, wo sie stark genug bleibt, vollen Kampfwert gegen die Linke zu haben, schwach genug, um vom Totalitätsanspruch kuriert zu werden. Stets gebrauchsfertig und für den Benutzer ungefährlich, das ist die Formel, wie sich die Reaktion ihre NSDAP wünscht. Adolf Hitler hat in den letzten Monaten grosse Fortschritte in der Kunst gemacht, den Idealen seiner Auftraggeber zu entsprechen.

Deutsche Republik, Frankfurt (linksrepublikanisch)

Wir wollen nur eins: Arbeit

Die Zeiten, da der Sohn nach glücklich be- und überstandem Einjährigem, Abitur oder Staatsexamen in das vom Vater oder Onkel «gemachte Bett» steigen konnte, das sich als gut gehendes Butter- oder Juweliergeschäft, als Anwalts- oder Arztpraxis oder sonst etwas ähnliches entpuppte, sind leider vorbei (. . .)

Genannt oder nicht, ein «Numerus Clausus», der uns Jungen heute den Eintritt ins Berufsleben verwehrt, ist doch tatsächlich auf jedem Gebiet vorhanden. Selbst unbezahlte Volontärstellen sind nicht aufzutreiben; dagegen habe ich mir erzählen lassen, dass junge Burschen aus wohlhabenden Familien sich, gegen eine nicht zu kleine Summe, Volontärstellen kauften. Schöne Zustände! Dabei hat doch von Rechts wegen jeder junge Mensch das Recht auf einen Beruf. Aber, da haben wir schon die Frage: Kann überhaupt das System, das in unserem Lande herrscht, allen, die hier leben, Arbeit und Brot garantieren? Da dies jeder verneinen muss, gleich die nächste: Warum ändert man es dann nicht insofern, dass die Arbeitszeit des einzelnen verkürzt, dafür aber jeder, der arbeiten kann, auch herangelassen wird? Ihr, die ihr Tag für Tag in euren Büros sitzt und hinter eurem Ladentisch steht, ihr jammert so viel über die Überfüllung der Hochschulen und über die Politisierung der Jugend und wollt nicht einsehen, dass ihr selbst es seid, die sie dazu treiben (. . .) Den «Nichtstuern» unter den Jugendlichen, ist das politische Soldatenspielen schönste Abwechslung im trüben Einerlei (. . .)



Warum macht man uns den Zugang zum Beruf heute fast unmöglich? Warum entscheidet so oft nicht mehr Sein und Können des Bewerbers, sondern Parteizugehörigkeit, Konfession und Beziehungen? Warum gilt nicht mehr das «Freie Bahn dem Tüchtigen»? «Was uns fehlt? Arbeit!» heisst ein Stück, das gegenwärtig in Berlin gespielt wird. «Was uns fehlt? Arbeit» sagen, schreien, brüllen, wimmern Tausende und Abertausende junger Menschen, die Arbeit, etwas noch nie Besessenes, suchen und nicht finden.

*H. H. K., Student, Berlin.
BerlinerTageblatt*

Osthilfe-Fälle – Der Fall Osthilfe

Nach dem «*Deutschen*» gehört zu den Osthilfefällen, die dringend der Aufklärung bedürfen, die Sanierung des Herrn von Plehwe (Dwarischkehmen, Kreis Pillkallen). Sein 3'000 Morgen grosses Gut soll er viermal saniert haben. Die erste Sanierung erfolgte 1924 durch Aufnahme eines Goldpfandbriefdarlehens von 200'000 Reichsmark. Die zweite Sanierung fiel in das Jahr 1927 durch Aufnahme einer Amerikanleihe bei der Landesbank in Höhe von 315'000 Reichsmark, aus der die Goldpfandbriefe zurückgezahlt und sämtliche übrigen Schulden bezahlt wurden. Die dritte Sanierung geschah durch Umschuldung, wobei die Richtlinien der Ostpreussenhilfe verletzt wurden. Dies war im Jahre 1928.

Die vierte Sanierung (im Jahre 1930) geschah durch Einschuss von Staatsmitteln in Höhe von 200'000 Reichsmark. Herr von Plehwe hat, obwohl er selbst fast nie auf seinem Betrieb

anwesend war, erst 1929 den Anschluss an eine Buchführungsstelle vollzogen. Er hat von 1920 bis 1931 keinen Pfennig Zinsen auf die erste und zweite Hypothek gezahlt. Alles das hat nicht gehindert, dass die Landstelle auf direkte Anweisung der Osthilfe einen bestimmungsmässig unzulässigen erststelligen Kredit von 85'000 Reichsmark gegeben hat.

*Frankfurter Zeitung, Abendblatt!
1.Morgenblatt*

Wir Bauern haben es satt!

Von einer Enttäuschung in die andere getrieben, geht der deutsche Bauer heute, nach 13jähriger politischer Misswirtschaft am Bettelstab. Durch Häfen und Grenzstationen fluten die ausländischen Acker- und Gartenerzeugnisse herein, um die Preise für die deutschen Erzeugnisse bis zum völligen Ruin des letzten Bauernhofes zu drücken. Herr von Schleicher ist ein Gegner des Gedankens, die deutsche Landwirtschaft so rentabel zu machen, um das deutsche Volk eines Tages von eigener Scholle selbst ernähren zu können. Er hat kein Interesse daran, die Erzeugnisse deutschen Bauernfleisses vor ausländischen Schleuderpreisen zu schützen! (. . .)

13 Jahre lang hat man uns Versprechungen gemacht. Wir wollen endlich Taten sehen. Unsere Höfe und unsere Betriebe können wir nicht mehr länger halten, wenn nicht sofort ein Wandel erfolgt.

Nur Hitler wird dem Bauernstand den Platz einräumen, der ihm als Eckpfeiler der ganzen deutschen Wirtschaft zuzucht. Nur Hitler wird den Bauernstand wirklich retten.

Rote Erde am Sonntag, Bochum

Verlassene Frauen

Schriftsteller haben manchmal merkwürdige Einfälle: so ist überliefert, dass eine Zeitgrösse des Altertums die Lebensläufe solcher zusammengestellt hat, die in ihrem Leben niemals gelacht haben, und ein anderer beschäftigte sich mit der Aufstellung einer Liste von Persönlichkeiten, die sich während ihres Erdenwandels beträchtlich überfressen. Paul Elbogen nimmt die Tatsache, dass Frauen zuweilen verlassen wurden, zum Anlass, um vom Schicksal enttäuscht Liebender zu erzählen. Er wählt sich zu diesem Zweck nicht die Uninteressantesten aus: Ottilie von Goethe, die Gattin von Goethes Sohn, Harriet, die Frau des englischen Dichters P. B. Shelley, Elisa Radziwill, die Jugendgeliebte Wilhelms I., Sophie Tolstoi, die ihrem Gatten ein höchst unerquickliches Leben bereitete, Friederike von Sesenheim, Goethes erste Geliebte, Helene von Dönniges und Ferdinand Lassalle, Josefine und Napoleon, Elise Lensing und Hebbel, Paul Gauguin, der grosse französische Maler, der das Unglück hatte, von seiner Familie am meisten verkannt zu werden, und seine dänische Gattin Mette, und schliesslich Toni Adamberger und Theodor Körner.

Paul Elbogen erzählt diese Frauenschicksale mit jener Gelassenheit und unerschütterlichen Ruhe, die sich die belletristische Geschichtsschreibung des sachlichen Eindrucks wegen anezogen hat. Er vermittelt auf diese Weise Kenntnisse, die nicht jedem erreichbar sind, und setzt so die biographischen Einzelheiten grosser Menschen in Scheidemünze um. Er gibt abgeschlossene und abgerundete Lebensbilder und lässt aus der betont trockenen Haltung seiner Sprache das Mass von Empfindsamkeit durchbrechen, dem der Verlag (Rowohlt, Berlin, kart. 6, geb. 7 Mark) auf dem Schutzumschlag des Buches ebenso knallig wie sentimental Ausdruck gegeben hat. *Sonntag Morgen, Köln*

Zukunft

Und einmal, Kameraden, wird es sein,
Dass rings im Lande die Siegesglocken klingen . . .
Die Sklavenketten, die uns lang umfingen,
Sie werden unter Hammerschlägen springen,
Und Jubel wird in allen Herzen sein.

Und einmal, Kameraden, wird es sein,
Dass Mütter sich wie einst der Kinder freuen,
Die Bauern, wenn sie still die Saaten streuen.
Sie werden freien Heimatgrund betreuen.
Und Arbeit wird der höchste Adel sein . . .

Uns aber deckt vielleicht des Grabes Nacht.
Was macht's, dass wir nach keinem Glücke fragen?
Uns ist's genug, dass wir das Banner trugen,
Und mit dem eignen Leib die Brücke schlugen
Zu Deutschlands Zukunft und zu Deutschlands Macht! Heinrich Anacker

Rote Erde am Sonntag (NSDAP), Bochum

Wimpernfädlerin und Morgenweckerin

Die Not der Zeit hat die Frauen aller Länder zwar in die verschiedensten Berufe gedrängt, doch gewähren sie ihnen nicht immer genügend Beschäftigung.

Geht es nicht mehr mit der gewohnten Arbeit, kommt hier und da ein erfinderischer Kopf auf eine Tätigkeit, die zwar abseits liegt, aber gewisse Aussichten zu bergen scheint. Dabei spekuliert man auf die Eigenschaften, die den Frauen unwidersprochen seit jeher nachgesagt werden: Eitelkeit, Ehrgeiz, Sparsamkeit und Neugierde. Die Eitelkeit brachte einen neuen Frauenberuf in Berlin hervor. Es ist der der Wimpernfädlerin. Eine neue Sparte der Kosmetik. Nicht nur Teint und Lippen sollen in vorbildlicher Schönheit erstrahlen, sondern auch die Augen jene Vollkommenheit zeigen, die wir an Filmschauspielerinnen, Schönheitsköniginnen und anderen entzückenden Frauen bewundern. Dort, wo die Natur stiefmütterlich spärliche oder kurze Wimpern mitgegeben hat, tritt die Kunst in ihr Recht. Die Wimpernfädlerin setzt, ohne Schmerzen zu verursachen, gebogene strahlenförmige dichte Wimpern ein, die das Auge kleidsam umgeben. Gleichzeitig machen sie verräterische Krähenfüsse bis zu einem gewissen Grade unsichtbar. Vierzehn Tage lang sind dann die Wimpern einwandfrei und tadellos. Vorausgesetzt, dass man die Ratschläge der Kosmetikerin befolgt. Man darf nämlich weder weinen, noch kochen, jedenfalls nie so herzlich, dass Tränen in die Augen kommen. Nach dieser Zeit werden die Wimpern einer Revision unterworfen, die ausgefallenen nachgefädelt, die vorhandenen gebürstet und gefärbt (...)

Der Ehrgeiz berufstätiger Frauen hat in London die Morgenweckerin aus dem Boden gestampft. Um früh genug in dem Betrieb, in dem man beschäftigt ist, zu erscheinen, möglichst noch etwas zeitiger als die Kolleginnen, muss man pünktlich aufstehen. Also abonniert man bei der Morgenweckerin. Noch ehe die Sonne über das grämliche London ihre spärlichen Strahlen sendet, wandert die Morgenweckerin von Haus zu Haus. Mit einer eigens konstruierten Büchse schießt sie harmlose Erbsen gegen das Fenster ihrer Kundin – und zwar so oft, bis die Betreffende am Fenster erscheint und dadurch zu verstehen gibt, dass sie wirklich aufgestanden ist. Je früher man geweckt werden will, um so mehr muss man bezahlen. Vergisst die Weckerin eine Kundin, oder hat sie nicht dringend genug geweckt, muss sie ihrer Kundin 5 Pfund Strafe zahlen.

Vossische Zeitung, Morgen-Ausgabe, Berlin

MONTAG, 30. JANUAR, MORGENS

Hitler oder Papen?

Hitler stellt Bedingungen
Papens gefährliche Pläne
Aufmarsch der «Eisernen Front» im
Lustgarten

*Frankfurter Zeitung,
Morgenblatt*

Papens Verhandlungen

Gespräche mit Hugenberg und Hitler
Zusammenkunft Hitler-Kaas-Schäffer

*Münchener Neueste
Nachrichten*

Kabinett Hitler im Vorder- gründe

Kreislauf Papen-Hitler-Hugenberg-
Papen – Parlamentarische Scheinver-
handlungen mit dem Endziele
«Staatsnotstandsrecht»?

Lokal-Anzeiger, Köln

Kabinett Hitler in Sicht

Deutsche Schicksalswende . . .

Jetzt kommt Hitler!

Hindenburgs Entscheidung schon
heute?

*Fränkischer Kurier
(NSDAP)*

*Westdeutscher Beobachter
(NSDAP), Köln*

Sturm gegen den Staatsstreich

200'000 demonstrieren gegen Hitler
und Papen

*Die Welt am Montag
(SPD-nah), Berlin*

Für sozialistische Staatsgewalt

*Rheinische Zeitung
(SPD), Köln*

Alarm!

Einheitsfront der Tat

Der Kämpfer (KPD), Chemnitz

Papens Verhandlungen

Der, wie es in der Amtssprache heisst, mit der Führung der Verhandlungen zur Klärung der politischen Lage beauftragte frühere Reichskanzler v. Papen hat unmittelbar nach dem Rücktritt des Kabinetts Schleicher im Sinne seines Auftrages Verhandlungen mit den Parteiführern begonnen.

Münchener Neueste Nachrichten

Das Gerangel um die Bildung einer neuen Regierung ist das beherrschende Thema der Morgenausgaben. Noch immer ist unklar, ob in der neuen Regierung die Deutschnationalen oder die Nationalsozialisten den Ton angeben werden. Der dem Zentrum nahestehende *Kölner Lokalanzeiger* kommt in einem Kommentar zu dem Schluss, dass eine deutschnationale Parteidiktatur drohe:

Wahrscheinlich ist es Herrn v. Papen noch nicht gelungen, Hugenberg und Hitler auf eine gemeinsame Linie zu bringen und daher hat er noch keine Zeit gefunden, die Meinungen der anderen Parteien zu hören. Die Herren von Harzburg und Osteibien müssen auch jetzt wieder die alte Erfahrung machen, dass es leichter ist, ein Kabinett zu stürzen, als ein neues zu bilden. Die Nationalsozialisten lehnen es ab, man kann beinahe sagen, mit Entrüstung ab, ein Kabinett zu unterstützen oder sich gar an diesem zu beteiligen, das unter Führung des Herrn von Papen steht . . . Von Herrn Hugenberg in diesem Zusammenhang zu reden, wäre Zeitverschwendung . . . Hitler soll in seinen Ansprüchen soweit gegangen sein, dass Hugenberg doch wohl Bedenken trägt, diesen Weg mitzugehen ... Es ist die Schuld der Leute, die diese Krise hervorgerufen haben, wenn der Eindruck entsteht, alle Besprechungen seien lediglich Scheinverhandlungen. Man gebe sich äusserlich den Anschein, eine Mehrheit zu suchen, und sei von vornherein innerlich entschlossen, auf ein Kabinett des Staatsnotstands loszusteuern . . . Denn sie scheinen entschlossen zu sein, diesmal aufs Ganze zu gehen und ihre Stellung beim Reichspräsidenten zur Errichtung einer getarnten deutschnationalen Parteidiktatur auszunutzen.

Lokal-Anzeiger, Morgen-Ausgabe, Köln

Über die nach wie vor unklare Rolle, die das Zentrum einnimmt, berichten die *Münchener Neuesten Nachrichten*:

In den späten Abendstunden des Sonntags tauchte die Meldung auf, dass sich in den Verhandlungen, die zwischen den Mittelsmännern des Zentrums und der Nationalsozialisten ausserhalb der Papenschen Bemühungen geführt werden, grosse Schwierigkeiten insofern ergeben hätten, als die Nationalsozialisten plötzlich neue Forderungen hinsichtlich der Machtverteilung vorgebracht hätten. Angeblich sollen sie jetzt nicht nur den Kanzlerposten und zwei Minister-Portefeuilles verlangen, sondern auch einen derartigen Einfluss auf das Gesamtkabinet und die gesamte Staatsführung, so dass Hitler «unstürzbar» würde.

Münchener Neueste Nachrichten

Die *Frankfurter Zeitung* vermutet, dass Hitler sich vor der Regierungsverantwortung drücken will, um eine katastrophale Zuspitzung der Lage abzuwarten:

Hitler und die Katastrophentheorie

(Berlin, 29. Jan.) Herr Hitler hat sich die endgültige Formulierung seiner Antwort bis heute abend 11 Uhr vorbehalten. An Stellen, wo man es wissen könnte, glaubt man erwarten zu müssen, dass die endgültige Antwort Hitlers Bedingungen enthalten wird, die der Reichspräsident nicht wird annehmen wollen und können. Man wusste seit langem, dass Herr Hitler immer dann besonders vorsichtig operierte, wenn jemand glaubte, ihm im Rahmen der Verfassung eine Regierungsverantwortung übertragen zu können. Das mag sich aus verschiedenen Gründen erklären. Der wichtigste davon aber dürfte jene Katastrophentheorie sein ... Es ist die Theorie, die besonders Herr Dr. Goebbels vertritt, dass es binnen kurz oder lang gelingen könne und gelingen werde, die politische und wirtschaftliche Lage Deutschlands so zu verwirren, dass die Macht dann der NSDAP fast von selbst in den Schoss fallen müsse, wenn sie sich nur im richtigen Augenblick, ihrer Kampforganisationen bediene. Sagt Herr Hitler abermals ab oder stellt er unerfüllbare Bedingungen, so wissen wir, dass seine Ansicht in dieser Beziehung unverändert ist und dass seine Taktik inzwischen lediglich darauf hinauslief, den bestehenden Staat soweit wie möglich zu schwächen.

Frankfurter Zeitung, Morgenblatt

Über die mächtige Demonstration, die am Vortag die SPD und die Eiserner Front im Berliner Lustgarten organisierten, berichtet die mit den Sozialdemokraten sympathisierende *Welt am Montag*:

Der Aufmarsch der Eisernen Front am Sonntagnachmittag im Lustgarten, der als Antwort auf die provokatorische Demonstration der Nationalsozialisten unter der Losung erfolgte: *Berlin bleibt rot!*, gestaltete sich zu einer der grössten Demonstrationen, die Berlin jemals gesehen hatte.

Obwohl der weite Platz des Lustgartens und alle anliegenden Plätze bereits um 1/23 Uhr dicht gefüllt waren, strömten aus allen Richtungen noch weiter endlose Züge herbei und füllten schliesslich alle Zugangsstrassen, bis sie vollkommen verstopft waren. Viele Zehntausende konnten den Lustgarten überhaupt nicht erreichen. Allein im Lustgarten waren nach Schätzungen objektiver Augenzeugen rund 200'000 Menschen versammelt . . . Wenn auch Polizei in sehr grosser Zahl aufgeboten war, so lässt sich doch kein Vergleich ziehen zu dem Polizeischutz, der am vergangenen Sonntag dazu dienen musste, zehntausend Hitlerleute auf dem Bülowplatz aufmarschieren zu lassen . . .

Besonderen Beifall, auch aus dem Publikum auf dem Bürgersteig heraus, fanden die Plakate mit der Inschrift «Arbeiter, seid einig» oder «Kämpft für die Einheit der Arbeiterklasse». Ein unvergesslicher Tag! (. . .)

Ein grandioses Bild: es marschierte das arbeitende Berlin. Betriebsarbeiter neben Techniker, Werkmeister neben Angestellten, die berufstätige Frau neben dem berufstätigen Mann. Und: arbeitslose Männer, Frauen und Jugendliche, deren Gesichter erschütternd die Not widerspiegelten, das Elend und den Hunger und auf deren Stirnen der harte Wille zum Kampf um soziale Gerechtigkeit geschrieben war.

Immer dichter und dichter drängten sich die Massen, scharten sich um die alten Kampfbanner. Vor dem Schlosse dröhnten die Tritte der Marschkolonnen des Reichsbanners. Über den Köpfen der gewaltigen Menge leuchtete die Farbe der Freiheit: Berlin bleibt rot! Fäuste stemmten sich gegen den Himmel. Ein Massengefühl beherrschte den grössten Kundgebungsplatz Berlins: Der Kampfeswille gegen jede reaktionäre Regierung, gegen den Staatsstreich, gegen Papen und gegen Hitler!

Die Welt am Montag

Ums Letzte

Der *Vorwärts* zitiert ausführlich den Hauptredner der Kundgebung:

Arbeiter, seid einig!

Dann nahm Genosse Künstler, stürmisch mit Freiheitrufen empfangen, das Wort. Er führte aus:

«Berlin bleibt rot!» Das ist die Parole der Sozialdemokratie für 1933. Die Berliner werktätigen Massen werden treu zu dieser Parole stehen und dafür sorgen, dass die Konterrevolution niemals von der Arbeiterschaft Berlins, von der Hauptstadt der Deutschen Republik, Besitz ergreift. Das geloben wir Arbeiter, Angestellten und Beamten auf diesem historischen Platz vor der ehemaligen Zwingburg der Hohenzollern mit unserem Kampfruf «Freiheit!» (. . .)

Die Harzburger Front, die Kreise der autoritären Staatsführung, haben in sechs Monaten vor aller Welt dokumentiert, dass ihre Unfähigkeit nur noch zu überbieten ist durch ihre Dreistigkeit. Und das will regieren, das will Deutschland retten und einer besseren Zukunft entgegenführen!? (Zurufe: niemals, niemals!) Bleibt dieser politische Zirkus, dessen Direktor Adolf Hitler ist, auch nur sechs Monate bestehen, so wird aus Deutschland eine einzige politische Brockensammlung. Man droht mit dem Staatsstreich! Doch Papen, Hugenberg und Hitler seien an das Wort erinnert, das man so variieren kann: Mit dem Staatsstreich kann jeder regieren (Sehr richtig).

Wer den Rechts- und Verfassungsboden verlässt, muss sich darauf gefasst machen, dass das Volk seine Rechte mit allen Mitteln verteidigen wird. (Stürmischer Beifall.) (. . .)

Es geht ums Letzte! Es geht um die verfassungsmässig gewährleisteten Staatsbürgerrechte des ganzen Volkes! Es geht um die sozialpolitische Gesetzgebung, um all die vielen Rechte, die sich das arbeitende Volk erkämpft hat! Es geht gegen Willkür und Gewaltherrschaft einer dekadenten Ausbeuterklasse. (Stürmischer Beifall, Rufe: Nieder mit Papen.)

Vorwärts (SPD), Abend-Ausgabe, Berlin

Paul Lobe auf einer Massenversammlung in Köln:

Den Gegnern wolle er zurufen: Ihr bringt alles ins Wanken, eure Uhr ist abgelaufen! (Brausender Beifall) Ihr müsst abtreten. Eine neue wirtschaftliche Gewalt müsse kommen. Wenn die Nationalso-

zialisten wirklich Sozialisten seien, so sollten sie sich sagen lassen, dass man das Ziel nicht erreicht durch Schmähungen gegen Juden und Marxisten, sondern durch den Kampf gegen die Kapitalisten, einerlei was sie sind, Juden oder Christen. Das könne man natürlich nicht erreichen durch Verhandlungen mit von Schröder, Thyssen, Papen und Hugenberg! Den Kommunisten aber sage er, wenn sie fortführen in ihrer unseligen Politik der Zersplitterung der Arbeiterschaft, dann träfe eines Tages die Gewalt des Faschismus ihre eigenen Leute. Den Sozialdemokraten aber sage er, nie sei die Zeit für den Sozialismus so reif gewesen wie heute.

Rheinische Zeitung (SPD), Köln

In der für ihn charakteristischen Demagogie distanziert sich Joseph Goebbels in der 1. Ausgabe des *Angriff* vom Intrigenspiel, in das die Nationalsozialisten voll verwickelt sind, um dann fortzufahren:

Reinen Tisch machen!

Und diese Lösung heisst heute wie gestern, wie im November und wie im August: Gebt Hitler die Führung! . . . Der Nationalsozialismus hat seine grosse Charakterprobe siegreich bestanden, und geklärt und geläutert, stärker und durchschlagskräftiger denn je, verharrt er heute auf seinem Recht und auf dem Anspruch, den er auf Grund seines machtpolitischen Bestandes erheben darf und auch erheben muss. Die Möglichkeiten, die jetzt für eine schnelle Behebung des augenblicklichen politischen Notstandes gegeben erscheinen, sind so einfach wie nie. Man muss sich nun endgültig mit der Tatsache abfinden, dass der Nationalsozialismus keine halben Lösungen versuchen wird, und dass er noch viel weniger eine Verantwortung übernehmen kann ohne entsprechende Machtfülle. Wir sind bereit, den kranken deutschen Volkskörper zu heilen und ihn wieder lebensfähig zu machen; das aber ist unmöglich, wenn man uns zwingt, Rezepte anzuwenden, die nicht wir, sondern unsere Gegner erfunden haben. Wir haben weder am 13. August noch am 25. November die ganze Macht gefordert; wir tun das auch heute nicht! Aber wenn man uns die ganze Last der Verantwortung aufbürdet, dann muss man uns wenigstens die Führung der deutschen Politik in die Hand legen (...) Es muss reiner Tisch gemacht werden!

Der Angriff (1. Ausgabe), Berlin

MONTAG, 30. JANUAR, ABENDS

Regierung Hitler-Papen ernannt

Frankfurter Zeitung

Kabinett Hitler-Papen- Hugenberg

Regierung der Harzburger Front ohne
Verständigung mit dem Zentrum er-
nannt

Vossische Zeitung, Berlin

Hitler Reichskanzler

Papen Vizekanzler und Preussenkom-
missar-Hugenberg Krisenminister –
Frick Innenminister- Göring Kommis-
sarischer preussischer Innenminister

Berliner Tageblatt

Reichskanzler Hitler!

Deutsches Berlin: Fahnen heraus!
Reinen Tisch machen!

*Der Angriff (NSDAP),
1. Ausgabe*

Fackelzug

der gesamten SA und SS. Unter den
Linden – Brandenburger Tor –
Wilhelmstrasse

*Der Angriff (NS DA P),
2. Ausgabe*

Fahnen heraus!

Hitler – Reichskanzler!

Der Herrenklub hat im Bunde mit den
Osthilfe-Nutziessern Hitler zum
Reichskanzler erhoben! – Polizeigewalt
in Nazi-Händen – SA soll mit Staatsmit-
teln finanziert werden

Rheinische Zeitung (SPD)

Hitler-Papen-Kabinett

«Feine Leute» und drei Nazis – Kabinett
des Grosskapitals

Vorwärts (SPD)

(Amtliche Mitteilung: siehe Dokument 1, S. 196)

Der Ernennung des Kabinetts Hitler vorausgegangen ist eine mehr als anderthalbstündige Besprechung zwischen dem Reichspräsidenten und Adolf Hitler, an die sich ein Empfang des jetzigen Vizekanzlers von Papen anschloss. Zu diesem Zeitpunkt standen aber die Ernennungen bereits fest. Während Papen sich noch beim Reichspräsidenten befand, versammelten sich in einem Salon nebenan Reichstagspräsident Göring, Dr. Frick, Geheimrat Dr. Hugenberg und Generalleutnant von Blomberg, deren Ernennungsurkunden bereits ausgestellt und vom Reichspräsidenten unterzeichnet wurden. Unmittelbar nachher wurden mit dem Reichskanzler auch die neuernannten Reichsminister auf die Verfassung vereidigt.

Vossische Zeitung, Abend-Ausgabe

Der neue Reichskanzler Adolf Hitler wird heute Nachmittag mit den Führern des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei über ihre Haltung gegenüber dem neuen Reichskabinett verhandeln. Um den Eintritt von Mitgliedern dieser Parteien in das Kabinett – in dem ja noch das Justizministerium und allenfalls das Postministerium offensteht – dürfte es sich hierbei nicht handeln. Für das Zentrum kommt jedenfalls eine irgendwie geartete Beteiligung an der Regierung nicht in Frage, da es sich nicht um ein durch Verhandlungen unter den Parteien gebildetes Mehrheitskabinett, sondern um ein ausgesprochenes Kabinett der Harzburger Parteien handelt. Auf der anderen Seite nimmt man in Zentrumskreisen vorläufig, ehe man die näheren Absichten und das Programm des neuen Kabinetts kennt, nicht an, dass das Zentrum mit den Parteien der Linken gemeinsam für ein Misstrauensvotum stimmen werde. Vielmehr ist wahrscheinlich, dass das Zentrum zunächst «Gewehr bei Fuss» steht, und die ersten Erklärungen und die ersten Taten der neuen Regierung jedenfalls abwartet. Die Zentrumsfraktion des Reichstages, deren Vorstand heute mittag versammelt war, bleibt am Nachmittag zusammen, um die weitere Entwicklung und den Bericht ihrer Führer über die Unterredung mit dem Reichskanzler Hitler abzuwarten.

Berliner Tageblatt, Abend-Ausgabe



Hitler mit seinem Kabinett am 30. Januar 1933

Hitler nach der Ernennung auf der Fahrt durch die Wilhelmstrasse



Der Sprung

Die Abendpresse nimmt in ersten Kommentaren zu der am frühen Nachmittag bekanntgewordenen Ernennung Stellung. Im nationalsozialistischen *Angriff*, der heute – nachdem er zum offiziellen Blatt avanciert ist – in zwei Ausgaben erscheint, scheint der Atem der Geschichte zu wehen.

Triumph der Zähigkeit

Eine Stunde von historischer Bedeutung (. . .)

Wir grüssen den Führer! Wir alle wissen, wie bitter und schwer, aber doch wie so gesegnet die Jahre waren, die hinter uns liegen. Durch ein Meer von Tyrannei, von Lüge, Verleumdung und Niedertracht hat sich die nationalsozialistische Bewegung siegreich hindurchgekämpft, weil sie wusste, dass dieser Kampf um Deutschlands willen geführt werden musste und dass er vorwärts getrieben wurde von einem Mann, der entschlossen war, sich eher unter den Ruinen des Zeitgeschehens begraben zu lassen, als sich selber untreu zu werden. Die Grösse des gegenwärtigen geschichtlichen Moments kann vielleicht nur der voll begreifen, der sich bewusst ist, an dem überstürzten Gang der Dinge in den letzten 24 Stunden den Hauch der göttlichen Gerechtigkeit verspürt zu haben. Es ist schliesslich und letztlich in der Welt immer so gewesen, dass das reine und selbstlose kämpferische Wollen um den Wiederaufstieg einer Nation durch den Sieg belohnt worden ist. Durch einen Sieg, der mit reinen Händen errungen wurde und der mit den gleichen Händen nun zum wahren Dienst am Volke werden soll.

Grosses ist erreicht, Grösseres muss noch erstrebt werden! In Demut und Ehrfurcht aber neigen wir auch heute wieder unsere Häupter vor den Toten unserer Bewegung. Heute ist es uns gewiss: die 400 Märtyrer der NSDAP sind nicht umsonst gefallen, ebensowenig wie die 2 Millionen Toten des Weltkrieges.

Denn in ihrem Geiste und im Sinne ihres Blutopfers haben wir heute das Fundament gelegt für ein neues deutsches Reich der Kraft und der Herrlichkeit!

Um aufkommenden Unmut in der «Bewegung» zu dämpfen, dass ausser Hitler im Kabinett nur zwei weitere Nationalsozialisten (Frick und Göring) vertreten sind, beruhigt der *Angriff* gleich vorsorglich im ersten Teil des Kommentars:

Das jetzt zustandegekommene Kabinett ist nicht rein nationalsozialistisch. Aber es trägt den Stempel der Persönlichkeit Adolf Hitlers, und das genügt uns. Der Führer hat es zweimal abgelehnt, in einer Regierung mitzuarbeiten, die nicht unter seiner Leitung steht. Die Bedingung, dass er Reichskanzler werden müsse, ist erfüllt.

Der Angriff (2. Ausgabe), Berlin

Die deutschnationale Hugenberg-Presse begrüsst ebenfalls enthusiastisch die Machtübernahme der wiederauferstandenen Harzburger Front, in der nun Hugenberg selbst als Wirtschafts- und Ernährungsminister eine Schlüsselrolle spielt. Unterschwellig erinnert der *Tag* daran, dass das nun geeinte Lager der Rechten noch vor wenigen Wochen heillos zerstritten war.

Was vor einem Jahr in Harzburg geplant wurde, kam zur Vollen- dung. Wolle Gott, dass die hinter uns liegenden Monate mit ihrem grauenhaften Kampf nationaler Menschen und Bewegungen unter- einander, uns nur noch als ein wüster Traum erscheinen, der in der deutschen Geschichte für immer ausgelöscht werden soll durch die Einigkeit und die Kraft, mit denen die Führer und die Gefolgschaf- ten der deutschen nationalen Bewegung nun zusammenstehen in Arbeit und Kampf für Deutschland. «Geächtet sei, wer unsere Front zerstören will!» Diese Erklärung von Harzburg nehmen wir in dieser ersten Stunde von neuem auf (. . .)

Mit der Genugtuung über die Erreichung des Zieles sind wir berechtigt, die Aufforderung an die einzelnen Teile der nationalen Front zu verbinden, von heute ab im Sinne der Verhandlungen der letzten achtundvierzig Stunden in jedem Augenblick der zukünftigen politischen Entwicklung den Gedanken der nationalen Einheits- front über Parteigedanken zu stellen; denn jetzt steht der deutsche Nationalismus vor der grossen praktischen positiven Arbeit und vor der gewaltigen Verantwortung. Jetzt muss mit geeinter Kraft das Staatsschiff durch die Klippen der Wirtschaftskrise und durch die Gefahren der aussenpolitischen Lage so gesteuert werden, dass Deutschland unversehrt und mit verjüngter Kraft den Endkampf gegen Versailles aufnehmen kann. Jeder, der heute an verantwortli- cher Stelle in der nationalen Front steht, muss in seinem Herzen den Rütli-Schwur tragen.

Der Tag, Berlin

Die Siegesstimmung bei der *Deutschen Allgemeinen Zeitung*, einer der mächtigsten rechten Zeitungen, bleibt verhalten:

Eine gewagte und kühne Entscheidung ist es in jedem Fall, und kein verantwortungsbewusster Politiker wird zum Jubel geneigt sein (...). Die Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten wird sich voraussichtlich schwierig und aufreibend gestalten, und das vielleicht recht lange dauernde Regierungsexperiment wird manche Erschütterung mit sich bringen. Einmal aber musste dieser Sprung ins Dunkle gewagt werden, weil das deutsche Volk in den Wahlen die Hitlerregierung zum bei weitem stärksten Faktor des politischen Lebens gemacht hatte . . .

Obwohl in der «DAZ» seit Jahren dieser Versuch mit allen Bedenken, die er hat, empfohlen wurde, können wir uns unmöglich in einen Rausch der Begeisterung versetzen.

Aber wir halten die Ernennung Hitlers unter den gegebenen Umständen für richtig. Der nationalsozialistische Führer wird uns nun zu zeigen haben, ob er das Zeug zum Staatsmann besitzt.

Deutsche Allgemeine Zeitung, Berlin

Die demokratisch orientierte Presse hofft auf die inneren Widersprüche der Regierung: Hitler werde an seiner Unfähigkeit scheitern.

Hitler ist am Ziele. Jetzt wird er zu beweisen haben, was er kann.

Lokal-Anzeiger (zentrumsnah), Abend-Ausgabe, Köln

Hitler und seine Partei sind mit einem Male am Ziel ihrer Wünsche angelangt, sie können zeigen, was sie können, und die deutsche Republik, das deutsche Volk werden, ohne dass sie jemand gefragt hätte, zum Experimentierfeld für einen Versuch gemacht, von dem wir und mit uns die Mehrheit des Volkes schon heute überzeugt sind, dass er schlecht ausgehen wird.

Berliner Tageblatt, Abend-Ausgabe

Skepsis und tiefe Enttäuschung über die Entscheidung des Reichspräsidenten, der bis zuletzt als Garant der Demokratie erschien, beherrscht den Leitartikel der *Vossischen Zeitung*.

Wie war es am 13. August [1932; siehe Zeittafel, d.h.]? Damals hat in einer amtlichen Mitteilung Hitler an den Reichspräsidenten die

Forderung gestellt, ihm «die Führung der Reichsregierung und die gesamte Staatsgewalt in vollem Umfange zu übertragen», und Hindenburg hat diese Forderung «sehr bestimmt» mit der Begründung abgelehnt, «dass er vor seinem Gewissen und seinen Pflichten dem Vaterland gegenüber nicht verantworten könne, die gesamte Regierungsgewalt ausschliesslich der nationalsozialistischen Bewegung zu übertragen, die diese Macht einseitig anzuwenden gewillt sei».

Bei den erneuten Verhandlungen im November verlangte Hitler das Kanzleramt, sowie die Übertragung neuer Vollmachten, «die in so kritischen und schweren Zeiten auch parlamentarischen Reichskanzlern nie versagt worden sind». Der Reichspräsident erwiderte, er glaube es vor dem deutschen Volke nicht verantworten zu können, «dem Führer einer Partei seine Präsidialvollmachten zu geben, die immer erneut ihre Ausschliesslichkeit betont hat und die gegen ihn persönlich wie auch gegenüber den von ihm für notwendig erachteten politischen und wirtschaftlichen Massnahmen überwiegend verneinend eingestellt war».

«Der Herr Reichspräsident», so besagte das von Staatssekretär Meissner unterzeichnete Schreiben, «muss unter diesen Umständen befürchten, dass ein von Ihnen geführtes Präsidialkabinett sich zwangsläufig zu einer Parteidiktatur mit allen ihren Folgen für eine ausserordentliche Verschärfung der Gegensätze im deutschen Volke entwickeln würde, die herbeigeführt zu haben, er vor seinem Eid und seinem Gewissen nicht verantworten könnte.»

Alle diese Sorgen und Bedenken werden heute wieder lebendig (•••) Hindenburg hat Hitler betraut. Die Zeichen stehen auf Sturm.

Vossische Zeitung, Abend-Ausgabe, Berlin

Auch der *Vorwärts*, der im Frühjahr 1932 für die Wiederwahl des 85jährigen Feldmarschalls eingetreten ist, sieht sich getäuscht und versucht, die weitere Perspektive für die Sozialdemokratie zu klären:

Der Reichspräsident hat mit der Ernennung dieser Regierung die furchtbarste Verantwortung übernommen, die jemals ein Staatsoberhaupt übernommen hat. Er steht dafür, dass diese Regierung den Boden der Verfassung nicht verlässt und dass sie sofort zurücktritt, wenn sie eine Mehrheit im Reichstag nicht erhält.

Würde ein Versuch gemacht werden, diese Minderheitsregierung, deren Feindschaft gegen die Verfassung offenkundig ist, auch ohne Zustimmung des Reichstags im Amte zu halten, so wäre eine Situation gegeben, die vom arbeitenden Volke die Einsetzung letzter und äusserster Kräfte erfordert. Die Organisationen der Eisernen Front stehen in engster Verbindung miteinander und verfolgen die Entwicklung mit äusserster Spannung. Sieg oder Untergang hängt von der Bereitschaft und der Geschlossenheit des arbeitenden Volkes in diesem vielleicht Jahrzehnte entscheidenden Augenblick ab.

Das Vorpellen einer einzelnen Arbeiterorganisation birgt die Gefahr in sich, dass sie das Gegenteil ihrer Absicht erreicht, und den schlimmsten Feinden der Arbeiterklasse zum Sieg verhilft. Äusserste Bereitschaft und vollkommenste Einigkeit ist das Gebot der Stunde! (. . .) Der Reichskanzler Hitler will, wie es heisst, heute nachmittag die Verhandlungen mit dem Zentrum aufnehmen. Nur das Zentrum kann ihm die Möglichkeit einer länger dauernden legalen Amtsführung gewähren. Verweigert es sie ihm, und findet er im Reichstag keine Mehrheit, so muss er abtreten. Tut er das nicht, so ist der äusserste Konfliktfall gegeben.

Wie sich im Falle dieses äussersten Konfliktes die Streitkräfte verteilen würden, ist noch nicht zu übersehen. Aber es ist kaum wahrscheinlich, dass die Sozialdemokratie in einem solchen Fall isoliert kämpfen würde.

Auf alle Fälle hat ein geschichtlicher Kampf um das Schicksal des deutschen Volkes begonnen. Die Situation ist voller Gefahren. Sie birgt aber auch die Möglichkeit einer überraschend günstigen Entwicklung in sich.

Wir wissen, dass am Ende der Sieg der Arbeiterklasse, der Demokratie und des Sozialismus steht. Er ist vielleicht näher, als mancher denkt! Kaltblütig, zuversichtlich und, wenn es die Sache der Freiheit fordert, zu letzten Opfern bereit, gehen wir der Zukunft entgegen, die unser sein wird trotz alledem!

Vorwärts (SPD), Berlin, Abend-Ausgabe

Ein Angebot zum gemeinsamen Generalstreik-Aufruf (siehe Dokument 2, S. 196), den Walter Ulbricht im Auftrage des Zentralkomitees der KPD überbringt, wird indessen vom Vorstand der SPD abgelehnt.

Wir erobern die Betriebe!

Glänzende Ergebnisse unserer NSDAP-Arbeit / Neue Betriebsräte-wahlen

Die Wahlen des Beamten-Ausschusses an der Gefangenen-Anstalt Hoheneck-Stollberg ergaben eine überwiegende nationalsozialistische Mehrheit und bewiesen damit erneut die Schlagkraft unserer Bewegung und die dominierende Stellung des Nationalsozialismus in der Beamtenschaft.

Von den zu wählenden zehn Mitgliedern gehen acht Nationalsozialisten in den Ausschuss. Da die übrigen zwei Mitglieder den Rechtsgruppen angehören, gelang es hier zum ersten Mal, den Beamten-ausschuss endgültig von Marxisten zu säubern!

Westdeutscher Beobachter (NSDAP), Köln

Verstärkter Massenkurs für die Durchsetzung unserer Taktik bei den Betriebsrätewahlen!

Vom Zentralkomitee wird uns geschrieben:

Aufstellung von Einheitslisten

Wo in der gewerkschaftlichen Mitgliederversammlung des Betriebes unsere Vorschläge abgelehnt werden und eine Liste mit den Kandidaten der reformerischen Ortsverwaltungsbürokratie aufgestellt wird, stellen wir überall Einheitslisten auf . . . Keinen Mandats-schacher!

Es ist in jedem Fall unzulässig, gemeinsame Listen mit den Leitungen der reformistischen Verbände oder den Beauftragten der Gewerkschaftsbürokratie aufzustellen, mit ihnen die Kandidaten zu teilen oder als Konzessionsschulzen auf den Gewerkschaftslisten zu kandidieren.

Der Kämpfer (KPD), Chemnitz

Regelung der Frauenarbeit

Eine beachtenswerte Studie des Internationalen Arbeitsamtes über die Frauenarbeit ist nun auch in deutscher Sprache erschienen. Sie trägt den Titel: «Die Regelung der Frauenarbeit, Übersicht über den gesetzlichen Frauenschutz». Ein besonderer Abschnitt der Studie ist dem Grundsatz «Gleicher Lohn für gleiche Arbeit» gewidmet. Besonderes Interesse verdient auch das Kapitel «Probleme der Frauenarbeit in Verbindung mit der staatsbürgerlichen und politischen Stellung der Frau». Der Preis der Publikation beträgt 7 Schweizer Franken.

Bremer Volkszeitung (SPD)

Das Buch des Tages:

Mein Kampf

von **Adolf Hitler**

Was wird Adolf Hitler tun? — fragen heute Millionen hoffender Deutscher! — Diese Frage kann jeder beantworten, der sein Werk und damit sein Wollen und Ziel kennt. Jeder, ob Freund oder Feind, kann jetzt das Werk Hitlers nicht unbeachtet lassen.



2. Ausgab. : 2 Bände kartoniert je RM. 2,85,
beide Bände in Ganzleinen gebunden RM. 7,20

Jede deutsche Buchhandlung hat dieses Buch vorrätig!

Verlag Frz. Eber Nachf., München 2 NO

Wie eine Säge am Hals

Ist ein schlecht geplätteter Kragen. Deshalb lassen Sie Stärkwäsche nur bei uns behandeln, wir glätten mit unseren Spezialmaschinen alle schiefen Ränder, wir plätten Umlegekragen hohl, daß die Krawatte Spielraum hat

Stärkragen	13 Pfg.
Umlegekragen	16 Pfg.
Sportkragen	10 Pfg.
Oberhemd g. l. gest.	30 Pfg.

Stärkwäsche unsere Spezialität!

WKSCHEREI K. STAUFER

KAISERSTR. 47 / AUGUSTENSTR. 110
FRIEDRICHSTR. 30 / DIETRICHSTR. 1.0
GOETHESTR. 36 / APIANSTRASSE 8
TELEFON 30 1 50

d*448



Keine Niete in der Tüte!

Jedes Kleidungsstück vom besten bis zum billigsten wurde im Inventur-Verkauf des freundlichen Herrn schonungslos heruntergezeichnet. Keine Niete in der Tüte!

BAMBERGER & HERTZ

Die zuverlässigen Kleiderfabriker Kaufinger Straße 72



Der erste Gang

des Morgens ist der wichtigste!

Besser als schädliche Abführmittel wirkt naturgemäß u. zuverlässig die garantiert giftfreie u. wohlschmeckende Frucht pasta

La-Fru-Sta

Erhältlich in Apotheken und Drogerien
Orig.-Packungen à RM 1,- und RM -.60

Deutsches Berlin!

In diesen historischen Stunden, die eine ungeheure Schicksalswende für unsere deutsche Nation bedeuten, wird das junge Deutschland seinen Führer Adolf Hitler, der jetzt die Führung der deutschen Politik in die Hand genommen hat, und dem Reichspräsidenten von Hindenburg, der heute mit der deutschen Jugend sich zusammengefunden hat, durch einen Fackelzug von ergreifender Wucht und Geschlossenheit das Gelöbnis ablegen, dass das junge Deutschland bereit ist, bis zum Letzten einzustehen für den Neubau der Nation. Nach jahrelangem, heissem und opfervollem Kampf ziehen heute unsere Braunhemden siegreich durchs Brandenburger Tor und in das Regierungsviertel ein. Keiner fehlt! Alle sind wir dabei!

Abmarsch 7 Uhr vom Grossen Stern (Tiergarten). Der Weg des Fackelzuges führt durch das Brandenburger Tor zur Wilhelmstrasse.

Der Angriff, 2. Ausgabe, Berlin

«Adolf Hitler Reichskanzler!»

Wie eine Bombe schlug diese Meldung heute mittag in Berlin ein.

Zehn, zwanzig, dreissig Leute drängten sich um unsere Verkäufer, um es endlich schwarz auf weiss zu sehen, was ihnen im Rundfunk bereits erzählt worden war.

Adolf Hitler Reichskanzler! Berlin fieberte. Kaum hatte der Reichspräsident unseren Führer mit der Kabinettsbildung beauftragt, kaum war die Ministerliste veröffentlicht, da erschienen schon in den Berliner Strassen die roten Hakenkreuzfahnen und flatterten siegesfroh im Winde.

Selbst in den äussersten Vororten hingen in kürzester Zeit unsere alten sturmerprobten Kampffahnen aus den Fenstern und verkündeten den Beginn einer neuen Epoche.

Der Angriff, 2. Ausgabe, Berlin

Selbstmord im Sarge

Darmstadt, 29. Jan. Einen grauen-

vollen Tod fand der 72jährige Schreinermeister Georg Rädchen VIII aus Pfungstadt, ein Junggeselle, der als Original unter dem Spitznamen «Der rote Pariser» bekannt war. (. . .) Rädchen ging in seine Werkstatt, wo er seit zehn Jahren bereits in einem selbstgefertigten Sarge schläft, bedeckte sich mit Hobelspänen, die er mit Petroleum übergoss und anzündete. Im Augenblick standen seine Kleider in Flammen. Der Greis schrie um Hilfe und brach bewusstlos zusammen. Ein Strassenpassant alarmierte die Feuerwehr und verhinderte so einen deswegen besonders gefährlichen Brand, weil über der Werkstatt eine vielköpfige Familie schlief. Rädchen ist heute morgen im Darmstädter Krankenhaus seinen schweren Brandwunden erlegen. Nicht verbrannt ist der Sarg, in dem man den Sonderling nun begraben wird.

Frankfurter Zeitung, 2. Morgenblatt

Gewaltige Kundgebung in Rostock Dr. Goebbels vor den Studenten

Heute finden in Rostock die Neuwahlen zu dem Allgemeinen Studentenaussschuss statt (. . .)

Als Schlusspunkt der nationalsozialistischen Wahlarbeit fand am Sonnabend nachmittag eine gewaltige öffentliche Kundgebung der nationalsozialistischen Hochschulgruppe statt, auf der ursprünglich Adolf Hitler sein Erscheinen zugesagt hatte. Er konnte indes durch die politische Hochspannung nicht kommen. Dafür sollte nun der uns Rostockern bereits wohlbekannte Gauführer Pg. Dr. Goebbels sprechen (. . .) Dr. Goebbels ging, nachdem der Beifall sich gelegt hatte, sogleich auf die neuen Ereignisse ein. Er schilderte, wie dank der Kraft der Nationalsozialisten in einem Jahr drei Kanzler gestürzt worden seien. In prägnanten Sätzen schildert Dr. Goebbels den Kampf der Hitlerbewegung um die Einigungsbestrebung im Volke, sie appellierte als einzige Partei ans Volk.

«Weil wir mehr wollen, als die anderen», ruft der Redner mit erhobener Stimme und erntet stürmischen Beifall der Zuhörer, «deshalb versperrten sie uns bis heute die Regierung. Aber der Tag kommt, an dem sie der Kraft des jungen Deutschland keinen Widerstand mehr entgegenbringen, das ist der Tag der Volkwerdung unserer Bewegung. Wir betrachten uns nicht als Wortführer einer einzigen Gruppe – und darin liegt unser Geheimnis – sondern als Wortführer für die ganze Nation. Auch der junge deutsche Mensch, der Student, muss sich eingliedern

mit seinem Kampf in diesen grossen Körper. Jeder an seiner Stelle – alle für das grosse Ziel: Das deutsche Vaterland!» (Rasender Beifall) Die Standartenkapelle spielte das Deutschlandlied, begeistert fielen tausende Kehlen ein und unter brandenden Heilrufen verliess Dr. Goebbels den Saal, um wieder Berlin zuzueilten. Die Gedanken der Zurückgebliebenen wandern mit: Wolle Gott, dass Hitler endlich die Macht bekommt, die er um des Volkes willen verdient hat.

Der Angriff, Berlin

Mecklenburger SA übt mit der Polizei

«Betrifft Schiessen auf dem Schiessplatz des Kommandos der Ordnungspolizei. Am Sonntag, dem 8. Januar 1933 steht der Sturm 10/90 in Stärke von 40 SA ab 8 Uhr auf dem Schiessstand der Ordnungspolizei zum Schiessen bereit. Standarte 90 bittet um Abkommandierung des erforderlichen Personals und Stellung der Waffen. Munition sowie Scheiben werden von dem betreffenden Sturm gestellt. Der Führer der Standarte 90.

gez. Flebellsen, Sturmbannführer» Zum ersten Mal ist hierdurch einwandfrei nachgewiesen, dass die staatliche mecklenburgische Ordnungspolizei der SA für Schiessübungen Waffen und die Schiessstände und Polizeimannschaften zur Verfügung stellt. Die Besetzung aller führenden Stellen der staatlichen Ordnungspolizei mit nationalsozialistischen Parteioffizieren trägt also ihre Früchte.

Vossische Zeitung, Berlin



In Firmenwagen reist die SA zum Fackelzug.
Saalschlacht.



Die Sklarek-Freunde im Lustgarten

Die «Vereinigung der Sklarek-Freunde und Wellblechträger», die SPD, veranstaltete gestern, wie sie angab, als Antwort auf die Naziparade, am Bülowplatz eine Versammlung im Lustgarten. Einige Gruppen des Reichsbanners marschierten mit Tornistern und Feldspaten auf, einige Redner, unter ihnen der sattsam bekannte SPD-Künstler, stellten sich auf die Schlossrampe und richteten einen Appell an die Kommunisten und forderten sie auf, den Hass gegen die SPD einzustellen und nicht immer wieder den «Bruderkrieg» zu führen. Von Beifall waren diese Worte jedoch nicht begleitet. Im Gegenteil, als die sogenannte Demonstration aus war, und die SPD-Spiesser wieder heimwärts traten, versuchten die Kommunisten, Gegendemonstrationen zu veranstalten.

Der Angriff, Berlin

Wohltätigkeitsfest zugunsten der Volksspeisung Patrona Bavariae

Neben den Genüssen, die das von Ballettmeister W. Godlewski und seinen Künstlern sorgsam einstudierte Festspiel «Bunte Bilder aus Frühling, Sommer, Herbst und Winter» in Aussicht stellt, wird auf dem Wohltätigkeitsfest zugunsten der Volksspeisung Patrona Bavariae auch die tanzfrohe Jugend zu ihrem Recht kommen, zumal ihrem Können schöne Preise winken, darunter vornehmlich die beiden von der Hapag und dem Norddeutschen Lloyd gestifteten Englandreisen 1. Klasse. Das Fest, zu dem auch Ministerprä-

sident Dr. Held sein Erscheinen in Aussicht gestellt hat, findet Dienstag, 31. Januar, 20 Uhr, in sämtlichen von den Gebrüdern Walterspiel kostenlos überlassenen Cherubin-Sälen des Hotels Vier Jahreszeiten statt. Für zeitgemässe Verzehrpfeise ist gesorgt. Man erscheint im Abendkleid oder in beliebiger Maske.

Münchner Neueste Nachrichten

Tumult im Clou

Zu stürmischen Tumulten kam es bei einer Notwehrkundgebung des Berliner Kartells des selbständigen Mittelstandes, die Sonntagvormittag im Clou stattfand. Die Redner wurden immer wieder durch heftige Zwischenrufe unterbrochen. Als der Vorsitzende des Kartells darauf hinwies, dass die Veranstaltung politisch neutral sei, erhob sich der erste Protest.

Der letzte Redner forderte ein Steuererfreijahr und Zwangsvollstreckungsschutz für rückständige Steuern. In einer Entschliessung wurde von der Regierung die Schaffung eines Gesetzes verlangt, das den Artikel 164 der Reichsverfassung zum obersten Gedanken in der zukünftigen Wirtschafts- und Steuergesetzgebung macht. Kurz vor Beendigung der Kundgebung besetzte die Polizei das Rednerpodium, da mit Zwischenfällen gerechnet werden musste. Immer wieder versuchten Nationalsozialisten durch Schreien und Singen die Kundgebung zu stören. Sogar das Horst-Wessel-Lied wurde angestimmt.

Die Welt am Montag, Berlin

Berliner Winter

In der U-Bahn sagt ein Kohlenhändler aus dem Norden: «Man sollte meinen, gerade jetzt muss das Geschäft gehen. Aber Essig! Es geht genauso schlecht wie früher. Mit Taschen und Eimern kommen sie an, aber keiner bestellt 'n paar Zentner. In diesem Jahr», so sagt der Mann, «stottern sich die Berliner ihre Wohnungswärme zusammen» (. . .)



Wärmehalle in der Ackerstrasse, Berlin.

Die Wärmehallen, so heisst es, sind überfüllt. Das glaube ich gern, denn es gibt ihrer zu wenig. Ich begann meine Suche nach einer Wärmehalle in der Acker- und Potsdamer Strasse; nachdem ich drei Stunden lang vergebens bei etwa 25 Schupos gefragt hatte (sie wussten alle nicht, wo sie mich hinschicken sollten, im Zentrum gibt es keine!), befand ich mich endlich in der – Ackerstrasse. Im Zentrum kann also ein armes obdachloses Wesen ohne warme Wohnung, wenn die Kälte zunimmt, glatt erfrieren. Zum Glück gibt es Warenhäuser, Lesesäle, Bahnhofswarteräume – aber nur bis zu einer bestimmten Zeit offen. Bei Wertheim, Tietz und Karstadt stehen jetzt täglich in der Schallplattenabteilung hunderte Arbeitslose und wärmen sich Hände und Gehör..

Wärmehallen haben alle etwas Schreckliches an sich. Sie ähneln bombensicheren Unterständen – die Menschen sitzen zwar für einige Stunden geborgen, aber sehr bald müssen sie wieder in die Kampflinie hinaus, der Krieg gegen die Kälte, gegen Hunger und Not, Armut und Entkräftigung beginnt wieder. Ganz so ist auch die Stimmung der sich Wärmenden. Gedrückt, schweigsam – und wo Humor aufklingt, dann ist es allemal Galgenhumor. «Was meinst», fragte mich einer und sah mich dabei grinsend an, «was meinst, was ich nicht habe?» ???

«Keinen Hunger, Mensch!»

Die Welt am Montag, Berlin

Schweine!

Hier gibt es nur noch eine Antwort: Hundepeitsche

Einen Gipfel der niedrigsten Gemeinheit erreicht die «Bremer Volkszeitung», die schon so oft Beispiele marxistisch-jüdischer Verkommenheit bot, am Freitag mit einem Artikel «Horst Wessel: Wahrheit und Dichtung» (. . .) Dieser Artikel ist ein derart überzeugendes Dokument für die Schmutzigkeit des sozialdemokratischen Kampfes gegen die deutsche Freiheitsbewegung, dass wir ihn unseren Lesern nicht vorenthalten können, wobei wir allerdings einige der hässlichsten Stellen weglassen mussten.

«Wer ist Horst Wessel? Ein bis dahin Unbekannter, der in Studentenkreisen den Proletarier spielt und der im Arbeitermilieu sich auf sein Studententum besinnt, wird am 14. Januar 1930 in seiner Wohnung von politischen Gegnern überfallen und erschossen. – Von politischen Gegnern? Die Hitler-Leute behaupten es, weil die Täter den Kommunisten angehören . . . Mit sichtbarem Behagen stülpen die Goebbels und Genossen dem Ermordeten die Märtyrerkrone aufs Haupt. Alles dreht sich ums Geschäft! Der Heroenkult feiert Orgien. Doch die angestellten polizeilichen Ermittlungen enthüllen bald die sehr wenig saubere Tätigkeit und die noch weniger sauberen Beziehungen des Märtyrers. Horst Wessel hatte eine Freundin; dagegen ist nichts einzuwenden. Auch darüber wollen wir nicht reden, dass eben diese junge Dame eine Anhängerin des horizontalen Gewerbes war. Was wir hier verur-

teilen, auf das schärfste verurteilen, ist vielmehr die Tatsache, dass Horst Wessel diese ihm bekannten «Qualitäten» seiner Freundin mit Erfolg dazu benutzt hat, um Interna seiner politischen Gegner, zu denen die junge Dame seit jeher althergebrachte enge und vielseitige Beziehungen unterhielt, herauszubringen.

Und diese Zwiespältigkeit, nichts anderes, haben den Pistolenschützen den Arm gelenkt. Als politischer Gegner wurde Horst Wessel von den Kommunisten zu keiner Zeit gewertet. Er war ein Zuhältertypus! Ein Zuhältertypus mit einem kleinen Stich ins Politisch-Romantische. Hieran ist er auf tragische Weise zugrunde gegangen.

Und dafür haben sie ihm jetzt ein Denkmal gesetzt. Dafür gröhlen sie, wenn sie durch die Strassen ziehen, jetzt ‚sein Lied‘.»

Man wendet sich schauernd ab von der Gemeinheit dieser jüdischen Schmutzfinken, die das kämpferische Leben und den tragischen Tod des Werkstudenten Horst Wessel in solcher Weise zu beschmutzen versuchen; hier tut sich eine unüberbrückbare Kluft auf, die zwischen dem deutschen Menschen und dem jüdischen Asiaten, der allein solcher Gemeinheit fähig ist (. . .) Hier wird der Nationalsozialismus mit eisernem Besen auskehren und aufräumen mit den «deutschen Staatsbürgern», mit denen man nur mit der Hundepeitsche und dem Stiefelabsatz verkehren kann (...)

Und sie werden ausgelöscht werden!

Bremer Nationalsozialistische Zeitung

Presseball

Alle waren da, sofern sie nicht in der Schweiz waren. Die Ballberichter-statter machten also Inventur unter den Restbeständen. Wieder zeigte sich die Einigkeit der «Grossmacht» Presse: Die Anwesenheitsliste, die vor der Regierungskrise gedruckt war, wurde auch nachher nicht eingestampft.

Der Sessel des Herrn Reichskanzlers war mit frischem Tannengrün geschmückt. Auch Frau von Schleicher konnte mit ihrem neuen Abendkleid keinen Staat machen.

Der Rundfunk übertrug eine Reportasche.

Es lag was in der Luft. Das Parkett hielt sich auf dem laufenden und spielte: Wer sah wen? Für die Herren bestand durchweg Kostümzwang: Weisse Westen auf allen Frackmenten.

Der Chef der Heeresleitung äusserte sich zu einem Journalisten ohne Gewehr. Otto Gebühr schätzte die Zahl der Anwesenden auf zehn Bataillone. «Entschuldigen Sie mich. Gnädigste, ich muss mal rüber zum A.A.» – «Aber Herr Doktor!» Sehr verehrte gnädige Frau, wir bestätigen Ihnen dankend Ihre Anzahlung von Reichsmark 50'000 auf das von uns zum Presseball gelieferte Abendkleid und bitten –

Aus den Zeitungen kann man sehen, welche Damen bei welchem Schneider schuldig bleiben.

P. S. Wer nicht feige war, ging zum traditionellen Sozialistenball. Freinacht

Dem Andenken Richard Wagners

Das Kernstück der Feier war die gehaltvolle, formal aufs feinste geschliffene Festrede von Universitätsprofessor Dr. Kroyer. Der neue Ordinarius der Musikwissenschaft in Köln stellte sich gleich zu Beginn seiner lebendigen Ausführungen mitten in den Strom des modernen Musiklebens und sprach zu Beginn gleichsam zum Thema: «Wir Heutigen und Richard Wagner», um dann im weiteren Verlauf die beiden «Opponenten» zu vertauschen und die richtige Rangordnung zu finden und zu fordern. Anknüpfend an das vom Zeitgeist nicht kritiklos hingegenommene Beethovengedächtnisjahr 1927 wies der Redner sicher mit Recht darauf hin, dass Wagner im Jahre 1933 ein noch mässigeres Zeugnis ausgestellt bekommen werde (...)

Ergänzend wurde dann Wagner noch als allgemeine Kulturerscheinung gewertet: als Mensch, als Reformator und als Kulturträger. Noch scheint die Zeit nicht da, abschliessende Urteile zu geben; noch ist die Tragweite des Wagnerschen Werkes nicht überschaubar. Doch müsste der Weltverbesserer in seinem Optimismus gerade heute Anerkennung finden (...). Der Ring der Rede schloss sich. Im Ausklang der mit Begeisterung aufgenommenen Ausführungen stand das Aktuelle wieder im Vordergrund wie zu Beginn; so wurden sie das Treuebekenntnis eines Gegenwartsmenschen zu den Ewigkeitswerten der Wagnerschen Kunst.

Welt am Montag

Lokal-Anzeiger, Köln

Hindenburg ex

Lasset die Glocken läuten, die Kanonen böllern, die Sirenen heulen, die Schlagzeilen schreien – Hosiannah! Hitler ist Sieger! Endlich ... Er hat Hindenburg besiegt! Er ist unbestrittener Matador, noch tannenberger als der Held von Tannenberg, noch siegreicher als der Sieger vom 10. April 1932.

Zwar nicht politischer Sieger. Aber – bevölkerungspolitischer.

Hitler, so meldet das «Weissenfelder Tageblatt», hat bei dem achten Kinde eines Weissenfelder Nationalsozialisten die Patenschaft übernommen.

Wohlgemerkt: beim achten Kinde.

Hindenburg macht's erst beim zehnten.

Hitler hat gesiegt.

Er wird, um den Siegertitel hundertprozentig zu haben, dem ach so glücklichen Patenkind zwei Kaffeetassen schenken.

Hindenburg schenkt bloss eine.

Vielleicht geht uns in den nächsten Tagen folgende Berichtigung aus München zu:

1. Es ist unwahr, dass ich zwei Kaffeetassen geschenkt habe.
2. Wahr ist; ich habe auch nur eine Tasse geschenkt.

gez. Adolf Hitler

Die Welt am Montag

Praktischer Katzenschutz

Anlässlich der ausgezeichneten Filmschau, die jüngst von dem Bund für Katzenzucht und -schutz, München-Grosshadern, Lindenallee 15, im kleinen Wagnersaal veranstaltet wurde, hielt der erste Vorsitzende der Gruppe, Herr Rusp, einen Vortrag, in dem folgende bemerkenswerte Hinweise für praktischen Katzenschutz enthalten waren. Die Ortsgruppe erstrebt vor allem vernünftige Katzenhaltung, so Vermeidung unnötigen Nachwuchses, Erziehung zur Vogelfrommheit der Katze am besten durch Gewöhnung der Katzen an Vögel von ganz klein auf, sowie Aufsicht und Fürsorge, wie es sich für Haustiere im allgemeinen gebührt. Die Ortsgruppe setzt sich aber auch ein für eine gute Behandlung der Katze, verfolgt Misshandlungen, unberechtigte Tötungen, Katzendiebstahl, Vivisektion und das Abwürgen bei Jagdhundprüfungen. Das Katzenheim in Grosshadern, das in wenigen Jahren über 1'600 Findlinge betreut hat, steht jederzeit zur Besichtigung frei.

Münchner Neueste Nachrichten

Das Wetter

Bewölkt, diesig und neblig, später Niederschläge, Temperatur um 0 Grad, leichter Nachtfrost.

Wettervorhersage. Heute nachmittag: meist bewölkt, diesig, schwache südliche Winde, leichter Frost.

DIENSTAG, 31. JANUAR 1933

Befreier Hitler!

Der greise Feldmarschall des Weltkrieges beruft in historischer Stunde den Führer der jungen deutschen Freiheitsbewegung zum Kanzler des Reiches. Die Todesstunde des Kapitalismus hat geschlagen!

*Westdeutscher Beobachter
(NSDAP)*

Der Aufbruch der Nation!

Der Angriff (NSDAP)

Reichskanzler Adolf Hitler

Die nationale Einigung vollzogen!

Bergsträsser Anzeigenblatt

Ein historischer Tag für Deutschland

Danziger Neueste Nachrichten

Kein Notstand – Kein Parteiverbot
Frick verkündet legalen Kurs

*Berliner Börsen-Courier,
Morgen-Ausgabe*

Eine Regierung der Widersprüche
Der Sprung ins Dunkle

*Lokal Anzeiger (Zentrum),
Morgen-Ausgabe, Köln*

Das Zentrum verhandelt
Hitler will Ermächtigungsgesetz

*Vossische Zeitung,
Abend-Ausgabe*

Die Eiserne Front steht fest!

*Vorwärts (SPD), Abend-
Ausgabe*

Stürzt die Hitler-Diktatur!

Sozialistische Republik (KPD)

**Massenkampf gegen Hitler-
Regierung**

Neue Arbeiter Zeitung (KPD)

Heraus zur Massendemonstration

Die harmloseste aller Regierungen

Auf Veranlassung der Hitler-Regierung fand am Montag in Berlin eine Pressekonferenz statt, in der sich zunächst der neue Reichspressechef aus dem Braunen Haus in München vorstellte. Funk war früher Wirtschaftsredakteur der rechtsradikalen «Berliner Börsen-Zeitung». Funk erklärte u. a.: Die erste Sitzung des Reichskabinetts dauerte von 5 bis 7 Uhr. Reichskanzler Adolf Hitler hob zunächst die Bedeutung dieses Tages hervor, die die Einigung der nationalen Kräfte durch Einsetzung eines Kabinetts der nationalen Konzentration erreicht habe (. . .)

Reichsminister Dr. Frick: Als der für die Presse zuständige Reichsminister wünsche ich ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten der Presse mit der Regierung, das ich in jeder Weise fördern werde. Ich darf daran erinnern, dass ich es war, der beim Reichskanzler Schleicher verlangt und erreicht hat, dass die die Presse knebelnden Bestimmungen der Notverordnungen aufgehoben worden sind. Ich möchte hoffen und wünschen, dass die Presse keinen Anlass bietet, diese Verordnungen wieder aufleben zu lassen.

Wir legen Wert auf die freie Meinungsäußerung und möchten nicht mit den Methoden des Artikels 48 die Presse knebeln (. . .) Auf Fragen erklärte Frick dann, dass die Eingliederung der SA in die Reichswehr oder Polizei in den Verhandlungen, die der Regierungsbildung vorausgegangen sind, keinerlei Rolle gespielt habe und auch ein Verbot der KPD nicht beabsichtigt sei (. . .)

Die Verfassung werde eingehalten, und zwar ohne Staatsnotstand. Diese Harmlosigkeit ist doch gar zu rührend, als dass man viel Gewicht auf solche Erklärung legen könnte.

Volksstimme (SPD), Frankfurt

Ermächtigungsgesetz

«Jedenfalls aber», und hier erhebt sich die Stimme des Innenministers etwas, «kann mit den wenigen Vollmachten nicht mehr regiert werden. Wir werden dem Reichstag ein Ermächtigungsgesetz vorlegen, das dieser entsprechend den Bestimmungen der Verfassung der Reichsregierung ausstellen soll. Wir brauchen diese Vollmachten, um das grosse Werk, das wir mit Einsetzung aller Kräfte durchzuführen gewillt sind, nämlich die geistige und nationale Erneuerung unseres Volkes, endlich zur Tat werden zu lassen.»

Reichsinnenminister Frick im

Völkischen Beobachter (NSDAP), Berlin



VÖLKISCHER BEOBACHTER

Gründungsleiter Adolf Hitler

Verlag: Die Volkische Beobachter, Berlin, Unter den Eichen 101, Telefon: 100 100

Empfohlen von nationalsozialistischen Bewegung Großkreuzlande

Abbestellen: Die Volkische Beobachter, Berlin, Unter den Eichen 101, Telefon: 100 100

Ein historischer Tag:

Erste Maßnahmen der Reichsregierung Hitler



Interview des „Völkischen Beobachters“ mit dem Reichsinnenminister Goebbels – Tagung des neuen Kabinetts

Danziger Neueste Nachrichten

Stabs-Druck: ...
Verleger: ...

Hauptgeschäftsstelle: Danzig, Dantzigstr. Nr. 60-64
Vertriebsstellen: ...
46. Jahrg. — Dienstag, 24. Januar 1933 — Nr. 26

Abbestellen: ...
Verleger: ...

Ein historischer Tag für Deutschland.

Wer liegt an der Marne?
Die Zeitung sagt: „Deutschland lebt!“

Jedes geklebene Zeitungsblatt weitergeben!

Rheinische Zeitung

Hauptorgan der Sozialdemokratischen Partei

für den Bezirk „Obere Rheinprovinz“

Verlag: ...
Abbestellen: ...

Abbestellen: ...
Verleger: ...

46. Jahrg. (Hugst-Debel-Haus)

Montag den 30. Januar 1933

42. Jahrgang — Nr. 25

Hitler — Reichskanzler!

Der Herrenklub hat im Bunde mit den Offhilfe-Lohnnehmern Hitler zum Reichskanzler erhoben! — Polizeigewalt in Nazi-Händen — SA soll mit Staatsmitteln finanziert werden!

Preis: ...
Abbestellen: ...

JÜDISCHES

WOCHENBLATT

Nr. 5. 11. Jahrgang

Köln, Berlin, Frankfurt, 2. Februar 1933 — י"ב שבט ה'תרצ"ג

Einzelnnummer 20 Pf.

Reichskanzler: Adolf Hitler!

Unsere Devise: Festigkeit und Ruhe

Reichspräsident von Hindenburg hat am Montag den Führer der Nationalsozialistischen Land Preußen berufen ist, und der deutschen nationalen Partei Führer, Geheimrat Hugenberg, der

Kein Grund zur Panik

Reichstag 7. Februar

Der Ältestenrat des Reichstags hat beschlossen, den Reichstag spätestens auf Dienstag, den 7. Februar, einzuberufen, eventuell aber früher, falls die Regierung zu einem früheren Termin ihre Erklärung abzugeben wünscht.

Berliner Tageblatt, Morgen-Ausgabe

Misstrauen! Ein selbstverständlicher Antrag

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trat am Montagnachmittag zusammen. Nach einem Referat des Abg. Dr. Breitscheid über den Verlauf der Regierungskrise wurde die Einbringung folgenden Misstrauensantrages im Reichstag beschlossen: Die Reichsregierung Hitler besitzt nicht das Vertrauen des Reichstags.

Der sozialdemokratische Parteiausschuss ist telegrafisch für Dienstagvormittag nach Berlin gerufen worden.

Vorwärts (SPD), Morgen-Ausgabe, Berlin

Kommunistischer Misstrauensantrag

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat folgenden Misstrauensantrag eingebracht: Der Reichstag entzieht der Regierung Hitler von Papen das Vertrauen.

Der Kämpfer (KPD), Chemnitz

Zentrum als Schlüssel

Die Mehrheit des am 6. November 1932 gewählten Siebenten Reichstags, der 584 Mandate hat, beträgt $292+1=293$ Stimmen. Für Berechnungen einer parlamentarischen Unterstützung der Regierung Hitler-Hugenberg-Papen . . . kommen folgende Kombinationen in Frage:

NSDAP	196
Deutschnationale	<u>51</u>
	247
bleiben mit 46 Stimmen <i>unter</i> der Mehrheit.	
NSDAP und Deutschnationale	247
Zentrum	<u>70</u>
	317

ergeben (selbst ohne die 19 Mandate der Bayerischen Volkspartei, durch die sich die Stimmenzahl auf 336 erhöhen würde) eine *ausreichende* Mehrheit. Ohne das Zentrum

NSDAP und Deutschnationale	247
Deutsche Volkspartei	11
Christlich-Soziale	5
Deutsche Bauern und Landvolk	3
Deutsch-Hannoveraner	1
Wirtschaftspartei	1
Württ. Bauern und Weingärtner	2
	270

lässt sich selbst bei Hinzurechnung sämtlicher in Frage kommender Splitterparteien *keine* Majorität für das neue Kabinett erreichen. Die SPD mit 121, die KPD mit 100 und die Staatspartei mit 2 Mandaten schalten für eine Unterstützung des Hitler-Kabinetts völlig aus.

Vossische Zeitung, Abend-Ausgabe, Berlin

Nationalsozialistische Studenten demonstrieren gegen die Börse

Vor dem Gebäude der Börse in der Burgstrasse erschien heute vormittag gegen 11½ Uhr ein grösserer Trupp von nationalsozialistischen Studenten, die Schmährufe gegen die Börse und ihre Besucher ausstießen. Einer der Studenten hielt eine Rede, die sich ebenfalls gegen die Börse richtete. Nach mehrmaligen Heilrufen löste sich dann die Versammlung von selber auf. Die die Kundgebung beobachtenden Polizeibeamten brauchten nicht einzugreifen. Zu irgendwelchen Tötlichkeiten ist es nicht gekommen.

Deutsche Allgemeine Zeitung, Abend-Ausgabe, Berlin

Demonstrationen vor Universität und Börse

(. . .) Danach zogen die nationalsozialistischen Studenten geschlossen vor die Börse. Die zur Börse kommenden Besucher vernahmen schon von weitem Schmährufe wie «Juda verrecke». Der Abg. Lehrs hielt eine Ansprache, in der er darauf hinwies, dass die neue Regierung sich zwar vor gewaltsamen Eingriffen in die kapitalistische Wirtschaft enthalten wolle, dass sie aber darauf hinarbeite, das «Grosskapital in den Händen jüdischer Bankiers» zu zerschlagen. Die Börse werde von der neuen Regierung «in besondere Obhut» genommen werden. Durch das Eingreifen der Polizei wurden weitere Demonstrationen verhindert. Die Demonstranten wurden in die Seitenstrassen abgedrängt.

Vossische Zeitung, Abend-Ausgabe, Berlin

Unsicherheit auf der Linken

Auffallend ist das Verhalten der Sozialdemokraten und der sozialdemokratischen Gewerkschaften. Nach ihrer bisherigen Haltung durfte man annehmen, dass sie auf die Ernennung der Regierung Hitler-Papen mindestens mit scharfen Kundgebungen antworten würden. Die Sozialdemokraten haben der Öffentlichkeit aber nur einen reichlich dürftigen Aufruf [siehe Dokument 4, S. 198] übergeben. Auch die Gewerkschaften haben es vorgezogen, ihre Misstimmung nicht allzu lebhaften Ausdruck zu verleihen [siehe Dokument 3, S. 197]. . .

Aber schliesslich werden sich Sozialdemokraten und Gewerkschaften sagen müssen, dass bei dieser innenpolitischen Entwicklung jeder Generalstreik eine ziemlich aussichtslose Angelegenheit ist. Ein Generalstreik ist aber auch die einzige beachtenswerte Antwort, die von links her auf die Ernennung Hitlers erteilt werden kann.

Dortmunder Zeitung, Morgen-Ausgabe

Generalstreikparolen

Die Kommunisten versuchen im ganzen Reich durch Generalstreikparolen die Arbeiter aufzuputtschen. Es ist bisher alles ruhig geblieben.

Vossische Zeitung, Morgen-Ausgabe, Berlin

Wie werden sich die Marxisten verhalten?

Unmittelbar nach dem Bekanntwerden der Zusammensetzung des neuen Reichskabinetts tauchte das Gerücht auf, Sozialdemokraten und Kommunisten seien zu gemeinsamen Beratungen über ihre Stellung gegenüber einem Kabinett Hitler zusammengetreten. Von massgebender Stelle der Sozialdemokratischen Partei wird dieses Gerücht als «völlig falsch» bezeichnet. Es hätten weder gemeinsame Beratungen mit den Kommunisten stattgefunden noch seien sie beabsichtigt.

Braunschweigische Landeszeitung

Zwickel-Erlass nur für Frauen

Fast hätte man es vergessen: der Zwickelerlass existiert noch. Im Hauptausschuss des preussischen Landtages wurde heute darüber verhandelt. Auf sozialdemokratischen Antrag ist eine der anfechtbarsten Bestimmungen gestrichen worden, die Vorschrift, wonach Männer in Freibädern und Familienbädern einen vollständigen Badeanzug zu tragen haben. Für die Frauen dagegen bleibt es bei den einschränkenden Bestimmungen des Erlasses.

Vossische Zeitung, Abend-Ausgabe

Historischer Tag

Was gestern Abend in Berlin an Bildern und Erlebnissen in stürmender Fülle auf uns eindrang, das lässt sich an keinem anderen Beispiel ermessen, als an dem der ersten Augusttage 1914, als ein ganzes Volk einig wie ein Mann gegen eine Welt von Feinden aufstand und jubelnd seinen Willen und seine Entschlossenheit zum Kampf zum Ausdruck brachte. Der 30. Januar 1933 wurde vom nationalen Berlin unverlöschlich als Tag der nationalen Wiedergeburt des deutschen Volkes in das Buch der Geschichte eingeschrieben.

Wenige Häuser weiter, von den Fenstern der neuen Reichskanzlei aus, nahm Adolf Hitler mit den Mitgliedern seines Kabinetts den Vorbeimarsch ab. Unermesslich und in Worten nicht zu fassen der gewaltige Jubel, der aus dem Volksmeer auf der Strasse emporstieg und durch Stunden kein Ende mehr nehmen wollte. Da, wie ein gewaltiger Strom ergoss sich die Volksmenge zwischen den braunen und grauen Kolonnen der marschierenden Verbände durch die Strassen.

Hunderttausende von strahlenden Augenpaaren blickten zu den erleuchteten Fenstern in der Wilhelmstrasse empor. Zu den Fenstern, hinter denen der Reichspräsident und der neue Kanzler standen, um dieses Treuebekenntnis der Nation dankbar und erschüttert entgegenzunehmen.

Immer wieder Fahnen, immer wieder Märsche, immer wieder Wälder erhobener grüssender Arme, Stunden geht das so. Stundenlang dasselbe Bild, und doch nicht ermüdend, sondern immer weiter anfeuernd, immer erregender. Das Deutschlandlied klingt auf, geht wie eine donnernde Welle mit dem Menschenstrom mit, reisst nicht mehr ab, nimmt kein Ende mehr. «Deutschland, Deutschland über alles! . . .»

Der Angriff (NSDAP), Berlin



Welche Zukunft?

Alfred Rosenberg, der Autor des nationalsozialistischen Standardwerks «Der Mythos des 20. Jahrhunderts» und «Chefideologe» seiner Partei kommentiert im *Völkischen Beobachter* den 30. Januar als Beginn einer neuen Ära:

Der Grundstein zum Dritten Reich

Der 30. Januar 1933 wird einmal eingehen in die Geschichtsschreibung als ein Tag, der einen historischen Umschwung der deutschen Entwicklung darstellt. Nach 14 Jahren unerhörtester Opfer und Arbeit steht Adolf Hitler heute an jener Stelle, die ihm seit langem gebührte. Ein Gefühl unbändigen Stolzes geht durch alle Millionen jener, deren Sehnsucht, Kampf und Hingabe diese Jahre über im Zeichen des Willens stand, die Schande vom 19. November 1918 zu sühnen. Die wussten, dass Deutschland in dieser Schande nicht untergehen, dass die Geschichte der Deutschen damit nicht zu Ende sein konnte (. . .) Adolf Hitler wurde die Charaktererneuerung, die die deutsche Nation in letzter Stunde an sich selbst vornahm, Gleichnis des deutschen Widerstandswillens, einer grossen Zukunftshoffnung.

Denn das Entscheidende war, dass diese grosse nationalsozialistische Volksbewegung niemals das Zeichen der Verzweiflung trug, sondern stets im Zeichen eines grossen Glaubens gestanden hat. Sie fühlte von Jahr zu Jahr tiefer und bewusster, dass in ihr Ströme deutscher Sehnsüchte zusammenliefen, weit aus vergangenen Jahrhunderten: aus den Bauernkriegen, aus dem friderizianischen Preussen, aus den gesunden Quellen der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts. Der Glaube an die geschichtliche Sendung, das war jener Wille, der den Führer und seine Bewegung nimmer müde werden liess, der über alle Widerwärtigkeiten und Anfechtungen triumphierte. Dieser Glaube wurde immer wieder gefestigt, wenn wir unsere Gegner am Werke sahen, deutsches Wesen zu untergraben, und wir immer mehr überzeugt wurden, wie tief innerlich berechtigt und lebensnotwendig der Kampf der nationalsozialistischen Bewegung war (. . .)

Das ganze junge Deutschland rechnet es dem greisen Reichspräsidenten von Hindenburg ehrfurchtsvoll zu hoher Ehre an, dass er über manche Missverständnisse in der Vergangenheit hinweg die Zukunft seines Volkes im neuen Reichskanzler Adolf Hitler begrüsst hat. Er

hat, einst Zeuge in Versailles 1871, heute selbst ein Fundament zum Dritten Reich geschaffen. Diese Tat wird ihm die hohe Befriedigung seines Lebensabends geben und als denkwürdiger Akt von der deutschen Geschichte vermerkt werden.

Denn in der prunklosen Stille des Mittags vom 30. Januar 1933 wurde der Grundstein zum Neubau Deutschlands gelegt! Das ist es, was jetzt in das Bewusstsein aller Deutschen eingehen muss, bei denen innerhalb der heutigen Grenzen und bei den anderen auf dem ganzen Erdball.

Vierzehn Jahre sind viel für ein Menschenleben, sie sind wenig für das Leben des gesamten Volkes. Aber was in diesen vierzehn Jahren geleistet wurde an Überwindung von Giftstoffen, von feindlichen Strömungen, von Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung, das war heroisch in des Wortes wahrhafter Bedeutung. Und an diesem heutigen Tage der Erfüllung der ersten grossen Etappe des deutschen Freiheitskampfes, da grüssen wir in alter Treue unseren Führer, der er immer bleiben wird, den Reichskanzler Adolf Hitler.

Völkischer Beobachter, Berlin

Der Leitartikel der *Münchener Neueste Nachrichten* korrigiert den bisherigen antinationalsozialistischen Kurs des Blatts und schwenkt prompt auf die Linie der neuen Machthaber ein:

Das neue Kabinett

Reichspräsident von Hindenburg hat das Kanzleramt des Reichs in die Hände Adolf Hitlers gelegt und mit der Führung der wichtigsten Ämter eine Reihe von Männern betraut, dene wir an dieser Stelle im Kleinkrieg der politischen Meinungen unsere Zustimmung oft versagen mussten. Allzu billig erschiene es, aus solcher Gegnerschaft Vorbehalte zu schöpfen, für die jetzt keine Stunde mehr sein darf, von Besorgnissen zu reden, deren Aussprache niemand nützt und deren Nichterfüllung der Wunsch aller Deutschen sein muss. Nicht die Entstehungsgeschichte dieser Regierung darf heute mehr die Menschheit bewegen, sondern allein die Wirklichkeit dieses Tages, in der Millionen von Deutschen die Erfüllung ihrer Wünsche sehen. In Berlin haben gestern abend einfache Häuser im Lichterschmuck geprangt. Wir sind im Süden geneigt, uns solchem Überschwang zu verschliessen, aber wir erlebten ja auch nicht durch lange Jahre eine Staatsgewalt, die in zäher systematischer Arbeit sich bemühte, alles aus den Herzen der Jugend zu reissen, was unseren Vätern heilig war:

die Liebe zur deutschen Grösse und den einen allmächtigen Gott. Dort erlebt ein ganzes Volk die Erfüllung einer lang gehegten und umkämpften Sehnsucht, erlebt Stunden des Glaubens, dass die Jahre der Würdelosigkeit und des Nachgebens gegenüber jedem ausländischen Wink endgültig der Vergangenheit angehört. Wer möchte da nach der Sonde der Skepsis greifen? (. . .)

Wir haben eine so lange Spanne des führerlosen Intrigierens um die Macht hinter uns, dass wir uns selbst verleugnen würden, gäben wir nicht ehrlich der Hoffnung Ausdruck, dass diese Wendung von Dauer sei, und dass die Grösse der Aufgabe die neuen Männer herausrisse aus der Enge und der Dumpfheit der Parteien in eine Welt, in der es nur mehr Deutsche gibt und ihre Feinde (. . .) Im Kampf gegen Not und Hunger darf es keine Parteien geben. Hier muss gezeigt werden, ob der Kritik so vieler Jahre ein besseres Können entspricht. Dann wird kein Deutscher dem neuen Kabinett den Dank verweigern, den zu verdienen sein erstes Bestreben sein soll.

Münchener Neueste Nachrichten

Die dem katholischen Zentrum nahestehende *Germania* erläutert in ihrem Kommentar die «eiskühle Haltung» des politischen Katholizismus:

Im Rampenlicht

Nun sind sie alle, die unversöhnlichen Gegner von gestern, gemeinsam an der Macht. Hitler, Frick, Göring, Hugenberg, Seldte, und zwischen ihnen als Mittler und Arrangeur der frühere Reichskanzler von Papen – das ist eine Entwicklung, die sich zwar seit Wochen hinter der Bühne abzuzeichnen begann, aber immerhin von gestern auf heute einigermaßen überraschend kommt. Das ist zugleich aber auch ein Tatbestand, der volle Klarheit und klare Verantwortlichkeiten in der deutschen Politik schafft (. . .)

Die Zentrumsparterie nimmt gegenüber dieser ohne ihr Wissen und ohne ihr Zutun vollzogenen Kabinettsbildung eine eiskühle Haltung ein. Sie trägt, da man sie über die Voraussetzungen dieser Regierungsbildung, über die Ziele, Methoden und das Programm des neuen Kabinetts in keiner Weise orientiert und ihr auch keinerlei Gelegenheit zu einer Meinungsäusserung gegeben hat, für die jetzt beginnende Entwicklung nicht die geringste Verantwortung (. . .) Herr Hitler selbst wird nun zeigen müssen, was er kann. Es gibt

kaum ein Glück auf dieser Erde, das er in dem jahrelangen Kampfe um die Macht dem deutschen Volke in seiner Not nicht versprochen hätte. Millionen Menschen schauen heute, von der mystischen Kraft dieser Versprechungen angezogen, auf den neuen Reichskanzler, der immer die Führung verlangte und alle Not darauf zurückführte, dass man ihn von der Macht fern hielt. Diese Millionen gelangen jetzt aus der Illusion in die Wirklichkeit, in der Adolf Hitler – endlich im Besitze der Macht und Führung – sich zu bewähren hat. Das ist ein Weg, der vielleicht trotz aller Risiken unter schicksalhafterm Zwange schliesslich nicht zu vermeiden war, weil nur ein Volk, das in allen seinen Teilen auf dem Boden der Wirklichkeit steht, den politischen Sinn für eine ruhige, stabile Entwicklung zu besitzen und zu behaupten vermag. Wir wissen nicht, mit welchen Opfern und Risiken der Wirklichkeitssinn des deutschen Volkes erkaufte werden muss. Aber dass er am Ende der jetzt beginnenden politischen Etappe steht, die durch die Namen Hitler-Hugenberg-Papen gekennzeichnet ist, das erscheint uns gewiss.

Germania, Berlin

Theodor Wolff ist als Herausgeber des *Berliner Tageblatts* und als Mitbegründer der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei einer der profiliertesten Verfechter der Weimarer Republik. Aus seinem Leitartikel spricht Resignation:

Es ist erreicht

Es ist erreicht. Hitler ist Reichskanzler, Papen Vizekanzler, Hugenberg Wirtschaftsdiktator, die Posten sind so, wie es die Herren der «Harzburger Front» erstrebt hatten, verteilt. Jedem das seine, die Bemühungen, durch die man die Beseitigung Schleichers herbeiführte, haben sich gelohnt (. . .)

Und inzwischen? – ja, inzwischen wird, auch ohne offenen Staatsstreich, gewiss alles irgend Mögliche unternommen werden, um die Gegner einzuschüchtern und mundtot zu machen, die SS und die SA zu befriedigen und den Getreuesten, die so lange auf diesen Tag gewartet haben, die verdiente Belohnung zu verleihen. Alles irgend Mögliche, und die Möglichkeiten gehen weit. Herr Göring wird in Preussen der Polizei den richtigen Geist beibringen . . . Das Verbot der Kommunistischen Partei steht längst auf dem Programm. Natürlich wird man nach Mitteln suchen, um zu verhindern, dass ein Reichstagsausschuss noch fernerhin Osthilfeskandale enthüllt. Ein

nicht ganz leichter Fall, solange es noch einen Reichstag gibt. Um die Pressefreiheit, von der die Nationalsozialisten immer so kräftig Gebrauch gemacht haben, dürfte es wohl besonders übel stehen. Eine angenehme Zukunft breitet sich vor denjenigen aus, die leider nicht in der Lage sind, so sich zu äussern, wie es dem neuen Regime gefällt (. . .) Ruhe durch fortwährende gewaltsame Unterdrückung ist vielleicht auch nicht gerade die Ruhe, deren die deutsche Wirtschaft bedarf. Mag sein, dass man eine stille Gefügigkeit erzwingen, dass man in diesem Lande, das stolz war auf die Freiheit des Denkens und des Wortes, jede freimütige Regung niederhalten wird. Es gibt eine Grenze, über die hinweg die Gewalt nicht dringt. Ja, man hat an einem Tage viel erreicht, man wird gewiss noch mehr erreichen, aber man wird nicht verhindern, dass in einem grossen Volke seelischer und geistiger Widerstand wächst und wartet, seinem eigenen Tage entgegenstrebt. Das hat noch niemals eine Reaktion erreicht, und das wird man durch keine Mittel des Zwanges erreichen können. *Berliner Tageblatt, Morgen-Ausgabe*

Wie manche bürgerliche Blätter setzt auch der sozialdemokratische *Vorwärts* auf die inneren Widersprüche des Kabinetts und appelliert an die Besonnenheit seiner Leser. Angesichts des Legalitätsbekenntnisses der Regierung erinnert das Blatt an die gesetzestreue Haltung der Sozialdemokraten und lehnt einen Generalstreik ab.

Nun erst recht!

Die Arbeiterklasse, die Demokratie und der Sozialismus sind nicht geschlagen. Stimmungen der Resignation oder der Verzweiflung sind den politisch geschulten Massen der Sozialdemokratie unbekannt. Sie werden kaltblütig beobachten und sich zu entscheidendem Handeln bereithalten, sowie die Stunde es erfordert. Wenn es gestern Leute gegeben hat, die zähneklappernd zu Bett gegangen sind, so waren es bestimmt keine Sozialdemokraten! (. . .)

Den meisten Grund, zähneklappernd zu Bett zu gehen, hatte aber der neue Reichskanzler selbst, der nun alle Versprechungen erfüllen soll, die er gemacht hat. Wer möchte da in seiner Haut stecken? Adolf Hitler, ein Mann aus dem Arbeiterstande, Führer einer Partei, die sich heute noch eine Arbeiterpartei und sozialistisch nennt, steht an der Spitze einer Regierung der grossagrarisches-grosskapitalistischen Reaktion. Wie ihn diese Regierung, wie dieser Regierung dieser Chef bekommen wird, wird die nächste Zeit lehren (. . .)

Der «Vorwärts» hat gestern vor kopflosen Parolen gewarnt. Wie recht er hatte, zeigen die Erklärungen des neuen Reichsinnenministers Frick. Die Herren erklären, sie stehen auf dem Boden der Legalität. Wir nehmen diese Erklärung ohne Vertrauen zur Kenntnis und denken darum nicht daran, uns vom Boden der Legalität abdrängen zu lassen. Wenn er verlassen werden soll: meine Herren, nach Ihnen! Wir wollen aber versuchen, Sie schon vorher davon zu überzeugen, dass Ihnen dieses Experiment verdammt schlecht bekommen würde.

Das Mittel der Arbeitseinstellung ist ein legales Mittel. Seine Anwendung zur Abwehr eines Angriffs auf die Freiheitsrechte des Volkes, auf die sozialen und politischen Rechte der Arbeiterklasse ist hundertmal gerechtfertigt. Aber taktische Vernunft rät, mit ihm hauszuhalten, damit ein entscheidender Augenblick nicht eine abgekämpfte Arbeiterschaft finde. Sehr bald kann alles anders sein – in Zeiten wie den jetzigen ändern sich die Verhältnisse und die Taktik sehr schnell! Heute Generalstreik machen, hiesse die Munition der Arbeiterklasse zwecklos in die leere Luft verschiessen! Auf die Einigung aller Feinde der Arbeiterklasse gibt es nur eine Antwort: Einigung der Arbeiterklasse!

Vorwärts (SPD), Morgen-Ausgabe, Berlin

Die *Sozialistische Republik* der KPD bezieht sich auf den gestrigen *Vorwärts*, um ihre Distanz zur SPD zu begründen:

Dieses neue Kabinett der offenen faschistischen Diktatur ist die brutalste, unverhüllteste Kriegserklärung an das gesamte werktätige deutsche Volk. Hugenberg lässt bereits erklären, dass sich die neue Diktatur-Regierung einen Dreck um Reichstagsbeschlüsse kümmern werde, sondern jetzt eine «reine Autoritätsregierung der nationalen Konzentration, unabhängig vom Volkswillen» das Ruder in die Hand nehmen werde.

Wie beissender Hohn klingt demgegenüber die Stellungnahme des «Vorwärts» den sozialdemokratischen Arbeitern in den Ohren, der noch in letzter Stunde die Einheitsfront der Arbeitermassen zum offensiven Massenkampf gegen die Hitler-Diktatur mit der Behauptung zu verhindern sucht, Hindenburg stehe als Reichspräsident dafür ein, dass die Hitler-Regierung sofort zurücktreten werde, wenn sie keine Mehrheit im Reichstag erhalten und den Boden der Verfassung verlasse.

Sozialistische Republik (KPD), Köln

Adolf Hitler, Reichskanzler

Der neue Reichskanzler Hitler steht im 44. Lebensjahr. Er wurde am 20. April 1889 in Braunau in Ober-Österreich geboren, lebt seit seinem 23. Lebensjahr in Deutschland, ist aber erst seit dem 23. Februar 1932 deutscher Staatsangehöriger. Wegen seines Bürgerbräuputsches am 8. November 1923 erhielt er fünf Jahre Festungshaft, von denen er aber nur einige Monate verbüßte. Seit den Wahlen vom 14. September 1930 beansprucht er immer wieder die Kanzlerschaft, die er aber wegen des bisherigen Widerstandes des Reichspräsidenten nicht erhalten konnte. Dieses Ziel erreichte er erst jetzt, da die nationalsozialistische Partei zum ersten Mal seit 1930 Verluste erleidet.

Berliner Tageblatt

Der Vater hatte sich als Waise vom armen Bauernjungen zum Zollbeamten emporgearbeitet. Die Mutter stammte ebenfalls aus einer deutschen Bauernfamilie. Mit 13 Jahren verliert er den Vater, mit 17 Jahren die Mutter (. . .)

Hitler geht mit 17 Jahren nach Wien, versucht sich zum Architekten auszubilden und erwirbt sich dabei den Lebensunterhalt aus eigener Kraft, zunächst als Bauarbeiter, Betonmischer, später als Zeichner und Kunstmaler für Architekten. Mit 18 Jahren nimmt er bereits Anteil am politischen Leben, wird Anti-Marxist, ohne aber irgendwie führend hervortreten. Hitler ist seit seiner Jugend fanatischer Nationalist und versucht die sozialen Erfahrungen seiner Arbeiterzeit mit seiner nationalistischen Überzeugung zu vereinen. Er leidet jahrelang in Wien schwere und bittere Not (. . .)

1914 wird er im Februar bei einer Nachstellung endgültig vom österreichischen Heeresdienst befreit. 6 Monate später bricht der Weltkrieg aus.

Er meldet sich sofort zum Eintritt in die deutsche Armee und erhält durch ein Immediatgesuch an König Ludwig von Bayern die Erlaubnis, als Kriegsfreiwilliger in ein bayerisches Regiment einrücken zu dürfen. Am 18. Oktober 1914 marschiert das neue Regiment aus (. . .)

Am 7. Oktober 1916 wird er durch Granatsplitter verwundet. Im März 1917 rückt er wieder zum Regiment ein. Er erhält eine Reihe weiterer Auszeichnungen, darunter ein Regiments-Diplom für hervorragende Tapferkeit in den Kämpfen bei Foutaines, endlich das eiserne Kreuz I. Klasse.

Am 14. Oktober 1918 wird er mit zahlreichen Kameraden seines Regiments durch das von den Engländern zum ersten Male angewendete Gelbkreuzgas schwer verletzt und verfällt vorübergehend der Erblindung. Während er im Lazarett liegt, bricht unterdes die Revolution aus.

Nun beschliesst Adolf Hitler Politiker zu werden.

1919 tritt er in einen kleinen Verein von 6 Mann ein und gründet aus ihm die Nationalsozialistische Arbeiterpartei. Er skizziert in groben Zügen das Programm der neuen Bewegung, legt ihre Ziele und ihr Wesen fest.

Aus dem Verein von sechs Mann schuf Adolf Hitler die grösste aller deutschen Parteien und die machtvollste Bewegung.

Völkischer Beobachter (NSDAP), Berlin

Franz von Papen, Vizekanzler und Reichskommissar für Preussen Vizekanzler von Papen, der Vorgänger des zurückgetretenen Reichskanzlers von Schleicher, ist am 29. Oktober 1879 in Warl (Westfalen) geboren. Auch Herr von Papen hat aktiv am Kriegsdienst teilgenommen. Er war zu Beginn des Krieges bei der Botschaft in Washington und hatte dort die bekannten Differenzen mit der öffentlichen Meinung und mit der Regierung der Vereinigten Staaten. Man warf ihm vor, er habe Terrorakte gegen amerikanische Munitionsfabriken unterstützt (. . .) Nach dem Kriege widmete sich Papen der Politik und gehörte als Mitglied des Zentrums dem Reichstage an. Meinungsverschiedenheiten über die Politik des Zentrums mit dessen Führer machte ihn zum Sezessionisten im Zentrum, und man nahm es v. Papen sehr übel, dass er die Nachfolgeschafft Brünings im Reichskanzleramt übernahm. Die weitere Tätigkeit von Papens nach seinem Rücktritt ist noch in frischester Erinnerung.

Braunschweigische Landeszeitung

Dr. Alfred Hugenberg, Wirtschafts- und Ernährungsminister Geboren wurde er am 19. Juni 1865 in Hannover; (. . .) Als Geh. Finanzrat schied er 1907 aus dem Staatsdienst aus und wurde zunächst Direktor der Ber- und Metallbank in Frankfurt-Main, 1909 Vorsitzender des Direktoriums der Friedrich Krupp A. G. in Essen. In dieser Stellung verblieb er bis zum 31. Dezember 1918; von da ab datiert seine Laufbahn als Politiker. Im Januar 1919 wurde er vom Wahlkreis 8 Posen in die Nationalversammlung gewählt, wo er sich

der Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei anschloss, deren Führer er bald wurde. Seit dieser Zeit ist er auch stets Mitglied des Reichstages gewesen (. . .) Auch Hugenbergs Eintritt für ein Volksbegehren gegen den Young-Plan und später für die Auflösung des früheren Preussischen Landtages und endlich seine Bemühungen um die Herstellung einer gemeinsamen Front zwischen Deutschnationalen und Nationalsozialisten, die sogenannte Harzburger Front, ist allgemein bekannt. Erwähnt werden muss Hugenbergs Arbeit an dem Aufbau der Organisation der rechtsstehenden Presse.

Dortmunder Volksblatt und Stadtanzeiger

Dr. Wilhelm Frick, Reichsinnenminister

Am 12. März 1877 als Sohn eines Volksschullehrers in Alsenz (Pfalz) geboren . . . Seit der Revolution betätigte er sich in der Politik, und zwar als Anhänger und Parteigänger Hitlers. Frick hatte Hitler beim Münchner Putsch unterstützt und wurde vom Volksgericht zu Festungshaft verurteilt, im Disziplinarverfahren aber freigesprochen. Im Jahre 1930 übernahm Dr. Frick in Thüringen das Ministerium des Innern, stürzte aber im April und übernahm dann seine frühere Beamtenstellung.

Münchner Neueste Nachrichten

Hermann Göring, Minister ohne Geschäftsbereich, Reichskommissar für den Luftverkehr und kommissarischer preussischer Innenminister, Präsident des Reichstages

Am 12. Januar 1893 wurde er in Rosenheim in Oberbayern geboren. Er besuchte zunächst die Gymnasien in Fürth und Ansbach, dann kam er in das Kadettenkorps in Karlsruhe und später in die Hauptkadettenanstalt in Grosslichterfelde, wo er die Reifeprüfung ablegte. 1912 wurde er Leutnant im Infanterieregiment 112 in Mülhausen im Elsass und rückte mit diesem Regiment auch ins Feld. Vom Oktober 1914 ab war er Flugzeugbeobachter, dann ab Mai 1915 Flugzeugführer und vom März 1916 ab Jagdflieger . . . Nach seiner führenden Beteiligung am Hitler-Putsch in München 1923, bei dem er auch leicht verwundet wurde, lebte Göring zunächst in Österreich, dann im Rom. . . Zum ersten Male wurde er 1928 als Mitglied der NSDAP in den Reichstag gewählt, seit 1932 war er dessen Präsident.

Dortmunder Volksblatt und Stadtanzeiger

Die Juden fürchten sich

Die Börse zum Reichskabinett Berlin, 30. Januar. Die Börse reagierte auf die Bekanntgabe der Betrauung Hitlers mit dem Reichskanzleramt zurückhaltend. Alsbald jedoch setzten am Rentenmarkt Verkäufe ein, von denen insbesondere die Kurse der Neu- und Altbesitzanleihe in Mitleidenschaft gezogen wurden. Diese Verkäufe wurden motiviert mit Befürchtungen neuer Zwangszinsherabsetzungen.

Bremer Nationalsozialistische Zeitung

In Erwartung des Kabinetts Hitler

Der Rücktritt des Kabinetts Schleicher bedeutete für die Börse keinerlei Überraschung. Es kam zwar aus den Kreisen der berufsmässigen Spekulation sowie von der Bankkundschaft einiges Material heraus, doch war das Angebot weder dringend noch war es umfangreich.

Völkischer Beobachter

Allgemeiner Optimismus für die kommende Entwicklung

Die erste Börse unter der neuen Regierung eröffnete in lebhafter und ausgesprochen fester Haltung. Der Optimismus, der die Börse ergriff, erklärt sich zum Teil aus den beruhigenden Auslassungen Dr. Fricks, dass man auch jetzt keine Wirtschafts- oder Währungsexperimente unternehmen wolle, zum anderen Teil aus der Tatsache, dass an einen Wechsel im Reichsbankdirektorium nicht gedacht werde. Obwohl sonst über das Wirtschaftsprogramm der Regierung noch nichts Positives vorliegt, dürfte doch das Problem der Arbeitsbeschaffung in

kürzester Zeit in Angriff genommen werden und befruchtend auf die Wirtschaft wirken.

*Weser-Zeitung, Bremen,
Abend-Ausgabe*

Das erste: Die Getreidepreise steigen

Die Berliner Getreidebörse hat die Ernennung der Regierung Hitler-Hugenberg am Montag mit äusserst starken Preissteigerungen quittiert. Selbst der Roggenmehlpreis hat nach langer Zeit wieder einmal angezogen. Wir haben am Montag an der Berliner Getreidebörse eine Hausse-Bewegung erlebt, von der wohl selbst die wildesten Spekulanten sich nichts träumen liessen. Gelingt es, das am Montag erreichte Getreideniveau zu halten, dann müssen in den nächsten Tagen die Mehlpreise folgen. Das Charakteristikum der neuen Regierung Hitler-Hugenberg wird die Brotpreissteigerung sein. Teures Brot für die Verbraucher, teure Futtermittel für die Bauern! Das ist die Losung, mit der die neue Regierung ihre Tätigkeit beginnt.

Volksstimme (SPD), Frankfurt

1'400 Rheinschiffer aufs Hungerpflaster geworfen

Die Reeder der westdeutschen Kanalschiffahrt haben ungefähr 1'400 Schiffer fristlos entlassen, nachdem die Schiffahrt bereits seit einer Woche wegen des Frostes stillgelegt werden musste. Obwohl der Tarifvertrag siebentägige Kündigung vorsieht, kümmerten sich die Reeder einen Dreck darum und benutzten die Stilllegung zur Durchführung von Massenentlassungen.

Sozialistische Republik (KPD) Köln

Die Generalstreikappelle der KPD stossen auf geringe Resonanz, auch wenn die kommunistische Presse ein anderes Bild vermittelt.

Betriebe im Streik gegen Hitler

Die Aktion der deutschen Arbeiterklasse gegen das faschistische Diktatur-Kabinett Hitler-Papen-Hugenberg hat auf der ganzen Front eingesetzt. Bereits ist es zu den ersten Streiks gekommen.

Gestern abend fand eine von über 2'000 Betriebsräten besuchte Vollver-

sammlung der Berliner Betriebsräte statt, in der nach ausführlicher Diskussion über die zu treffenden Kampfmassnahmen ein 15er Ausschuss der Berliner Betriebsräte gewählt wurde, in dem 5 Mitglieder der SPD und die übrige[n zur] Hälfte Freigewerkschaftler sind. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, in der die Betriebsräte geloben, am Dienstag in allen Betrieben Versammlungen durchzuführen, den Massenstreik zu beschliessen und die Belegschaften auf die Strasse zu führen, zum Kampf für den Sturz der Hitler-Regierung. Die Resolution schliesst:

«Durch die Wucht unseres Generalstreikes 1920 brach der Kapp-Putsch zusammen. Ebenso muss die Hitler-Regierung gestürzt werden. Vereinigen wir uns ohne Ansehen der Partei- und Gewerkschaftszugehörigkeit. Es lebe die unbesiegbare, kämpfende Einheitsfront! Hinweg mit Hitler-Papen-Hugenberg! Es lebe der Sozialismus! Es lebe die Arbeiter- und Bauern-Republik!» Heraus zum politischen Massenstreik!»

Der Kämpfer (KPD), Chemnitz

Neue Russenaufträge für die deutsche Schwerindustrie.

Berlin, 30. Jan. -u- Die Verhandlungen über die Erteilung von 70'000 Tonnen Röhren-Aufträgen im Werte von 40 Mill. Rm. sowie für 25 Mill. Rm. Walzmaterial von Seiten Russlands an die Otto Wolff-Gruppe sind nunmehr zum Abschluss gekommen.

Die Röhrenlieferungen werden von Mannesmann-Röhrenwerken, den Vereinigten Stahlwerken und den andern deutschen Röhrenwerken ausgeführt und dienen hauptsächlich für Zwecke der russischen Naphthaindustrie. Die Kreditfristen sind auf durchschnittlich 48 Monate vom Tage der Lieferung an festgesetzt. Die Reichsregierung hat eine Garantie für das Geschäft übernommen.

Neue Zürcher Zeitung

Weichkäse

Die Reichsregierung hat dem Antrag der bayerischen Staatsregierung entsprochen und die Mittel zum Ankauf von rund 10'000 Zentnern Weichkäse im bayerischen und württembergischen Allgäu bewilligt. Der Ankauf der Käse soll durch die zuständige milchwirtschaftliche Vereinigung erfolgen. Die aufgekauften Käse werden durch die freiwillige und amtliche Winterhilfe für alle Teile des deutschen Reiches in möglichst kleinen Mengen verteilt, damit sie nirgends den örtlichen Preis drücken und Handelsstörungen hervorrufen.

Uffenheimer Wochenblatt

WEISSE WOCHEN

unsere Tradition,

PREISE

eine Sensation!

TIETZ

Sehenswerte Innendekoration

KARNEVAL IN WEISS

Politische Reibereien

In den Nachmittagsstunden des Montag kam es vor dem neuen SA-Heim in Dortmund-Hörde zu grösseren Ansammlungen, die durch eingesetzte Schupostreifen aber bald zerstreut werden konnten (. . .) Die Unruhe im Stadtteil Hörde dauerte auch nach Auflösung der Ansammlungen vor dem SA-Heim noch eine ganze Weile an.

Im Stadtteil Lütgendortmund hatten linksradikale Kreise am Montag gegen 18.50 Uhr auf der Limbeckerstrasse und Provinzialstrasse demonstriert und ihren Unwillen gegen die neue Regierung zum Ausdruck gebracht. Schmährufe und die üblichen Sprechchöre wurden von der Menge mehrfach ausgestossen. Die Polizei musste einschreiten und die Ansammlungen zerstreuen. Festgenommen wurde niemand (. . .)

Auf der Kömbebachstrasse, besonders an den Mauern der Firma Schüchtermann & Kremer, wurden in der Nacht zu heute mit grossen Lettern Aufschriften angebracht, in denen gegen die Regierung gehetzt und zum Generalstreik aufgefordert wurde. Die Polizei, welche die Täter nicht ausfindig machen konnte, trug sofort Sorge, dass die Aufschriften entfernt wurden.

Der Aufforderung zum Generalstreik wurde keine Folge geleistet! Die Kommunisten, die in den letzten Tagen wieder eine erhöhte Werbetätigkeit entfalten, um die Arbeiter aufzuputzen und zum Generalstreik zu veranlassen, sahen sich wieder einmal bitter enttäuscht. Im ganzen Dortmunder Bezirk sind heute früh die Belegschaftsmitglie-

der ohne Ausnahme zu ihren Arbeitsstätten gekommen und haben durch ihr besonnenes Verhalten eindeutig zum Ausdruck gebracht, dass sie den kommunistischen Agitatoren keine Gefolgschaft mehr leisten werden.

Dortmunder Zeitung, Abend-Ausgabe

Blutnacht in Berlin

Die letzte Nacht ist in Berlin ausserordentlich unruhig verlaufen. An 9 Stellen gingen die Pistolen los und zwei Tote, darunter ein Polizeibeamter, und mehrere Schwerverwundete sind die Bilanz der Blutnacht. Etwa 60 Personen, Kommunisten und Nationalsozialisten, sind festgenommen worden. Ein Teil der Festgenommenen ist aus dem Polizeipräsidium bereits wieder entlassen worden. Zu einer regelrechten Strassenschlacht kam es gegen ½1 Uhr nachts in der Wallstrasse in Charlottenburg. Ein Trupp Nationalsozialisten marschierte in später Stunde in Begleitung zweier Polizeibeamten durch die Wallstrasse in Richtung Charlottenburg. In der ruhigen Strasse war plötzlich der Teufel los. Zahlreiche Schüsse krachten – ein regelrechter Strassenkampf war im Gange. Wie Bewohner erzählten, sind in einem Zeitraum von etwa 5 Minuten nicht weniger als 60 bis 70 Schüsse gefallen. Kein Mensch weiss bisher, wer geschossen hat und von wo die Schüsse gefallen sind. Die Nationalsozialisten sollen gleichfalls bewaffnet gewesen sein und drauf losgeschossen haben. Den Beweis dafür liefern zwei Schussverletzte, die später von der Polizei gefunden und als

angeblich an der Schiesserei Beteiligte als Polizeigefangene in das Krankenhaus Westend gebracht wurden.

Leider musste bei dieser sinnlosen Knallerei ein junger Polizeibeamter, der verheiratet ist und zwei Kinder hinterlässt, sein Leben lassen (. . .) Später wurde bekannt, dass auch noch ein SA-Mann Maikowski einen tödlichen Schuss erhalten hatte.

*Vorwärts (SPD),
Abend-Ausgabe, Berlin*

Siegreicher Widerstand in Rostock

Nationalsozialistische Studentenmehrheit gebrochen.

In Rostock ist am Montag dem nationalsozialistischen Herrschaftsan-

spruch eine schwere Niederlage bereitet worden (. . .) Die Nationalsozialisten, die im November 1931 noch 685 Stimmen erzielt hatten, sanken auf 469 und büßten von ihren 7 bisherigen Sitzen 2 ein. Die mit ihnen verbündeten Korporationen verloren ebenfalls ein Drittel Stimmen . . . Damit ist die neue Verfassung, die vorsah, dass studentische Wahlen in Zukunft nicht mehr stattfinden, und einem sogenannten «Führer» eine Art Diktaturgewalt mit Genehmigungsrecht für studentische Vereinigungen gegeben werden sollte, gescheitert.

*Vossische Zeitung,
Abend-Ausgabe, Berlin*

Der heilige Rock

Im kirchlichen Amtsanzeiger für die Diözese Trier vom 30. Januar wird der nachstehende bischöfliche Erlass verordnet:

Im Namen der Allerheiligsten Dreifaltigkeit, zur Mehrung der Liebe zu unserem Heiland Jesus Christus, zum Tröste aller Gläubigen in notvoller Zeit verordne ich hiermit im Einverständnis mit dem Hochwürdigem Domkapitel in Trier, die Ausstellung des hl. Rockes unseres Herrn im heiligen Jahr 1933. Sie beginnt am Sonntag, 23. Juli, und dauert bis Sonntag, 3. September.

So erfülle ich freudigen Herzens eine an mich seit Jahren immer wieder aus dem In- und Ausland gerichtete Bitte. Zum Feste des kostbaren Kleinodes unseres althehrwürdigen Domes, des Gewandes, das der Heiland in seinem irdischen Leben trug, das er mit seinem kostbaren Blute benetzte und dessen Saum die Menschen in heiliger Ehrfurcht küßten, werde ich in einem eigenen Hirtenbriefe alle Gläubigen zur Wallfahrt nach Trier einladen.

Lokal-Anzeiger, Morgen-Ausgabe, Köln

Wenn der Faschingsprinz Einzug hält

(. . .) Es wird ein Gipfelpunkt der närrischen Festzeit werden, wenn der Faschingsprinz von München, Franz Josef I. von Halali, seinen Einzug hält. In einem festlichen Umzug mit etwa 250 Personen in Kostüm, wird er sich am ersten Tage seiner Regierung den Münchnern vorstellen und ihnen dabei ein farbenprächtiges Schaustück bieten. Abordnungen bekannter Münchner Vereine reihen sich stilgerecht in den Zug. Nach einem kurzen Festakt, bei dem der Prinz mit seiner Prinzessin das Zepter des Narrenreiches zu führen beginnt, wird die Tollität sein Volk zum Tanz rufen.

Münchner Neueste Nachrichten

Reit- und Fahrtumier

(. . .) Der Tag war an Unglücksfällen reich. Stürzten doch bei den Vorprüfungen der bekannte Dressurreiter Wätsen, der sich eine Knöchelverletzung und einen Schlüsselbeinbruch zuzog und Frau Heckman, die sich das Nasenbein brach. Am Nachmittag landete ein Obergefreiter vom Train beim Sprung mit seinem Pferd auf der Estrade (. . .) Im gleichen Springen tat der norwegische Rittmeister Quist mit seinem Pferd Mecklenburg einen sehr gefährlich aussehenden Sturz. Reichskanzler Schleicher hatte für diesen wichtigen Entscheidungstag sein Erscheinen zugesagt. Da er inzwischen auch stürzte, dachte man, es kämen vielleicht Herr v. Papen und Herr General v. Schleicher gemeinsam. Daraus wurde aber nichts, dafür aber wurde mit grosser Geschäftigkeit eine grandiose Schaunummer vorbereitet: durch den Reichstagspräsidenten Göring wurde Herrn Hitlers Erscheinen zugesagt, sofort nachdem er Kanzler geworden sei! Die Nazis, die man sonst nur als Bettler, die Sammelbüchsen schwingend, vor den Messehallen sieht, bildeten jetzt stundenlang Spalier, um des grossen Führers erste Amtshandlung mitzuerleben. Sie warteten vergebens, obwohl Herr Hauptmann Göring – er war für alle Fälle gerüstet und trug den Militärmantel über dem Zivilanzug – sehr geschäftig war und sogar einmal Herrn Staatssekretär Meissner aus seiner Loge holte. Am Montag läuft nun Herrn Reichskanzler a. D. Schleichers Pferd und das trägt treffenderweise den Namen «Abschied».

Vorwärts (SPD), Abend-Ausgabe, Berlin

Fussball

Dieser Tage rollt ein 12 Zentner schwerer Fussball durch die Ortschaften der Bayreuther Umgebung. Es handelt sich um eine eigenartige Reklame, die von zwei Mitgliedern des 1. FC Regensburg ausgeführt wird. Die beiden wollen den Ball in zwei Jahren kreuz und quer durch ganz Deutschland ziehen. Ihren Lebensunterhalt verdienen sie sich durch Verkauf von Postkarten.

Uffenheimer Wochenblatt

Bürgerlicher Sportwahnsinn

Vor einigen Wochen sprang in Rotterdam von einer Eisenbahnbrücke aus 72 Meter Höhe ein junger Mann ins Wasser. Derselbe wollte beweisen, dass es möglich ist, aus einer solchen Höhe einen gelungenen Kopfsprung zu machen. Dieses Vorhaben gelang. Nun wollte ein weiterer Schwimmer dieses Vorhaben wiederholen, doch büsste er seine Tollkühnheit mit dem Tode.

Der Kämpfer (KDP), Chemnitz

Frankfurter Theater

Der Gegensatz zwischen den dionysischen und den apollinischen Kräften des Lebens, der Zwiespalt zwischen Willkür und Gesetz, zwischen Trieb und Gestaltung, steht hinter dem Schauspiel von Friedrich Griese: «Mensch, aus Erde gemacht».

Der alternde Bauer begehrt die junge Magd. Durch das Übergewicht seiner Stellung entreißt er sie dem Geliebten, der wegen eines Diebstahls flüchtet. Die Magd opfert sich für den Geliebten und wird des Bauern Frau. Doch es ruht kein Glück auf der Ehe. Der Bauer zerbricht an seiner Schuld. Das Niedrige geht an der eigenen Gier zugrunde.

Friedrich Griese, der Mecklenburger Lehrer, hat den Stoff zum Drama zu formen gesucht. Eine ernste und begabte Arbeit! Aber sie leidet daran, dass die Rhetorik die dramatische Gestaltung überwiegt und dass realistische und mystische Elemente allzusehr vermengt sind. Immerhin zeigt sie erfreuliche dichterische Begabung.

Es ist ein Verdienst des Frankfurter Schauspielhauses, ein derart ernstes, positiv gerichtetes Werk auf der Bühne zur Erörterung zu stellen und sich erproben zu lassen. Die von Jakob Geis geleitete Uraufführung hatte starke Auftritte. Ellen Daub gab der Magd eine packende innere Spannung, unterstützt von Taube und Jungbauer, während Kurt Katsch sich im Pathos verlor.

Darmstädter Tagblatt

Dritter Musikabend der NS-Kultur-Vereinigung

Die Musikabende der Nationalsozialistischen Kulturvereinigungen überzeugen immer mehr durch die Qualität ihrer Programmgestaltung und ihrer Ausführung. Die Leitung sucht sich mit gutem Instinkt Betätigungsfelder, die bisher in Braunschweig brach gelegen haben, und füllt auf diese Art Lücken aus, auf deren Schliessung man kaum noch zu hoffen gewagt hatte. Dem ausgezeichneten Doppelklavierabend liess sie jetzt einen Bläserabend folgen, durch den man erfuhr, dass sich innerhalb der Landeskappelle eine Bläservereinigung gebildet hat. Jedenfalls hörte man sie bei dieser Gelegenheit zum ersten Male, und es darf sogleich die Hoffnung ausgesprochen werden, dass man sie künftig recht oft hören möge. Denn es gibt eine Fülle schöner Kammermusik für Blasinstrumente, von deren Vorhandensein man in Braunschweig nichts ahnt, weil es an Aufführungsmöglichkeiten fehlt.

Braunschweigische Landeszeitung

«Razzia in St. Pauli!»

Kaum zu glauben, was die Hamburger Polizei in St. Pauli für verdächtige Elemente aufgestöbert hat! Vorläufig wurden von den Unterweltlern die Ballhauselse, Matrosenkarl und Musiker Leo verhaftet. Was Gina Falckenberg, Friedrich Gnass und Wolfgang Zilzer mit der aufregenden Razzia zu tun haben, wird der Tonfilm aufklären, der Mittwoch 1. Februar, in den Luitpoldlichtspielen läuft.

Münchener Neueste Nachrichten

«Achtung frisch gestrichen» Komödienhaus

Nach dem «Badenden Mädchen» (Kleines Theater) hat nun auch das Komödienhaus ein Lustspiel herausgebracht, das ebenfalls den Kunsthandel und seine eigenartige Wege behandelt. Musste man dazu bis zur französischen Komödie greifen, um das Publikum zwei Stunden zum Lachen zu bringen? Hätte es nicht ein deutsches Lustspiel auch getan? Könnte sich Herr Abramowsky (Barnowiky) trotz seiner bekannten Ablehnung alles betont Deutschen, nicht doch einmal der Mühe unterziehen, deutsche Autoren zu entdecken?

Völkischer Beobachter (NSDAP), Berlin

John Galsworthy †

John Galsworthy ist heute vormittag, 63 Jahre alt, in London an perniziöser Anämie gestorben.

Er hat für einen ausländischen Schriftsteller bei uns eine fast beispiellose Verbreitung gefunden. Nicht mit einem oder zwei Büchern, sondern fast mit allen der vielen, vielen Romane, die er geschrieben hat. Heute wissen die Kinder hier schon, wie man seinen Namen ausspricht. Aber eines ahnen sie nicht, wie eminent neu und persönlich dieser Galsworthy einst wirkte, und wie man aufhorchte, weil man empfand: Hier ist eine Weiterentwicklung der Kunst des Erzählens, des sehenden Auges, der Gesellschaftsanalyse und eine feinere Menschlichkeit, die mit einer Hassliebe aristokratisch und sozial zugleich ist. Als dann zu Beginn des Krieges Hermann Hesse – heute würde er das wohl nicht so in vollem Umfang mehr vertreten – zu einem Quasi-Boykott ausländischen Schrifttums aufforderte, antwortete ich ihm in einem Essai: «Weltliteratur oder Literatur zum Hausgebrauch». Und einer meiner Haupteideshelfer dafür, dass alle Literatur- wenn sie nicht eine Vereinsangelegenheit werden wolle – nicht national, sondern übernational sein müsse, . . . war der zur Zeit noch recht wenig bekannte: Galsworthy.

Vossische Zeitung, Abend-Ausgabe, Berlin

Gemütlicher Abend von Hanns Johst

Gläsern liegen die Hänge im Reif.
Verfrorene Bäume stolpern kahl und steif,
und schwarze Fichten humpeln steif und schwer
Wie Bauernweiber talwärts drüber her.
Die Häuser kuscheln rauchig hingeschmiegt
Am See im Tal und blinzeln stillvergüht
Dem Abend zu, der seine Nebel reisst
Und mit den Fetzen und den Fenstern schmeisst.

Braunschweigische Landeszeitung

Morgenrot

ist das Hohelied
der deutschen Frau
als Mutter, Gattin,
Braut, Kameradin

PHOEBUS  PALAST

*46178

Morgen

1. Febr. 1933, im **Kolosseum München**

Faschings- Kaffeekränzchen

der „Münchener Hausfrau“

Beginn 3 Uhr Saalöffnung 2 Uhr
Motto: „Alles froh und heiter u. so weiter“
oder: „Es wird gelacht am laufenden Band“

Aus dem Programm:

Irmgard v. Müller (samt Münchner Faschingsbilder)

Holly Oberdorfer (müß man gehört hab. in „Das Dampfbad“)

Hans Beck (Parodien u. oberbay. Sektelleniederz. Zith)

Michi Ebner (der Meister in anzuglichen Kräftspielen)

Brun und Geddes (3 Stimmen und Flügel): „eine lustige Liebermischung“

Das **MünchenerMax-Oberleitl**, der Gipfel der 4stimmigen Hosterheit (mit Max Hauser am Flügel)

Ansage: Paula Gura Ewald
Stimmungsmusik: Hauskapelle R. Jäger
Am Flügel: Arnold Langfeld

Große hauswirtsch. Ausstellung

Aufträge für die Besichtigung der Ausstellung nimmt die Geschäftsstelle der „Münchener Hausfrau“, Kaufingerstraße 26 I, (Telephon 22707), entgegen.

Eintrittspreise: RM — 50, resp. RM 1.— u. RM 1.50 (einschl. Steuer und Programm)

Kartenvorverkauf bei der „Münchener Hausfrau“, Kaufingerstraße 26 I, ferner bei Jos. Aschenbrenner, Belgrader Str. 20 u. Max Hieber, Musikalienhandlung, Marienplatz 18. *4684

• Bitte, auch Herren, willkommen!

Dauerwellen
mit Wachen, Bohrwellen,
Schweiß. Leucht. u. Ger.
im Betrieb. **Mk. 4.50**

Spezial-Salon Riedmeyer
Eisenstraße 27/1, Tel. 10175 gegenüber Straße neben
Sole-Ordn. 24, 25, 26 u. 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100

Erfahrene Skifahrerin

als Lehrerin i. Skig.
Lehr. in den Tiro.
Wiesn. anfangs Neb.
schüler. Schüler mit
Pau. Wied. u. A. E. R.
Koch. u. A. E. R.

Notschrei des Berliner Kohlenhandels

In letzter Stunde fordert der gesamte Berliner Kohlenhandel Recht und Gerechtigkeit im Kampf gegen Gerüger, unzuverlässige Elemente und wilde Hausierer. Der Kohlenhandel verlangt von den Behörden die endliche Berücksichtigung seiner elementarsten Wünsche im Kampf um seine Existenz bedroht zu existenz und damit

um die Erhaltung einer ordnungsgemässen Versorgung der Berliner Bevölkerung mit Brennmaterial

Besser der Berlin. Kohlenhandel durch Eingriffe der Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung dem völligen Wirtschaftsruin verfallt, laden die unterschriebenen Verbände und Vereine des Berliner Kohlen-Groß-, Platz- und Kleinhandels zu einer Kundgebung ein, welche am

Mittwoch, den 1. Februar 1933, abends 8 Uhr im Kriegervereinshaus, Berlin N, Chausseestraße 94,

stattfindet. Vertreter des Kohlenhandels werden den Ernst der augenblicklichen Lage schildern und jedem Interessenten die Möglichkeit geben, sich ein eigenes Bild über die unersüßlich gewordenen Zustände zu machen.

Alle Verbände und Vereine des Berliner Kohlen-Groß-, Platz- und Kleinhandels
i. A. gez. Dawid

Des Dritten Reiches Liederkranz

«SA-Marschlieder-Album, Heft 1. Sammlung von 40 Marsch- und Wanderliedern der SA und Hitlerjugend . . .»

Es ist doch etwas Herrliches um den deutschen Männergesang. Wie heisst doch gleich?: «Wo man singt da lass dich ruhig nieder!» und «was sie singen, daran erkennst du diese Brüder!» Herrliche Musik, die da dem deutschen Volke geboten werden soll. Hier eine kleine Auslese aus dem Liederkranz des Dritten Reiches:

«SA marschiert. – Du kleiner Tambour. – Sturmlied. – Trutzlied. – Kampflied der Nationalsozialisten. – Friedericus Rex, unser König und Herr. – Heil mein Lied, der Morgen graut. – Gab's darum eine Hermannsschlacht? – Heraus, verführte Volksgenossen (Wo raus? Aus der NSDAP?) – Deutschland erwache! – Trum, trum. – Den Toten des 9. November 1923 (Vielleicht kann dieses Liedchen umgetauft werden in: Adolf Hitler war nicht dabei, oder: Als Adolf auf dem Bauche lag). – Horst-Wessel-Lied. – Schlageterlied (Feme-lied). – Es zog ein Hitlermann hinaus. – Gebt Raum des Hitlers tapfrer Schar. – Wir sind des Hitlers braune Sturmkolonnen. – Braun sind die Hemden (Von was, ihr tapferen Hitlermänner?) – Erdbraun ist unser Sturmgewand» usw.

Das ist des teutschen Volkes Liederkranz! Da mögen Polen, Welsche und auch die Marxisten dräun – solange uns die Musik erhalten bleibt, kann Deutschland untergehn.

Nur eins ist gewiss: Die Leute, die das singen, leiden an Hitler-Rachitis.

Rheinische Zeitung (SPD), Köln

Das Ende der Frostperiode

Völliger Zusammenbruch der winterlichen Wetterlage

Ein plötzlicher Witterungsumschwung hat den kalten Tagen der vergangenen Woche ein Ende bereitet. Es bleibt aber wohl noch abzuwarten, ob das wesentlich mildere Wetter, das uns gestern sogar Regen gebracht hat, anhalten wird.

Für Westdeutschland jedenfalls meldet der Wetterbericht den völligen Zusammenbruch der winterlichen Wetterlage und das Vordringen feuchter Meeresluftmassen. Damit wären also die Befürchtungen, dass uns in diesem Jahre ein ebenso später und strenger Winter wie im Jahre 1929 beschieden sei, unbegründet.

Westdeutscher Beobachter (NSDAP), Köln

MITTWOCH, 1. FEBRUAR 1933

**Der Dank des Führers
«Wir werden unsere Aufgabe
lösen!»**

Zwei neue Opfer der roten Mordpest

*Völkischer Beobachter
(NSDAP)*

Ein Volk im Freiheitsjubiläum

*Westdeutscher Beobachter
(NSDAP)*

Nach dem Triumph die Wirklichkeit

*Frankfurter Zeitung,
1. Morgenblatt*

Der dreifache Wirtschaftsminister

Hugenbergs Machtfülle

*Frankfurter Zeitung,
2. Morgenblatt*

Zentrumsfragen an den Reichskanzler

Bremer Nachrichten

**Sonntag wieder Lustgarten!
Das arbeitende Volk antwortet Adolf Hitler!**

*Vorwärts (SPD),
Morgen-Ausgabe*

Auf zum Kampf!

Nieder mit Hitler-Papen-Hugenberg
Nieder mit den verräterischen SPD-Führern. Nicht abwarten, sofortige Kampfaufnahme

Der Kämpfer (KPD)

Leipart, Wels, die Handlanger Hitlers!

*Sozialistische Republik
(KPD)*

Reichstagsauflösung beschlossen!

Neuwahlen im Reich und in Preussen am 5. März

Deutsche Allgemeine Zeitung, Abend-Ausgabe

Verhandlungen mit dem Zentrum

Der Reichskanzler Hitler hatte eine sehr eingehende Aussprache mit dem Führer der Zentrumspartei Dr. Kaas . . . Über das Ergebnis verlautet lediglich, dass im Anschluss an die Unterredung dem Reichskanzler einige Fragen schriftlich übermittelt wurden, deren schriftliche Beantwortung er zugesagt hat. Sie sollen bereits Gegenstand einer Kabinettsitzung sein, die heute nachmittag begann. Zusagen irgendwelcher Art haben die Repräsentanten des Zentrums nicht gemacht, geschweige, dass es zu irgendwelchen Abmachungen gekommen wäre.

Münchener Neueste Nachrichten

Die Fragen des Zentrums

1. Die Zentrumspartei wünscht über das Arbeitsprogramm der neuen Regierung genau unterrichtet zu werden.
2. Besonders wichtig wäre die Klärung folgender Einzelfragen:
 - a) Welche Sicherheiten können seitens der Regierung dafür gegeben werden, dass ihre Massnahmen sich im Rahmen der Verfassung halten?
 - b) Ist die Reichsregierung insbesondere bereit, bindende Zusicherungen zu geben dafür, dass nicht auf Grund des sog. Staatsnotstands verfassungswidrige Massnahmen ergriffen werden?
 - c) Ist die Reichsregierung bereit, die baldige Rückkehr zu normalen verfassungsrechtlichen Verhältnissen in Preussen zuzusagen, und in welcher Weise will sie diese Normalisierung durchführen? (. . .)
 - d)

Dortmunder Zeitung, Morgen-Ausgabe

Die «Rote Fahne» verboten

Das Zentralorgan der Kommunistischen Partei, die «Rote Fahne», wurde in der Nacht zum Dienstag kurz nach der Fertigstellung des Drucks der Gesamtausgabe von der Kriminalpolizei beschlagnahmt. Die Beschlagnahme erfolgte wegen eines Aufrufs, in dem zum Generalstreik gegen die Hitler-Regierung aufgefordert wird.

Fränkische Tagespost (SPD), Nürnberg

Bundesausschusssitzung des ADGB

In seinem Bericht vor dem Bundesausschuss des ADGB gab der Vorsitzende Leipart einen Überblick über die Entwicklung der politischen Lage. Die Arbeiterschaft, so führte er u. a. aus, werde mehr als je auf ihre eigene Kraft angewiesen sein. Man brauche nicht

hervorzuheben, dass die Gewerkschaften zu der neuen Regierung in Opposition stünden . . . Organisation – nicht Demonstration: Das sei die Parole der Stunde! – Grassmann ergänzte, . . . alles komme auf die Geschlossenheit der Organisationen, auf die Erhaltung und den Ausbau einer einheitlichen Front der Arbeiterschaft in ihren Gewerkschaften an. Dieser Gedanke sei auch bestimmend für die Haltung der Gewerkschaften gegenüber jeder Partei, die sich etwa das Recht zur Führung gewerkschaftlicher Aktionen anmassen sollte.

Dortmunder Volksblatt und Stadtanzeiger

SPD und Eiserne Front sind gerüstet

Die Sozialdemokratie und mit ihr die Eiserne Front sind für alle Eventualitäten gerüstet, die durch das Regime Hitler-Papen-Hugenberg eintreten können. Das war der entscheidende Eindruck einer zwar kurzen, aber von Kampfentschlossenheit getragenen Sitzung des Parteiausschusses der Sozialdemokratie, die in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand und der Reichstagsfraktion stattfand. An der Sitzung nahmen auch die massgebenden Vertreter der Reichskampfleitung der Eisernen Front teil (. . .)

Über die Aussichten und die Zukunft des Kampfes der Sozialdemokratie sagte Breitscheid: Wir sind nunmehr in eine Phase des Klassenkampfes von oben in seiner reinsten Form eingetreten. Die Reaktion hat ihre letzte Karte ausgespielt, die Söldnerscharen des Faschismus eingesetzt. Wenn sie nicht sticht, und sie wird nicht stechen, dann ist die Stunde gekommen, in der die Arbeiterschaft das entscheidende Wort spricht.

Fränkische Tagespost (SPD), Nürnberg

Die sensationellste Nachricht des Tages können nur noch wenige Abendausgaben melden, damit sind auch die Spekulationen über die Gespräche Hitlers mit dem Zentrum beendet:

Reichstagsauflösung beschlossen!

Die Reichsregierung hat, wie wir erfahren, dem Reichspräsidenten die Reichstagsauflösung vorgeschlagen.

Die Neuwahlen werden am 5. März stattfinden, und zwar gleichzeitig in Preussen, falls die ebenfalls vorbereitete Auflösung des Landtags rechtzeitig gelingt.

Deutsche Allgemeine Zeitung, Abend-Ausgabe, Berlin

Die Tagespresse beschäftigt sich, noch ganz unter dem Eindruck der überraschend schnellen Regierungsbildung, mit den inneren Widersprüchen und den Überlebenschancen des neuen Kabinetts.

Die zum Hugenberg-Konzern gehörende *Deutsche Allgemeine Zeitung*, setzt sich skeptisch mit den wirtschaftspolitischen Programmpunkten der Nationalsozialisten auseinander:

Die Lösung der Regierungskrise ist eine politische Lösung. Sie paart sich mit einem entsprechend der Zusammensetzung der neuen Regierung vielfältigen Zusammenprall von Praxis und Programm, den man ruhig die wirtschaftliche Problematik des neuen Kabinetts nennen kann. Das Programm des nationalen Sozialisten Hitler ist beladen mit unmöglichen Währungs-ideen, mit der Utopie von zinslosem Kredit und Kapital . . . und allen möglichen Verstaatlichungsplänen (. . .) Es wird sehr schwer sein, in diesen Dingen zwischen Wählerillusionen und Erkenntnis der harten Tatsachen das Notwendige zu finden und vor allem das Lebensgefährliche zu unterlassen, Taktik zu vereinen mit Mut, wobei der Mut nicht im Experiment liegt, sondern im Verzicht darauf. Es ist daher kein Wunder, dass die Wirtschaft den Handlungen des neuen Kabinetts mit einer gewissen Skepsis, ja mit Sorge entgegensteht (. . .) Die Wirtschaft steht im Aufmarsch einer neuen Konjunktur, bei uns und in der Welt: einer Konjunktur, die vielleicht bald stärker ist als jede wirtschaftspolitische Dummheit! . . . Deshalb liegt jede mögliche und sinnvolle Wirtschaftspolitik nicht im Experimentieren, sondern im Unterlassen.

Deutsche Allgemeine Zeitung, Morgen-Ausgabe, Berlin

Die liberale *Frankfurter Zeitung* warnt davor, die wirtschaftspolitischen Widersprüche der neuen Koalition zu überschätzen, sie würden von der möglicherweise lang anhaltenden propagandistischen Faszination des Regierungswechsels überdeckt. Nach wie vor ist das Blatt von der demokratischen Standfestigkeit der Mehrheit der Deutschen überzeugt:

Es braucht heute gar nicht untersucht zu werden, wie lange es dauern wird, bis die grundsätzlichen Widersprüche der Regierung auf wirtschaftlichem Gebiet (Hugenberg's privatwirtschaftliches Denken und die höchst unausgegorenen nationalsozialistischen planwirt-

schaftlichen Vorstellungen) zum Ausbruch kommen. Wir fürchten, es lässt sich lange mit Fackelzügen arbeiten.

Es ist eine hoffnungslose Verkennung unserer Nation, zu glauben, man könne ihr ein diktatorisches Regime aufzwingen. Die Vielfältigkeit des deutschen Volkes verlangt die Demokratie (. . .) Dass die wahre deutsche Volksgemeinschaft demokratisch ist, bezweifeln wir heute so wenig wie je.

Frankfurter Zeitung, 2. Morgenblatt

Der SPD-Reichstagsabgeordnete Karl Mierendorff erkennt die Gefahr, die von den propagandistischen Fähigkeiten der Nationalsozialisten ausgeht:

Die Millionen Menschen, die an Hitler glauben, erwarten jetzt Ungeheures von ihrem Führer. . . Er müsste Wunder verrichten, um diese Hoffnungen zu erfüllen. So wird er seine Anhängerscharen nach der alten Formel dadurch zu befriedigen versuchen, dass er ihnen «panem et circenses» bringt. Die Sorge fürs «Brot» obliegt in diesem Kabinett, wohlgermerkt, Hugenberg.

Desto intensiver werden sich seine nationalsozialistischen Kollegen um die andere Hälfte des Regierungsprogramms, um die «Spiele», bekümmern. Die Meisterschaft der nationalsozialistischen Bewegung auf diesem Gebiet steht ausser Frage, sie hat damit die Massen des unpolitischen Kleinbürgertums «politisiert» (. . .) Je weniger Brot, desto mehr Spiele, steht zu fürchten. Das ist die eigentliche Gefahr für Freiheit, Recht und Verfassung.

Sozialistische Monatshefte (parteiunabhängig), Berlin

Die Morgenausgaben räsonieren in ihren Kommentaren noch über die Gespräche des Zentrums mit der neuen Regierung:

Das Zentrum ist – gelinde gesagt – mit eisigem Misstrauen erfüllt und hat deshalb, ehe es sich festlegen will, einige Gretchen-Fragen Herrn Hitler vorgelegt (. . .)

Es will Herrn Hitler zunächst tolerieren in der Erwartung, dass er sich sehr rasch abnutzt, um ihm dann, wenn er sich verbraucht hat, ein Bein zu stellen. Auf diese Taktik aber wird sich der Kanzler nicht einlassen. Er will Zeit für die Arbeit haben, will also entweder sofort den Reichstag auflösen oder mindestens ein halbes Jahr gesichert sein, verlangt deshalb vom Zentrum, wenn es ihn jetzt toleriert, dass

es auch für die nächste Zukunft zusagen gibt. Das ist das eigentliche Kernproblem dieser Verhandlungen, wobei stimmungsmässig wohl zu sagen ist, dass Hitler den frischen Auftrieb . . . gern zu einer Auflösung und raschen Neuwahlen benutzen möchte.

Dortmunder Zeitung, Morgen-Ausgabe

Die Abendausgabe der *Vossischen* prophezeit der «Harzburger Front» bei Neuwahlen, die dem Blatt als endgültig gesicherte Tatsache noch nicht bekannt sind, nur geringe Chancen für eine absolute Mehrheit:

Was soll bei den Wahlen herauskommen? Nichts spricht für die Annahme, dass die Stimmung im Lande sich in den letzten Monaten grundlegend geändert habe. In dem für sie besten Fall können die beiden Harzburger Parteien höchstens darauf rechnen, ähnliche Erfolge zu erzielen wie am 31. Juli (. . .) Sie wollen die Entscheidung jetzt, weil sie glauben, dass sie heute noch blinde Gefolgschaft finden, die nur nach ihren Worten, nicht nach ihren Taten urteilt.

Vossische Zeitung, Abend-Ausgabe, Berlin

Zwei Tage nach der Ernennung Hitlers durch Hindenburg erinnert die KPD-Presse an die Rolle der SPD bei der Wiederwahl des Reichspräsidenten 1932.

SPD-Arbeiter, erinnert euch!

Sollmann [SPD-Vorsitzender in Köln, d. H.] am 12. März 1932 in der Messehalle Köln: «Morgen 20 Millionen Stimmen für Hindenburg bedeuten Arbeit für 1 Million Erwerbslose in Deutschland.» Die KPD erklärte: «Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler!» Sozialdemokratische, freigewerkschaftliche Arbeiter! Hindenburg wurde dank Sollmann und dank der SPD, zum Reichspräsidenten gewählt. Aber die Zahl der Erwerbslosen stieg ununterbrochen. Immer neue Massentlassungen vermehrten das Heer der Erwerbslosen und ein fortgesetzter Lohnraub vergrösserte das Elend der Kollegen, die noch Arbeit haben. Am 30. Januar hat Hindenburg Hitler zum Reichskanzler gemacht! Damit ist eingetroffen, was die Kommunistische Partei sagte: «Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler!» – und die Sozialdemokratie hat Hitler gewählt.

Sozialistische Republik (KPD), Köln

Berliner Börsenberichte

Die Erklärungen des neuen Kabinetts, keine aussenpolitische und keine Währungsexperimente zu machen, stimmten die gestrige Börse in sehr versöhnlichem Sinne. Aus der Übernahme mehrerer Minister in die neue Regierung folgerte die Kulissee, dass auch die neuen Männer den wirtschaftlichen Zwangsläufigkeiten werden Rechnung tragen müssen. Neben derartigen Überlegungen kamen dem Verkehr auch eine Reihe günstiger Nachrichten aus der Wirtschaft zugute. Das Perfektwerden des russischen Röhrenauftrages regte ebenso sehr an, wie die Belebung am französischen und belgischen Eisenmarkte.

*Völkischer Beobachter
(NSDAP), Berlin*

Die Spekulanten grüssen das Dritte Reich

Die Börsenjobber bringen dem neuen Herrn Reichskanzler Vertrauen entgegen. Die Börse ist fest. «Ein Volk im Freiheitsjubel», schreibt die Nazipresse. Einstweilen jubeln aber nur die Spekulanten und sonstigen kapitalistischen Interessenklüngel.

Was auf den Strassen gröhlt, sind nur ihre dummen Statisten.

Wir aber fragen: «Wann werden die Börsen geschlossen? Wann geht es den Bank- und Börsenfürsten ans Leder?»

Hitler ist an der Macht, – und die Börse ist zufrieden.

Das ist ja eine schöne Art «Drittes Reich»!

Rheinische Zeitung (SPD), Köln

Der Zechenverband kündigt Lohn- und Rahmentarif

Hoffnungen auf die neue Regierung.

Essen, 31. Jan. Erwartungsgemäss hat der Zechenverband zum Ende März den Rahmentarif gekündigt, um, wie offiziell erklärt wird, die Herabsetzung der Urlaubsvergütung auf 70 Prozent (die nur für das am 31. März ablaufende Urlaubsjahr gilt) auch für das neue Urlaubsjahr zu erhalten.

Zum gleichen Termin hat der Zechenverband aber auch die Lohnordnung gekündigt.

Man kann annehmen, dass die Umgestaltung der Reichsregierung nicht ohne Einfluss auf diesen Kündigungsbeschluss geblieben ist. Wir teilten bereits mit, dass in den letzten Tagen die Meinung über die Zweckmässigkeit einer gleichzeitigen Lohnkündigung im Kreise des Zweckverbandes nicht einheitlich gewesen sei. Offenbar beurteilt man nunmehr die Aussichten einer Befriedigung der Arbeitgeber in der angedeuteten Richtung günstiger. Dieser erste Arbeitskampf in einem wichtigen Tarifbezirk unter der neuen Reichsregierung wird wohl ein Prüfstein für die Einstellung der Reichsregierung in Fragen der Tarifgestaltung insbesondere der Verbindlichkeitserklärung sein.

*Frankfurter Zeitung,
Abendblatt/1. Morgen-Ausgabe*

3 Tote bei Zwischenfällen Velbert.

Nachdem bereits am Dienstagvormittag grössere Kommunistentrupps die Stadt unter Drohrufen durchzogen hatten, versuchten Kommunisten gegen 16 Uhr die auf dem Hause eines Nationalisten gehisste Hakenkreuzfahne herunterzuholen. Bei der schweren Schlägerei, die sich darauf entwickelte, wurde ein Kommunist durch einen Schlag getötet. Am Abend kam es zu weiteren Zusammenstössen. Um 19 Uhr versuchten die Kommunisten das SA-Heim in der Bahnhofstrasse zu stürmen. Sie gaben mehrere Schüsse ab, durch die jedoch niemand verletzt wurde. Die Polizei war nur schwach vertreten, da eine grössere Anzahl Beamter nach Wuppertal gezogen worden war. Als die Lage immer bedrohlicher wurde, eilte SA und SS der Polizei auf deren Bitte hin zur Hilfe. Auf Seiten der Nationalsozialisten gab es bei dem Zusammenstoss zwei Verletzte durch Messerstiche. Eine halbe Stunde später wurden in der Poststrasse wiederum einige SA-Leute angegriffen, die darauf von der Schusswaffe Gebrauch machten.

In Duisburg-Hamborn wurde ein Nationalsozialist von politischen Gegnern niedergeschlagen.

Mors. Aus Anlass der Kabinettsumbildung veranstaltete die NSDAP gemeinschaftlich mit dem Stahlhelm am Dienstagabend einen grossen Fackelzug. Der Umzug verlief ohne Zwischenfall, bis es in der Höhe der E-Strasse zu einem schweren Feuerüberfall durch Anhänger der KPD kam. Aus Gärten und Hecken fielen

etwa 60 Schüsse, wodurch mehrere Teilnehmer zum Teil schwer verletzt wurden. Im Anschluss an die Kundgebung wurden die Schaufensterscheiben der Geschäftsstelle der NSDAP zertrümmert. Die Täter und Heckenschützen konnten in der Dunkelheit entkommen (...)

Zittau. Am Dienstagabend wurde der Zeitungsagent der nationalsozialistischen Oberlausitzer Frühpost, Heinrich Schmilzer, in einem dunklen Gässchen mit einem linksseitigen Kopfschuss tot aufgefunden. Die Aktentasche des Toten lag aufgerissen neben ihm. Er hatte am Abend Abonnementsgelder eingekassiert.

Breslau. Im Anschluss an eine kommunistische Kundgebung am Dienstag versuchten die Kommunisten, mehrere Demonstrationzüge zu bilden, die von der Polizei aufgelöst wurden. An einer Stelle leisteten die Demonstranten der Polizei Widerstand. Es sollen gegen die Polizei auch Schüsse gefallen sein, so dass diese von der Schusswaffe Gebrauch machte. Es wurde eine Person getötet, und zwar, wie Zeugen behaupten, durch Schüsse, die nicht von der Polizei kamen; zwei Personen sind schwer verletzt. Weitere kommunistische Demonstrationen wurden verboten (...)

Zeitungsverbote

Düsseldorf. Die kommunistische «Freiheit» wurde wegen Aufforderung zum Massenstreik auf vier Wochen verboten; der Beschlagnahme verfielen das Ruhr-Echo, Essen, und die «Sächsische Arbeiterzeitung», Leipzig.

Mühlheimer Zeitung

Wie Sturmführer Maikowski im Kugelregen der roten Mörder fiel

Es ging alles ziemlich schnell (. . .)

Der Zug, der begeistert seine Kampflieder sang, wurde von nur einem Schutzpolizisten begleitet. Nachdem das Lokal Wallstrasse 99 «Zum gemütlichen Volkshaus», eine ehemalige Kommunistenkneipe, ruhig passiert war, stürzten plötzlich einige Häuser weiter aus dem kommunistischen Lokal Wallstrasse 96 «Zum Hirsch» eine Horde Weiber auf die Strasse und fingen an, die marschierende SA zu beschimpfen und zu bespeien.

Kurz darauf, als die Krumme Strasse überquert war, zog von hinten urplötzlich eine unübersichtbare kommunistische Meute heran, die sich bisher in den Häusern verborgen hatte und dann fielen zu gleicher Zeit aus allen Ecken und Enden, aus den Fenstern von den Dächern und aus Kellerluken Schüsse.

Hans Maikowski war beim Heraufziehen der Gefahr sofort an den Schluss des Zuges geeilt und versuchte in Gemeinschaft mit dem mutigen Polizeioberwachmeister Zauritz, die Horde abzuwehren, während seine SA im Sturmschritt Deckung suchte. Leider kam der Polizeioberwachmeister nicht mehr zum Feuern.

Wie die Kommunisten sahen, dass der Polizist, von einem Schuss getroffen, umsank, stürzten sie auf ihn zu, wanden ihm die Pistole aus den Fäusten und schlugen ihn dann buchstäblich tot. Im gleichen Augenblick hatte Maikowski, der sich noch um den bedrängten Polizisten bemühte, seine Schüsse weg. Die

Hände vor den Leib gepresst konnte er noch 100 Meter weit laufen, dann sank er seinen Kameraden mit dem Ruf! «Schnell ins Krankenhaus! Ich glaube, ich bin erledigt», in die Arme.

Völkischer Beobachter, Berlin

Kommunistische Demonstration

Die Kommunisten veranstalteten am Dienstag auf dem Börsenplatz eine Kundgebung gegen die Hitler-Regierung. Anschliessend wurde ein Zug gebildet, an dem etwa 2'000 Menschen teilnahmen und der über Kaiserstrasse, Hauptbahnhof, Wilhelmsbrücke nach dem Hippodrom marschierte, wo eine Versammlung stattfand. An der Hauptwache wurde von der Polizei ein Plakat beschlagnahmt, dass zum Massenstreik aufforderte. Gegen 9 Uhr kam es zu Zwischenfällen am Kaiserplatz, da die Polizei noch weitere Plakate beschlagnahmte. Die Polizei musste hier mit dem Gummiknüppel vorgehen, zum Teil auch gegen protestierende Zuschauer. Eine Anzahl Personen wurde zwangsgestellt.

Frankfurter Zeitung, 2. Morgenblatt

Klapperstorch in der Strassenbahn

In Freiburg i. Br. wurde eine Frau in der Strassenbahn vom Klapperstorch überrascht. Während die Fahrgäste – und auch der Vater des Kindes – fluchtartig den Wagen verliessen, leistete der geistesgegenwärtige Schaffner Mutter und Kind die notwendige Hilfe und sorgte dann dafür, dass die Wöchnerin und das Neugeborene in die Klinik gebracht wurden.

Vossische Zeitung, Abend-Ausgabe, Berlin

Luther und die Politik

In der Reihe der Vorträge, die die Berliner Luthergesellschaft zur Einführung in die Gedankenwelt des deutschen Reformators veranstaltet, sprach der bekannte Göttinger Theologe Emanuel Hirsch in der Dreifaltigkeitskirche über das Thema «Luther und die Politik»

(•••)

Wichtiger als dieser historische Exkurs war der Versuch des Redners, die lutherischen Gedanken über Staat und Volk für die politische Wirklichkeit von heute fruchtbar zu machen. Deshalb wandte er sich gegen die Verfälschung Luthers durch ein missverständenes humanistisches und ein idealistisches Luthertum. Darüber hinaus forderte er Weiterbildung der lutherischen Staatslehre. Es gelte, stärker als der Reformator es getan habe, für die staatliche Gewalt Grenzen aufzurichten, wenn auch in Zukunft die staatliche Machtsphäre noch weit schärfer in das Leben des einzelnen eingreifen werde, so könne man das nur in der Erkenntnis ertragen, dass dieser Eingriff zur Erhaltung der staatlichen Substanz notwendig sei

(•••)

Der Redner schloss mit einer Mahnung an die deutsche Freiheitsbewegung, deren Recht er rückhaltlos anerkannte, die aber in Gefahr stehe, in falscher Überheblichkeit die nüchterne Wahrheit zu verkennen, dass auch das reinste nationale Wollen unter der Unvollkommenheit und Zwiespältigkeit alles Menschlichen stehe.

Deutsche Allgemeine Zeitung, Abend-Ausgabe

Theater-Skandal in Elbing

In Elbing ereignete sich am Montagabend ein Theaterskandal wie ihn die Stadt noch nicht erlebt hat... Es sollte die Reichswehrkomödie «Krach um Leutnant Blumenthal» von dem Eibinger Autor Alfred Herzog aufgeführt werden. In dem Stück wird die Ehre der Reichswehr und des deutschen Volkes herabgewürdigt. Das Theaterpublikum setzte sich zur Wehr und behinderte die Aufführung. Als der Verfasser zu Beginn des Stückes vor dem Vorhang erschien, wurde er mit ohrenbetäubendem Pfeifen und Johlen empfangen.

Der nationalsozialistische Gau-Organisationsleiter Dargel verschaffte sich Gehör und erklärte, es sei ein Schandstück, das die Reichswehr herabwürdigte. Als die Polizei ihn am Reden hindern wollte, erklärte er weiter, dass die Polizei die Ehre der Reichswehr in den Schmutz ziehe, wenn sie diese Aufführung zulasse. Auch vor dem Theater erhob sich ein wilder Tumult. Die Menge zerstreute sich erst, als die Theaterleitung das Versprechen gab, dass das Stück nicht aufgeführt würde.

Danziger Neueste Nachrichten

Kölner Ballade*Von Johannes R. Becher*

Und es geschah in Köln am Rhein
 - und zwar in einem Bankhaus Stein –

Da traf Herr Hitler sich – mit wem?
 Mit einem Herrn von dem «System».

Ihr glaubt es nicht?!

- Die Pressestelle
 Der Nazis, die in solchen Fällen

Die allertollsten Lügen dreht,
 Ist diesmal kleinlaut und gesteht.
 Jawohl, in Köln bei einem «Freund»

- das Bankhaus ist damit gemeint –
 Traf Hitler ganz zufälligerweise

Den Herrn von Papen auf der Reise.
 Da staunst du wohl?! Wie war's

vordem?

War Papen denn nicht «Das System»,
 Das man bis auf das «Blut» bekämpft?

Der Trommler Hitler schlägt gedämpft
 Auf seine Trommel; ja er hört

Zu trommeln auf, da es ihn stört.

Der gute Trommler braucht Kredit,
 Das Volk geht einfach nicht mehr mit.

Drum trifft er sich mit seinem «Feind»

- es war ja nie so schlimm gemeint –

Ein Bankhaus ist der richtige Ort

- die Zinsknechtschaft bricht er gleich
 dort –

Und Hitler hat beinah geflennt:

«So gehn Sie doch zum Präsident,
 Vielleicht, dass er es doch noch schafft.

Ich brauche jetzt die Kanzlerschaft!

Erfüllen Sie mir diese Bitt'!

Erschöpft – Sie seh'n – ist mein Kredit.

Ich nehm' zurück die «feinen Leute».

Was gestern galt, das gilt nicht heute.

Aus «Meinem Kampf» kann ich's

beweisen,

Man muss das Volk mit Lügen speisen

...»

Der Hitler sprach's beim Stelldichein

In Köln am Rhein

Im Bankhaus Stein.

Nur weiter so. Es wird gestellt

Auf Schritt und Tritt. Die Maske

fällt.

Sozialistische Republik (KPD), Köln

Faust II – dreifach besetzt

Der riesige Erfolg der Aufführungen
 von «Faust II» im Staatlichen

Schauspielhaus hat die Generalintendanz
 und den Regisseur Gustav

Lindemann bewogen, um gegen alle
 Zufälle gerüstet zu sein, die Hauptrollen

dreifach zu besetzen. Bekanntlich spielen
 bis zum 6. Februar

Werner Krauss und Gustav Gründgens
 den Faust und den Mephisto.

... Endlich wird am Staatstheater
 ein Erfolg wirklich organisiert. Nur

so kann man den grössten Erfolg der
 Berliner Theatersaison und des Staatstheaters

seit Jahren ausnutzen.

Berliner Börsen-Courier,

Abend-Ausgabe

Die erste «Bräute-Schule»

Deutschland besitzt in Eisenach die erste Bräute-Hochschule der Welt. In unserer Zeit der Frauenarbeit hat diese Schule eine grosse Berechtigung, denn unsere jungen Mädchen, die am Tage über in Büros, Werkstätten, Gymnasien und Hochschulen arbeiten, haben keine Zeit, sich für den zukünftigen Beruf als Gattin und Mutter auszubilden. So treten sie heute vielfach ahnungslos in die Ehe, und von ihrem Wirken berichten dann die Witzblätter. Die Bräute-Schule will diesem Mangel abhelfen. Sie hat einen ganz festen Unterrichtsplan, durch den die jungen Mädchen befähigt werden sollen, sich auch in den schwierigsten Fragen als Frauen und Mütter zu bewähren. In der Schule werden darum nur richtige Bräute aufgenommen. In erster Linie müssen sie lernen, den Mann richtig zu behandeln, sein Äusseres zu pflegen und für die kleinen Erfordernisse des Lebens zu sorgen. Dazu dient eine Übungsgruppe, die elegant als Mann angezogen ist und den Mädchen Gelegenheit gibt, sich eingehend mit der Garderobe des zukünftigen Ehemannes zu befassen. Sie sehen daran, wie eine Hose und eine Jacke sitzen muss, wie Kragen und Schlips aussehen müssen, welche Stiefel der Mann zu bestimmten Anzügen tragen muss, kurz, all die Kleinigkeiten, die ein Mann sehr oft vernachlässigt, die aber zum guten Aussehen notwendig sind (. . .)

Die richtige Behandlung des zukünftigen Gatten erfordert aber auch eingehende Kenntnis der Magenfrage. Hier lernt die Frau die Lieblingsgerichte für den zukünftigen Mann kochen (. . .) Auch die seelische Behandlung des Mannes wird hier gelehrt. Wie die Frau schon am frühen Morgen den Mann mit guter Laune begrüssen soll, wie sie ihm das Leben angenehm macht, wenn er von der Arbeit nach Hause zurückkehrt, kurz, wie sie ihn ans Haus fesselt, das wird hier alles gezeigt. Es ist bloss zu befürchten, dass nicht alle Männer gleich sind und auf diese Behandlung durch gute Laune reagieren. Trotzdem ist es richtig, dass die Bräute dies lernen, denn 99 Prozent aller Männer sind für ein freundliches Wort, für einen schön gedeckten Tisch und für andere kleine Aufmerksamkeiten dankbar und erkenntlich. Selbstverständlich ist auch die Pflege der Kinder und Kranken ein Unterrichtsfach. Auch die richtige Behandlung der Wäsche wird gelehrt und der Umgang mit Verwandten, der nicht leicht sein soll. Dazu gehört in erster Reihe die Art, wie man die Schwiegermutter behandeln muss.

Darmstädter Tagblatt

BALL der Kammerspiele

Heute Mittwoch, den 1. Februar

Vom
Tanz-Teufel
geholt!

Ununterbrochene Tanzfolge / 4 Kapellen

Kabarett der Schauspieler:

Fritz Brand · Otto Brüggemann / Will
Dohm / Veleska Gert a. G. / Carl
Theodor Glock / Marianne Hoppe
Peter Krauder a. G. / Ludwig Schmitz
Hugo Schrader / Max Schreck
Edith Schultze-Westrum

Ungewöhnlich wertvolle Tombola - Gewinne

Bierstüberl / Billigste Restaurationspreise

Weine von Mk. 2.— an

Eintritt Mk. 4.—, Kategoriekarte Mk. 2.50

in sämtlichen Räumen des Hotels

Vier Jahreszeiten

m
BAHNHOF
LICHTSPIELE
Schriftsatz · Tel. 3.2000



MARLENE
DIETRICH

Die
blonde
Venus

Magazin
4.10 6.70 8.20
Sonntags ab 1 U
97-0244

Ged. H. Jett
nur Sonnabende und
Sonntage in Bül-
den, auch laubere
betagl. Stimmer
In gen. G. W. W.
L. A. B. K. 0000 an A.
St. A. B. K. 0000 an A.

Ein deutscher Begeiff:

Trommler 3¹/₃

Genußreich bis zum letzten Zug

Genießen Sie
das Aroma

DONNERSTAG, 2. FEBRUAR 1933

Aufräumen beginnt

Abrechnung mit dem Marxismus

Bremer nationalsozialistische Zeitung

Der Reichstag ist aufgelöst

Neuwahl am 5. März

Ein Aufruf der Reichsregierung

Vossische Zeitung, Morgen-Ausgabe

Die Reichstagsauflösung vollzogen

Das Volk soll selbst zu der Regierung des nationalen Zusammenschlusses Stellung nehmen

Deutsche Allgemeine Zeitung, Morgen-Ausgabe

Hitlers Angst vor dem Reichstag

Er will durch Faschingswahlen eine andere Zusammensetzung

Fränkische Tagespost (SPD)

Sturm über Deutschland!

Gewaltige Kampfdemonstrationen in ganz Deutschland

Neue Arbeiter-Zeitung (KPD)

Einheitsfront der Tat siegt!

Reichstag auseinandergejagt

Sozialistische Republik (KPD)

«Die Stunde der Niederbrechung des Terrors kommt!»

Der Angriff (NSDAP)

SPD-Kundgebungen verboten

Programmberatung der Regierung
Polizeiaktion gegen KPD

Vossische Zeitung, Abend-Ausgabe

Scharfes Vorgehen gegen die Kommunisten

Berliner Börsen-Courier, Abend-Ausgabe

Die Auflösungsverordnung

«Nachdem der Reichskanzler und der Reichsvizekanzler dem Herrn Reichspräsidenten über die Verhandlungen mit dem Zentrum heute vormittag Bericht erstattet haben, hat der Reichspräsident folgende vom heutigen Tag datierte Verordnung über die Auflösung des Reichstags erlassen:

Nachdem sich die Bildung einer arbeitsfähigen Mehrheit als nicht möglich herausgestellt hat, löse ich auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung den Reichstag auf, damit das deutsche Volk durch Wahl eines neuen Reichstages zu der Neubildung der Regierung des nationalen Zusammenschlusses Stellung nimmt.

Berlin, den 1. Februar 1933

(Unterschriften).»

Dortmunder Zeitung, Morgen-Ausgabe

Der Reichspräsident hat inzwischen auf Vorschlag des Reichskanzlers den bisherigen Reichsjustizminister Dr. Gürtner in seinem Amt bestätigt und damit die letzte Lücke im Kabinett geschlossen. Man will auch aus dieser Tatsache herauslesen, dass das Kabinett auf weitere Verhandlungen mit dem Zentrum offenbar keinen Wert mehr legt.

Germania (zentrumnah), Berlin

Der Wahlaufuf [siehe Dokument 5 S. 198]

Die Abendsitzung des Reichskabinetts galt der Beschlussfassung über den Wahlaufuf der Reichsregierung, den der Reichskanzler vorlegte. Er ist, wie offiziös mitgeteilt wird, von sämtlichen Reichsministern vollinhaltlich gebilligt worden. Die Minister sollen sogar ausdrücklich Wert darauf gelegt haben, dass der Aufuf die Unterschriften des gesamten Ministeriums trägt.

Frankfurter Zeitung, 2. Morgenblatt

Drei SS-Männer, ein SA-Mann und ein Parteigenosse von Marxisten ermordet!

In Homberg, Lübeck und Zittau fielen fünf Kameraden dem Blut^terror der vereinigten Sozialdemokraten und Kommunisten zum Opfer. Meist kamen sie, Jubel im Herzen, zu neuem Kampfe entflammt, von den Feiern der siegreichen Bewegung, um kurz darauf ihr begeistertes Kämpfer-Bekenntnis mit dem Leben zu bezahlen. 12 Tote allein in diesem Jahr! Deutschland erwake!

Völkischer Beobachter (NSDAP), Berlin

Osthilfeakten wieder unter Verschluss

Mit der Auflösung des Reichstags hat auch die Tätigkeit aller Reichstagsausschüsse . . . aufgehört. Infolgedessen hat, wie man erfährt, der Reichskommissar für die Osthilfe die Akten über die Osthilfe gestern abend zurückgenommen.

Vossische Zeitung, Abend-Ausgabe, Berlin

Regierungsprogramm demnächst

Der gestrige Aufruf der Reichsregierung ist in einigen Zeitungen dahin kritisiert worden, dass in dem Aufruf kein positives Programm enthalten sei. Von zuständiger Seite wird dazu erklärt, dass es sich lediglich um einen Aufruf an die Bevölkerung gehandelt habe und dass die Regierung ihr Programm in nächster Zeit bekanntgeben werde.

Berliner Börsen-Courier, Abend-Ausgabe

Die neue Regierung und die deutschen Juden

Das Präsidium des Centralvereins hat am 30. Januar nach der Ernennung des Kabinetts Hitler folgende Erklärung der Öffentlichkeit übergeben:

Wir stehen einem Ministerium, in dem Nationalsozialisten massgebendste Stellungen einnehmen, selbstverständlich mit grösstem Misstrauen gegenüber, wenn und auch bei der gegebenen Lage nichts anderes übrig bleibt, als seine Taten abzuwarten. Wir sehen als den ruhenden Pol in der Erscheinungen Flucht den Herrn Reichspräsidenten an, zu dessen Gerechtigkeitssinn und Verfassungstreue wir Vertrauen haben. Aber auch abgesehen davon sind wir überzeugt, dass niemand es wagen wird, unsere verfassungsmässigen Rechte anzutasten. Jeder nachteilige Versuch wird uns in entschiedener Abwehr auf dem Posten finden.

Im übrigen gilt heute ganz besonders die Parole: Ruhig abwarten!

CV-Zeitung. Blätter für Deutschum und Judentum, Berlin

Dreimal täglich Hitler

Es wird amtlich mitgeteilt, dass der Aufruf der Reichsregierung heute um 14 Uhr, 19.30 Uhr und 22.20 Uhr über alle deutschen Sender wiederholt wird.

Vossische Zeitung, Abend-Ausgabe, Berlin

Ist wieder alles offen?

Das beherrschende Thema des Tages ist die überraschende Auflösung des Reichstags. Die Leitartikel beschäftigen sich mit den Hintergründen dieser Entscheidung und mit den Wahlchancen der Koalition. Die dem Zentrum nahestehende *Germania* kommentiert irritiert, scheinbar ironisch:

Vorige Woche bezeichnete die Rechtspresse Neuwahlen noch für unerträglich für die deutsche Wirtschaft, weil nämlich Neuwahlen unter Schleicher zur Debatte standen. Diese Woche sind für dieselben Leute Neuwahlen die «ultima ratio» des Herrn Hugenberg! Die Meinungen ändern sich fast noch schneller als die Kabinette! Wir finden diese Beweglichkeit erstaunlich.

Germania, Berlin

Joseph Goebbels verknüpft im *Angriff* seinen Kommentar unter der Überschrift «Das grosse Wunder» mit einer Attacke gegen den Parlamentarismus:

Nur ganz grosse Massnahmen können Deutschland noch retten. Die Männer, die diese Massnahmen zu vollziehen haben, müssen Mut und Kühnheit besitzen, sie bedürfen des Vertrauens des Volkes, man darf sie beim Aufbau nicht behindern, es ist notwendig, dass man ihnen das Feld freigibt (. . .)

Der gegenwärtige Reichstag ist dieser grossen und entscheidenden Situation nicht gewachsen. Er ist hervorgegangen aus den Krisen und Wirren des November 1932. Seitdem hat sich die Lage grundlegend geändert, neue Tatsachen sind vollzogen worden und damit neue Notwendigkeiten herangereift. Dieser Reichstag ist auch, wie es scheint, nicht gewillt, der Reichsregierung freie Hand zu geben . . . Er glaubt wohl, durch parlamentarische Tricks und Sabotageversuche dem Kabinett Schwierigkeiten bereiten und damit die nationale Arbeit lähmen zu können. Das muss verhindert werden (. . .) Die neue Reichsregierung wird schon die Mittel und Wege finden, damit dieser neue Wahlkampf dem deutschen Volk keinen Schaden bringt. Er wird so kurz wie möglich sein. Vermutlich ist er für lange Zeit der letzte.

Der Angriff (NSDAP), Berlin

Im Hinblick auf die Wahlchancen des eigenen Lagers im Vergleich zu den Nationalsozialisten ist die deutschnationale Presse von der Entscheidung weniger überzeugt.

Mit gelindem Grausen wird das deutsche Volk die sensationelle Kunde vernommen haben: Schon wieder Auflösung, schon wieder Neuwahl! (. . .)

Zahlenmässig umfassen die Gruppen, die als Unterstützung der Regierung Hitler-Hugenberg-Seldte betrachtet werden können, zur Zeit etwa 42 Prozent der Reichstagsmandate. Es müssten also acht bis zehn Prozent dazugewonnen werden, um die absolute Mehrheit zu erzielen. Der Versuch, dies auf dem Wege der Auflösung zu erreichen, ist zwar streng legal und verfassungsmässig, aber er enthält doch auch starke Gefahren. Man kann sich denken, dass vor allem die bürgerlichen Minister dem Beschluss zur Auflösung nur mit sehr schweren Bedenken zugestimmt haben. Der Wahlkampf wird sich von allen früheren in seinen Parolen wie in seiner äusseren Aufmachung schon allein dadurch unterscheiden, dass die Nationalsozialisten, diese Meister der Propaganda, zum ersten Mal in der Regierung sitzen und damit auf vielen Instrumenten spielen können, über die sie bisher nicht verfügten.

Deutsche Allgemeine Zeitung, Morgen-Ausgabe, Berlin

Die Sozialdemokratische *Volksstimme* spricht sich und ihren Lesern in der Wahlprognose Mut zu:

Das Ziel der Harzburger Regierung ist eine Mehrheit ohne Zentrum. Dies Ziel ist aber nur zu erreichen, wenn die Schwarzweissroten seit 6. November mindestens 2,5 Millionen Stimmen gewinnen. Das gibt es nicht! Und wenn die Regierung nicht nur wie am Donnerstag die Rundfunkrede Hitlers dreimal auf Schallplatten wiederholen lässt, sondern bis zum Wahltag täglich 30- oder 300mal, vorwärts und rückwärts, in Zeitlupe und Galopp, es wird nicht helfen. An der ehernen Tatsache der Festigkeit des Wählerstamms der proletarischen und katholischen Parteien wird der Ansturm der neuen Naziwelle zerschellen.

Volksstimme (SPD), Frankfurt

Kapitalistischer Wahnsinn

Aus Karlsruhe in Baden wird uns berichtet, dass im Karlsruher Rheinhafen in diesen Tagen 10'000 Tonnen Roggen für die menschliche Ernährung durch Vermischung von Eosin-Farbstoff ungeniessbar gemacht wurden. Dieser Roggen kann nur noch für Viehfutter Verwendung finden.

Zu gleicher Zeit wird aus Frankfurt am Main gemeldet, dass die Aktien-Zucker-Fabrik in Wetterau 8'000 Zentner Zucker vernichtet und 15'000 Zentner Zuckerrüben zu Trockenschnitzel verarbeitet hat. Unter Zusatz von Salz werden diese Schnitzel als Viehfutter verwendet und mit 3,5 Pfennig pro Pfund verkauft. Der gewöhnliche Zucker jedoch muss mit 40 Pfennig bezahlt werden, da die Millionen der Erwerbslosen sich diesen Luxus nicht leisten können, wird Viehzucker aus den Rüben gemacht.

Der Arbeitslose, Nr. 6 Köln

Vom Markt

Mildes Winterwetter begünstigte das Marktgetriebe. Die Butterpreise hielten sich auf demselben Stand wie am Sonnabend voriger Woche. Dagegen zeigten die Eierpreise, die längere Zeit ziemlich stabil waren, fallende Tendenz. Infolge der ungünstigen Eisverhältnisse auf dem Haff waren die Zufuhren an Fischen auf dem Fischmarkt mehrere Wochen hindurch recht gering. Die Verhältnisse in der Haffischerei haben sich inzwischen anscheinend ganz bedeutend gebessert: neben Dorschen waren heute recht viel Haffische, insbesondere grosse Stint, zu haben.

Butter kostete 1,60 – 1,80 je Pfund und Eier 17-18 Cent das Stück. Geschlachtetes Geflügel war wenig am Markt. Auf dem Fischmarkt kosteten Dorsche 35 Cent, Quappen 70 Cent, Grosse Stinte 35 Cent, Bierfische 70 Cent, Zander 1,20 Lit., Hechte 1 Lit. und Barse 60 Cent.

Memeler Dampfboot

Nicht betteln – sondern fordern!

Leichlingen. Ein gutes Beispiel, wie die Arbeiterschaft mit den Organen der herrschenden Gesellschaft «Umgang» pflegen muss, gaben die Frauen in den Leichlinger Baracken an der Opladener Strasse. Um nicht in ihren Elendslöchern frierend zu krepieren, haben sich die Frauen zusammgefunden und gingen zum Wohlfahrtsamt und forderten Kohlenscheine. Der Dezernent brauchte allerlei Ausflüchte, er könnte das nicht und «er überschreite seine Befugnisse» und dergleichen mehr.

Die Frauen sollten warten, bis der Beigeordnete, der die Vertretung des kranken Bürgermeisters ausübt, erscheine.

Da dieses zu lange dauerte, gingen die Frauen in die Wohnung desselben und machten dort ihre Forderung auf Kohlen geltend. Hierbei setzten sie eine Frist fest, bis wann die Kohlenscheine in den Familien sein sollten, andernfalls die Frauen nicht versäumen würden, wiederzukommen.

Und siehe, der Amtsschimmel konnte sogar einmal Galopp springen, denn zu der angesetzten Zeit waren die Familien der Baracken im Besitze von Kohlenscheinen.

Der Arbeitslose, Nr. 6, Köln



Arbeitslose beim Gemeindevorstand von Deesbach/Thüringen, der Bettelscheine ausstellt.

Arbeitslose vor einer Suppenküche.



Blutspuren des Faschismus

In Reichenbach (Eulengebirge), einem Nazizentrum Schlesiens, drohte der Nazikreisleiter Teuschert in einer Versammlung: Hitler werde mit den Halunken, die Deutschland in 14 Jahren an den Abgrund gebracht haben, restlos aufräumen. Wer doch noch «Heil Moskau!» rufe, der werde erschlagen. Adolf Hitler werde die Arbeitslosigkeit beseitigen und Deutschland davon überzeugen, dass er das Heil ist, und die sich dann noch nicht überzeugen lassen, werden am Galgen baumeln.

In Peine schoss ein SA-Mann mit einem Revolver in eine Menschenmenge und verletzte drei Arbeiter, von denen einer einen schweren Unterleibsschuss und die beiden anderen Beinschüsse erhielten. Sie mussten dem Krankenhaus zugeführt werden. Der Kamerad Hitlers wurde verhaftet.

Der von den Nazis angegriffene sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Leber-Lübeck ist am Mittwochabend im Zusammenhang mit dem in der vorausgegangenen Nacht erfolgten Zusammenstoß zwischen Leber und Nationalsozialisten verhaftet worden. Die Verhaftung erfolgte, weil Leber seine Begleiter während des Zusammenstoßes angeblich aufgefördert hat, «Stecht zu!»

*Fränkische Tagespost (SPD),
Nürnberg*

Proteststreik in Lübeck

Die Arbeiterschaft beschloss heute vormittag zunächst einen 24stündigen Proteststreik gegen die Festnahme von Dr. Leber, wodurch eine

Reihe von Betrieben, darunter auch die Lübecker Maschinenfabrik, vollständig stillgelegt sind. Auf die städtischen Betriebe hat sich der Proteststreik nicht ausgedehnt. Starke Kolonnen zogen vor das Parteigebäude der SPD in der Johannisstrasse und forderten einen eingreifenden Beschluss von der Parteileitung beziehungsweise von den Gewerkschaften.

Obwohl vom Senat ein Verbot von Demonstrationen und Kundgebungen unter freiem Himmel erlassen worden ist, wurde für heute abend eine Massenprotestkundgebung angesetzt. Das Strassenbild ist ausserordentlich unruhig. Starke Truppen von Anhängern der Eisernen Front ziehen durch die Strassen und verlangen stürmisch die Freilassung ihres Abgeordneten.

*Vossische Zeitung,
Abend-Ausgabe, Berlin*

30'000 am Grabe der erschossenen Arbeiter in Dresden

Dresden, 1. Februar 1933. Gestern wurden die von der Polizei ermordeten Arbeiter zu Grabe getragen. Ihre Beisetzung gestaltete sich zu einem gewaltigen Kampfaufmarsch. Über 30'000 Arbeiter gaben den ermordeten Kameraden das letzte Geleit. 2*6 Stunden dauerte der Vorbeimarsch. Die Beerdigung der Opfer des Feuerüberfalles der Polizei war zugleich eine Kampfansage gegen die Hitler-Diktatur. An der Kundgebung beteiligten sich viele sozialdemokratische Arbeiter, Mitglieder der Eisernen Front.

*Neue Arbeiter-Zeitung (KPD),
Hannover*

Bayerische Nachrichten

Sollhofen, 30. Jan. Wie überall die Kunde von der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler mit Freude und Begeisterung aufgenommen wurde, so auch hier. Sofort stiegen an beiden Parteilokalen die Hakenkreuzfahnen in die Höhe. Nach eingetretener Dunkelheit marschierte der Sturm 15/8 unter Fackelschein durchs Dorf. Alte Soldatenlieder und die Kampflieder der SA ertönten in die Nacht. Überall begeisterte Zuschauer und begeisterte Zurufe. Am alten Kettenbrunnen wies der Ortsgruppenleiter in kurzen Worten auf die Bedeutung des Tages hin. Deutschland ist an einem Wendepunkt angelangt. Das nationale Deutschland tritt ans Steuer des Staatsschiffes. Bedeutende Männer sind Mitarbeiter des neuen Reichskanzlers. Für uns gibt es kein Rasten, wir müssen jetzt Schulter an Schulter mit unserm Führer weiterkämpfen um die Freiheit des deutschen Volkes. Mit einem 3fachen Heil auf den neuen Reichskanzler, dem Horst-Wessel- und dem Deutschlandlied schloss diese Kundgebung. Fast alle Anwesenden schlossen sich dem Sturm an und ein mächtiger Zug marschierte nun durch das weitere Dorf.

In *Abenberg* half ein Schäfer auf Verlangen einem Abenberger beim Herunterreissen eines starken Astes. Das Kommando «Hopp» verstand der Hund des Schäfers falsch und packte den anderen derart am Kragen, dass ihn nur die wegen der Kälte getragenen zwei Joppen vor schweren Verletzungen retten konnten.

Uffenheim, 31. Jan. Unter grosser Beteiligung wurde am vergangenen Samstag ein Veteran der Lehrerschaft unseres Bezirkes, Herr Friedrich Dümmler, Hauptlehrer ausser Dienst und Ehrenbürger der Stadt Uffenheim, zur letzten Ruhe bestattet. Der Heimgegangene erreichte ein Alter von 83 Jahren und 7 Monaten. Vom Jahre 1874 bis 1920 war er in vorbildlicher Weise an der hiesigen Volkshauptschule und am Progymnasium tätig. In tiefempfundnen Worten schilderte Dekan Müller den Verstorbenen als einen treuen Arbeiter im Weinberge Gottes. Der Bezirkslehrerverein, dem er jederzeit grosses Interesse entgegenbrachte, liess einen Kranz am Grabe niederlegen und verschönerte die Trauerfeier durch einen Männerchor. Namens der Stadtgemeinde, die ihn in Anerkennung seiner grossen Verdienste um die Erziehung der Jugend und um die Verschönerung der Stadt im Jahre 1819 zu ihrem Ehrenbürger ernannte, widmete deren 1. Bürgermeister und Gewerberat Konrad Mantel dem Dahingeschiedenen unter Niederlegung eines Kranzes einen ehrenvollen Nachruf (. . .) Der Verein, bei dem er bis in die letzten Jahre noch eifriger Sänger war, widmete dem Dahingeschiedenen das letzte Lied: «Über den Sternen, da wird es einst tagen». Dem Verstorbenen ging bereits im Jahre 1903 seine Gattin in die himmlische Heimat voraus; der Weltkrieg legte ihm auch ein schweres Opfer auf: zwei Söhne fanden den Tod fürs Vaterland.

Uffenheimer Wochenblatt

Wo sitzt die Seele?

Das möchten seit alten Zeiten alle Gelehrten wissen, die sich überhaupt mit Seelenfragen befassen – aber keiner hat den Sitz ausfindig gemacht, so genaue und ausführliche Systeme darüber auch aufgestellt wurden. Professor L. R. Müller, der Direktor der Inneren Klinik in Erlangen, hat in einer neuen Arbeit «Die Einteilung des Nervensystems nach seinen Leistungen» (Verlag Georg Thieme, Leipzig, 74 S.) die Frage wieder untersucht. Beim Menschen wird als Seele angesprochen, was das Nervensystem als Ganzes beherrscht. Es ist nicht möglich, sie auf einen Teil des Zentralnervensystems zu lokalisieren. Aber es ist möglich, gewisse seelische Vorgänge örtlich zu bestimmten Gegenden des Nervensystems in Zusammenhang zu bringen.

So wird, wie L. R. Müller feststellt, das Gedächtnis, das Erkennen und das Handeln in der Rinde des Grosshirns anzunehmen sein. Die Gedankenwelt beschränkt sich höchstwahrscheinlich auf den Mantel des Grosshirns. Das menschliche Gehirn zeichnet sich vor dem Gehirn aller Tiere durch die mächtige Entwicklung des Stirnhirns aus; man nimmt an, dass dort die Aufmerksamkeit und die Zielstrebigkeit der geistigen Tätigkeit ihren Sitz haben. In der Tiefe des Gehirns liegen die Stammganglien, genau feststellbare Nervenanteile, und dort soll das Gefühlsleben für die Allgemeinempfindungen, für Gemütsregungen und Ausdrucksbewegungen den Ausgang nehmen. Im Hirnstamm kommen die Empfindungen von Wohlbehagen und Missbehagen, Angst und Freude, Wut und Schrecken zustande.

Die Affekte sind mit reflektorischen Vorgängen im Zentral-Nervensystem in Zusammenhang zu bringen. Schreien ist eine Schutzmassnahme, die den Angreifenden zurückhalten, oder für Abhilfe sorgen soll. Der Tränenruss führt zu einer Entspannung der verstimten Gemütslage. Zusammenfahren beim Schreck ist ein reflektorischer Abwehrvorgang. Bei Lustvorgängen kommt es zu körperlich-reflektorischen Vorgängen, die das Einzelwesen fördern: das Herz klopft vor Freude, es schlägt rascher und kräftiger, der Körper wird dabei besser durchblutet. L. R. Müller ist ein Forscher, der wie beispielsweise auch seine Arbeiten über das Altern und die Gedanken der Sterbenden erweisen – es versteht, schwierigste Probleme auf Grund grossen Willens zu einer exakten Darstellung zu bringen. Das ist ihm auch in diesem neuen Buch hervorragend gelungen.

Dr. W. Sch.

Münchener Neueste Nachrichten

X-Strahlen-Opfer

Achtzehn englische Forscher haben sich bisher auf das Studium des Radiums spezialisiert. Alfred Smith, einer der prominentesten unter ihnen, wurde jetzt das 14. Opfer dieser heldischen Arbeit! Schon im Jahre 1913 machten sich bei Smith die ersten Anzeichen der bei fast allen X-Strahlenforschern auftretenden Dermatitis bemerkbar. 17mal wurde er operiert. Als er nicht mehr arbeitsfähig war, sprach ihm die Carnegie-Stiftung eine wöchentliche Pension von 35 Schillingen zu . . .

Volksfreund (SPD), Braunschweig

Spanferkel als Wickelkind

Prag, 31. Januar. An der tschechisch-ungarischen Grenze fiel es auf, dass eine Frau aus Helemba öfter mit ihrem Wickelkind die Grenze überschritt. Es war ein sehr stilles Kind. Als dieser Tage die Frau wieder aus Ungarn nach der Tschechoslowakei zurückkehrte, hob ein Grenzer das Tüchlein des Wickelkindes. Er sprang überrascht zurück: unter dem geflickten Häubchen war ein schlafendes Spanferkel zum Vorschein gekommen. Die Frau gestand, dass sie bereits 16 Spanferkel, welche mit Alkohol betäubt wurden, auf diese Weise in die Tschechoslowakei geschmuggelt habe.

Fränkischer Kurier (NSDAP), Nürnberg

Preussisches Zuchthaus bevorzugt

Die Angeklagten haben mit ihren 26 und 18 Vorstrafen schon die Strafanstalten der verschiedensten deutschen Länder kennengelernt, darunter auch als gebürtige Bayern die ihres Heimatlandes. Beide werden wegen verschiedener Verbrechen, die sie in Bayern begangen haben, erneut verfolgt und haben kurzentschlossen eingestanden, dass sie in Berlin vor den Straftaten in Bayern im September 1931 in der Gollnowstrasse zwei Fahrräder gestohlen haben (. . .)

Als Grund für diese Selbstbezeichnung gaben die beiden Angeklagten an, dass sie eine Verurteilung hier herbeiführen wollten, um nur nicht in eine bayerische Strafanstalt zu kommen,

denn die Verpflegung in den norddeutschen Strafanstalten sei weit besser, als die in den bayerischen. Nach ihren Erfahrungen hatten sie einen Schauer vor den bayerischen Gefängnissen und Zuchthäusern. Die Angeklagten wollten erreichen, dass sie durch die Verurteilung in Berlin für die in Bayern begangenen Straftaten Zusatzstrafen erhalten und die Gesamtstrafe in Preussen verbüssen könnten. Unter den gegebenen Umständen musste das Gericht insofern dem Begehren der Angeklagten Rechnung tragen, als es Presslein zu zwei Jahren Zuchthaus und Burger zu einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus verurteilte.

Berliner Börsen-Courier

Briefkasten

L. W. 55. Anonyme Anfragen werden nicht beantwortet. Da die Anfrage übrigens nicht klargestellt ist, wird Rücksprache nötig, werktags vormittags 8¼ Uhr, auf der Schriftleitung.

H. G. 407. Sie sollten auf dem Wege des Zahlungs- und Vollstreckungsbefehls vorgehen, um den Wagen pfänden und so sich sichern zu können.

K., hier. Nein.

Darmstädter Tagblatt

LEE PARRY

IN DER NEUEN
TONFILM-OPERETTE



*Liebe
auf den ersten Ton*

MIT LIZZI WALDMÖLLER, ADELE SANDROCK
KARL JÖKEN, JOHANNES RIEMANN

In diesem neuen Film gibt es alles, was Freude macht: Das Hofmilieu, eine kunstliebende, musik- und tenorhungrige junge Herzogin, einen heiratslustigen Herzog, eine um das Staatswohl eifrig besorgte Herzogintante, die festsche Gattin eines Tenors — und die Hauptsache, einen Tenor, der wirklich singen kann:

KARL JÖKEN

HEUTE 2⁰⁰ 3³⁰ 6⁰⁰ 8³⁰ PREMIERE
SENDLINGERTOR - LICHTSPIELE



170419

m
BAHNHOF
LICHTSPIELE
Gottshaus 4, Tel. 2200



MARLENE
DIETRICH

Die
**blonde
Venus**

Beginn:
2 4, 10 0 20 0, 30
Sonntags ab 1 U.
8³⁰ - 4715



Opernhaus
Gottshaus 4, Tel. 10163

Ab 27. 1. bis 7. 2.

Adele Sandrock
Georg Alexander
Die Kutsch
Charlotte Rodler
Hansl Paulson

in
**Liebe
Scherz u.
Ernst**

Eine entrückende
musikalische Komödie

Vorverkauf
Ab 3. Februar
Abverkauf
im Sogadin

Ein Wok. 4.00 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
4723 3-34

**FREITAG, 3. FEBRUAR 1933/
SONNABEND, 4. FEBRUAR 1933**

**Hitler weicht den Zentrums-
fragen aus**

Keine Antwort ist auch eine Antwort

Germania, Berlin (3. 2.)

**Kampfansage des Reichs-
kanzlers gegen Rotmord**

*Völkischer Beobachter
(NSDAP), Berlin (3. 2.)*

**Die KPD-Häuser besetzt/
SA mordet Arbeiterfrauen**

Generalstreik in Lübeck!

*Die Rote Fahne (KPD),
Berlin (3. 2.)*

Der Wahlkampf beginnt

*Frankfurter Zeitung,
Abendblatt! 1. Morgen-
blatt (4. 2.)*

Eine Woche Hitler

Alle Programmpunkte preisgegeben

*Rheinische Zeitung
(SPD), Köln (4. 2.)*

Alle Räder stillgesetzt!

*Die Rote Fahne (KPD),
Berlin (4. 2.)*

KPD wird illegal

*Bremer Nationalsoziali-
stische Zeitung (4. 2.)*

Der Terror beginnt!

*Permanente Revolution
(trotskistisch), Berlin
(4. 2.)*

**Pressenotverordnung unter-
zeichnet**

Scharfe Massnahmen gegen jüdische
Hetze

*Der Angriff (NSDAP),
Berlin (4. 2.)*

Die übereilte Auflösung

Der politische Chronist dieser aufgeregten Tage hat heute als Hauptereignis einen Briefwechsel zu verzeichnen. Es ist der Briefwechsel zwischen dem neuen Reichskanzler Hitler und dem Führer der Zentrumspartei Kaas (. . .)

Hitlers Wunsch ging auf eine Selbstvertagung des Reichstags um ein Jahr. Das Zentrum und die Bayerische Volkspartei waren, wie der Briefwechsel wiedergibt, grundsätzlich nicht abgeneigt. Sie wünschten Sicherungen gegen verfassungswidrige, wirtschaftsschädigende, sozialreaktionäre und währungsgefährdende Experimente. Der Reichskanzler behauptet in seinem Brief an Kaas, er habe soviel Fragen nicht erwartet, und eine Diskussion über die aufgeworfenen Fragen würde verbittern, wenn man nicht vorher die Zustimmung des Zentrums zur Tolerierung in der Tasche hätte. Kaas wiederum meint, erst käme die Beantwortung der Fragen, dann könne man über die Tolerierung entscheiden.

Ein Streit um die Reihenfolge also? Doch wohl mehr.

Vossische Zeitung, Morgen-Ausgabe 3. 2., Berlin

Zentrum und Bayerische Volkspartei haben sich an den Reichspräsidenten gewandt, um der Behauptung entgegenzutreten, es hätte sich im Reichstag keine arbeitsfähige Mehrheit finden lassen. Der Regierungspresse ist diese Feststellung ausserordentlich unbequem. Von dem ganzen Briefwechsel zwischen Hitler und Kaas erfahren ihre Leser kaum Bruchstücke.

Vossische Zeitung, Abend-Ausgabe 4. 2., Berlin

Kanzler wider Willen. Zur Vorgeschichte dieser Koalition

Die endgültige Fassung der Geschichte des Rücktritts Schleichers und der Bildung des Kabinetts Papen-Hitler-Hugenberg ist noch nicht geschrieben. Heute kommt ein neuer Beitrag. General von Schleicher hat vorgestern schon gesagt, dass die ihm zugeschriebenen Putschpläne mit einem Marsch der Potsdamer Garnison nach Berlin eine Erfindung sind (. . .)

Wie weit die ihm zugeschriebenen Putschpläne auf der Seite seiner Gegenspieler verwendet wurden, bleibt noch im Dunkeln. Etwas Licht in diese Gegend werfen die heute an alle Zeitungen verschickten Bekenntnisse des Herrn Werner von Alvensleben, eines Mitglieds des Herrenklubs . . . Nachdem, was er mitteilt, bestand die Gefahr, dass ein rein autoritäres Kabinett Papen-Hugenberg vom

Reichspräsidenten genehmigt würde, da Hitler seine Teilnahme versagte. Uns wurde von anderer Seite mitgeteilt, dass sein Absagebrief bereits in den Händen des Herrn von Papen gewesen sei. Der Gefahr Papen-Hugenberg . . . wollte Alvensleben vorbeugen und wirkte mit «allen zulässigen Mitteln» [Fingierung eines Putschgerüchtes, d. H.] auf die NSDAP ein, um deren Teilnahme am Kabinett durchzusetzen. Das ist gelungen und Herr von Alvensleben hält seine Tat für einen dem Vaterlande erwiesenen Dienst.

Frankfurter Zeitung, 2. Morgenblatt 4. 2.

Die letzte Wahl?

In dem Organ des Reichsarbeitsministers und Stahlhelmführers Seldte, *Der Stahlhelm*, steht zur Reichstagsauflösung zu lesen, «dass die Wahl am 5. März die unwiderruflich letzte ist und nach ihrer Beendigung die Aufbauarbeit mit aller Energie beginnen wird».

Bremer Volkszeitung (SPD), 4. 2.

Adolf Hitler kandidiert selbst

Im Rahmen der Ausführungen, die Adolf Hitler über die Durchführung des Wahlkampfes vor den Gauleitern machte, gab er bekannt, dass er selbst als Führer der Bewegung sich in diesem Wahlkampf vor die Partei stellen und an der Spitze sämtlicher Listen der NSDAP kandidieren werde.

Völkischer Beobachter (NSDAP), Norddt. Ausg. 4. 2., Berlin

SPD-Kundgebung verboten

Berlin. Die für Sonntag, den 5. Februar, geplante sozialdemokratische Kundgebung ist verboten worden. Am Sonntag findet das Staatsbegräbnis der beiden Opfer der Charlottenburger Bluttat statt.

Frankfurter Zeitung, Abendblatt! 1. Morgenblatt, 3. 2.

Scharfe Beobachtung der KPD

Reichsminister Goering hat in seiner Eigenschaft als Reichskommissar für das preussische Innenministerium ein Demonstrationsverbot für die Kommunistische Partei und die ihr angeschlossenen Organisationen erlassen. Das Demonstrationsverbot gilt ab sofort . . . Der Erlass betont, dass ein schärferes Vorgehen gegen kommunistische Unruhestifter notwendig sei. Alle kommunistischen Versammlungen unter freiem Himmel . . . werden verboten ... Es wird

weiter angeordnet, dass die übrigen Versammlungen der Kommunisten sorgfältiger als bisher beobachtet und sofort aufgelöst werden sollen, sobald eine Aufforderung zum Streik oder zu sonstigen hochverräterischen Unternehmungen ausgesprochen werden.

Völkischer Beobachter (NSDAP), 3. 2., Berlin

Zahlreiches belastendes Material beschlagnahmt

Berlin. Im Karl-Liebknecht-Haus, sowie an zahlreichen Stellen der Stadt, in denen gestern polizeiliche Durchsuchungen vorgenommen wurden, konnten grosse Mengen kommunistischer Druckschriften verbotenen Inhalts beschlagnahmt werden . . . Auch bei den gestern in Köln, Düsseldorf, Kiel, Braunschweig und Frankfurt a. M. durchgeführten Durchsuchungen fielen der Polizei erhebliche Mengen hochverräterischer Schriften in die Hände. Die Erfurter Polizei entdeckte eine grosse kommunistische Literaturstelle.

Münchener Neueste Nachrichten, 4. 2.

SPD-Präsident verbietet KPD-Presse wegen Kampfaufrufs gegen Hitler

Die «Arbeiterzeitung», das kommunistische Organ in Frankfurt a. M., ist wegen Aufforderung zum Streik gegen Hitler von dem sozialdemokratischen Regierungspräsidenten Ehrler vom 3. bis einschliesslich 17. Februar verboten worden.

Die Rote Fahne (KPD), 4. 2., Berlin

SA-Mann Guwang und SA-Mann Wenzel ihren Verletzungen von Mörderhand erlegen!

(. . .) 14 Tote unserer braunen Armee seit Jahres-Beginn. Wir werden ihr vergossenes Blut sühnen!

Völkischer Beobachter, Norddt. Ausgabe 4. 2., Berlin

Niedergestochen! Niedergeschossen!

Vier Arbeiter, zwei Arbeiterfrauen in einer Nacht von nationalsozialistischen Banden ermordet!

(. . .) Duldet keinen Tag länger die faschistischen Mordtaten! Unsere ermordeten Klassenkämpfer mahnen: Heraus arbeitendes Volk! Her zur millionenstarken wehrhaften antifaschistischen Einheitsfront der Tat!

Neue Arbeiter Zeitung (KPD), 4. 2., Hannover

Morgen-Ausgabe
Nr. 59 A 30 50. Jahrg.

Verkaufsstellen und Bezugsstellen:
Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Verkaufspreis: 12 Pf. (Einschl. 20% USt)
Einschreibungsgebühr: 10 Pf.

Vorwärts

BERLINER VOLKSBLATT



GRATIS!

SONNABEND

4. Februar 1933

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Der Polizeipräsident
Tgl.-Nr. 13 41⁰¹ Pr. 33

Berlin, den 3. Februar 1933

Verbot

Auf Grund des § 6 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Erhaltung des inneren Friedens vom 19. Dezember 1932 (RGBl. I S. 448) in Verbindung mit den §§ 81 bis 86, StGB, verbiete ich die in Berlin erscheinende Tageszeitung

„Vorwärts“

einschließlich der Kopfblätter mit sofortiger Wirkung bis zum 6. Februar 1933 einschließlich.

Das Verbot umfaßt auch jede angeblich neue Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt oder als ihr Ersatz anzusehen ist.

Gegen das Verbot ist binnen zwei Wochen — vom Tage der Zustellung ab — die Beschwerde zulässig, sie hat keine aufschiebende Wirkung. Die Beschwerde ist bei mir einzureichen.

Sollte von dem Beschwerderecht Gebrauch gemacht werden, so empfiehlt es sich zur Beschleunigung der Angelegenheit, die Beschwerdeschrift in vierfacher Ausfertigung vorzulegen.

Gründe:

In der Morgenausgabe Nr. 57, A. 29, 50. Jahrgang, befinden sich in dem Aufruf auf der Titelseite unter der Überschrift: „Deutsches Volk, Frauen und Männer“ u. a. folgende Sätze:

„Gegen solche Pläne rufen wir euch zum Kampf! Wehrt euch. Schützt euer Selbstbestimmungsrecht als Staatsbürger. Erhebt euch gegen eure Bedränger, gegen die feinen Leute, die hauchdünne Oberschicht des Großkapitals! Zerschlagt ihre politische und wirtschaftliche Macht!

Kämpft darum mit uns für die Enteignung des Großgrundbesitzes und die Aufteilung des Landes an Bauern und Landarbeiter! Kämpft mit uns für die Enteignung der Schwerindustrie, für den Aufbau einer sozialistischen Plan- und Bedarfswirtschaft!“

Durch diese Ausführungen wird im Zusammenhang mit dem Inhalt der Ausführungen des gesamten Aufrufs der Tatbestand des § 85 R. St. G. B. in Verbindung des § 81 Ziff. 2 R. St. G. B. erfüllt.

(Stempel)

gez. Dr. Melcher.
Für die richtige Abschrift:
Böhm
Kanzleinspektor.

Wahlkampf

Der Wahlkampf hält vom ersten Tag an die Öffentlichkeit in Atem. Hitlers «Aufruf an das deutsche Volk» (siehe Dokument 5, S. 198) liefert Stoff für Leitartikel.

In scharfer Form verurteilt die *Frankfurter Zeitung* die Methode der neuen Reichsregierung unter dem Thema «Aufruf statt Programm»:

Der Aufruf, auch dreimal täglich gelesen, ersetzt das Programm nicht. Verstehen wir den gewollten Unterschied zwischen Programm und Aufruf richtig, so soll also die gestrige Äusserung der Männer, die jetzt die deutsche Regierung bilden, Zeugnis ablegen für den Geist, aus dem sie einst – vorausgesetzt, dass es ihnen am 5. März gut geht – zu regieren gedenken. Der Aufruf soll die innere Haltung dieser Männer offenbaren. *Er tut es* (. . .)

Der Aufwand nationalsozialistischer Leidenschaft hätte, weiss Gott, mehr Originalität gerechtfertigt. Aber nicht, weil es bei den Versprechungen bleibt, ist dieser Aufruf so hinfällig, sondern weil seine innere Haltung so jämmerlich schwach ist, weil er geschrieben wurde, so ganz ohne echtes Selbstbewusstsein, so ganz ohne jene Bescheidenheit, der allein es zugekommen wäre, das Wort ‚Gott‘ in einer Regierungserklärung zu verwenden, so ganz ohne lebendig wirkende Kraft für die Gesamtheit der Nation, vor der auch die Ärmsten der Armen, die Hilflosen und die Verführten niemals ausgeschlossen werden dürfen. Der Nationalsozialismus hat mit diesem Aufruf bewiesen, dass er den Anspruch, die Gesamtheit der Nation darstellen zu wollen, nicht erfüllen kann (. . .) Unduldsam, hasserfüllt und blind kämpft er innerhalb der Volksgemeinschaft, wo er überzeugen sollte . . . Der Wahlkampf, der jetzt beginnt, ist tragisch.

Frankfurter Zeitung, 2. Morgenblatt, 3. 2.

Die *Vossische Zeitung* verweist auf das Verbot des *Vorwärts* und der sozialdemokratischen Grosskundgebung im Berliner Lustgarten. Sie fordert einen fairen Wahlkampf mit gleichen Chancen:

Der Wahlauf Ruf derselben Partei soll heute staatsgefährlich sein, die Wahlkundgebung derselben Partei wird heute verboten, die vor noch nicht einem Jahr für Hindenburgs Wahl aufmarschierte! Hindenburgs Wahlgegner sind heute im Besitz weitgehender präsidentialer

Vollmachten. Das versteht der einfache Mann auf der Strasse nicht. Noch nie ist eine Wahl in Deutschland mit so verkehrten Fronten, mit so verwirrten Parolen ausgefochten worden. Um so dringender muss die Forderung aller Vaterlandsfreunde sein, dass die Wahl unter strikter Innehaltung aller Vorschriften durchgeführt wird.

Vossische Zeitung, Morgen-Ausgabe, 4. 2., Berlin

Selbstbewusst demonstriert der *Völkische Beobachter* unter dem Titel «Entweder Deutschland-oder Chaos» den Alleinvertretungsanspruch seiner Partei:

Die Fronten sind klarer als je. Der Aufruf des Reichskanzlers hat sie eindeutig umrissen, und es ist keinem mehr gestattet, noch irgendwelche Zwischenlösungen als tragbar hinzustellen. Das gilt nicht nur für Zentrum und Marxismus, sondern auch für alle jene noch bestehenden bürgerlichen Mittelkreise, sei es Deutsche Volkspartei, seien es die Christlich-Sozialen oder das Landvolk. Sie alle haben die Existenzberechtigung verloren, und wenn sie nur etwas Einsicht in die politische Entwicklung und etwas Vernunft besitzen würden, so müssten diese Parteien samt und sonders darauf verzichten, überhaupt noch am kommenden Wahlkampf teilzunehmen.

Völkischer Beobachter, 3. 2., Berlin

Auch für die *Deutsche Bergwerks-Zeitung*, einem Sprachrohr der Industriellen von Rhein und Ruhr, ist die Rückkehr zu demokratischen Verhältnissen ausgeschlossen:

Nur wer unheilbar mit Blindheit geschlagen ist, kann sich dem Glauben hingeben, dass es . . . beim Staatsaufbau der Weimarer Verfassung bleiben könnte. Ihre Mängel zehren am Mark der Nation. Das Volkswohl verlangt, dass sie abgestellt werden. Wer sich dagegen stemmt, ist deshalb ein Feind des Volkes.

Deutsche Bergwerks-Zeitung, 4. 2.

Aus der Kirche wird Gottes Segen erbeten, um den schon Hitler in seinem «Aufruf der Reichsregierung» angehalten hat.

Ein neuer Anfang ist gemacht; die letzten Reserven sind eingesetzt. Gott gebe, dass es für unser Volk der Anfang zu neuem Aufstieg sei.

Allgemeine Evangelisch-Lutherische Kirchenzeitung, Leipzig

Die Gewerkschaftsführer haben sich zu entscheiden!

Jetzt ist der von euch so sehr gefürchtete Augenblick schneller gekommen, als ihr es erwartet habt (. . .)

Ihr steht jetzt grollend ausserhalb des politischen Geschehens, glaubt vielleicht, dass «der Spuk des Nationalsozialismus» nur ein paar Wochen dauern werde. – Ein Irrtum, ihr Herren!

Wenn euch nicht am Montagabend ein Licht aufgegangen ist, dass dieser Bewegung ein Meer von Kraft und Willen und Opferbereitschaft steht, so habt ihr kein Blut, sondern Wasser in den Adern! Ihr steht abseits, wie schon so oft, wenn es ums deutsche Volk ging! Ihr glaubt benachteiligt zu sein? – Nein, ihr hattet so lange Gelegenheit zu beweisen, dass euer Wollen gut und euer Wille stark sei; die Zeit ist verstrichen und ihr habt nichts an Leistungen aufzuweisen, wenn man nicht Zerstörung der Wirtschaft, Verlüderung des Volkes und Herabsetzung unserer Weltgeltung auch als «Leistungen» gelten lassen soll! (...)

Lasst alle Hoffnung hinter euch, wenn ihr auf unseren Zusammenbruch hofft!

Wir haben die Macht, wir halten sie mit Klauen und Zähnen, wir lassen unser Deutschland nicht und arbeiten mit aller Kraft an seiner Revolutionierung zu einer neuen Idee! Volk, Nation, Blut – das sind heute Worte und morgen deutsche Begriffe, die jeder in sein Leben einschalten muss. Arbeit und Brot und Freiheit, heute Wunsch und Hoffnung, wird morgen Tat!

Volkswohl und Wirtschaft sind heute wirtschaftliche Begriffe, unter denen man nichts versteht oder alles! Morgen nennen wir das alles mit einem Wort: Sozialismus, Gemeinschaftsgefühl, Schicksalsgemeinschaft, Blutsverbundenheit, jedes Wort ein hoher Begriff und alle enthoben, wenn wir sagen: Sozialismus!

Ihr Führer der Gewerkschaften!

Ihr Männer, die ihr deutsche Arbeiterführer sein wollt.

Steht nicht abseits, wenn in Deutschland für deutsches Volk wieder Arbeit und Brot und Freiheit geschaffen werden soll! Die grosse Stunde des deutschen Volkes hat geschlagen!

Heran, wer guten Willens ist!

Niemand wird zurückgestossen, der mit ehrlichem Herzen kommt! Gewerkschaftsführer! Zersprengt die Ketten marxistischer Parteien! Für deutsche Arbeit! Für Freiheit und Brot! Für Deutschland!

Völkischer Beobachter, 4. 2., Berlin

Im Verlaufe weiter abgeschwächt

Berlin, 3. Februar. An der Börse ist heute viel und zum Teil mit Leiden-schaft und Grausamkeit politisiert worden. Das hat allerdings wenig Wert. Ausserdem verdient man dabei nichts.

Deutsche Bergwerks-Zeitung,
4. 2., Düsseldorf

Die Börse hat sich sofort mit der Auflösung des Reichstages abgefunden. Es herrschte grösste Zurückhaltung, die der Eisenpreissturz in Brüssel, sowie die Unklarheit über Art und Umfang der Reorganisation bei der AEG bestimmt.

Völkischer Beobachter, 4. 2., Berlin

Hauptversammlung des Landbundes

Freitag fand die 14. Hauptversammlung des Kreislandbundes Verden statt, die überaus stark besucht war. Vor Eintritt in die Tagesordnung erfolgte der Einmarsch der Fahnenabteilung der NSDAP, des Stahlhelm und des Landbundes. Zum erstenmal nahmen die politischen Verbände in Uniform an einer Tagung des Landbundes teil, gleichsam als Zeichen der Einheit der Verbände in grosser Politik. Der Saal war in den alten Reichsfarben, mit der Stahlhelmfahne und der Hakenkreuzfahne geschmückt. Die Veranstaltung wuchs sich zu einer Kundgebung für die Regierung Hitlers aus, der uneingeschränktes Vertrauen versprochen wurde.

Weser Zeitung, 4. 2., Bremen

Grosse landwirtschaftliche Woche in Berlin

Am Mittwoch nachmittag fand als erste öffentliche Veranstaltung die

Versammlung der *Schafzucht-Abteilung*, gemeinsam mit der 50jährigen Jubiläumsversammlung des Norddeutschen Schäfereiverbandes, statt. Welche Rückschritte die Schafzucht trotz aller Bemühungen zu verzeichnen hat, ergibt sich daraus, dass wir vor 50 Jahren in Deutschland rund 19 Millionen Schafe zählten und jetzt nur noch rund drei Millionen.

Völkischer Beobachter, 3. 2., Berlin

Die holländische Schweinezentrale hat verfügt, dass 100'000 Spanferkel vernichtet werden sollen, da sie auf dem Markt nicht verkauft werden können. Der Antrag, sie an Erwerbslose zu verteilen, wurde abgelehnt, da das Schlachten und Verarbeiten der Tiere angeblich zu hohe Kosten mache.

Uffenheimer Wochenblatt, 4. 2.

Klasse 4 für Kleinwagen

In der gestrigen Sitzung des Reichsrats wurde eine Verordnung über Änderungen der Regelung des Kraftfahrzeugverkehrs ohne Widerspruch angenommen. Damit fällt die bisherige Unterscheidung der Führerscheinklassen 3 a und 3 b in Zukunft weg. Zweitens wird eine *neue Klasse für Kleinwagen* mit Verbrennungsmaschinen bis zu 400 ccm geschaffen, die Klasse 4 genannt wird. Sie soll in mehrfacher Beziehung eine verkehrspolizeiliche Erleichterung erfahren, damit die Einbürgerung dieser Fahrzeuge, die die Industrie jetzt in grösserem Umfange herstellt, gefördert wird.

Vossische Zeitung,
Morgen-Ausgabe, 3. 2., Berlin

Staatsbegräbnis für Arbeitermörder Maikowski

Es steht nicht fest, wer den Führer des Mordsturms 33 erschossen hat. Zweifelsfrei dagegen ist, dass der am gleichen Abend in derselben Strasse getötete Polizeibeamte Jauritz von einem Nationalsozialisten ermordet wurde (...)

Wer ist Maikowski?

Maikowski war Führer des Mordsturms 33. Wo aber der Mordsturm 33 bei Tag oder in der Nacht marschierte, floss Arbeiterblut.

Unser treuer Kamerad Otto Gruneberg starb durch die Kugeln dieser Banditen. Max Schirmer, einer unserer aktivsten und besten Funktionäre, wurde vor der Spelunke des Sturms 33 in der Hebelstr. erdolcht.

Unser junger Kamerad Walter Lange verblutete, vom Sturm 33 niedergeknallt, auf dem Strassenpflaster. Auch an dem Feuerüberfall in Siemensstadt auf eine Gruppe Spandauer Arbeiter, bei dem unsere unvergesslichen Kameraden Ferdinand Grothe und Georg Brechlin ermordet wurden, war Sturm 33 beteiligt (•••)

Fünf tote Arbeiter, ein toter Polizeibeamter – das ist die Blutbilanz des Mordsturms 33.

Die Rote Fahne (KPD), 4. 2., Berlin

Dankgottesdienst für die Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler

Das deutsche Berlin hielt gestern in der Kirche St. Marien einen Dankgottesdienst für die Ernennung des Führers der NSDAP. *Adolf Hitler*

zum Reichskanzler ab, zu dem die Reichsleitung der «Deutschen Christen» eingeladen hatte. Gegen 7.30 Uhr musste die Kirche wegen Überfüllung geschlossen werden. Kurz vor 8 Uhr erschienen die Vertreter der Reichsregierung, Vertreter des Reichstags und Preussischen Landtags, sowie eine Reihe nationalsozialistischer Unterführer. Herr Pfarrer Hossenfelder begrüßte sie und führte sie im feierlichen Zuge in die Kirche ein. Unter dem mächtigen Klang der Orgel marschierten 200 Standarten-Sturmflaggen und Wimpel in den geweihten Raum. Nach dem Lied «Wir treten zum Beten» sprach Pfarrer Hossenfelder. Andächtig lauschte die Menge den herrlichen Worten des Predigers. Diese Feierstunde wird allen unvergesslich bleiben.

Der Angriff (NSDAP), 4. 2., Berlin

Die gefälschten Sammlisten

Das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte den 29jährigen Kaufmann Heinrich Jadeit und den kaufmännischen Angestellten Heinrich Schulz wegen gemeinschaftlicher Urkundenfälschung in Tateinheit mit Betrug und Unterschlagung zu einem Jahr einem Monat bzw. sechs Wochen Gefängnis. Die Verurteilten, Mitglieder der NSDAP, hatten mit gefälschten Listen und Ausweisen Sammlungen für die NSDAP veranstaltet und das Geld für sich behalten. Jadeit ist schon vielfach, auch wegen der gleichen Delikte, vorbestraft.

*Vossische Zeitung,
Abend-Ausgabe, 3. 2., Berlin*



so hat das wundervolle Persil gewaschen! Weich und mollig ist alles, und die Farben sind leuchtend und frisch. Für alle farbenechte Wolle ist die schonende Persil – Kaltwäsche das zeitgemässe Erneuerungsbad.

F.rblfle WolUAen .tad» Mn k.k la ahtuMnka PmrOad da Stück l .»UrKohe. Ejnrokn In ac»fkbc»r TSckn mnpm.vn 'd.h.. Ar'i kkhI durch».whm. almh d.r,«h joc cpütm Des rraeti Spdaar gdx Innmtrrk u". T.cAen an «rdkn Türkei anderen. Zoa '.Mud Aca-nuntua AuHmAordetFabmenraKüdMOMd». Dta M» dach | Ina. .u'm^a TaA, nWr «Akr» Sonar und Oknhrw «mk»

Persil wäscht Wolle wunderbar!

Vom apokalyptischen Tier . . .**Streit um Bert Brechts «Heilige Johanna der Schlachthöfe»**

Das erfreuliche an dem Darmstädter Widerstand gegen diese Dichtung liegt darin, dass er sich nicht mit ästhetischem Wenn und Aber abgibt, sondern auf den Kern der Sache geht. Der Kern der Sache ist eindeutige bolschewistische Gottlosenpropaganda. Der Kern der Sache ist: die Teufelsklaue, die sich gegen Grundpositionen des abendländischen Lebens ausstreckt. Dieses Stück hat nicht etwa, wie man so sagt, eine gewisse «Beziehung» zur kommunistisch-bolschewistischen Religionsablehnung, sondern es ist in wirklicher Identität des Seins, dieses Niederträchtige und Menschenfresserische selbst, was wir als den russischen Kampf gegen Gott, gegen die Familie, gegen das ganze geschöpfliche Leben kennengelernt haben. Jahre hindurch sieht das deutsche Volk dem russischen Kesseltreiben gegen alles Glauben und höhere Wissen zu, den Kirchenschändigungen, den öffentlichen Lästerungen, den Verbannungen – diesem ganzen unterweltlichen Treiben, in dem ein ganzes Volk Miene macht, seine lebendige Seele mit eigenen Fäusten zu zerreißen. Zorn und Erbitterung haben uns oftmals die Kehle zugeschnürt, dass wir zum blossen Zuschauen bei diesem Toben des apokalyptischen Tieres verdammt waren. Und nun tritt die Bestie in unserem eigenen Haus auf. Sie wagt sich an unseren Tisch, sie blickt uns mit den harten Augen, die wir aus Urzeiten kennen, mitten ins Gesicht, und aus dem Maul kommt hervor, was sie seit Schöpfungstagen auf dem Herzen hat, mit einem dumpfen Röhren: «Darum soll man dem, der da sagt, dass es einen Gott gibt, . . . den Kopf so lange aufs Pflaster schlagen, bis er verreckt ist!»

Ein Volk, welches sich das wehrlos bieten lässt, ein Volk, das gar die zehnmal umgewendeten Steuergroschen seiner Menschen dazu verwendet, durch ein staatliches Kunstinstitut die seelenmörderische Botschaft der Unterwelt hinausposaunen zu lassen – es wäre die Sonne nicht wert, es hätte sein Leben schon aufgegeben.

Ich bewerte den Widerstand, den die brechtsche Dichtung in Darmstadt findet, als eine beglückende Regelung ungebrochener Lebensinstinkte gegen einen künstlerisch verkappten Mordversuch an unserer Seele. Man sarge das unseelige Produkt ein!

Wilhelm Michel, Münchner Neueste Nachrichten, 4. 2.

Der Faschingsprinz zieht ein

Die Narrhalla im Deutschen Theater Das Spiel beginnt. Der Präsident der Narrhalla Hans Sollfrank, begrüsst Prinz Franz Josef I. von Halali und Prinzessin Adele, Narrhallesen und Gäste, unter denen Landtagspräsident Stang und Geheimrat Dr. Küfner zu sehen sind. Der Prinz bekennt sich zur Narrhalla und zu seinen Narrenpflichten, dann verliert Karl Steinacker, der Staatskommissar, ausserdem Festleiter und Verfasser des Spiels, die Thronrede, die eine treffliche Mischung aus lustiger Satire, gefälligem Witz und echter Narrenweisheit ist, er verkündet ein Sofortprogramm und droht mit einem Fünfjahresplan, der gaukelnde Hofnarr Schmidt-Dietfurt meckert ein wenig dazwischen. Mensch ärgere dich, wird als Wappenspruch geführt.

Münchener Neueste Nachrichten, 3.2.

Hanns Johst Staatstheater-Intendant?

Mit der Ernennung des Nationalsozialisten Dr. Rust, dessen Kandidatur wir schon ankündigten, zum kommissarischen Kultusminister (in Preussen, d. H.) wird jedenfalls ernsthaft gerechnet. Weiter wird angekündigt, dass auch der Posten des Intendanten der Staatstheater neu besetzt werden soll, und zwar mit dem Dichter Johannes Johst. Wie uns mitgeteilt wird, sind die beiden Herren in einer Versammlung des Kampfbundes für deutsche Kultur bereits in ihrer neuen Eigenschaft begrüsst worden.

Deutsche Allgemeine Zeitung, Morgen-Ausgabe, 4. 2., Berlin

«Morgenrot»**Ufa-Palast am Zoo**

Ein Film, in den alle Verantwortlichen ihr ganzes Können hineingelegt haben: ein U-Boot-Film, in packender Schlichtheit einen kleinsten Ausschnitt gibt aus dem grössten Weltgeschehen; ein Film der mit diesen anspruchslosen Mitteln dieses Weltgeschehen zurückruft in die Erinnerung und neu hinstellt für die, denen es kein lebendiger Begriff mehr ist. Klare Handlung, sehr schöne Bilder. Allen guten darstellerischen Leistungen voran Adolf Forster und Adele Sandrod. Starker Beifall, ww.

Deutsche Allgemeine Zeitung, Morgen-Ausgabe, 3. 2., Berlin

Der Abendaufführung wohnten Reichskanzler Hitler, Vizekanzler v. Papen sowie die Minister Hugenberg, Frick, Göring und Staatssekretär Meissner bei.

Deutsche Allgemeine Zeitung, Abend-Ausgabe, 3. 2., Berlin

So kommen wir zum Sozialismus

In leichtverständlicher Art hat Georg Decker die heutigen Formen der Profitwirtschaft dargestellt und die Vorschläge der Sozialdemokratie zum Umbau der Wirtschaft erläutert. Obwohl es sich um ein schwieriges Gebiet handelt, ist es fesselnd und verständlich geschrieben. Das 10-Pf-Heft sollte jeder sozialistisch strebende Arbeiter zur Unterrichtung anschaffen.

Metallarbeiter-Zeitung, 4. 2.

Hitler-Deutsch

Der Herr Reichskanzler hat im Reichsrat eine Rede gehalten. Sie umfasst im Druck knapp 40 Zeilen. Republikanische Lehrer schicken uns die Rede korrigiert zu. Es wimmelt von rot angestrichenen dicken Fehlern. Die Herren fragen uns, ob deutsche Grammatik und deutsches Stilgefühl durch Notverordnung abgeschafft werden sollen. Wir werden uns hüten, offen unsere Meinung über das Hitler-Deutsch zu sagen. Wer Augen hat zu lesen, der lese folgenden Satz aus der Reichsratsrede:

«Ich möchte nicht über die grossen und historischen Taten und Leistungen dieser Geschichte blind hinwegsehen . . .

Rheinische Zeitung (SPD), 4./5. 2., Köln

Hitler, wie ihn keiner kennt

Baldur von Schirach schreibt in seinem Begleitwort des prachtvollen Bildwerkes «Hitler, wie ihn keiner kennt» (Verlag «Zeitgeschichte», Berlin): «Seine (Adolf Hitlers) grösste Freude ist seine Bibliothek, die etwa 6'000 Bände umfasst, die er alle nicht nur durchblättert, sondern auch gelesen hat. Am stärksten sind in dieser Bücherei Architektur und Geschichte vertreten. Auch auf diesen beiden Gebieten ist Hitler eine unangreifbare Autorität.»

Westdeutscher Beobachter (NSDAP), 4. 2., Köln

Ein Schriftsteller gegen das Deutsche Reich

Mit einem ungewöhnlichen Klageaufbruch trat am Freitag der Schriftsteller Schlosser aus Hannover vor dem Berliner Arbeitsgericht auf, wo er die Beurteilung des Deutschen Reichs, an ihn 13'500 Mark zu zahlen verlangte. Der Kläger behauptete, seit 1920 Schriften, Broschüren und Aufsätze verfasst zu haben, in denen er gegen den Versailler Vertrag, den Dawes- und den Young-Plan und gegen alle ausbeutenden Massnahmen der früheren Feinde zu Felde gezogen sei. Diese Schriften habe er als «Geschäftsführer ohne Auftrag» für das Deutsche Reich verfasst, so dass ihm dafür ein Lohn zustehe (. . .)

Das Arbeitsgericht erklärte sich für diesen Streit als unzuständig, worauf Schlosser seine Klage zurückzog, die er nunmehr vor einem ordentlichen Gericht anstrengen will.

Münchener Neueste Nachrichten, 4. 2.

FEBRUAR/MÄRZ 1933

Die Niederlage

Deutsche Republik (links-republikanisch), 5. 2.

Die Aufgaben des deutschen Unternehmers

Deutsche Arbeitgeberzeitung, 5. 2.

Verboten!

Der Regierungspräsident

Rheinische Zeitung (SPD), Köln, 6. 2.

Den Hetzjuden das Handwerk gelegt

Der Angriff, 6. 2.

Wir bekennen uns zur Harzburger Front

Deutsche Akademiker-Zeitung, 10. 2.

Über dem Abgrund

Der Sonntag, 19. 2.

Riesenbrand im Reichstag

Vorwärts, 28. 2.

Enthüllungen über den Umsturzplan

Nürnberger Zeitung, 1. 3.

Die geknebelte Presse

Der Sonntag, 5. 3.

Die Wahlen zum Reichstag

Die Regierung hat gesiegt

Frankfurter Zeitung, 6. 3.

52 Prozent für die Reichsregierung

Nürnberger Zeitung, 6. 3.

Für Ruhe und Ordnung

CV-Zeitung, Blätter für Deutschtum und Judentum, 16. 3.

Die Niederlage

Eine Woche nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler veröffentlichen neben der Tagespresse auch die Wochen- und Monatsblätter ihre Analysen. Bis zu den Reichstagswahlen am 5. März mischen sich dabei krasse Fehleinschätzungen mit zutreffenden Stellungnahmen.

16 KPD-Zeitungen verboten!

Hochverratsverfahren und Polizeizensur – «Rote Fahne» erneut beschlagnahmt. Die gestrige Nummer der «NAZ» erschien bereits unter polizeilicher Vorzensur. Um die «NAZ» nicht einer Beschlagnahme oder gar einem Verbot auszusetzen, war die Redaktion gezwungen, einen Kommentar zum Generalstreik in Lübeck aus der Zeitung zu entfernen, so dass ein grosser weisser Fleck auf der ersten Seite unserer gestrigen Ausgabe von den faschistischen Terrormassnahmen der Hitler-Hugenberg-Papen-Seldte Regierung gegen die Kommunistische Partei und ihre Presse zeugte . . . Unter der fünftägigen Herrschaft der faschistischen Hitler-Regierung wurden bis jetzt 16 kommunistische Zeitungen, nahezu die Hälfte aller KPD-Zeitungen des Reiches verboten.

Neue Arbeiter Zeitung (KPD), Hannover, 5. 2.

Serienweise werden KPD-Zeitungen verboten. Die kommunistische Presse ist aber nach wie vor davon überzeugt, dass die Kampfkraft des Proletariats ungebrochen sei. Immer noch werden die Sozialdemokraten als Sozialfaschisten bezeichnet.

Im Gegensatz zu Mussolini in Italien kam Hitler nicht zur Macht in einer Phase der relativen Stabilisierung, nicht nach einer entscheidenden Niederlage des Proletariats. Die Krise wächst in raschem Tempo, das Proletariat ist nicht geschlagen, seine Kräfte sind ungebrochen und drängen unter Führung der Kommunisten immer ungestümer zur stärksten Entfaltung.

Der Kämpfer (KPD), Chemnitz, 6. 2.

Wie die Sozialdemokratie dem Faschismus den Weg bereitete

Vielen sozialdemokratischen Arbeitern scheint es noch unbegründet, wenn die Kommunisten die Sozialdemokratie als Partei des Sozialfaschismus bezeichnen. Aber diese Qualifizierung enthält

nicht den leisesten Schatten polemischer Übertreibung. Sie ist einfache Konstatierung einer geschichtlichen Tatsache in der allgemeinen Evolution der Sozialdemokratie.

Neue Arbeiter-Zeitung (KPD), 5. 2. 1933

Die Fehleinschätzungen innerhalb der Linken beschränken sich nicht auf das kommunistische Lager.

Die *Neuen Blätter für den Sozialismus*, eine Monatszeitung kritischer Sozialdemokraten, beschäftigen sich mit der Machtverteilung innerhalb der Harzburger Front und konstruieren eine Niederlage Hitlers bei der Regierungsbildung.

Hitler hat also nicht die Macht im Laufe eines siegreichen Eroberungszuges errungen. Er ist in die Regierung hineingezwungen worden, als sich seine Bewegung schon im Niedergange befand. Er verfügt nicht unbeschränkt über die Exekutivmacht des Staates, weder über die Reichswehr, die wiederum einen aktiven General zum Leiter erhalten hat, noch über die preussische Polizei, die in letzter Instanz nicht Herrn Göring als kommissarischem Innenminister, sondern dem neuen, vom Reichskanzler unabhängig gemachten Reichskommissar für Preussen, Herrn von Papen, untersteht. Hitler mag also nach aussen hin das «Dritte Reich» noch so sehr repräsentieren, im Grunde ist er vorläufig völlig von jenen Gruppen der Restauration und Reaktion abhängig, denen es nunmehr zunächst gelungen ist, die NSDAP unter ihre Führung zu zwingen. Die Kundgebungen der neuen Regierung werden von Hitler und seinen Leuten gemacht. Die eigentliche Politik machen andere. Er darf reden und schreiben. Sie handeln.

Neue Blätter für den Sozialismus, Februar 1933

Realistische Stimmen kommen aus oppositionellen Strömungen der etablierten linken Parteien.

Die Zeitschrift *Gegen den Strom*, ein Blatt der 1928 aus Protest gegen die Sozialfaschismustheorie gegründeten Kommunistischen Partei (Opposition), KPO, interpretiert den 30. Januar als Niederlage.

Noch immer hört und liest man in der Presse der SPD und KPD, dass Deutschland «nicht Italien sei». Die Führer der SPD und KPD haben jahrelang die faschistische Gefahr unterschätzt und so lange immer wieder den beginnenden «Rückgang» der Nazis angekündigt,

bis Hitler an der Macht war. Jetzt müssen die Arbeiter dafür sorgen, dass diese verantwortungslosen Phrasen, die den Kampf gegen den Faschismus hindern, aufhören.

Die wenigen Tage, die seit dem 30. Januar vergangen sind, zeigen, dass der Faschismus klar den Kurs auf die Zerschlagung der Arbeiterbewegung steuert. Wenn die deutschen Arbeiter nicht bewirken, dass ihre Organisationen unverzüglich geschlossen und einheitlich eingesetzt werden, dann werden diese Organisationen einzeln und nacheinander geschlagen werden. Und dann wird es in Deutschland schlimmer sein als in Italien. Dass die Arbeiterklasse am 30. Januar die Errichtung der faschistischen Diktatur kampflos hingenommen hat, bedeutet für sie eine neue schwere Niederlage.

Gegen den Strom (KPD-Opposition), Nr. 3 (Mitte Februar)

Auch die *Deutsche Republik*, ein Organ kritischer Kräfte innerhalb des sozialdemokratisch-republikanischen Lagers, kritisiert die Politik der Gegner des Nationalsozialismus:

Die Niederlage

Es hat keinen Sinn an den Tatsachen zu drehen und zu deuteln: die Gegenrevolution hat ihren Sieg vollendet.

Die ängstlichen Demokraten, die ihre Kapitulation vor dem Faschismus vor sich und anderen dadurch zu verbergen suchten, dass sie nach der Theorie des geringeren Übels jede Etappe der Faschisierung als den Versuch zur Bändigung Hitlers und seiner Militanten tolerierten, werden auch jetzt wieder ihren alten Trost hervorkramen.

Es ist dem deutschen Antifaschismus nicht gelungen, das Hauptgebot seiner Abwehrarbeit zu erfüllen, den staatlichen Machtapparat von den Faschisten sauber zu halten, was noch in unzähligen Betrachtungen zur Jahreswende triumphierend verkündet wurde. Möge jetzt nicht am Anfang der zweiten Periode des Machtkampfes eine neue Illusion stehen.

Deutsche Republik, 5. 2.

Mit der passiven Reaktion der Arbeiterschaft und der Unterdrückung der Presse- und Meinungsfreiheit setzt sich die linksintellektuelle *Weltbühne* auseinander.

Es ist das Unglück unsrer Reaktionäre, dass sie den deutschen

Arbeiter ebensowenig kennen wie das deutsche Volk überhaupt. Sie phantasieren zwar ständig von «Blutsverbundenheit», aber von dem deutschen Durchschnittsmenschen, der seine Bezüge nicht von der Osthilfe erhält, wissen sie so wenig wie von einem Marsbewohner. Sie betrachten die Welt durch die Dachluke ihrer Ideologie, sie sehen nur den Rauch vom nächsten Schornstein. Sonst würden sie wissen, dass der Arbeiterschaft auch heute alles ferner liegt als ein wilder Radikalismus. Sie hat der Machtergreifung der Rechten jahrelang widerstanden und in ihr ein allgemeines Unglück erblickt. Heute, wo diese endlich vollzogene Tatsache ist, ballt sie nicht etwa die Fäuste in ohnmächtiger Verzweiflung, sie stellt sich einfach hin und wartet.

Carl v. Ossietzky, Die Weltbühne, 14. 2.

Die neue Luft

In Deutschland herrscht jetzt die Ruhe, die die autoritären Regierungen lieben. Die Opposition ist zum Schweigen verurteilt, denn wer kann ermessen, ob nicht ein unbedachtes Wort als Verunglimpfung von Persönlichkeiten, Verächtlichmachung von Einrichtungen, Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze oder gar als Aufreizung zum Generalstreik angesehen und bestraft werden wird? Selbst die schüchternsten Liberalen müssen das Maul halten und auf den Ablauf des doppelten Vierjahresplans warten, nach dem alles besser werden soll. Die Marxisten aber haben sogar zehn Jahre, nämlich bis zu ihrer völligen Vernichtung, zu warten. Mit Neid blicken Journalisten jetzt auf so gefahrlose Berufe, wie sie Seiltänzer oder Dachdecker ausüben.

Die Weltbühne, 21. 2.

Das *Jüdische Wochenblatt* spekuliert über Repressionen, die die Juden zu erwarten haben.

Im alten zaristischen Russland hatten viele Gesetze am Schlüsse als Anhängsel die Bestimmung: «Juden ausgenommen». Wir glauben nicht, dass man in Deutschland Ausnahmegesetze gegen die Juden schaffen wird. Aber man darf sich darüber nicht täuschen, dass unausgesprochen jedes Gesetz, das Recht verleihen wird, zwischen den Zeilen die odiose zaristische Bestimmung und jedes Gesetz, das Pflichten auferlegt, die Absicht «besonders den Juden gegenüber» tragen wird. An den Juden wird es liegen, sich mit allen Mitteln zur

Wehr zu setzen. Sie können hierbei nicht nur auf die Hilfe eines grossen Teiles des deutschen Volkes, sondern auf die Unterstützung der Judenheit in der ganzen Welt sowie auf die öffentliche Meinung der wahrhaft fortschrittlichen Kulturmenschen aller Länder zu rechnen.

Jüdisches Wochenblatt, 10. 2.

Der Reichstag wird in der Nacht vom 27. auf 28. Februar in Brand gesetzt. Ein Tag später setzt die «Notverordnung zum Schutze von Volk und Staat» Grundrechte ausser Kraft. Die Kommunisten, denen der Brand fälschlicherweise zur Last gelegt wird, werden mit systematischen Verboten, Massenverhaftungen und übelsten Diffamierungen verfolgt. Dieser unverhüllten Unterdrückungswelle fallen nun auch Sozialdemokraten zum Opfer. Für den *Vorwärts* ist der Reichstagsbrand ein zukunftssträchtiges Symbol der deutschen Republik.

Wenn die Gerüchte recht haben, wenn es wirklich Brandstiftung ist, so müssen die Täter in Kreisen zu suchen sein, die durch ihre Tat ihren Hass gegen das parlamentarische System Ausdruck verleihen wollten.

Soll es «ein Signal» sein? Wahrhaftig, man möchte es wünschen! Man möchte wünschen, dass dieser Brand dem ganzen deutschen Volk ein Licht aufstecken würde.

Durch Deutschland wütet der Wahn von der Selbstzerstörung! Wer gebietet ihm Einhalt?

Der Reichstag wird wieder aufgebaut werden. Die Demokratie wird wieder aufgebaut werden. Und wer Brand stiftet, der wird seine Strafe haben.

Das arbeitende Volk wird es schon schaffen!

Vorwärts, Morgen-Ausgabe, 28. 2.

Das Karl-Liebknecht-Haus, die Zentrale der KPD, vorher schon häufig Opfer von Polizeiaktionen, wird nun endgültig von den Nationalsozialisten besetzt.

Die Hakenkreuzfahne auf dem Karl-Liebknecht-Haus

Die Nationalsozialisten berichten: Am Dienstag nachmittag gegen 6.30 Uhr wurde auf dem Karl-Liebknecht-Haus die Hakenkreuzfahne gehisst. Ein SA-Sturm war an der Front des Hauses angetreten. Der Sturmführer wies in einer kurzen Ansprache auf die Bedeutung dieses Tages hin und erklärte, dass mit der Hissung der Hakenkreuz-

fahne auf dem Karl-Liebknecht-Haus die Arbeit Horst Wessels ihre Erfüllung gefunden habe.

Nürnberger Zeitung, 1. 3.

Das dabei angeblich gefundene Material dient zur Entfesselung einer wilden antikommunistischen Hetze.

Enthüllungen über den Umsturzplan

Es haben sich bestimmte Pläne gefunden für die Festnahme von Geiseln, besonders Frauen oder Kinder bestimmter namhafter Persönlichkeiten. Vorbereitung für Brandstiftungen, Terrorgruppen, die in der Uniform der Polizei, der SA und SS oder des Stahlhelms eingesetzt werden sollten. Ausserdem besteht für die Reichsregierung der begründete Verdacht, dass die Terroraktionen fortgesetzt und die Zentraleitung derselben evtl, von Berlin fortverlegt werden sollte. Es wird weiter Anlass zu der Annahme mitgeteilt, dass ebenso wie in der Landeshauptstadt, auch in anderen Städten unterirdische Gewölbe und Gänge vorhanden seien, durch welche die Kommunisten bei Gefahr verschwinden können. Weiter wird bekanntgegeben, dass an der deutschen Grenze Vorkehrungen getroffen sind, um ein Übertreten verdächtiger Personen in das Ausland zu verhindern. In aufgefundenen kommunistischen Schriftstücken sei sogar die Rede von der Anwendung von Gift in Speisen und Brunnen.

Nürnberger Zeitung, 1. 3.

Obwohl die Verbotswelle in der letzten Woche vor der Reichstagswahl jetzt nicht nur kommunistische und sozialdemokratische, sondern auch bürgerliche Blätter trifft, setzt die SPD nach wie vor auf den legalen Kurs.

Berlin, 1. März. Der Vorstand der SPD hat eine Erklärung erlassen, in der gesagt wird, dass das Verbot der sozialdemokratischen Presse durch kein Gesetz und keine Notverordnung gedeckt sei. Die Erklärung widerspricht der Annahme, dass die SPD irgend etwas mit dem Reichstagsbrandstifter zu tun hätte. Der Vorsitzende der SPD Wels hat an den Reichskommissar für Preussen, v. Papen, einen Brief gerichtet, worin er erklärt, die ganze Geschichte der Sozialdemokratie beweise, dass sie terroristische Akte jeder Art ablehne und dass ihre Anhänger stets eine in jeder Hinsicht vorbildliche Disziplin an den Tag gelegt hätten. Das Verbot der sozialdemokratischen

Der Reichstag in Flammen!

Von Kommunisten in Brand gesteckt!

So würde das ganze Land aussehen, wenn der Kommunismus und die mit ihm verbündete Sozialdemokratie auch nur auf ein paar Monate an die Macht kämen!

Brave Bürger als Geiseln an die Wand gestellt!
Den Bauern den roten Fahn aufs Dach gesetzt!

Wie ein Aufschrei muß es durch Deutschland gehen:

Zerstampft den Kommunismus!
Zerschmettert die Sozialdemokratie!



Wählt

Hitler

Liste

1



Die Belegschaft der Setzerei des Scherl-Verlages, der zum Hugenberg-Konzern gehört, hat sich vor dem «Volksempfänger» zum «Gemeinschaftsempfang» einer Rede, vermutlich Hitlers, versammelt. Dieser Gemeinschaftsempfang endete immer mit einem dreifachen «Sieg Heil» auf den Führer und mit dem Absingen des Deutschland- und Horst-Wessel-Liedes.

Eins der «wilden KZ-Lager», die von der SA sofort nach dem 30. Januar 1933 in Kellern und alten Fabriken eingerichtet wurden, um politische Gegner festzuhalten, zu foltern und zu ermorden.



Zeitungen, Flugblätter und Plakate halte die Partei für ungesetzlich. Sie spreche daher die Erwartung aus, dass Reichskommissar von Papen es nicht durchführen werde.

Nürnberger Zeitung, 1. 3.

Die Reichstagswahl beschert der Harzburger Front die absolute Mehrheit. Kommunistische und sozialdemokratische Teile der Bevölkerung haben in ihrer Presse keine Stimme mehr, weil sie verboten ist. Die kommunistischen Abgeordneten sind verhaftet oder in den Untergrund gegangen. Liberale Zeitungen zweifeln immer noch daran, dass die Nationalsozialisten tonangebend werden. Sie sind nach wie vor von den Möglichkeiten einer parlamentarischen Opposition überzeugt und versuchen, sich mit den neuen Verhältnissen zu arrangieren.

Die Regierung hat gesiegt

Die Regierung hat um ein Geringes mehr als die Hälfte des ganzen Volkes hinter sich, d. h. also die bisherige politische Taktik des Nationalsozialismus hat ihre Früchte getragen: die Bewegung hat auf dem legalen demokratischen Weg die Macht übernommen. Sinnlos wäre es, die Folgerungen aus diesen Tatsachen nicht ziehen zu wollen, das heisst sich heute noch von den mannigfach geäusserten Diktaturgelüsten der politischen Heisssporne verführen zu lassen. Die Regierung besitzt die Majorität, und nichts steht ihr im Wege, an die politische Arbeit zu gehen. Die Regierung hat die Majorität, aber diese Majorität ist nicht gleichbedeutend mit dem gesamten Volk (. . .) Die Regierung darf innerhalb der Legislaturperiode von vier Jahren die Dinge verantwortlich leiten. Zu dieser Verantwortung gehört der Respekt vor der Opposition.

Frankfurter Zeitung, 6. 3.

Schliesslich kann kein Regime ausschliesslich von der Rache an seinen Vorgängern leben; wenn einmal positiv gearbeitet werden soll, muss mit der Politik des Ressentiments Schluss gemacht werden. Ein faschistisches System, das einer Partei das Monopol zur Beherrschung des Staates gibt, lässt sich nach Deutschland nicht übertragen, weil dafür die soziale und regionale Differenzierung viel zu stark ist. Ob das Kabinett Hitler künftig stärker als bisher das nationalsozialistische Übergewicht zum Ausdruck bringen wird, ist zur Zeit noch eine offene Frage.

Berliner Tageblatt, 6. 3.

Eröffnung der Berliner Automobil-Ausstellung durch Reichskanzler Hitler

Am Samstag vormittag 10 Uhr, wurde die grösste Internationale Automobil-Ausstellung in den Berliner Ausstellungshallen am Kaiserdamm feierlich eröffnet. Im Gegensatz zu früheren Eröffnungen waren diesmal nur einige hundert Gäste geladen. Strenge Absperrungen wurden geschaffen, die von Schupo und SA-Abteilungen gemeinsam durchgeführt wurden. Die Hallen waren schon in der Frühe geräumt worden. Reichskanzler Hitler erschien in Begleitung der Reichsminister Frick und Göring und wurde vom Vorstand des Reichsverbandes der Automobil-Industrie begrüsst (. . .)

In seiner mit grossem Beifall aufgenommenen Rede sprach der Reichskanzler der deutschen Automobil-Industrie, den Konstrukteuren und Arbeitern den Dank aus, dass es ihrer Arbeit trotz der ungeheuren Belastung gelungen sei, dem deutschen Automobil und der in ihm dargestellten deutschen Wertarbeit Weltgeltung und Anerkennung zu verschaffen.

. . . Geheimrat Ullmers vom Reichsverband der Automobil-Industrie dankte dem Reichskanzler für seine hoffnungsweckenden Worte. Oberbürgermeister Dr. Sahn begrüsst die Ausstellung namens der Stadt, die er gegen den Vorwurf der Autofeindschaft verteidigte. Im Anschluss an die offiziellen Reden besichtigte der Reichskanzler Hitler die Auto-Ausstellung.

Münchner Neueste Nachrichten, 12. 2.

CITROËN

Der neue
1,4 Liter
mit schwebendem Motor
ist lieferbar!

*
4-türige Innensteuer-Limousine, geräumiger als jeder andere Wagen seiner Klasse, Sicherheitsglas in allen Fenstern, mit grossem Koffer

RM 3550.-
Kabriolett, viersitzig, zweitürig RM 4250.-

PREISE AB WERK

1	Schwebender Motor	— Schwingschraube Lauf
2	Synchronisiertes Getriebe	— Leertöne Schaltung
3	Der Kastenrahmen	— Verwindungsfrei
4	Die neue Steuerung	— Weich, Abstimmungs frei
5	Voll-Lenz-Bremsung	— Höchster Fahrkomfort
6	Startervorgang	— Stets startbereit
7	Der neue Kühler	— Das selbstes Gesicht
8	Die Ganzstahl-„Elo-Stück“-Karosserie	— Unverwundliche Geräuschlosigkeit
9	Die besten Türen	— Bequemer Einstieg
10	Sicherheitsglas „Sekurit“	— Schutz des Lebens
11	Der grosse Koffer	— Bequemer Reisewagen
12	Die Karosseriemass	— Überlegene Geräuschlosigkeit

Bitte machen Sie beim nächsten CITROËN-Vertreter eine Probefahrt, ehe Sie sich zum Ankauf eines Wagens entschließen.

Der neue CITROËN wird in Kürze in allen seinen Teilen in Deutschland ausschließlich mit deutschem Material und deutscher Arbeitskraft hergestellt.



CITROËN AUTOMOBIL A.G. · BERLIN · KÖLN

Wohlfahrtsrichtsätze für die Gemeinde Köln

Richtsätze für Regelleistungen an Barunterstützung:

	allgemeine Fürsorge		gehobene Fürsorge	
	insgesamt RM	Mietanteil RM	insgesamt RM	Mietanteil RM
Alleinstehende	34,-	8,50	40,-	10,-
Ehepaar	51,-	12,75	57,-	14,25
mit 1 Kind	63,-	15,75	69,-	17,25
mit 2 Kindern	75,-	18,75	81,-	20,25
mit 3 Kindern	87,-	21,75	93,-	23,25
mit 4 Kindern	99,-	24,75	105,-	26,25
mit 5 Kindern	111,-	27,75	117,-	29,25

Der Mietanteil beträgt 25 Prozent des Richtsatzes und des nicht anzurechnenden Familieneinkommens.

Der Arbeitslose, Nr. 7, 1933

18 v. H. Reallohnsenkung in 1½ Jahren

Die neue Statistik des ADGB über die Tariflöhne berichtet über eine durchschnittliche Lohnkürzung von mehr als 28 v. H. von Ende 1930 bis Mitte 1932. Berücksichtigt man die Senkung der Lebenshaltungskosten auf Grund des amtlichen Lebenskostenindex, jedoch unter Einbeziehung der im amtlichen Index nicht enthaltenen Bewegung der Steuern und Versicherungsbeiträge, so ergibt sich für diesen Zeitraum eine Senkung der Lebenshaltungskosten um etwa 12 v. H. Daher beträgt die Senkung des tariflichen Stundenlohnes in seiner realen Kaufkraft im Durchschnitt 18 v. H. Eine Lohnkürzung von 20 bis 25 v. H. wurde durchgeführt bei den Metallarbeitern und Gemeindearbeitern. In den meisten Berufszweigen betrug die Kürzung des tariflichen Stundenlohnes 15 bis 20 v. H. Allein in der Massschneiderei und im Brauereigewerbe sind die Löhne um weniger als 15 v. H. gesunken.

Metallarbeiter-Zeitung, Nr. 8, 25. 2.

«Deutschland», so sagt Paul de Lagarde, «ist die Gesamtheit aller deutschempfindenden, deutschdenkenden, deutschwollenden Deutschen: jeder einzelne von uns ein Landesverräter, wenn er nicht in dieser Einsicht sich für die Existenz, das Glück, die Zukunft des Vaterlandes in jedem Augenblicke verantwortlich erachtet, jeder einzelne ein Held und Befreier, wenn er es tut.» Wenn die Regierung bereit und willens ist, unser Volk unter Zusammenfassung seiner aufbaufähigen, im Blut und Boden wurzelnden Kräfte zu neuer Grösse und neuem Wohlstand aller seiner Glieder emporzuführen, so kann es am 5. März nur eine Wahlentscheidung geben: Geschlossen und entschlossen für die nationalen Führer!

Deutsche Arbeitgeber-Zeitung, Nr. 9, 26. 2.



Einsiedler im Müll

Ein Sonderling unter den Ärmsten der Armen

In Berlin, draussen bei Spindlersfeld, wo eine ganze Gebirgslandschaft von der Berliner Müllabfuhr aufgetürmt wird, leben hunderte anonymer Existenzen in den primitivsten Behausungen der Welt, meist in notdürftig überdeckten Erdlöchern. Viele von ihnen sind «Müllfledderer» und suchen tagsüber mit langen Fanghaken im Schutt nach verwertbaren Abfällen. Andere sind nur hinausgezogen, weil die Asphaltwüste keine Bleibe mehr für sie hatte. Die Schutthalden vor Berlin sind in gewisser Beziehung «Niemandland», es wird hier keine polizeiliche Meldung verlangt und kein Steuerbeamter verirrt sich hier heraus. Ein Spaziergang in diesem abenteuerlichen Gelände ist wirklich eine anstrengende Gebirgstour. Man muss hohe Hügel erklettern und gelangt dann wieder in tiefe Täler. Immer neue Waggons mit Berliner Müll rollen heran und werden aus einer Höhe von fast hundert Metern in die Tiefe entleert. Allmählich wird hier auf diese billige Weise das ganze, tiefgelegene Gelände eingeebnet. Aber das kann noch ein gutes Jahrzehnt dauern bis dahin. Die Bewohner der Müllwüste sind neugierige Besucher gewohnt. Sie kümmern sich nicht darum und werfen mehr oder minder gleichgültige Blicke auf die einsamen Wanderer in Staub und Gestank. Hin und wieder wird man um eine Zigarette angegangen oder man bekommt irgendeinen seltenen Fund der Müllfledderer angeboten.

Fränkische Tagpost (SPD), 6. 2.

Wie war der Fasching?

Zufriedenstellende Bilanz von 8 Wochen Karneval – Das Ergebnis einer Rundfrage

. . .Traditionsgemäss setzte vierzehn Tage vor der Kehrausstunde ein gewaltiger Auftrieb an karnevalistischen Veranstaltungen ein. «Leben und leben lassen!» das war die Devise und die besondere und entscheidende Note dieser Saison. Trotz aller Sorge herrschte ein netter angenehmer Ton und das Bild einer harmlosen Fröhlichkeit. Nun zu den Ergebnissen unserer Rundfrage in einigen Gewerbezweigen:

Der Friseur: «Wir haben im Umsatz einen Rückgang von über 50 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Im Perückenverleih ging fast gar nichts. Das Schminken brachte wenig ein. Hin und wieder waren einige Frisuren zu arbeiten. Dieser enorme Rückgang beruht in unserem Gewerbe nicht allein in der schlechten Wirtschaftslage, sondern ist im Fehlen einer entsprechenden Mode und im Charakter der heutigen Feste zu suchen. Überdies haben auch zu wenig Bälle stattgefunden.»

Der Kellner: «Das war wohl das schlechteste Geschäft, das ich mitgemacht habe. (Sein Kollege von einem anderen Lokal bekundete gerade das Gegenteil!) Ich habe ein Drittel weniger verdient als im vergangenen Jahr. Der Durst der Besucher war mit einem Glas Bier für den ganzen Abend gelöscht. Auch der Zigarettenboy konnte keinen Umsatz erzielen. Seine Kunden verlangten in vielen Fällen immer wieder zwei Zigaretten zu fünf Pfennig. Im Verhältnis zu der langen Dauer der jeweiligen Veranstaltungen kann von keinem Verdienst gesprochen werden.»

Von zwei befragten Maskenverleihern schildert der eine den Faschingsverlauf als katastrophal. Trotz hoher Spesen waren nur billige Kostüme verleihbar. Der andere bezeichnet Damen als Hauptkundschaft. Am beliebtesten waren Hosensachen. Während voriges Jahr noch mit Mindestleihgebühren von 4 und 6 RM gearbeitet werden konnte, musste man heuer bis auf 2 RM herabgehen, ohne damit alle Wünsche befriedigen zu können.

Nürnberger Zeitung, 1. 3.

Auch Rot-Sport-Zeitung beschlagnahmt

Der Polizeipräsident von Essen hat die Nummer 6 der Zeitung «Roter Ruhrsport» beschlagnahmt. Die Beschlagnahme wird damit begründet, dass der Inhalt dieser roten Sportzeitung geeignet sei, die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gefährden.

Die Rote Fahne (KPD), Berlin, 10. 2.



Es wird marschiert. Propagandafoto für die Presse.

Es wird marschiert. Die Nationalsozialistische Betriebs-Organisation der Berliner Kindl-Brauerei tritt geschlossen zur Maifeier an.



Richard-Wagner-Feiern in den preussischen Schulen

Wie mitgeteilt wird, hat der Kommissar des Reiches für das preussische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung in einem Erlass an die Provinzialschulkollegien und Regierungen angeordnet, dass anlässlich des Todestags Richard Wagners, der sich am 13. Februar zum 50. Mal jährt, in allen Schulen Preussens der musikalischen und nationalen Bedeutung dieses grossen Deutschen in würdiger Weise zu gedenken ist.

Der Angriff, 6. 2.

Antisemitische Ausschreitungen

In Breslau. Nach einer Kundgebung der «Eisernen Front», die in Breslau am Sonntag nachmittag stattfand, und bei der es zu mehreren Zusammenstössen zwischen den Teilnehmern und Nationalsozialisten gekommen war, wurde der dem Reichsbanner angehörige jüdische Student Walter Steinfeld ermordet.

Steinfeld, der die Uniform des Reichsbanners trug, befand sich allein auf dem Heimweg und wurde gegen 14.30 Uhr auf der Kaiser-Wilhelm-Strasse in unmittelbarer Nähe des Reichspräsidentenplatzes von SA-Leuten angerempelt und in einen Wortwechsel verstrickt.

Bei dieser Gelegenheit erhielt er mehrere Stiche in Brust und Bauch. Er erlag seinen schweren Verletzungen wenige Stunden später. Zwei Nationalsozialisten wurden verhaftet (...)

In Hamburg. Wie aus Hamburg telegraphiert wird, wurde am Samstag vormittag ein jüdischer Kaufmann beim Verlassen der Synagoge nach der Sabbath-Andacht von uniformierten Nationalsozialisten überfallen und schwer verletzt.

In Dülmen (...)

In Friedberg (...)

In Berlin (...)

In Gersfeld (...)

Jüdisches Wochenblatt, 17. 2.

Kein Starkbier am Wahltag

München, 1. März. Wie die Polizeidirektion München bekannt gibt, ist der Ausschank von Starkbier am Sonntag, 5. März, dem Wahltage, verboten.

Nürnberger Zeitung, 1. 3.

Schulfrei in Preussen am 8. März

Berlin, 6. März. Wie der amtliche preussische Pressedienst mitteilt, hat der Kommissar des Reiches für das preussische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung anlässlich der geschichtlichen Wende, die der überwältigende Wahlsieg der nationalen Front für Deutschland bedeute, verfügt, dass an sämtlichen ihm unterstehenden Schulen Preussens am Mittwoch, 8. März d. Js., der Unterricht ausfällt.

Frankfurter Zeitung, 7. 3.

Gehe nicht quer über Strassenkreuzungen und Plätze, überschreite die Strassen stets im rechten Winkel!

Nürnberger Zeitung, 9. 3.

Kultusminister Pg. Rust vor den Amtswaltern

Der Kampfbund stürmt!

. . . Unbeschreiblicher Jubel, der Siegesruf einer einzigen, aus hunderten geistiger Kämpfer bestehenden Kampfeinheit, Gelöbnis und Treueschwur brandeten auf. Weisshaarige Professoren aller kulturellen Disziplinen, Lehrer und Erzieher, junge revolutionäre Schaffende aller Künste standen mit gereckten Armen, einig im Mut, einig im Zorn und in dem jugendlichen Kampfwillen, das Blut zu opfern, um die Flamme zu bewahren.

*Völkischer Beobachter (NSDAP),
Berlin, 5. 2.*

Anbruch der neuen Zeit!

«Heil Hitler!» braust es im jauchzenden Chor aus jubelnden Herzen zum Führer empor!

Hier schlägt der lebendige Puls der Geschichte!

Hell leuchten die Augen im flackernden Lichte, hier sieht das Deutschland, das todesnah im Kampfe siegte, die stolze SA!

Und vorwärts marschiert sie, in Treue bereit, im hämmernden Takte der neuen Zeit.

*Illustrierter Beobachter (NSDAP),
München, 11.2.*

Karikatur oder Ehrung?

Die Berliner Staatsoper bringt am 12. 2. 33 (der 13. 2. ist Wagners 50. Todestag), eine Aufführung des «Tannhäuser», die eine neuerliche Kampfansage der Staatsoperleitung an das deutsche Volk ist. Abgesehen davon, dass eine Tschechin

die Elisabeth, ein russischer Jude den Landgrafen und der Bayreuther Versager Pilinsky den Tannhäuser singen, abgesehen davon, dass Herr Klemperer die musikalische Leitung hat, macht die Regie Fehlings, unter Missachtung auch nur des geringsten Ehr- und Anstandsgefühles dem Komponisten gegenüber aus dem «Tannhäuser» eine Karikatur. Verantwortlich für diese Wagner-Schändung ist und bleibt Herr Generalintendant Tietjen, der es sich scheinbar bewusst vorgenommen hat, das deutsche Volk zu verhöhnen.

*Hessen-Post, Darmstadt,
3. Ausgabe Februar*

Volk, Blut, Gott. Ein Gruss des Evangeliums an die deutsche Freiheitsbewegung. Von J. B. Schairer. Berlin 1933, Martin Warneck. 224 S. M. 4,20. Ein Nationalsozialist aus der Wahlverwandtschaft Adolf Hitlers wirbt um das deutsche Volk, seines Zeichens Stadtpfarrer in einem Vorort von Stuttgart, in diesem opus 6. Das blutgeschlossene deutsche Volk ist der Sinn des verlorenen Krieges; Hitler ist sein Prophet. Der verwegene und klug meditierende Verfasser behandelt den Feuerfluss der Zeit, Kirche und Volk, das negative und das positive Christentum, die soziale Not, die Kirche als Vollstruktur, die Erfüllung der Konfessionen. Er will zum deutschen Wesen genesen. So handelt er von dem in der evangelischen Kirche enthaltenen echten Christentum und vom zur Freiheit strebenden deutschstämmigen Volkstum.

*Die Literatur, Stuttgart und Berlin,
März 1933*

Thomas Manns Bekenntnis

Der sozialistische Kulturbund hatte für den vergangenen Sonntag nach der Berliner Volksbühne zu einer Massenkundgebung für Freiheit und Kultur eingeladen. Tausende Eintrittskarten waren bereits Tage vorher für diese Veranstaltung verkauft worden. Im letzten Augenblick ist dann diese Kundgebung vom Berliner Polizeipräsidenten aus «sicherheitspolizeilichen» Gründen verboten worden. Eine besondere Bedeutung sollte die Kundgebung dadurch erhalten, dass eine Botschaft des Dichters Thomas Mann verlesen werden sollte. Sie wurde dann auf dem Kongress für das freie Wort, der ebenfalls aufgelöst wurde, vorgetragen. Aus dem mutigen Bekenntnis Thomas Manns veröffentlichen wir nachfolgenden Auszug.

«Sozialismus ist nichts anderes als der pflichtmässige Entschluss, den Kopf nicht mehr vor den dringenden Anforderungen der Materie, des gesellschaftlichen kollektiven Lebens in den Sand der himmlischen Dinge zu stecken, sondern sich auf die Seite derer zu schlagen, die der Erde einen Sinn geben wollen, einen Menschensinn. In diesem Sinne bin ich Sozialist. Und ich bin Demokrat in dem einfachen und allgemeinen Sinn, dass ich an die Unvergänglichkeit von Ideen glaube, die mir mit der Idee des Menschen selbst, mit jedem Gefühl für die Tatsache Mensch unverbrüchlich verbunden scheinen – der Idee der Freiheit zum Beispiel, die man heute für überwunden erklären und historisch zum alten Eisen werfen möchte. Aber die deutsche Republik muss den Glauben an ihre Kraft und an ihr Recht lernen, sie soll wissen, wie stark sie im Grunde ist, und welche unerschütterten moralischen und geistigen Kräfte ihr auch heute zur Seite stehen, wo scheinbar das ihr Feindliche triumphiert. Das ist Episode. Das soziale und demokratische Deutschland, ich bin tief überzeugt davon, darf vertrauen, dass die gegenwärtige Konstellation vorübergehend ist, und dass die Zukunft trotz allem, ihm gehört.»

Der Sonntag, 19. 2.

Wochenschau des Rückschritts:

Der nationalsozialistische Bürgermeister von Dessau hat die Bücher von Hölz, Kästner, Ottwalt, Remarque, Trotzki und Turek aus der städtischen Bücherei entfernen lassen . . .

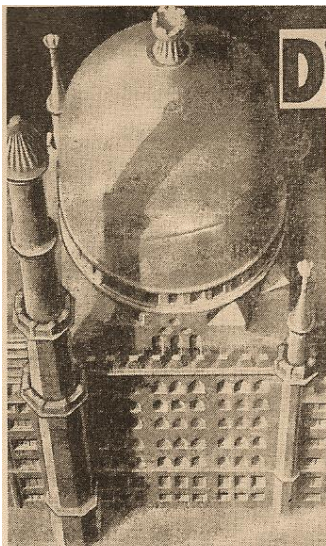
Wochenschau des Fortschritts: Gestrichen.

Die Weltbühne, Berlin, 14. 2.

Die Sage vom Grossen Krebs*von Walter Mehring*

Es geht um – es geht um eine böse Mär
Vom Krebs im Mohriner See –
Ihn ketten zwei Jahrtausende schwer –
Und wär er frei
Ging alles rückwärts und verquer
rückwärts und verquer.
Läutet die Glocken bim bam bom
Hosiannah! Gott gebs,
Dass nimmermehr loskomm
Der Grosse Krebs!
Denn kröche der Krebs aus dem Morast
Marschierte ein ganzes Heer
Das würgt und mordet, hetzt und hasst
Ihm hinterher
Im Krebsgang rückwärts und verquer –
rückwärts und verquer
Marschierte das ganze Rückwärtser-Heer!
Hosiannah! Gott gebs,
Dass loskomm nimmermehr
Der Grosse Krebs!
Und dann kreiste zurück die Jahrhundertuhr
Zur ewigen Mitternacht –
Und wenn die berauschte Kreatur
Vom Traum erwacht –
Geht Alles rückwärts und verquer
rückwärts und verquer
Zu Hexenbränden und Judenpogrom.
Hosiannah! Gott gebs,
Dass nimmermehr loskomm
Der Grosse Krebs!
Und wohin er kröche, folgt seiner Spur
Die Pest vom Mohriner See
Und es regierte die Krebsdiktatur
Und kommandiert
Das Ganze rückwärts und verquer
rückwärts und verquer!
Nieder mit Euch! Kadaverfromm!
Hosiannah! Gott gebs,
Dass nimmermehr loskomm
Der Grosse Krebs! (. . .)

Die Weltbühne, 28. 2.



Die Mehrheit

ist untrüglich, wenn es sich um die Auswahl einer Ware handelt.

Millionen irren nicht, wenn ihr guter Geschmack sich einstimmig für die führende deutsche Zigarette entschieden hat:

die milde
SALEM

mit Gold-Filmbildern in natürlicher Farbwiedergabe.

3¹/₃M

Das ist die Salem-Fabrik

Je schwerer die Zeiten, desto mehr braucht Deine Familie den Schutz Deiner Lebensversicherung! Wenn es Dir schon schwer fällt, bei den jetzigen Zeiten Deine Familie zu ernähren – was sollte dann Deine Familie ohne Dich tun?

Halte Deine Lebensversicherung in Kraft!



**Achtung
Mittwoch früh 8³⁰
die erste Fahrt!**

Adolf Hitler

wurde Reichskanzler. Da wurde Alljuda von Schrecken, von Wut und Hass ergriffen. Es versuchte ein letztes Mittel, in Deutschland die Gewalt wieder in die Hand zu bekommen (. . .)

Der Jude ist der Schuldige. Er ist der Schuldige an der Brandstiftung in Berlin, an den Verbrechen des Bolschewismus, am Verbrechen der marxistischen Volkszersetzung. Deutschland wird nicht zur Ruhe kommen, bis es diesen Schuldigen verurteilt und gerichtet hat.

Der Stürmer, Nürnberg, 10. 3.

Für Ruhe und Ordnung

Der Reichskanzler hat in den letzten Tagen verschiedene Male Aufrufe erlassen, in denen er von seinen Parteifreunden um des Ansehens der nationalen Revolution willen strengste Disziplin und Ordnung verlangt. So hat er am Freitag, den 10. März, Terrorakte und Störungen des Geschäftslebens, wie sie durch Einzelaktionen in Essen, Berlin und anderen Städten vorgekommen waren, grundsätzlich untersagt.

Ähnliche Erklärungen haben auch die Reichsbeauftragten in den verschiedenen Ländern abgegeben. Die Staatskommissare von Killinger (Dresden) und Müller in Hessen haben in Aufufen der SA und SS jedes eigenmächtige Eingreifen in Angelegenheiten, die nur die Regierung zu entscheiden hat, verboten, und der Kommissarische Polizeipräsident von München, Himmler, erklärte in einer Unterredung mit Vertretern der Presse, dass er bereit sei, alle Staatsbürger zu schützen. Er erklärte ausdrücklich, dass für ihn der Staatsbürger jüdischen Glaubens genau so Staatsbürger sei wie der nichtjüdischen Glaubens, und dass sein Leben und Eigentum genau so zu schützen seien.

C. V.-Zeitung, Berlin, 16. März

Organ des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens e. V.

Blätter für Deutschland und Judentum

«Das ist heute unser Gebet: dass Gottes Gnadenhand über den Bau des Deutschen Reiches die Kuppel wölbe, die einem deutschen, einem geheiligten, einem freien Volk den Blick für immer nach oben zieht. Deutschland wieder für immer: ein Reich, ein Volk, ein Gott!»

Generalsuperintendent der Kurmark, Otto Dibelius, in der Predigt während der Eröffnung des Deutschen Reichstags in der Garnisonskirche von Potsdam am 21. März («Tag von Potsdam»); Das Evangelische Deutschland, 26. 3.

Dokumente

1. Amtliche Verlautbarungen über die Zusammensetzung des Reichskabinetts, 30. Januar 1933

Reichspräsident von Hindenburg hat Herrn Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt. Auf Vorschlag des Reichskanzlers ernannte der Reichspräsident: den Reichskanzler a. D. Franz von Papen zum Stellvertreter des Reichskanzlers und zum Reichskommissar für das Land Preussen, Freiherrn von Neurath zum Reichsminister des Auswärtigen, das Mitglied des Reichstages, Staatsminister a. D. Dr. Frick, zum Reichsminister des Innern, Generalleutnant Werner von Blomberg zum Reichswehrminister, Graf Schwerin von Krosigk zum Reichsminister der Finanzen, das Mitglied des Reichstages, Geheimen Finanzrat Dr. Alfred Hugenberg, zum Reichswirtschaftsminister und zum Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, den ersten Bundesführer des Stahlhelm, Franz Seldte, zum Reichsarbeitsminister, Freiherrn von Eltz-Rübenach zum Reichspostminister und Reichsverkehrsminister, den Präsidenten des Reichstages, Hermann Göring, zum Reichsminister ohne Geschäftsbereich und gleichzeitig zum Reichskommissar für den Luftverkehr. Reichsminister Göring wurde mit der Wahrnehmung der Geschäfte des preussischen Innenministers betraut. Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung Dr. Gereke wurde in seinem Amt bestätigt. Die Besetzung des Reichsjustizministeriums bleibt vorbehalten.

2. Aufruf der KPD, 30. Januar 1933

Hitler Reichskanzler – Papen Vizekanzler – Hugenberg Wirtschaftsdiktator – die Frick und Göring an der Spitze der Polizei – Stahlhelm-Seldte Arbeitsminister! Dies neue Kabinett der offenen, faschistischen Diktatur ist die brutalste, unverhüllteste Kriegserklärung an die Werktätigen, die deutsche Arbeiterklasse!

Die Betrugsmanöver des «sozialen» Generals sind zu Ende. Die Zuspitzung der Krise, der machtvolle revolutionäre Aufschwung der Massen zwingt die Bourgeoisie, das nackte Gesicht ihrer Diktatur in äusserster Brutalität zu enthüllen. An die Stelle der «sozialen» Phrasen treten die Bajonette der Reichswehr und die Revolver der mordenden SA- und SS-Kolonnen. Schamloser Raub der Löhne, schrankenloser Terror der braunen Mordpest, Zertrampelung der letzten spärlichen Überreste der Arbeiterklasse, hemmungsloser Kurs auf den imperialistischen Krieg – das alles steht unmittelbar bevor.

Die Partei der deutschen Arbeiter, die Partei der Streiks gegen Lohnraub, der Verteidigung der Interessen aller Werktätigen, des Kampfes für die Freiheit der Arbeiterklasse und für den Sozialismus – die KPD will man verbieten!

Die Kampforganisation der proletarischen Jugend, der KJVD, die Massenkampforganisation, die den Kampf gegen Lohnraub und Unternehmerwillkür führt, die RGO, sollen verboten werden. Diese faschistischen Anschläge sollen den Kurs auf die volle Zerschlagung aller Arbeiterorganisationen Deutschlands einleiten.

Das blutige, barbarische Terrorregime des Faschismus wird über Deutschland aufgerichtet. Massen, lasst nicht zu, dass die Todfeinde des deutschen Volkes, die Todfeinde der Arbeiter und armen Bauern, der Werktätigen in Stadt und Land ihr Verbrechen durchführen! Setzt euch zur Wehr gegen die Anschläge und den Terror der faschistischen Konterrevolution! Verteidigt euch gegen die schrankenlose soziale Reaktion der faschistischen Diktatur! Heraus auf die Strasse!

Legt die Betriebe still!

Antwortet sofort auf den Anschlag der faschistischen Bluthunde mit Streik, mit dem Massenstreik, mit dem Generalstreik!

Arbeiter, Arbeiterinnen, Jungarbeiter, nehmt in allen Betrieben, in allen Gewerkschaften, in allen Arbeiterorganisationen, auf allen Stempelstellen sofort Stellung für den Generalstreik gegen die faschistische Diktatur!

Beschliesst die Arbeitsniederlegung! Beschliesst Massendemonstrationen! Wählt Einheitskomitees und Streikleitungen! Organisiert den Kampf!

3. An die Mitglieder der Gewerkschaften!

Die politische Lage hat sich in entscheidender Weise geändert. Das Schwergewicht der neuen Reichsregierung liegt bei Parteien und Gruppen, die bisher offen für die soziale Entrechtung der Arbeiter und Angestellten, für die Zerschlagung der Demokratie und für die Ausschaltung des Parlaments eingetreten sind. Die Gefahr liegt nahe, dass sie jetzt ihre Pläne zu verwirklichen trachten.

Gewerkschaftsmitglieder! Die Lebensinteressen der gesamten Arbeitnehmerschaft stehen auf dem Spiel. Um Angriffe gegen Verfassung und Volksrechte im Ernstfall wirksam abzuwehren, ist kühles Blut und Besonnenheit erstes Gebot. Lasst euch nicht zu voreiligen und darum schädlichen Einzelaktionen verleiten.

Berlin, den 30. Januar 1933 *Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.*

Allgemeiner Freier Angestelltenbund.

Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften.

Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände.

4. Aufruf des Parteivorstandes der SPD und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, 31. Januar 1933

Arbeitendes Volk! Republikaner!

Im Kabinett Hitler-Papen-Hugenberg ist die Harzburger Front wieder aufstanden.

Die Feinde der Arbeiterklasse, die einander bis vor wenigen Tagen auf das heftigste befehdeten, haben sich zusammengeschlossen zum gemeinsamen Kampf gegen die Arbeiterklasse, zu einer reaktionären grosskapitalistischen und grossagrarisches Konzentration.

Die Stunde fordert die Einigkeit des ganzen arbeitenden Volkes zum Kampf gegen die vereinigten Gegner. Sie fordert Bereitschaft zum Einsatz der letzten und äussersten Kräfte.

Wir führen unseren Kampf auf dem Boden der Verfassung. Die politischen und sozialen Rechte des Volkes, die in Verfassung und Gesetz verankert sind, werden wir gegen jeden Angriff mit allen Mitteln verteidigen. Jeder Versuch der Regierung, ihre Macht gegen die Verfassung anzuwenden oder zu behaupten, wird auf den äussersten Widerstand der Arbeiterklasse und aller freiheitlich gesinnten Volkskreise stossen. Zu diesem entscheidenden Kampf sind alle Kräfte bereitzuhalten.

Undiszipliniertes Vorgehen einzelner Organisationen oder Gruppen auf eigene Faust würde der gesamten Arbeiterklasse zum schwersten Schaden gereichen. Darum her zur Eisernen Front! Nur ihrer Parole ist Folge zu leisten! Kaltblütigkeit, Entschlossenheit, Disziplin, Einigkeit und nochmals Einigkeit ist das Gebot der Stunde!

5. Aufruf der Reichsregierung an das deutsche Volk, 1. Februar 1933

Über 14 Jahre sind vergangen seit dem unseligen Tage, da, von inneren und äusseren Versprechungen verblendet, das deutsche Volk der höchsten Güter unserer Vergangenheit, des Reiches, seiner Ehre und seiner Freiheit vergass und dabei alles verlor. Seit diesen Tagen des Verrates hat der Allmächtige unserem Volk seinen Segen entzogen. Zwietracht und Hass hielten ihren Einzug. In tiefster Bekümmernis sehen Millionen bester deutscher Männer und Frauen aus allen Lebensständen die Einheit der Nation dahinsinken und sich auflösen in ein Gewirr politisch-egoistischer Meinungen, wirtschaftlicher Interessen und weltanschaulicher Gegensätze.

Wie so oft in unserer Geschichte, bietet Deutschland seit diesem Tage der Revolution das Bild einer herzerbrechenden Zerrissenheit. Die versprochene Gleichheit und Brüderlichkeit erhielten wir nicht, aber die Freiheit haben wir verloren. Dem Verfall der geistigen und willensmässigen Einheit unseres Volkes im Innern folgte der Verfall seiner politischen Stellung in der Welt.

Heiss durchdrungen von der Überzeugung, dass das deutsche Volk im Jahre 1914 in den grossen Kampf zog ohne jeden Gedanken an eine eigene Schuld

und nur erfüllt von der Last der Sorge, das angegriffene Reich, die Freiheit und die Existenz des deutschen Menschen verteidigen zu müssen, sehen wir in dem erschütternden Schicksal, das uns seit dem November 1918 verfolgt, nur das Ergebnis unseres inneren Verfalls. Allein auch die übrige Welt wird seitdem nicht minder von grossen Krisen durchrüttelt. Das geschichtlich ausgewogene Gleichgewicht der Kräfte, das einst nicht weniger beitrug zum Verständnis für die Notwendigkeit einer inneren Solidarität der Nationen, mit all den daraus resultierenden glücklichen wirtschaftlichen Folgen, ist beseitigt.

Die Wahnidee vom Sieger und Besiegten zerstört das Vertrauen von Nation zu Nation und damit auch die Wirtschaft der Welt. Das Elend unseres Volkes aber ist entsetzlich! Dem arbeitslos gewordenen, hungernden Millionen-Proletariat der Industrie folgt die Verelendung des gesamten Mittel- und Handwerksstandes. Wenn sich dieser Verfall auch im deutschen Bauern endgültig vollendet, stehen wir in einer Katastrophe von unübersehbarem Ausmass. Denn nicht nur ein Reich zerfällt dann, sondern eine zweitausendjährige Erbmasse an hohen und höchsten Gütern menschlicher Kultur und Zivilisation.

Drohend künden die Erscheinungen um uns den Vollzug dieses Verfalls. In einem unerhörten Willens- und Gewaltansturm versucht die kommunistische Methode des Wahnsinns, das in seinem Innersten erschütterte und entwurzelte Volk endgültig zu vergiften und zu zersetzen, um es einer Zeit entgegenzutreiben, die sich zu den Versprechungen der kommunistischen Wortführer von heute noch schlimmer verhalten würde, als die Zeit hinter uns zu den Versprechungen derselben Apostel im November 1918.

Angefangen bei der Familie, über alle Begriffe von Ehre und Treue, Volk und Vaterland, Kultur und Wirtschaft hinweg bis zum ewigen Fundament unserer Moral und unseres Glaubens, bleibt nichts verschont von dieser nur verneinenden, alles zerstörenden Idee. 14 Jahre Marxismus haben Deutschland ruiniert. Ein Jahr Bolschewismus würde Deutschland vernichten. Die heute reichsten und schönsten Kulturgebiete der Welt würden in ein Chaos und Trümmerfeld verwandelt. Selbst das Leid der letzten anderthalb Jahrzehnte könnte nicht verglichen werden mit dem Jammer eines Europas, in dessen Herzen die rote Fahne der Vernichtung aufgezogen würde. Die Tausende von Verletzten, die unzähligen Toten, die dieser innere Krieg schon heute Deutschland kostet, mögen ein Wetterleuchten sein der Warnung vor dem Sturme.

In diesen Stunden der übermächtig hereinbrechenden Sorgen um das Dasein und die Zukunft der deutschen Nation rief uns Männer nationaler Parteien und Verbände der greise Führer des Weltkrieges auf, noch einmal wie einst an den Fronten, nunmehr in der Heimat Einigkeit und Treue für des Reiches Rettung unter ihm zu kämpfen. Indem der ehrwürdige Herr Reichspräsident uns in diesem grossherzigen Sinne die Hände zum gemeinsamen Bunde schloss, wollen wir als nationale Führer Gott, unserem Gewissen und

Dokumente

unserem Volke geloben, die uns damit übertragene Mission als nationale Regierung entschlossen und beharrlich zu erfüllen.

Das Erbe, das wir übernehmen, ist ein furchtbares.

Die Aufgabe, die wir lösen müssen, ist die schwerste, die seit Menschengedenken deutschen Staatsmännern gestellt wurde. Das Vertrauen in uns allen aber ist unbegrenzt; denn wir glauben an unser Volk und seine unvergänglichen Werte. Bauern, Arbeiter und Bürger, sie müssen gemeinsam die Bausteine liefern zum neuen Reich.

So wird es die nationale Regierung als ihre oberste und erste Aufgabe ansehen, die geistige und willensmässige Einheit unseres Volkes wieder herzustellen. Sie wird die Fundamente wahren und verteidigen, auf denen die Kraft unserer Nation beruht. Sie wird das Christentum als Basis unserer gesamten Moral, die Familie als Keimzelle unseres Volks- und Staatskörpers in ihren festen Schutz nehmen. Sie wird über Stände und Klassen hinweg unser Volk wieder zum Bewusstsein seiner volklichen und politischen Einheit und der daraus entspringenden Pflichten bringen. Sie will die Ehrfurcht vor unserer grossen Vergangenheit, den Stolz auf unsere alte Traditionen zur Grundlage machen für die Erziehung der deutschen Jugend. Sie wird damit der geistigen, politischen und kulturellen Nihilisierung einen unbarmherzigen Krieg ansagen. Deutschland darf und wird nicht im anarchischen Kommunismus versinken.

Sie wird an Stelle turbulenter Instinkte wieder die nationale Disziplin zum Regenten unseres Lebens erheben. Sie wird dabei all der Einrichtungen in höchster Sorgfalt gedenken, die die wahren Bürgen der Kraft und Stärke unserer Nation sind.

Die nationale Regierung wird das grosse Werk der Reorganisation der Wirtschaft unseres Volkes mit zwei grossen Vierjahresplänen lösen: Rettung des deutschen Bauern zur Erhaltung der Ernährungs- und damit Lebensgrundlage der Nation.

Rettung des deutschen Arbeiters durch einen gewaltigen und umfassenden Angriff gegen die Arbeitslosigkeit.

In 14 Jahren haben die November-Parteien den deutschen Bauernstand ruiniert.

In 14 Jahren haben sie eine Armee von Millionen Arbeitslosen geschaffen. Die nationale Regierung wird mit eiserner Entschlossenheit und zähester Ausdauer folgenden Plan verwirklichen:

Binnen vier Jahren muss der deutsche Bauer der Verelendung entrissen sein. Binnen vier Jahren muss die Arbeitslosigkeit endgültig überwunden sein. Gleichlaufend damit ergeben sich die Voraussetzungen für das Aufblühen der übrigen Wirtschaft.

Mit dieser gigantischen Aufgabe der Sanierung unserer Wirtschaft wird die nationale Regierung verbinden die Aufgabe und Durchführung einer Sanierung des Reiches, der Länder und der Kommunen in verwaltungsmässiger und steuertechnischer Hinsicht.

Damit erst wird der Gedanke der föderativen Erhaltung des Reiches blut- und lebensvolle Wirklichkeit.

Zu den Grundpfeilern dieses Programms gehört der Gedanke der Arbeitsdienstpflicht und der Siedlungspolitik.

Die Sorge für das tägliche Brot wird aber ebenso die Sorge sein für die Erfüllung der sozialen Pflichten bei Krankheit und Alter.

In der Sparsamkeit ihrer Verwaltung, der Förderung der Arbeit, der Erhaltung unseres Bauerntums sowie der Nutzbarmachung der Initiative des Einzelnen liegt zugleich die beste Gewähr für das Vermeiden jedes Experimentes der Gefährdung unserer Währung.

Aussenpolitisch wird die nationale Regierung ihre höchste Mission in der Wahrung der Lebensrechte und damit der Wiedererringung der Freiheit unseres Volkes sehen. Indem sie entschlossen ist, den chaotischen Zuständen in Deutschland ein Ende zu bereiten, wird sie mithelfen, in die Gemeinschaft der übrigen Nationen einen Staat gleichen Wertes und damit allerdings auch gleicher Rechte einzufügen. Sie ist dabei erfüllt von der Grösse der Pflicht, mit diesem freien, gleichberechtigten Volke für die Erhaltung und Festigung des Friedens einzutreten, dessen die Welt heute mehr bedarf als je zuvor. Möge auch das Verständnis all der anderen mithelfen, dass dieser unser aufrichtigster Wunsch zum Wohle Europas, ja der Welt, sich erfüllt.

So gross unsere Liebe zu unserem Heere als Träger unserer Waffen und Symbol unserer grossen Vergangenheit ist, so wären wir doch beglückt, wenn die Welt durch eine Beschränkung ihrer Rüstungen eine Vermehrung unserer eigenen Waffen niemals mehr erforderlich machen würde.

Soll aber Deutschland diesen politischen und wirtschaftlichen Wiederaufstieg erleben und seine Verpflichtungen den anderen Nationen gegenüber gewissenhaft erfüllen, dann setzt dies eine entscheidende Tat voraus: die Überwindung der kommunistischen Zersetzung Deutschlands.

Wir Männer dieser Regierung fühlen uns vor der deutschen Geschichte verantwortlich für die Wiederherstellung eines geordneten Volkskörpers und damit für die endgültige Überwindung des Klassenwahnsinns und Klassenkampfes. Nicht einen Stand sehen wir, sondern das deutsche Volk, die Millionen seiner Bauern, Bürger und Arbeiter, die entweder gemeinsam die Sorgen dieser Zeit überwinden werden oder ihnen sonst gemeinsam erliegen.

Entschlossen und getreu unserem Eide wollen wir damit angesichts der Unfähigkeit des derzeitigen Reichstages, diese Arbeit zu unterstützen, dem deutschen Volke selbst die Aufgabe stellen, die wir vertreten.

Der Reichspräsident, Generalfeldmarschall v. Hindenburg, hat uns berufen mit dem Befehl, durch unsere Einmütigkeit der Nation die Möglichkeit des Wiederaufstiegs zu bringen.

Wir appellieren deshalb nunmehr an das deutsche Volk, diesen Akt der Versöhnung selbst mit zu unterzeichnen.

Die Regierung der nationalen Erhebung will arbeiten, und sie wird arbeiten.

Sie hat nicht 14 Jahre lang die deutsche Nation zugrunde gerichtet, sondern will sie wieder nach oben führen.

Sie ist entschlossen, in vier Jahren die Schuld von 14 Jahren wieder gutzumachen.

Allein sie kann nicht die Arbeit des Wiederaufbaues der Genehmigung derer unterstellen, die den Zusammenbruch verschuldeten.

Die Parteien des Marxismus und seiner Mitläufer haben 14 Jahre lang Zeit gehabt, ihr Können zu beweisen.

Das Ergebnis ist ein Trümmerfeld.

Nun, deutsches Volk, gib uns die Zeit von vier Jahren, und dann urteile und richte uns!

Getreu dem Befehl des Generalfeldmarschalls wollen wir beginnen. Möge der allmächtige Gott unsere Arbeit in seine Gnade nehmen, unseren Willen recht gestalten, unsere Einsicht segnen und uns mit dem Vertrauen unseres Volkes beglücken. Denn wir wollen nicht kämpfen für uns, sondern für Deutschland!

Norbert Frei

Die Presse am Ende der Weimarer Republik

Es war kein Zufall, dass Deutschlands Presse Hitler 1933 rasch zu indoktrinatorischen Diensten stand. Aber es war auch nicht allein Resultat von Terror und Gleichschaltung. Die tieferen Gründe dafür reichen weiter zurück in die (Zeitung-)Geschichte. Ihre wichtigsten zu skizzieren, ist der Zweck dieser Definition.

Im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Machtübernahme – den Terminus «*Machtergreifung*» durchzusetzen, gehört zu den noch heute nachwirkenden Erfolgen der NS-Sprach- und Pressepolitik – u. a. ein Versagen der bürgerlich-demokratischen Publizistik festzustellen, mag moralisch berechtigt sein, weiterführende Erkenntnis bringt es kaum. Zumal ein Gegner dieser These guten Gewissens behaupten könnte, in der Weimarer Republik habe es eine bedeutende Reihe glanzvoller, republikanisch-standfester Grossstadtblätter gegeben. Er würde dann Namen liberaler Grossverlage wie *Ullstein* und *Mosse* nennen und Blätter wie *Vossische Zeitung*, *Berliner Tageblatt*, *Frankfurter Zeitung*, *Müchener Neueste Nachrichten*, *Hamburger Fremdenblatt*, *General-Anzeiger* (Dortmund).

Vielleicht würden ihm auch die Titel einiger ganz unvergleichlicher linksliberaler und sozialistischer Zeitschriften einfallen: *Die Weltbühne*, *Das Tage-Buch*, *Der Montag Morgen*, *Die Aktion*, aber auch der satirische *Simplizissimus*. Sollte es erlaubt sein, das publizistisch-politische Wirken eines Theodor Wolff, Kurt Tucholsky, Carl von Ossietzky, Leopold Schwarzschild, Georg Bernhard, Alfred Polgar, Bernhard Guttman, Alfred Kerr, Viktor Auburtin und vieler anderer mit der billigen Sicherheit des aus historischer Perspektive Urteilenden als letztlich belanglos abzutun?

So zu fragen wäre falsch. Bei genauerem Hinsehen nämlich erweist sich der (keineswegs konstruierte, sondern immer wieder anzutreffende) Gegensatz als scheinbar, der «idealistische» Ansatz beider Thesen als unzureichend. «Männer und Ideen» wirken nicht im luftleeren Raum. Wer wissen will, wie es um die Presse in der (ersten) deutschen Nachkriegszeit stand, muss sich deshalb mit ihren politischen wie wirtschaftlichen Strukturen und ihrer Wirkungsgeschichte auseinandersetzen.

Die Zahl der Zeitungen in Deutschland, im Vormärz bei ungefähr 1'000, wuchs bis Kriegsbeginn 1914 ihrem danach nie wieder erreichten Gipfelpunkt entgegen: 4'200 verschiedene Blätter! Zwar gab es kräftige Kriegsverluste, aber zu Beginn von Hitlers Herrschaft existierten doch wieder 3'400 Tageszeitungen¹⁾. Vegetierten, sollte man für den überwiegenden Teil wohl besser sagen. Denn die ökonomisch-strukturelle Lage der deutschen Presse damals war katastrophal. Mit der Weltwirtschaftskrise hing dies allerdings nur am Rande zusammen; sie verschärfte lediglich noch die Misere, die hausgemacht war und selbstverschuldet. Detail-Zahlen, die dies zu illustrieren vermögen, liegen für Bayern vor²⁾: Von den 479 Tageszeitungen, die Anfang 1933 im Freistaat erschienen, blieben drei Viertel unter einer Auflage von 3'000 Exemplaren; 30 Prozent davon kamen noch nicht einmal auf 900 Stück. Nur bei knapp fünf Prozent der bayerischen Blätter lag die Auflage über 15'000 Exemplaren. Dies verwundert nicht, wenn man weiss, dass damals fast jede grössere Landgemeinde ihre eigene Heimatzeitung hatte. Und am Sitz eines Bezirksamts (Land bzw. Kreisrat) konkurrierten nahezu regelmässig mindestens zwei Blätter, selbst wenn das Städtchen kaum 3'000 Einwohner hatte.

Diese hohe Dichte von Klein- und Kleinstzeitungen war der Grund dafür, dass statistisch in etwa neun von zehn Haushalten eine Zeitung gehalten wurde und die Presseversorgung im Süden des Deutschen Reiches trotz dessen bäuerlicher Prägung über dem Durchschnitt lag; im agrarischen Osteibien beispielsweise war die Lage wesentlich schlechter. Wer – bei einer Gesamtauflage von rund 20 Millionen Exemplaren – von einer blühenden Presselandschaft der Weimarer Republik spricht und deren Üppigkeit rühmt, dessen Blick bleibt auf Berlin und den industriellen Ballungszentren hängen, erkennt nicht die publizistische Trostlosigkeit in der Provinz. Für die Menschen dort war das Zeitungsabonnement noch keineswegs eine Selbstverständlichkeit; wohl aber war es bäuerlicher Usus, sich sommers über, wenn die Ernte ohnehin keine Zeit liess, diesen «Luxus» zu sparen.

Dabei boten die üblichen Heimatblätter in Wahrheit natürlich alles andere als Luxus. Verglichen mit dem, was heutzutage selbst kleinste Provinzzeitungen redaktionell zu bieten haben, waren damals weite Regionen des Reiches, obwohl es von Zeitungstiteln wimmelte, publizistische Wüste. Nicht zuletzt resultierte dies aus der beliebten Praxis, für jeden kleinen Nachbarort ein eigenes «Kopf-

blatt» herauszugeben, das sich von der Hauptausgabe meist nur im Titel unterschied. Auch war es geradezu selbstverständlich, dass Nachrichten über den politischen Gegner, zumal wenn sie ihn in einem positiven Licht gezeigt hätten, schlichtweg unterschlagen wurden. Von «Forumszeitungen», die ihre Leser möglichst umfassend zu informieren trachteten und ein breites Spektrum von Meinungen, konnte man in der Weimarer Presse-Provinz, ja selbst in den Grossstädten, nur träumen. Ein erheblicher Teil der «Tageszeitungen» kam nur dreimal pro Woche heraus; irgendwann im Laufe des Vormittags, weil der Verleger, der nicht selten sein eigener Drucker und zugleich gar Redakteur war, nicht rund um die Uhr arbeiten konnte. Ganze vier Seiten schwach war seine Zeitung unter der Woche, lediglich am Samstag gab es ein paar Anzeigen und deshalb zwei oder vier Seiten mehr.

Die politischen Meldungen auf den beiden ersten Seiten bezog man häufig als druckfertige Matern, die für den Bleiguss nur noch eingesetzt werden mussten; mancher politisch interessierte und von seiner journalistischen Fähigkeit überzeugte Verleger/Drucker/Redakteur bereitete aus brieflich eintreffendem Agenturmaterial aber auch sein eigenes Eintopfgericht-ein meist schwer verdauliches, die halbe Titelseite füllendes Geschnetzeltes aus internationalem Geschehen, Innen- und Aussenpolitik sowie einer reichlichen Zugabe würzschwacher Meinungssosse. Aber die Dinge auf der dritten Seite waren aus der Sicht der Heimatzeitungs-Konsumenten normalerweise ohnehin die interessanteren: knappe lokale und regionale Notizen, von freien Mitarbeitern in ungelenktem Stil zugeliefert bzw. aus den Blättern der umliegenden Gemeinden abgeschrieben, dazu der bei einer Spezialagentur billig angekaufte Fortsetzungsroman. Seite vier brachte die wenigen Annoncen und Offerten sowie die amtlichen Bekanntmachungen, die – natürlich im Verlautbarungston – oft besser über Lokalpolitik informierten als der redaktionelle Teil.

Die technische Herstellung dieser Kleinstzeitungen ging fast noch genauso vonstatten wie im Betrieb des Meister Gutenberg. Handwerk und Flachpresse bestimmten das Bild, während in grösseren Unternehmen längst leistungsfähige Rotationsmaschinen liefen.

Weil diese neue Technologie für Heimatblatt-Verlage weder zu bezahlen noch rationell einzusetzen war, blieb man beim alten. Damit standen die anachronistischen Familienbetriebe einer Strukturbereinigung, die zur publizistischen Qualitätssteigerung hätte

genutzt werden können, im Wege. Die Überkapazitäten im Druckgewerbe wurden darüber immer grösser.

Verschärft noch durch die Wirtschaftskrise, fanden die Nationalsozialisten 1933 eine unleugbar desolante Zeitungslandschaft vor. Ihr polemisches Argument dazu war zwar falsch, aber wirkungsvoll: Die Zeitungs-Unzahl sei ein Spiegelbild der «Aufspaltung des deutschen Volkes in unzählige Weltanschauungs- und Parteigruppen bis an die Grenze des Wahnsinns»³). Joseph Goebbels, der Reichspropagandaminister, und Max Amann, der Chef des parteieigenen *Eher*-Verlags und Reichsleiter für die Presse, schickten sich rasch an, diesem «Wahnsinn» ein Ende zu bereiten. Ohne die Bedeutung der von Goebbels forcierten inhaltlichen Gleichschaltung und der von Amanns Mannschaft betriebenen wirtschaftlichen Übernahme möglichst vieler bisher «bürgerlicher» Verlage (zuletzt erreichte der *Eher*-Trust einen Auflagenanteil von 82,5 Prozent) abschwächen zu wollen, muss hier der von der Forschung lange unterbewertete Einfluss lokaler NSDAP-Amtswalter und SA-Führer betont werden: Gerade in der Anfangsphase nationalsozialistischer Presse-Instrumentalisierung war das terroristische Potential «vor Ort» ein zwar nicht straff lenkbares, aber sehr wirkungsvolles Mittel der Einschüchterung und Gefügigmachung. Kleine NS-Funktionäre, die sich, nun mächtig geworden, am vertrauten Lokalblatt zu rächen trachteten, das ihren Parteinachrichten jahrelang zu geringen oder gar keinen Raum gegeben hatte, wurden von den Provinzverlegern und -Journalisten oft bedrohlicher empfunden als Befehle aus Berlin.

Die nationalsozialistische Schein-Begründung der Uniformierungsbestrebungen, das vorgeschobene Argument parteipolitischer Zerrissenheit, traf freilich auf die Masse der «bürgerlichen» Presse gerade nicht zu. Denn schon von ihrer mangelnden publizistischen Leistungsfähigkeit her waren gerade diese Blätter gar nicht in der Lage, sich individuell und dezidiert einer der angeblich unzähligen «Weltanschauungen» zu verschreiben. Das waltete schon Hugenberg. Es würde einen eigenen Band füllen, wollte man die wirtschaftlichen Beteiligungen des – in jeder Hinsicht – «Geheimen Finanzrats» vollständig darstellend. Hugenbergs bewusst verschachtelter Medienkonzern ragte als gewaltiger antidemokratischer Koloss in die ohnehin schwer durchschaubare Medien-Szenerie der Weimarer Republik. Der deutsch-nationale Pressezar, 1931 Baumeister der Harzburger Front und zwei Jahre später «Wirtschaftsdiktator» in

Hitlers Koalitionskabinett, übte durch eine verwirrende Vielzahl von Nachrichtenagenturen, Materndiensten und Anzeigenvermittlungsgesellschaften grossen Einfluss auch auf Zeitungen aus, die nicht unmittelbar zu seinem Imperium zählten. Herzstück für diese Art publizistischer Machtentfaltung war die *Telegraphen-Union (TU)* in Berlin, neben *Wolffs Telegraphischem Büro (WTB)* seit Mitte der zwanziger Jahre die grösste deutsche Nachrichtenagentur. Etwa die Hälfte aller Zeitungen im Reich waren auf *TU* abonniert, teilweise allerdings, ohne dass sie davon wussten. Denn Hugenbergs Prinzip war es, die Namen der zahlreich aufgekauften Firmen zur Tarnung weiterzuverwenden. So erschienen etwa unter dem Signum *Dämmer Verlag* die Berliner Dienste der *TU*-Plural deshalb, weil *Ausgabe A* für Zeitungen der Deutschen Volkspartei, *B* für «neutrale Generalanzeiger», *C* für nationale katholische und *D* für deutsch-nationale Blätter zurechtredigiert war. – Hugenberg hatte eben, wie die *Weltbühne* in einem ihrer zahlreichen gegen ihn gerichteten Artikel enthüllte, jedem etwas zu bieten. Der Titel eines *TU*-eigenen Sonderdienstes offenbarte – unfreiwillig? – diesem machiavellistischen Zynismus: *Was Ihr wollt*.

Freilich begnügte sich Hugenberg bei seiner Meinungsmache gegen die Republik nicht mit der Konzentration – wie es konzernintern hiess – «pressebeeinflussender Unternehmen»: Neben der monopolistischen Universum Film AG (Ufa) war der Berliner Scherl-Verlag mit Massenblättern wie *Berliner Lokal-Anzeiger*, *Berliner Illustrierte Nachtausgabe* und Zeitschriften wie *Die Woche*, *Scherl's Magazin*, *Allgemeiner Wegweiser* (mit Abonnentenversicherung) die Säule der Abteilung «publizistische Unternehmen». Hinzu kamen etliche grössere Provinzzeitungen.

Hugenberg war zwar der wichtigste, keineswegs aber der einzige «Mann der Wirtschaft» im Pressewesen der Weimarer Republik. Dem Konzept seiner «Sammlungspolitik» folgend, hatte er systematisch dafür gesorgt, dass namhafte Vertreter der deutschnational orientierten Schwerindustrie Aufsichtsratsplätze in seinen Holdinggesellschaften einnahmen. Paul Reusch, Generaldirektor der Gutehoffnungshütte und Mitglied des Industriellenclubs Ruhrlade, kontrollierte unabhängig davon, zeitweise gar in Gegnerschaft zu Hugenberg, eine Reihe süddeutscher Verlage (darunter Knorr & Hirth mit den *Münchner Neuesten Nachrichten*). Dies zeigt allerdings eher an, wie geläufig industrieller Presse-Besitz und entsprechende Versuche, die veröffentlichte Meinung zu beeinflussen, in der Weimarer

Republik waren – jedenfalls ist es kein Argument zur Relativierung der im Namen Hugenberg symbolisierten publizistischen Macht der Grosswirtschaft. Selbst bei der bis dahin eindeutig linksdemokratischen *Frankfurter Zeitung* führten finanzielle Schwierigkeiten seit Ende der zwanziger Jahre zur Einschränkung der Unabhängigkeit. Ein Brief des Ruhrlade-Industriellen Albert Vogler an Krupp von Ende Dezember 1931 wirft ein Schlaglicht nicht nur auf die Verhältnisse bei der *Frankfurter Zeitung*, sondern gibt einen bezeichnenden Eindruck von den Motiven industriellen Presse-Engagements in den Krisenjahren der Republik: «Es ist Ihnen ja wohl bekannt, dass die I. G. Farben geldliche Beziehungen zur *FZ* haben, die, soviel ich weiss, jeden Tag in ein einwandfreies Besitzverhältnis umgewandelt werden können. Scheinbar war aber der IG der Gesamtpreis zu hoch, und man hat mit Herrn v. Siemens verhandelt, ob nicht die Elektroindustrie einen Teil der Unkosten übernehmen könnte. Ich weiss . . . nicht, ob ich Ihnen seinerzeit erzählt habe, dass Herr Bosch mich in ähnlichem Sinne angegangen hat. Mit Herrn v. Siemens habe ich überlegt, ob nicht jetzt der geeignete Zeitpunkt gekommen sei, um einmal die ganze Pressefrage zu untersuchen. Das eine steht doch fest, dass wir mit erheblichen Umwälzungen im Innern rechnen müssen. Über die Bedeutung einer Tagespresse in solchen Zeiten sind wir uns wohl alle klar, auch darüber, dass wir bisher zwar viel Geld für ähnliche Fragen ausgegeben haben, aber einen entsprechenden Erfolg nicht verbuchen können.»⁵⁾

Im Herbst 1931 nahm der Verlag ausserdem, in der Hoffnung auf einen Kredit, Kontakte zur Reichsregierung auf: Indiz für die mannigfachen Möglichkeiten der Weimarer Obrigkeit, die veröffentlichte Meinung, selbst ihren exquisiteren Teil, mitzusteuern. Ganz in der Tradition von Bismarcks Reptilienfonds, fanden selbst viele Journalisten und demokratische Politiker auch wenig Bedenkliches an der politischen und wirtschaftlichen Abhängigkeit der wichtigsten deutschen Nachrichtenagentur von der jeweiligen Regierung. *WTB* war «offiziös», wenn nicht offiziell: Während der Inflation wurden die Redakteursgehälter zur Hälfte aus der Regierungsschatulle bezahlt. Und seit Beginn des Präsidialsystems kaufte Unterhändler Max Winkler, dessen Dienste dann auch die Nationalsozialisten zu schätzen wussten, für die Regierung Zug um Zug die Aktienmehrheit an der kriselnden Agentur zusammen. Hitler brauchte 1933 nur noch einen Rest erwerben zu lassen, den eine Privatbank hielt, um *WTB* völlig in Staatsbesitz zu wissen.

Hier wie an vielen anderen Ecken der Weimarer Pressegeschichte wird die Gefährlichkeit obrigkeitsstaatlicher «Traditionen» deutlich: Sie waren es, die einen fast lautlosen, gleitenden Übergang ermöglichten. Selbst noch am Schicksal der «marxistischen Presse», gegen die das neue Regime mit einer Brutalität und Offenheit vorging, die es gegenüber den Blättern der Alten Rechten und des politischen Katholizismus immer scheuen sollte, ist dies zu beobachten.

Die Sozialdemokraten, deren Politik von den meisten «bürgerlichen» Zeitungen möglichst ignoriert wurde, besaßen seit dem Kaiserreich eine höchst beachtenswerte, gutorganisierte Parteipresse. Gerade im Vergleich zum desolaten Zustand des Gros der explizit konservativen oder scheinbar unpolitischen Heimatblätter nahmen sich die unter dem Dach der *Konzentration* straff organisierten SPD-Zeitungen modern und lebensfähig aus. Auf dem flachen Land waren die sozialdemokratischen Druck- und Verlagshäuser in der Regel mit der fortschrittlichsten Technik ausgestattet. Zu ihrer besten Zeit, Ende der zwanziger Jahre, umfasste die SPD-Presse rund 200 Zeitungstitel mit einer Gesamtauflage von 1,3 Millionen; bei einem Drittel der Organe handelte es sich allerdings um Kopfblätter.

Die Kommunisten hatten 1918, zugleich mit der Gründung der KPD, den Aufbau einer eigenen Presse begonnen. Die Berliner *Rote Fahne* wurde rasch von etlichen Bezirksorganen und der Parteikorrespondenz ergänzt. 1932 existierten etwa 50 namentlich verschiedene KPD-Blätter, die grössten davon in Industriestädten wie Essen, Chemnitz, Gotha, Hamburg und Breslau. Hinzu kam der zur Internationalen Arbeitshilfe gehörende «Konzern» Willi Münzenbergs, dessen bedeutendste Publikation die *Arbeiter-Illustrierte Zeitung* war.

Gegen die kommunistische – wie, in minderm Masse, gegen die nationalsozialistische – Presse gerichtete Erscheinungsverbote waren besonders in den krisenhaften Anfangsjahren (bis 1924) und in der autoritären Endphase der Weimarer Republik von Beginn an gang und gäbe. Zwar garantierte die Verfassung in Artikel 118 die Freiheit der Presse, aber der Reichspräsident konnte sie unter Berufung auf den Notverordnungs-Artikel 48 einschränken, sofern er eine «erhebliche» Gefährdung oder Störung der öffentlichen Sicherheit gegeben sah. Die Republikschutzgesetze von 1922 und 1930 eröffneten der Bürokratie noch leichter zu handhabende

Zensurmöglichkeiten: Zeitungen konnten verboten werden, wenn sie der Staats- bzw. Regierungsautorität Abtrüglisches veröffentlichten oder zur Gewalt aufriefen. Notverordnungen von 1931 und 1932 dehnten den Katalog der Verbotsgründe nochmals aus. Hitler brauchte nur noch zuzugreifen: Das Instrumentarium, geschaffen zur Abwehr der Anti-Demokraten vor allem von links und ein bisschen von rechts, liess sich selbstverständlich genauso gut (völlig) einseitig benutzen. Doch selbst unabhängig von der bekannten behördlichen Sehschwäche auf dem rechten Auge wirkten sich die langjährigen obrigkeitlichen Zensurpraktiken verhängnisvoll aus – das Publikum gewöhnte sich daran. So verdankte Hitlers erstes Kabinett diesen permanenten Zeitungsverböten in der «Systemzeit» den Eindruck scheinbarer Kontinuität, als es am 4. Februar 1933 mit der Notverordnung zum «Schutz des deutschen Volkes» und nach dem Reichstagsbrand am 28. November 1933 mit der Verordnung zum «Schutz von Volk und Staat» wie alle anderen suspendierbaren Grundrechte auch das der Pressefreiheit ausser Kraft setzte. Der Weg der systematischen Ausschlichtung erst der kommunistischen, dann auch der sozialdemokratischen Presse war damit frei.

Selbstverständlich betrieben die Nationalsozialisten vorrangig eine politische Flurbereinigung, die Ausmerzung der ihnen gegenüber am meisten kritischen Publizität. Aber auch ökonomische Interessen spielten eine Rolle: Die ausgepowerte NS-Presse (knapp 100 Tages- und Wochenblätter mit 1 Million Exemplaren Gesamtauflage), die mit ziemlich unzulänglichen Mitteln innerhalb kaum eines Jahres vier grosse Wahlkämpfe (Reichspräsident, Reichstag) hatte durchstehen müssen, begann nun sofort, sich parasitär in den beschlagnahmten Verlagshäusern der Linken einzunisten. Durch förmliche Enteignung und Weiterverkauf der ehemaligen KPD- und SPD-Betriebe an die NSDAP wurde dies nachträglich «legalisiert». Die Feststellung, es habe in der Weimarer Republik keine freie Publizistik gegeben⁶⁾, liegt zweifellos nahe, bedenkt man ihre labilen rechtlichen und ökonomisch-strukturellen Existenzbedingungen. Und dennoch stellt eine solche These letztlich ebenso eine Vereinfachung dar, wie das entgegengesetzte Postulat, «das Jahr 1933 [war] in Deutschland eine Niederlage [der] Idee, dass freie und verantwortliche Massenmedien allein den Bestand einer Demokratie sichern können»⁷⁾. Die Presse ist ein zentrales Element für das Funktionieren demokratischer Gesellschaften, aber gleichwohl ist sie nur «Subsystem», das nicht isoliert für politische Fehlentwicklungen

«haftbar» gemacht werden kann. Die vorliegende «Presseschau» zu den Tagen der NS-Machtübernahme, so wenig sie den Anspruch wissenschaftlich gesicherter Repräsentativität erheben kann, ist dafür ein Beleg: Indem sie plastisch dokumentiert, dass selbst der professionelle, geübte Beobachter des politischen Geschehens nicht gefeit war/ist vor Missdeutung, Blickverengung, Irrtum – einmal vorausgesetzt, Suche nach Wahrheit und Unbestechlichkeit im Urteil sind sein Interesse. Erfreulicherweise kann die Dokumentation aber auch zeigen, dass es daran nicht völlig gefehlt hat – obschon solche Stimmen im Januar 1933 nur noch leise zu vernehmen waren. Doch wie hätte das Medium «Presse» demokratisch-kämpferischer sein können als die Gesellschaft, der es entstammte?

Anmerkungen

- 1) Die selbst in Handbüchern meist angegebene Zahl von 4'275 Blättern enthält, worauf nicht deutlich genug hingewiesen wird, auch die Wochenzeitungen und -Zeitschriften; so auch Das Fischer Lexikon Publizistik, hrsg. von *Elisabeth Noelle-Neumann und Winfried Schulz*, Frankfurt 1971, S. 220
- 2) *Norbert Frei*, Nationalsozialistische Eroberung der Provinzpresse. Gleichschaltung, Selbstanpassung und Resistenz in Bayern, Stuttgart 1980, S. 18 ff.
- 3) So z.B. der Leiter des Archivs des Aussenpolitischen Amtes der NSDAP, *Karl Börner*, in seinem Traktätchen «Die Freiheit der Presse im nationalsozialistischen Staat. Ein Wort an das Ausland» (Oldenburg 1933).
- 4) Immerhin existiert im Rahmen einer dem «frühen Hugenberg» gewidmeten Arbeit seit kurzem ein systematischer Konzern-Überblick: *Heidrun Holzbach*, Das «System Hugenberg», Die Organisation bürgerlicher Sammlungspolitik vor dem Aufstieg der NSDAP, Stuttgart 1981, S. 259-313.
- 5) Zit. nach *Kurt Koszyk*, Deutsche Presse 1914-1945. Geschichte der deutschen Presse Teil III, Berlin 1972, S. 217 f.
- 6) *Koszyk*, S. 452.
- 7) *Elisabeth Noelle*: Die Wirkung der Massenmedien, zit. nach *Koszyk*, S. 452.

Zeittafel zur Machtergreifung

1. Die Folgen der Krise und die Politik in der Krise der Weimarer Republik

Die Folgen der Krise

Seit dem «Schwarzen Freitag, dem Börsenkrach in New York am 25. 10. 1929 galoppiert die Weltwirtschaftskrise; ihren unheilvollsten Verlauf nimmt sie in Deutschland. Die Sparpolitik der Regierung Brüning (Kürzung von Löhnen und Gehältern, Abbau von sozialen Leistungen – bei gleichzeitiger Entlastung der Unternehmen) dämpft die Krise nicht. Sie wälzt die Krise auf die Lohn- und Gehaltsempfänger ab. Der Weltwirtschaftskrise und ihren Folgen steht das republikanische Lager und auch die traditionelle Rechte, die Deutschnationalen, hilflos gegenüber. Von den Existenzängsten der Millionen profitiert in der Arbeiterschaft die KPD und unter den Mittelschichten die NSDAP.

30. 6.; Im Reich sind 2,7 Mio. Personen arbeitslos gemeldet.

24. 8.: Die KPD beschliesst ein demagogisches «Programm zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes» in deutlicher Anpassung an Sprache und Ziele der NSDAP.

5. 10. - 8. 11.; Berliner Metallarbeiter streiken für Lohnerhöhungen.

31. 12.; Eine Notverordnung kürzt die Beamtengehälter um 6%, während die Steuern für alltägliche

Die Politik in der Krise

1930

27. 3.: Reichskanzler Hermann Müller, SPD, tritt wegen der umstrittenen Erhöhung der Arbeitslosenversicherung zurück. Das seit Juni 1928 amtierende Kabinett der Grossen Koalition aus SPD, dem katholischen Zentrum, der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und der nationalliberalen Deutschen Volkspartei (DVP) war das letzte, das sich auf eine Mehrheit im Reichstag stützen konnte.

29. 3.: Ernennung des konservativen Zentrums-Politikers Heinrich Brüning zum Reichskanzler. Er stützt sich auf Notverordnungen des Reichspräsidenten Hindenburg. Der Artikel 48 der Weimarer Verfassung, ursprünglich für bürgerkriegsähnliche Notzeiten geschaffen, ermöglichte es, ohne parlamentarische Mehrheit und Kontrolle zu regieren. Die «Auflösung der Weimarer Republik» beginnt.

18. 6.; In der Hoffnung, für Brüning eine Mehrheit zu gewinnen, löst Hindenburg den Reichstag auf.

14. 9.: Die Reichstagswahlen führen zu einem sensationellen Durchbruch der NSDAP: mit 18,3% (1928: 2,6%) und 107 Mandaten nach der geschwächten SPD 24,5 (1928: 28,7%) wird sie zweitstärk-

Konsumgüter steigen und die Industrie entlastet wird. Der Tariflohn für männliche Vollarbeiter beträgt durchschnittlich 107,6 Pfennig pro Stunde. In diesem Jahr meldeten 11'583 Betriebe den Konkurs an. Mitgliederzahl der NSDAP: 389'000; der SPD: 809'000.

In brutalen, gelegentlich bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen sucht die paramilitärische SA die Konfrontation im Strassenkampf. Sie gewinnt viele Arbeitslose, geködert durch Sold, Unterkunft und Verpflegung. Sie befriedigt die Suche nach Abenteuer und vermittelt eine Lebensaufgabe. Die Parteigänger der Deutschnationalen marschieren im «Stahlhelm-Bund der Frontsoldaten».

Ihnen gegenüber stehen der verbotene Rotfrontkämpferbund der KPD und das, mit ihr verfeindete, vorwiegend sozialdemokratische, «Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold» der Republikaner.

1. 1.: Im Januar werden 4,4 Mio. Arbeitslose registriert. Im Frühjahr erfolgen in einer Reihe von Wirtschaftszweigen Lohnkürzungen zwischen 6 und 8%.

22. 5.: Die SPD legt ein Arbeitsbeschaffungsprogramm vor: 40-Stunden-Woche, Herabsetzung der Altersgrenze, Erhöhung der Kauf-

ste Partei. Anstieg der KPD auf 13,1%. Brüning regiert weiter mit Notverordnungen.

25. 9.: Hitlers «Legalitätsbekenntnis» beim Leipziger Reichswehrprozess: «Wir werden auf legale Weise unsere Partei zu einem entscheidenden Faktor machen. Aber wenn wir dann im Besitz der konstitutionellen Rechte sind, werden wir den Staat so formen, wie wir das für richtig halten.»

16. 11.: Bei Landtagswahlen in mehreren Ländern steigt der Stimmenanteil der NSDAP erheblich.

1931

16. 1.: In Bremen wird ein Nationalsozialist Präsident der Bürgerschaft.

9. 3.: Der Plan einer deutsch-französischen Zollunion scheitert am französischen Veto.

28. 3.: Notverordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen (Einschränkung der Versammlungs- und der Pressefreiheit).

5. 6.: 2. Notverordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen: Kürzung der Löhne, Gehälter und Renten um 5-8%, Einschränkung des Kreises der Unterstützungsberechtigten, Einführung einer Krisensteuer auf Einkommen und Lohn. Von Gewerkschaften, SPD und KPD wird die 2. Notverordnung als sozialreaktionär scharf abgelehnt.

13. 7. - 15. 7.: Nach dem Zusammenbruch der bedeutenden Darmstädter Nationalbank (Danat) verschärft sich die Bankenkrise dramatisch. Am 14. und 15. 7. bleiben die

kraft, Verbot von Betriebsstillegungen.

31. 5.: Parteitag der SPD in Leipzig, mit einer Demonstration von 150'000 Menschen.

30. 8. - 4. 9.: Der Kongress des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes fordert zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die Einführung der 40-Stunden-Woche.

12. 9.: (Jüdischer Nationaltag) Antisemitische Ausschreitungen von Nazis in Berlin.

1. 10.: Im Herbst erfolgen in verschiedenen Branchen Lohnkürzungen um 7%-10% durch Schiedsspruch.

18. 10.: Massendemonstrationen der NSDAP in Braunschweig mit 100'000 SA- und SS-Männern.

20. 11.: Die KPD lehnt ein Einheitsfrontangebot der SOD gegen den Faschismus ab, weil sie die SPD mit ihrer Tolerierungspolitik gegenüber der Regierung Brüning zum Hauptfeind der Arbeiterklasse gemacht habe.

31. 12.: Im Reich sind 5,7 Mio. Arbeitslose registriert, etwa 40% der Gewerkschaftsmitglieder sind ohne Arbeit. Bis Jahresende gab es 22'000 Firmenzusammenbrüche und Vergleichsverfahren: in den Grossstädten kommen auf 100'000 Einwohner mehr als 33 Selbstmorde (1925: 29). Die politischen Kämpfe in 1931 haben mehr als 300 Tote gefordert. Mitgliederzahlen: SPD: 1'009 Mio., NSDAP: 806'000; ADGB: 4,13 Mio.

Banken geschlossen. Der Zahlungsverkehr mit dem Ausland wird eingestellt und später einer rigiden Kontrolle und Reglementierung unterworfen.

21. 8.: Der Reichsverband der Deutschen Industrie (RDI) fordert zur Krisenbewältigung eine weitere Senkung der Unternehmenskosten (Steuern, Löhne, Kreditkosten).

6. 10.: 3. Notverordnung zur «Sicherung von Wirtschaft und Finanzen».

10. 10.: Reichspräsident Hindenburg empfängt Hitler. Zusammenschluss der rechtsradikalen Kräfte in der «Harzburger Front» (NSDAP, DNVP, Stahlhelm, Schwerindustrie, Reichslandbund, Alldeutscher Verband, Vereinigte Vaterländische Verbände und 2 Generäle).

14. 11.: Der SPD-Vorstand fordert von Ländern und Reichsregierung, den Strassenterror der Nazis zu beenden. Die NSDAP verlangt vom Reichsinnenminister für sich stärkeren Schutz.

8. 12.: 4. Notverordnung zur «Sicherung von Wirtschaft und Finanzen» und «Zum Schutz des inneren Friedens»: u. a. Gehaltskürzung von 9%. Davon sind 9'000 Tarifverträge betroffen.

13. 12. Hitler versichert Brüning die Legalität seiner weiteren Politik.

13. 12.: Als Antwort auf die «Harzburger Front» gründen SPD, Freie Gewerkschaften und Arbeitersportorganisationen (ohne KPD) die «Eiserne Front».

1932

Die Arbeitslosigkeit erreicht im Frühjahr mit 6,13 Mio. (ohne die hohe «verdeckte Arbeitslosigkeit») ihren höchsten Stand. Voll beschäftigt – bei gesunkenen Löhnen – ist nur noch etwa jeder zweite Arbeitnehmer. Der durchschnittliche Netto-Wochenlohn liegt bei 21,75 Reichsmark (1929: 42,20). Die Industrieproduktion beträgt nur noch 56% des Standes von 1929.

18. 1.: Schwere Zusammenstöße KPD – NSDAP in Berlin.

19. 1.: Der Reichskommissar für die Preisüberwachung stellt für den Zeitraum seit 9. 12. 1931 eine durchschnittliche Preissenkung von 7% fest.

29. 1.: Angehörigen der NSDAP wird der Eintritt in die Reichswehr gestattet, KPD-Mitgliedern ist es verboten.

31. 1.: Grosskundgebungen der Eisernen Front gegen den Faschismus in allen Teilen des Reiches.

1. 3.: Das Verbot der Brotpreiserhöhung wird gelockert.

13. 4.: Krisenkongress des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB). Gefordert wird ein Arbeitsbeschaffungsprogramm «in einem Umfange, dass eine fühlbare Entlastung des Arbeitsmarktes eintritt», bei Einhaltung des Tariflohns und Einführung der 40-Stunden-Woche. «Die Wirtschaftsführung des privatkapitalistischen Systems hat das Vertrauen weitester Volkskreise verloren. Der Einfluss des Staates, seine Aufsicht und seine Mitwirkung in der Wirtschaft müssen beschleunigt ausgebaut und verstärkt werden.»

27. 1.: Auf Einladung des Grossindustriellen Fritz Thyssen spricht Hitler vor dem Industrieklub in Düsseldorf. Die NSDAP wird damit in den Krisen der Grossindustrie endgültig hoffähig und finanziell unterstützt.

26. 2.: Um für die Wahl zum Reichspräsidenten kandidieren zu können, lässt sich der staatenlose Adolf Hitler vom nationalsozialistischen Innenminister Braunschweigs eindeutschen, indem er formell als Regierungsrat eingestellt und als Beamter vereidigt wird.

27. 2.: Die SPD unterstützt Hindenburgs erneute Kandidatur zur Reichspräsidentenwahl: «Schlagt Hitler! Darum wählt Hindenburg!»

13. 3.: 1. Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl. Hindenburg erhält 49,5%, Hitler 30,2%, Thälmann (KPD) 13,2% der Stimmen. Fast ein Drittel hat Hitler gewählt – das öffentliche Interesse an ihm steigt.

10. 4.: 2. Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl. Hindenburg erhält 53%, Hitler 36,7% und Thälmann 10,1% der Stimmen.

13. 4.: Nachdem Bürgerkriegspläne aufgedeckt worden waren, werden SA und SS verboten und NSDAP-Geschäftsstellen durchsucht. Das Verbot wird geschickt unterlaufen: SA und SS werden in

15. 4.: Nach dem Verbot von SA und SS lösen sich die Schutzformationen (Schufos) des Reichsbanners freiwillig auf, da die Gefahr eines unmittelbar drohenden Bürgerkriegs gebannt sei.

25. 4.: Nach den Erfolgen der NSDAP bei den Wahlen in mehreren Ländern am Vortag fordert die KPD von SPD und freien Gewerkschaften die Bildung einer Einheitsfront gegen den Faschismus.

1. 5.: Politische Zusammenstöße bei 1. Mai-Kundgebungen. Aus Geldmangel stellt die Stadt Essen die Arbeitslosenfürsorge ein.

15. 5.: Aufruf zur Antifaschistischen Aktion der KPD (Massenaktion von Arbeitslosen, Roter Massenselbstschutz, politische Streiks usw.), von der SPD als antisozialdemokratisch abgelehnt.

10. 6.: Die Reichswehr greift bei politischen Unruhen ein, 10 Tote.

die NSDAP eingegliedert, die braune Kluft mit weissen Hemden vertauscht.

15. 5.: Reichspräsident Hindenburg empfängt Hitler und Göring. Hitler fordert Neuwahlen zum Reichstag und die Aufhebung des SA- und SS-Verbots.

21. 5.: In Anhalt wird der erste nationalsozialistische Ministerpräsident gewählt.

29. 5.: Neuwahl des Oldenburger Landtags. Die NSDAP stellt mit 48,5% und der absoluten Mehrheit der Landtagssitze die Landesregierung. Auch in anderen Ländern hat sie bei Wahlen ihren Stimmenanteil erheblich steigern können.

30. 5.: Hindenburg entlässt die Regierung Brüning.

31. 5.: Der frühere Zentrumsabgeordnete von Papen bildet ein Präsidialkabinett, das ohne parlamentarische Basis lediglich vom Vertrauen des Reichspräsidenten abhängt. Es erwirbt schnell den Ruf eines reaktionären «Kabinetts der Barone».

16. 6.: Verordnung gegen politische Ausschreitungen. Zugleich wird das SA- und SS-Verbot wieder aufgehoben. Die Landesregierungen von Bayern, Württemberg und Baden sowie die Linksparteien protestieren.

16. 7.: Das Bekenntnis des SPD-Vorstands zur «Verfassungstreue in jeder Situation» stösst auf innerparteiliche Kritik.

17. 7.-. Der «Blut-Sonntag» von Hamburg-Altona fordert nach einer provokativen SA-Demonstration in Arbeitervierteln 17 Tote und 64 Schwerverletzte.

20. 7. Die KPD fordert SPD und freie Gewerkschaften zu einem gemeinsamen Generalstreik gegen den Staatsstreich in Preussen auf. SPD und Gewerkschaften lehnen ab und plädieren für den «Kampf mit dem Stimmzettel» bei der Reichstagswahl am 31. 7.

27. 7.: Wahlversammlung der NSDAP in Berlin mit 120'000 Menschen.

31. 7.: Die bürgerkriegsähnlichen Ausschreitungen während des Wahlkampfes zur Reichstagswahl am 31. 7. haben allein im Juli 99 Tote gefordert.

10. 8.: Mord von Potempa: SA-Leute ermorden in beispielloser Brutalität vor den Augen der Mutter und des Bruders einen Bergarbeiter. Der Fall gerät in die Schlagzeilen und bewegt die Öffentlichkeit.

20. 7.: «Papens Preussenschlag»: die geschäftsführende preussische Regierung unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Braun wird von der Reichsregierung Papen für abgesetzt erklärt. Mit der Begründung, nach dem Blutbad von Altona sei die preussische Regierung nicht mehr Herr der Lage, ernennt sich Reichskanzler von Papen selbst zum Reichskommissar für Preussen und verhängt über Teile des Landes und Berlin den Ausnahmezustand.

57. 7.: Bei den Reichstagswahlen wird die NSDAP mit 37,2% und mit 230 Mandaten stärkste Partei, die anderen Rechtsparteien dagegen erleiden Verluste. Das Zentrum gewinnt leicht hinzu (von 11,7% auf 12,4%). Die SPD verliert mit 21,5% drei Prozent ihrer Stimmen. Die KPD steigt von 13,1% auf 14,2% und bleibt damit drittstärkste Fraktion im Reichstag.

11. 8.: Führertagung der NSDAP in Prien am Chiemsee: Heftige Auseinandersetzungen um die weitere Taktik der Partei. Die Gruppe um Gregor Strasser befürwortet die schnelle Beteiligung an der Regierung, auch ohne die Kanzlerschaft Hitlers.

22. 8.: Die 5 Mörder von Potempa werden von einem Sondergericht zum Tode verurteilt. Hitler versichert ihnen telegrafisch seine «unbegrenzte Treue»: «Eure Freiheit ist von diesem Augenblick an eine Frage unserer Ehre». SA und NSDAP demonstrieren gegen Justiz und Regierung.

2. 9.: Papens kommissarische Regierung in Preussen begnadigt die Mörder von Potempa zu lebenslänglicher Haft.

4. 9.: Massendemonstration des Stahlhelm mit 200'000 Teilnehmern in Berlin, darunter Reichskanzler v. Papen.

1. 10.: Reichsjugendtag der NSDAP mit 110'000 Teilnehmern in Potsdam. Beginn schwerer politischer Unruhen vor der Reichstagswahl am 6. 11.

4. 10.: Verkehrsarbeiterstreik in Hamburg.

25. 10.: Die ersten 300 Freiwilligen des Arbeitsdienstes werden in Berlin für öffentliche Arbeiten eingesetzt.

3. - 7. 11.: Höhepunkt einer Streikwelle ist der Verkehrsarbeiterstreik in Berlin, der unmittelbar vor der Reichstagswahl am 6. 11. ausbricht. Die Belegschaften wehren sich gegen Lohnkürzungen. Bei der Streikurabstimmung wird die erforderliche ²A Mehrheit nicht erreicht. Von den freien Gewerkschaften und der SPD abgelehnt, wird der Streik von der KPD und der NSDAP ohne wirtschaftlichen aber mit grossem propagandistischen Erfolg durchgeführt, der sich in Berlin auch bei der Reichstagswahl niederschlägt.

13. 8.: Hitler verhandelt mit Papen und Schleicher. Hitler lehnt das ihm angebotene Vizekanzleramt ab und besteht darauf, selbst Kanzler zu werden. Reichspräsident Hindenburg lehnt «sehr bestimmt» ab.

4. 9.: Notverordnung zur «Wiederherstellung der Wirtschaft». U. a. wird den Unternehmen die Unterschreitung der Lohntarife gestattet.

12. 9.: Der kommunistische Antrag auf Aufhebung der Notverordnung vom 4. 9. wird im Reichstag mit grosser Mehrheit angenommen.

Von Papen erklärt die Auflösung des Reichstags.

25. 10.: Die von Papen abgesetzte preussische Regierung wird vom Staatsgerichtshof mit stark beschnittenen Befugnissen wieder eingesetzt.

6. 11.: Reichstagswahlen. Trotz erheblicher Stimmenverluste (von 37,2% auf 33%) bleibt die NSDAP stärkste Partei. Zentrum (11,9%) und SPD (20,4%) können ihren Stimmenanteil ungefähr halten, die KPD gewinnt und erreicht 16,8%. Die Verluste für die NSDAP werden als Anzeichen für ein endgültiges Absinken ihrer Popularität verstanden.

12. 11.: Die NSDAP befindet sich in schweren finanziellen Bedrängnissen. Der ehemalige Reichsbankpräsident und Wirtschaftsberater Hitlers Schacht, organisiert eine In-

28. 11.: Der ADGB-Vorstand fordert in Verhandlungen mit General v. Schleicher die Rücknahme von Kürzungen der Sozialleistungen, die Verwirklichung eines umfassenden Arbeitsbeschaffungsprogramms und die Einführung der 40-Stunden-Woche anstelle der einseitigen Unterstützung der Wirtschaft. Angesichts der tiefen Spaltung in der Arbeiterbewegung bleiben die Forderungen deklamatorisch.

18. 12.: Die NSDAP organisiert im kleinen Land Lippe (117'000 Wahlberechtigte) einen noch nie dagewesenen Mammutwahlkampf zur Landtagswahl am 15. 1. 1933.

31. 12.: Die amtlich gemeldete Arbeitslosenzahl beträgt 5,8 Mio., Kurzarbeiter, «unsichtbare» (statistisch nicht erfasste) Arbeitslose eingerechnet sind es mehr als 9 Mio. Von 100 Mitgliedern der freien Gewerkschaften sind 47% arbeitslos, weitere 44% stehen in Kurzarbeit. Seit 1929 sind die Durchschnittslöhne um 20%-27% gesunken. Das Institut für Konjunkturforschung erwartet für 1933 den Beginn des Wirtschaftsaufschwungs. Die NSDAP zählt 1,42 Mio. Mitglieder.

dustriellen-Initiative zur Unterstützung der Kanzlerschaft Hitlers. Prominente, Industrielle, Bankiers und Grossagrarien fordern vom Reichspräsidenten eine Regierung Hitler.

17. 11.: Die Regierung Papen tritt zurück.

21. 11.: Hitler erhält von Hindenburg den Auftrag, ein parlamentarisches Mehrheitskabinett zu bilden. Hitler lehnt ab, weil das Unternehmen aussichtslos ist, und beharrt auf der Forderung, ihm die Führung eines Präsidialkabinetts zu übertragen. Hindenburg verweigert dies aus Furcht vor einer «Parteidiktatur mit allen ihren Folgen».

3. 12. : Hindenburg ernennt General v. Schleicher zum Reichskanzler, Reichswehrminister und Reichskommissar für Preussen. Schleicher setzt auf ein besseres Verhältnis zu den Gewerkschaften und hofft, die NSDAP spalten zu können, indem er sich mit dem sozial orientierten «Strasser-Flügel» zu verbünden sucht.

5. 12.: Führertagung der NSDAP. Auseinandersetzung über das Angebot Generals v. Schleichers an Strasser, als Vizekanzler in die Regierung einzutreten und das Amt des preussischen Ministerpräsidenten zu erhalten. Hitler setzt sich mit seiner Ablehnung durch.

8. 12.: Gregor Strasser – nach Hitler der mächtigste Mann in der NSDAP – tritt von allen Parteiämtern zurück.

Januar 1933

3. Gemeinsame Konferenz europäischer kommunistischer Parteien in Essen gegen das «Versailler Raubsystem», einen drohenden «Interventionskrieg der imperialistischen Länder gegen die Sowjetunion» und ein mögliches Verbot der KPD.

5. Das geheime Treffen Papen-Hitler wird durch die von Schleicher geförderte «Tägliche Rundschau» aufgedeckt und erregt grosses Aufsehen.

4. Treffen Papens mit Hitler im Hause des Kölner Bankherren Baron von Schröder. Dabei geht es um den Sturz Schleichers und die Bedingungen, unter denen Hindenburg Hitler als Reichskanzler akzeptieren würde. Die Besprechung wird als endgültiges Bündnis zwischen NSDAP, Teilen der Wirtschaft und reaktionärer Rechter verstanden.

7. Treffen von führenden Vertretern der Grossindustrie mit Hitler und anderen NS-Führern.

12. Der Reichslandbund protestiert bei Reichspräsident Hindenburg scharf gegen die nachteiligen Folgen von Schleichers Wirtschaftspolitik für den Grossgrundbesitz. Hindenburg, der den Grossagrariern nahesteht, lässt von nun an den «sozialen General» Reichskanzler Schleicher fallen.

15. Im Ländchen Lippe finden Landtagswahlen statt, die von der NSDAP als Kraftprobe vorbereitet wurden. Sie steigert sich von 31,7% auf 39,5%, die SPD von 27,1% auf 30,2%. Verluste der KPD (von 15,4% auf 11,2%). Das Ergebnis wird von der NSDAP propagandistisch ausgeschlachtet.

16. Schleicher verhandelt ohne Ergebnis mit dem Führer des Zentrums (11,9% bei der Reichstagswahl am 6. 11. 32), Prälat Kaas über Möglichkeiten einer neuen Regierungsbildung.

17. Hugenberg und Hitler verhandeln über eine gemeinsame Regierung. Die Osthilfe-Debatte im Haushaltsausschuss des Reichstags beginnt. Wohlhabende ostelbische

22. Betriebsrätekonferenz der freien Gewerkschaften in Berlin. Massenaufmarsch der SA vor der Parteizentrale der KPD am Berliner Bülowplatz.
23. 14. Bezirksparteitag der KPD im Ruhrgebiet. Ernst Thälmann propagiert die ausserparlamentarische Eroberung der politischen Macht durch den Kampf in den Betrieben.
25. Massendemonstration der KPD in Berlin. In Dresden löst die Polizei eine KPD-Versammlung auf; Polizeikugeln und eine Panik töten 9 Menschen.
28. Freie und christliche Gewerkschaften appellieren an Hindenburg, keine «sozialreaktionäre» und arbeiterfeindliche Regierung zu bestellen. Die KPD ruft für den 31. Januar zu Demonstrationen und Kundgebungen auf.
29. Die Berliner SA wird von Hitler in Alarmbereitschaft versetzt. Massendemonstrationen der SPD und Eisernen Front gegen Staatsstreichpläne der Harzburger Front in Berlin und Köln.
- Grossgrundbesitzer haben staatliche Subventionen eingestrichen, während mittlere und kleinere Landwirte leer ausgingen.
18. Treffen Hitlers mit Papen und dem Sohn und Adjutanten des Reichspräsidenten, Oskar von Hindenburg im Hause des Henkell-Vertreters Ribbentrop in Berlin.
20. Die für den 24. 1. vorgesehene Reichstags-sitzung wird auf den 31. 1. verschoben. Hitler fordert im Sportpalast in Berlin die Kanzlerschaft.
22. Hitler verhandelt wieder mit dem Kern der «Kamarilla», Papen und Oskar von Hindenburg, bei Ribbentrop. Dabei gelingt es ihm, die Widerstände in der Umgebung Hindenburgs gegen seine Ernennung zum Reichskanzler abzubauen.
23. Hindenburg verweigert Schleicher die Auflösung des Reichstags, obwohl damit zu rechnen ist, dass Schleicher bei der Sitzung am 31. 1. keine Mehrheit erhält.
26. «Kanzlermacher» Papen gewinnt Hugenberg (Deutschnationale Volkspartei, DNVP), Seldte und Düsterberg (beide Stahlhelmführer) für die Unterstützung Hitlers als Reichskanzler.
28. Nachdem Hindenburg Schleicher erneut die Auflösung des Reichstags verweigert, erklärt dieser seinen Rücktritt.
29. Die Sitzung des Reichstags am 31. 1. wird durch den Ältestenrat auf einen unbestimmten Termin verschoben. Das Gerücht über einen anstehenden Putsch Schleichers gegen Hindenburg setzt die «Kanzlermacher» unter Zeitdruck,

30. Zur Feier des Kabinetts des «nationalen Aufbruchs» finden in Berlin und im ganzen Reich Fackelumzüge und Kundgebungen statt. Gleichzeitig kommt es in vielen Städten zu Gegendemonstrationen von Kommunisten und Sozialdemokraten. Ein Generalstreikaufruf der KPD gegen die «faschistischen Bluthunde» bleibt weitgehend ohne Resonanz. Im Auftrag des Zentralkomitees der KPD überbringt Walter Ulbricht dem Parteivorstand der SPD ein Einheitsfrontangebot an alle Arbeiterorganisationen, die faschistische Diktatur im Generalstreik zu zerschlagen. Der SPD-Vorstand lehnt ab. Die freien und christlichen Gewerkschaften fordern ihre Mitglieder auf, «kühles Blut und Besonnenheit» zu bewahren. «Lasst Euch nicht zu voreiligen und darum schädlichen Einzelaktionen verleiten!»

31. Zahlreiche Demonstrationen und Kundgebungen für oder gegen die neue Regierung. Der Vorstand appelliert an die Sozialdemokraten, den Boden der Legalität nicht zu verlassen und ruft dazu auf, sich für den Entscheidungskampf bereitzuhalten. Gleichzeitig distanziert er sich vom «undisziplinierten Vorgehen» einzelner Organisationen der Arbeiterbewegung.

beim Reichspräsidenten die Zustimmung für ein Kabinett Hitler einzuholen.

30. Gegen 11.00 Uhr wird Hitler zum Kanzler ernannt und auf die Weimarer Verfassung vereidigt. Zuvor konnte er bei seinem Koalitionspartner die bisher vom Reichspräsidenten verweigerte Auflösung des Reichstags durchsetzen. Von Neuwahlen erhofft er sich mit dem «Kanzlerbonus» eine NSDAP-Mehrheit. Beim Betreten der Reichskanzlei erklärt Hitler: «Keine Macht der Welt wird mich jemals lebend hier wieder herausbringen.» Die Koalitionsparteien des Präsidialkabinetts, NSDAP und DNVP, können sich im Reichstag nur auf 42% der Mandate stützen.

31. Hitler verlangt von Hindenburg die Auflösung des Reichstags und Neuwahlen. Hindenburg besteht auf dem Nachweis, dass keine Mehrheit für die neue Regierung im Reichstag zu finden ist. Hitler führt daher Scheinverhandlungen mit dem Führer des Zentrums, Prälat Kaas. SPD und KPD stellen im Reichstag Misstrauensanträge gegen die neue Regierung.

2. Terror und Gleichschaltung

Februar 1933

1. Hitlererklärt Hindenburg gegenüber die Verhandlungen mit Kaas für gescheitert. Der Reichspräsident löst durch Notverordnung den Reichstag auf und setzt die Neuwahlen auf den 5. 3. fest. Am Abend verliest Hitler seine Regierungserklärung «Aufruf an das deutsche Volk» im Rundfunk.

2. Änderung des Reichswahlgesetzes, mit der Splitterparteien die Zulassung zur Wahl blockiert wird. Hitler erlässt einen Aufruf zur Disziplin an die im Siegesrausch marodierenden SA- und SS-Gruppen.

Verbot kommunistischer Demonstrationen in Preussen und anderen Ländern. Die KPD-Zentrale in Berlin wird vorübergehend von der Polizei besetzt.

3. Hitler empfängt die Reichswehrführung; er skizziert sein Konzept der «völligen Umkehr der gegenwärtigen innenpolitischen Zustände», der «Beseitigung des Krebschadens der Demokratie» und der «Eroberung neuen Lebensraumes im Osten und dessen rücksichtslose Germanisierung».

4. Notverordnung «zum Schutz des deutschen Volks»: drastische Einschränkung der Presse- und Versammlungsfreiheit; von nun ab häufen sich in der Wahlkampfzeit Verbote gegen Zeitungen und Versammlungen der KPD, der SPD und auch des Zentrums.

6. Notverordnung «zur Herstellung geordneter Regierungsverhältnisse in Preussen»: Unter Bruch der Reichs- und Landesverfassung und entgegen dem Urteil des Staatsgerichtshofs v. 25. 10. 32 wird Vize-

kanzler Papen als Reichskommissar für Preussen bestätigt. Göring wird Preussischer Innenminister, damit befindet sich das grösste Land in Hitlers Griff. Die KPD erneuert ihr Einheitsfrontangebot gegenüber der SPD.

7. Auf einer sozialdemokratischen Kundgebung gegen die Hitlerregierung demonstrieren in Berlin 200'000 Antifaschisten.

12. Einige hundert Schriftsteller und Publizisten protestieren in Berlin gegen die Unterdrückung des freien Wortes.

17. Göring erlässt den «Schliessbefehl» an die preussische Polizei, die mit den nationalen Verbänden SA, SS und Stahlhelm «bestes Einvernehmen» herzustellen habe. «Dafür ist dem Treiben staatsfeindlicher Organisationen mit den schärfsten Mitteln entgegenzutreten. Gegen kommunistische Terrorakte und Überfälle ist mit aller Strenge vorzugehen und, wenn nötig, rücksichtslos von der Waffe Gebrauch zu machen.»

18. Überfall und erneute Besetzung der KPD-Zentrale in Berlin.

Schliessung der Redaktionsräume der «Roten Fahne». Ähnliche Terrormassnahmen in ganz Deutschland. Faktisch kann die KPD nicht mehr öffentlich auftreten.

22. Göring ernennt in Preussen 50'000 SA- und SS-Männer zu Hilfspolizisten und bewaffnet sie.

27. Reichstagsbrand, gelegt durch den Holländer Marinus van der Lubbe. Verhaftungswelle: 4'000 KPD-Funktionäre, unter ihnen die meisten Reichstags- und Landtags-

abgeordneten, von Sozialdemokraten und Intellektuellen im ganzen Reich. Sie werden in Gefängnisse und illegale SA-Lager verschleppt. Acht Tage vor der Wahl werden die kommunistische Presse für vier, die sozialdemokratische für zwei Wochen verboten.

28. Notverordnung «zum Schutz von Volk und Staat» (Reichstagsbrandverordnung): Die Grundrechte der Weimarer Verfassung werden ausser Kraft gesetzt. Politische Willkür: Hausdurchsuchun-

gen, Beschlagnahmen und Massenverhaftungen werden damit legal. Unter dem Vorwand, «die öffentliche Sicherheit und Ordnung wiederherzustellen», kann durch diese Verordnung die Regierung Hitler in die Kompetenzen der Länder eingreifen, die noch nicht von der NSDAP regiert werden. Gestützt auf diese, als vorläufig deklarierte, jedoch nie aufgehobene Notverordnung, werden bis Mitte März etwa 10'000 Menschen verhaftet.

März 1933

4. «Tag der erwachenden Nation»: Aufmärsche und Fackelzüge der Nazis im ganzen Reich am Vorabend der Reichstagswahl.

5. Reichstagswahl: die NSDAP erhält 43,9% aller Stimmen und verfehlt damit die angestrebte absolute Mehrheit, die sie jedoch zusammen mit der «Kampffront Schwarz-Weiss-Rot» (DNVP u. a., 8%) im Reichstag bilden kann. Das Zentrum hat seinen Anteil mit 11,2% halten können. Die SPD verliert 2% (18,3%). Die KPD erhält trotz der massiven Verfolgung, praktisch schon im Untergrund, noch 12,3% (bei einem Verlust von 4,5%). Der Wahlkampf hat mindestens 69 Todesopfer gefordert.

6. Reichsbanner und Eiserne Front werden in Thüringen verboten. Verbote in anderen Ländern folgen.

8. Die Regierung annulliert die Reichstagsmandate der KPD. Dadurch verfügt die NSDAP über die absolute Mehrheit. Entsprechend

wird in den Ländern vorgegangen. Haftbefehle gegen alle KPD-Abgeordnete. Der bulgarische Kommunist Dimitroff u. a. werden unter der Beschuldigung verhaftet, an der Reichstagsbrandstiftung beteiligt gewesen zu sein.

Sie müssen später freigesprochen werden. Im Land Bayern wird wie in den anderen Ländern, in denen die NSDAP noch nicht regiert, ein Reichskommissar eingesetzt.

10. Aufruf Hitlers zur endgültigen «Vernichtung des Marxismus».

12. Die schwarz-rot-goldene Flagge der Republik wird durch die schwarz-weiss-rote Fahne des Kaiserreichs und das Hakenkreuzbanner ersetzt.

15. Goebbels gründet das Ministerium für «Volksaufklärung und Propaganda», dessen Aufgabe es sei, «eine Gleichschaltung zwischen der Regierung und dem deutschen Volke herzustellen», und «die Menschen so lange zu bearbeiten, bis sie uns verfallen sind.»

17. Mit dem neuen Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht wird auch die Finanzpolitik gleichgeschaltet.

20. Himmler lässt bei Dachau das erste reguläre Konzentrationslager errichten, weitere folgen. Im Lauf des Jahres 1933 werden rund 15'000 Menschen verhaftet und verschleppt. Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) gibt gegenüber der Regierung Hitler eine faktische Loyalitätserklärung ab. Die sozialen Aufgaben der Gewerkschaften müssten erfüllt werden, «gleichviel welcher Art das Staatsregime ist». Die Gewerkschaften seien ein «unerlässlicher Bestandteil der sozialen Ordnung selbst» und «im Verlauf ihrer Geschichte aus natürlichen Gründen mehr und mehr auch mit dem Staate selbst verwachsen».

21. «Tag von Potsdam»: Eröffnung des Reichstags mit einem feierlichen Gottesdienst, in dem Generalsuperintendent Dr. Dr. Otto Dibelius die Festpredigt hält. «Verordnung» des Reichspräsidenten («Heimtückegesetz») zur Ergänzung der «Reichstagsbrandverordnung» v. 28. 2.: Einführung von Sondergerichten für politische Straftaten.

22. Eröffnung des Preussischen Landtags, in dem der Reichsleiter der Glaubensbewegung Deutsche Christen (NSDAP) die Festpredigt hält.

23. Verabschiedung des «Ermächtigungsgesetzes» unter massiver SA- und SS-Präsenz vor dem Reichstag, ohne die KPD-Fraktion und die verhafteten SPD-Abgeordneten.

Hitler erhält mit der erforderlichen %-Mehrheit diktatorische Vollmachten, da ausser der SPD alle Parteien zustimmen.

29. Die Fuldaer Bischofskonferenz ermahnt die Katholiken zur Treue gegenüber der «rechtsmässigen Obrigkeit».

29. «Lex van der Lubbe»: das Gesetz erlaubt rückwirkend die Verhängung der Todesstrafe, um den Reichstagsbrandstifter entsprechend aburteilen zu können.

30. Die Sitzverteilung in den Ländeparlamenten wird dem Ergebnis der Reichstagswahl vom 5. März angepasst. Durch diese Gleichschaltung erhält die NSDAP in allen Ländern die absolute Mehrheit.

Bei den Betriebsratswahlen sind die ersten Ergebnisse für die Nationalsozialisten Betriebszellenorganisation (NSBO) so schlecht, dass die Wahlen abgebrochen und ausgesetzt werden.

April 1933

1. «Tag des Boykotts» gegen jüdische Geschäfte, Ärzte und Rechtsanwälte.

3. Die Reichstagung der Glaubensbewegung «Deutsche Christen»

fordert die Gleichschaltung von Staat und Kirche.

4. Das Gesetz über Betriebsvertretungen und wirtschaftliche Vereinigungen verschiebt die Betriebsrats-

wählen um ein halbes Jahr und gibt Unternehmern das Recht zur Entlassung von «politisch unzuverlässigen» Beschäftigten. Damit sind die Gewerkschaften faktisch rechtlos.

5. Die deutschen Jugendverbände werden gleichgeschaltet. Baldur von Schirach (Führer der Hitlerjugend) übernimmt die Führung des Reichsausschusses der deutschen Jugendverbände.

7. Die Länderregierungen werden beseitigt, an ihre Stelle treten 18 nationalsozialistische Reichstatthalter. Das Gesetz «zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums» ermöglicht eine reine nationalsozialistische Personalpolitik.

9. Zwischen Vatikan und Reich beginnen Konkordatsverhandlungen. Hitler erhält damit die kirchliche Legitimation als «weltliches Oberhaupt».

10. Göring wird zum preussischen Ministerpräsidenten ernannt. «Kanzlermacher» von Papen, bisher Reichsminister von Preussen, verliert die letzte Machtposition.

19. Der ADGB-Bundesausschuss begrüsst die Einführung des 1. Mai als gesetzlichen Feiertag und fordert die Gewerkschaftsmitglieder auf, «für die Ehrung der schaffenden Arbeit und für die vollberechtigte Eingliederung der Arbeiterschaft in den Staat sich allorts an der von der Regierung veranstalteten Feier festlich zu beteiligen».

Mai

1. Massenaufmärsche zum «Tag der nationalen Arbeit», in zahlreichen Orten finden antifaschistische Demonstrationen statt.

20. Nationalpolitische Erziehungsanstalten (NAPOLA) werden eingerichtet, auf ihnen soll die jugendliche Elite des Dritten Reichs herangebildet werden.

24. Übertritt des Stahlhelmführers und Arbeitsministers Seldte in die NSDAP. Der Stahlhelm wird praktisch Teil der SA.

25. Das Gesetz gegen die Überführung der deutschen Schulen und Hochschulen schränkt u. a. die Ausbildungsmöglichkeiten für Juden ein. Krupp von Bohlen und Halbach übergibt im Namen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (RDI) Hitler einen auf die Rüstungsproduktion ausgerichteten Umgestaltungsplan der Industrie.

26. Statt des Parteitages findet in Berlin eine Reichskonferenz der SPD statt, die den weitgehenden Zusammenbruch der Partei feststellt. Das Geheime Staatspolizeiamt (Gestapo) wird in Berlin eingerichtet.

28. Göring erhält das neu eingerichtete Reichsministerium für Luftfahrt. Die seit 1920 abgeschaffte Militärgerichtsbarkeit wird wieder eingeführt.

31. Der sozialdemokratisch orientierte Allgemeine Freie Angestelltenbund (AFA) löst sich freiwillig auf.

1933

2. Die Gewerkschaftshäuser werden im ganzen Reich durch SA, SS und Polizei schlagartig besetzt, die freien Gewerkschaften verboten,

ihr Vermögen beschlagnahmt. Zahlreiche Funktionäre misshandelt, verhaftet und in Konzentrationslager gebracht.

10. Bücherverbrennung auf öffentlichen Plätzen im ganzen Reich, begleitet von exorzistischen Bannsprüchen: «Gegen Klassenkampf und Materialismus, für Volksgemeinschaft und idealistische Lebenshaltung! Ich übergebe der Flamme die Schriften von Marx und Kautsky. (. . .) Gegen seelenzerfasernde Überschätzung des Triebens, für den Adel der menschlichen Seele! Ich übergebe der Flamme die Schriften des Sig-

mund Freud. (. . .) Gegen Frechheit und Anmassung, für Achtung und Ehrfurcht vor dem unsterblichen deutschen Volksgeist! Verschlinge, Flamme, auch die Schriften der Tucholsky und Ossietzky!» Als faschistische Ersatzorganisation für Gewerkschaften und Unternehmerverbände gründet sich die Deutsche Arbeitsfront (DAF) als der NSDAP unterstellter Zwangsverband.

17. Hitlers «Friedensrede» vor dem Reichstag wird von den noch nicht inhaftierten Abgeordneten der SPD gebilligt.

Juni

1. Hitler verkündet ein «Arbeitsbeschaffungsprogramm»; der Höhepunkt der Krise ist in Deutschland und weltweit überschritten.

21. «Köpenicker Blutwoche»: 91 Kommunisten, Sozialdemokraten und parteilose Arbeiter fallen dem SA-Terror im Berliner Stadtteil Köpenick zum Opfer.

6. Vor den Reichsstatthaltern stellt Hitler fest, die nationalsozialistische Revolution sei abgeschlossen: «Die Partei ist jetzt der Staat ge-

1933

22. Verbot der SPD.

24. Auflösung der christlichen Gewerkschaften.

26. Hugenberg, Führer der DNVP, tritt aus dem Kabinett Hitler zurück.

27. Bis zum 5. 7. erfolgt die Selbstauflösung aller bürgerlichen Parteien.

Juli 1933

worden. Alle Macht liegt bei der Staatsgewalt... Es gibt keine Autorität mehr aus einem Teilgebiet des Reichs . . .»

Verzeichnis der zitierten Presse

Die in Klammern angefügten Erläuterungen zur politischen Tendenz können – mit Ausnahme der Parteizugehörigkeit – in ihrer einfachen und pauschalen Zuordnung nur zur oberflächlichen Orientierung dienen.

Allgemeine Evangelisch-Lutherische Kirchenzeitung, Leipzig (führende evangelische Wochenzeitung)

Der Angriff. Das deutsche Abendblatt in Berlin. Für die Unterdrückten – Gegen die Ausbeuter, Berlin. Herausgegeben von Joseph Goebbels. (Nationalsozialistisches Boulevardblatt)

Der Arbeitslose. Organ der Erwerbslosenausschüsse des Bezirks Mittelrhein, Köln. (KPD-dominiertes Wochenblatt)

Bergsträsser Anzeigblatt, Bensheim. (Konservative, nationalsozialistisch beeinflusste Provinzzeitung)

Berliner Börsen-Courier. Tageszeitung für alle Gebiete. Morgen- und Abend-Ausgabe, Berlin. (Liberal)

Berliner Tageblatt und Handelszeitung, Berlin. Morgen- und Abend-Ausgabe. Herausgegeben im Verlagshaus Rudolf Mosse, Chefredakteur Theodor Wolff (linksbürgerlich überregional bedeutend)

Braunschweigische Landeszeitung, Braunschweig. (Nationalsozialistisch dominierte Provinzzeitung)

Bremer Nachrichten, Bremen. (Nationalkonservativ)

Bremer Nationalsozialistische Zeitung/BNZ, Parteiamtliches Organ der Bremer Nationalsozialisten, Bremen

Bremer Volkszeitung. Organ der Sozialdemokratischen Partei und der Freien Gewerkschaften. Bremen

C. V.-Zeitung. Blätter für Deutschtum und Judentum. Organ des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens e. V., Berlin

Danziger Neueste Nachrichten, Danzig. (Bürgerlich national)

Darmstädter Tagblatt, Morgenzeitung der Landeshauptstadt. (Konservativ)

Deutsche Akademiker Zeitung. Akademische Wochenschrift für das gesamte deutsche Hochschulwesen und die Wissenschaft in der Politik, Berlin. (Nationalkonservativ)

Deutsche Allgemeine Zeitung, Ausgabe Gross-Berlin (Morgen- und Abend-Ausgabe), Berlin. (Der Grossindustrie nahestehend, rechtsorientiert und von überregionaler Bedeutung; im Besitz des Stinnes-Konzerns)

Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung. Zentralblatt für die deutschen Arbeitgeber. Unabhängiges Organ zur Vertretung der Interessen von Industrie, Gewerbe und Handwerk, Land- und Forstwirtschaft, Handel und Verkehr. Publikationsorgan industrieller, gewerblicher und landwirtschaftlicher Arbeitgeberverbände. Berlin. (Rechtsorientiertes Wochenblatt)

- Deutsche Bergwerks-Zeitung** – Industrie- und Handelsblatt, Düsseldorf. (Im Droste-Verlag erscheinendes rechtsstehendes Sprachrohr der grossindustriellen Interessen im Ruhrgebiet)
- Deutsche Republik.** Begründet von der republikanischen Arbeitsgemeinschaft Ludw. Haas – Paul Lobe – Joseph Wirth, Berlin/Frankfurt a. M. (Linksrepublikanische Wochenzeitung)
- Dortmunder Volksblatt** und Stadtanzeiger, Dortmund
- Dortmunder Zeitung.** (Morgen- und Abend-Ausgabe). (Rechtsorientiert)
- Das Evangelische Deutschland.** (Evangelische Wochenzeitung)
- Frankfurter Zeitung.** Dreimalige Ausgabe, Frankfurt. (Liberal, überregional bedeutend)
- Fränkischer Kurier,** Nürnberg. (Rechtsstehend, finanziell abhängig von der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg MAN)
- Fränkische Tagespost** (u. F. T. am Sonntag). Nürnberg – Fürth. (Sozialdemokratisch)
- Gegen den Strom.** Monatsschrift der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition) KPD-O. Herausgegeben von August Thalheimer und Heinrich Brandler. (1928 von der KPD abgespaltene Gruppierung in Opposition gegen den «ultralinken» KPD-Kurs)
- Germania,** Berlin. (Nichtoffizielles Organ der katholischen Zentrumspartei, von überregionaler Bedeutung)
- Hessen-Post.** Hessenhammer und NS-Kurier. Nationalsozialistisches Sonntagsblatt für den Gau Hessen der NSDAP, Darmstadt.
- IB – Illustrierter Beobachter,** München. Verlag Franz Eher Nachf. (Nationalsozialistische Wochenzeitung)
- Jüdisches Wochenblatt.** Köln, Berlin, Frankfurt/Main.
- Der Kämpfer.** Organ der KPD (Sektion der Komintern) Bezirk Sachsen, Chemnitz. (Tageszeitung der KPD)
- Kölnische Volkszeitung** – Deutsche Zukunft. Wochen-Ausgabe für Ausland und Übersee, Köln. (Nichtoffizielles Organ der katholischen Zentrumspartei)
- Die Literatur.** Monatszeitschrift für Literaturfreunde, Stuttgart u. Berlin
- Die literarische Welt,** Berlin, Wochenzeitung
- Lokal-Anzeiger** für Stadt und Land Köln (Morgen- und Abend-Ausgabe). (Zentrumsnahe)
- Memeler Dampfboot.** Führende Tageszeitung des Memelgebiets und des übrigen Litauens.
- Metallarbeiter-Zeitung.** Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Berlin.
- Mühlheimer Zeitung,** Köln-Mühlheim.
- Münchener Neueste Nachrichten,** München. (Bürgerlich national)
- Neue Arbeiter Zeitung.** Organ der KPD für die Gebiete Hannover-Braunschweig u. Hessen-Waldeck, Hannover
- Neue Blätter für den Sozialismus.** (Linksrepublikanische Monatsschrift)

- Neues Deutschland.** Aktuelle Zeitung für Fortschritt und Kultur, Dresden.
Hrsg.: C. H. Hüter. (14tägiges okkultistisches und nationalistisches Blatt)
- Das neue Deutschland.** Monatsschrift für die deutsche Freiheitsbewegung
und nationalsozialistische Weltanschauung, München.
- Neue Zürcher Zeitung** (Morgen-, Mittags- und Abend-Ausgabe), Zürich.
(Führende liberale Schweizer Tageszeitung)
- Nürnberger Zeitung,** Nürnberg. (Bürgerlich national)
- Der Querschnitt,** Berlin. (Monatliche Publikumszeitschrift)
- Permanente Revolution.** Wochenschrift der linken Opposition der KPD
(Bolschewiki-Leninisten) Sektion der Internationalen Linken Opposition,
Berlin. (Trotzkistisch)
- Rheinische Zeitung.** Kampforgan der Sozialdemokratischen Partei für den
Bezirk «Obere Rheinprovinz», Köln.
- Rote Erde am Sonntag.** Das deutsche Wochenblatt für Westfalen und
Industriegebiete Bochum. (Nationalsozialistisch)
- Die Rote Fahne.** Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands
(Sektion der Kommunistischen Internationale), Berlin
- Der Seher.** Deutsche astrologische Zeitung. Hrsg. Reinhold Ebertin, Erfurt.
- Simplificissimus,** München. (Linksorientierte satirische Wochenzeitung)
- Der Sonntag,** Berlin. (Sozialdemokratische Wochenzeitung)
- Sonntag Morgen.** Die deutsche Wochenzeitung. Köln
- Sozialistische Monatshefte.** Hrsg. v. Joseph Bloch, Berlin
- Sozialistische Republik.** Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutsch-
lands, Köln
- Der Stürmer.** Deutsches Wochenblatt zum Kampfe um die Wahrheit.
Herausgeber: Julius Streicher, Nürnberg. (Antisemitisches, nationalsozialis-
tisches Hetzblatt brutalster und übelster Machart)
- Tägliche Rundschau.** Unabhängige Zeitung für sachliche Politik, christliche
Kultur und deutsches Volkstum. Hrsg.: Hans Zehrer, Berlin. (Nationalsozi-
alistisch, revolutionär bewegt)
- Der Tag,** Berlin. (Deutschnational, Hugenberg'scher Scherl-Verlag zugehörig)
- Das Tagebuch.** Hrsg. v. Leopold Schwarzschild, München. (Fortschrittlich
orientierte Wochenzeitung)
- Die Tat** – Unabhängige Monatsschrift zur Gestaltung neuer Wirklichkeit.
Eugen Diederichs Verlag 24. Jg. 1932/33/Jena. Hrsg.: Hans Zehrer.
(«Rechtsrevolutionär», intellektuelles Zentrum des «Tat-Kreises»)
- Uffenheimer Wochenblatt,** Uffenheim. (National bestimmtes Provinzblatt)
- Völkischer Beobachter.** Kampfblatt der nationalsozialistischen Bewegung
Deutschlands/Norddeutsche Ausgabe. Herausgeber: Adolf Hitler, Berlin.
- Volksfreund.** Organ der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Braun-
schweig
- Volksstimme.** Organ der Sozialdemokratie für Süddeutschland, Frankfurt/
Main.

- Vorwärts.** Berliner Volksblatt/Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Morgen- und Abend-Ausgabe), Berlin.
- Vossische Zeitung.** Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen. Verlag Ullstein, Berlin. (Linksliberal, überregional bedeutend)
- Die Welt am Montag.** Unabhängige Zeitung für Politik und Kultur, Berlin. (Sozialdemokratisch orientiert)
- Die Weltbühne,** Berlin. Hrsg.: Carl von Ossietzky. (Linke Wochenzeitschrift)
- Weser-Zeitung,** Bremen. (Rechtsbürgerlich)
- Westdeutscher Beobachter.** Hrsg.: Dr. Robert Ley, Köln. (Nationalsozialistische Tageszeitung)

Fotonachweise und Illustrationen

Seite

- 35 Das neue Deutschland (NSDAP), Nr. 1/1933
- 40 Das neue Deutschland (NSDAP), Nr. 1/1933 (Titelbild)
- 47 o. Ullstein
- 47 u. Ullstein
- 57 o. Süddeutscher Verlag
- 57 u. Süddeutscher Verlag
- 62 Münchner Neueste Nachrichten
- 71 o. Ullstein
- 71 u. Süddeutscher Verlag
- 74 o. Metallarbeiter-Zeitung, Nr. 4/28. 1. 1933
- 74 u. Münchner Neueste Nachrichten, 1. 2. 1933
- 81 Preussischer Kulturbesitz
- 93 o. Preussischer Kulturbesitz
- 93 u. Süddeutscher Verlag
- 100 Völkischer Beobachter, 31. 1. 1933/Münchner Neueste Nachrichten, 31. 1. 1933/2. 2. 1933/Rheinische Hausfrau 2. 2. 1933
- 103 o. Süddeutscher Verlag
- 103 u. Süddeutscher Verlag
- 105 Süddeutscher Verlag
- 115 Süddeutscher Verlag
- 127 Münchner Neueste Nachrichten, 31. 1. 1933
- 133 o. Münchner Neueste Nachrichten, 31. 1. 1933
- 133 u. Vorwärts, 31. 1. 1933
- 148 o. Münchner Neueste Nachrichten, 1. 2. 1933
- 148 u. Völkischer Beobachter, 1. 2. 1933
- 155 o. Süddeutscher Verlag
- 155 u. Süddeutscher Verlag

- 160 Münchner Neueste Nachrichten, 31. 1. 1933
171 Münchner Neueste Nachrichten, 5. 2. 1933
183 o. Süddeutscher Verlag
183 u. Süddeutscher Verlag
185 Münchner Neueste Nachrichten, 5. 2. 1933
187 Süddeutscher Verlag
189 o. Süddeutscher Verlag
189 u. Historia-Photo
193 Johannes R. Becher, „Kölner Ballade“, aus: Gesammelte Werke,
Band 3, Gedichte 1926-1935, Aufbau-Verlag Berlin und Weimar
1966
194 Metallarbeiter-Zeitung, 4. 2. 1933